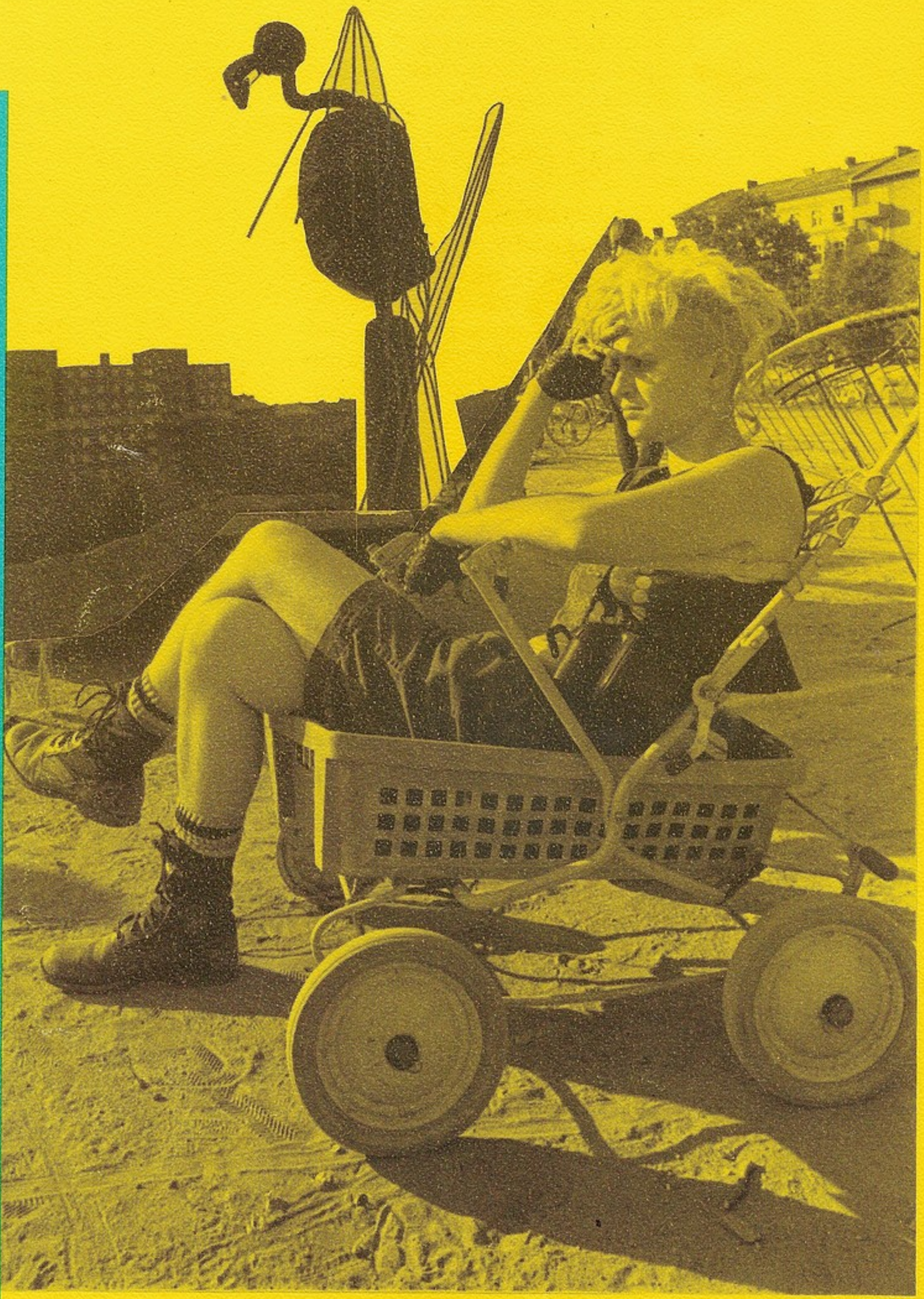
Nr. 34 1/90 6.- DM

SCHWARZER FADEN

VIERTELJAHRESSCHRIFT FÜR LUST UND FREIHEIT



Wi(e)der-Vereinigungsdiskussion

Sozialer Ökofeminismus

Centri Sociale in Italien

Rechtsextremismus

Anarchisten nach dem Sozialistengesetz

Editorial

Zensur und damit Aufgabe eines anarchistischen Prinzips? Zensur oder Ausverkauf anarchistischer Werte?

Die Entwicklungen in Deutschland stehen im Mittelpunkt des Medieninteresses und finden logischerweise auch in dieser Ausgabe des SF ihren Niederschlag. Auch wenn wir ganz bewußt mit den italienischen *Centri Sociali Autogesti* einen nicht-deutschen zweiten Schwerpunkt ausgewählt haben.

Während in der Linken, auch in der »vereinigten«, der autonomen und libertären Linken, die Aktivitäten wider eine Vereinigung beider deutscher Staaten zunehmen, weiß doch insgeheim jede/r, daß wir alle der Entwicklung nichts Entscheidendes entgegenzusetzen haben. Die Frage sei also erlaubt, ob wir unsere Energien nicht auf positive Ziele im Alltagskampf richten sollten?!?

Während es einen neuen Konsens in der Linken zu geben scheint, der von Skepsis bis zu kaltem Grausen reicht, erreichten die Redaktion des SF gleich drei Beiträge, die sich positiv mit der »nationalen Frage«, der Wiedervereinigung und kritisch mit der Reaktion seitens der »Linken« beschäftigen. Wir waren lange geneigt, alle drei Texte zur Diskussion zu stellen, schon um einem Zensurvorwurf aus dem Weg zu gehen. Letztlich überwogen jedoch die Einwände, daß Positionen, die die nationale Frage oder die nationale Identität befürworten in einer anarchistischen Zeitschrift wirklich nichts zu suchen haben, zumal die Beiträge es sich mit der deutschen Geschichte recht einfach machten und sie nur selektiv wahrnahmen. Überrascht hat uns vor allem, daß es anscheinend Anarchisten gibt, die in dem Begriff »Nation« Positives zu entdecken vermögen und den linksnationalistischen Positionen von Peter Brandt und Herbert Ammon folgen. Wir vermochten beides nicht und haben zwei der Beiträge an die Autoren zurückgegeben. Trotzdem wollten wir die inhaltliche Position dieser drei Beiträge nicht völlig wegzensieren und stellen deshalb den Beitrag von *Hans-Jürgen Degen*, den wir für den interessantesten halten, zur Diskussion.

Daß solche inhaltlichen Ablehnungen kritisch zu bewerten sind, wissen wir. Schließlich hat der SF immer den Anspruch vertreten, ein Diskussionsforum sein zu wollen. So enthält jede Ausgabe auch Artikel, die Meinungen wiedergeben, die mit denen der Redaktion wenig übereinstimmen, die wir jedoch diskutiert sehen wollen; andererseits kann keine Redaktionsarbeit *gegen* die eigenen politischen Überzeugungen geleistet werden. In diesem Spannungsfeld fand in der Vergangenheit (es wurde z.B. ein Artikel des *FLI Frankfurt* zum »Antisemitismus in der Linken« abgelehnt, weil die Redaktion sich nicht in der Lage sah, kurzfristig eine Gegenargumentation zu erarbeiten, der Artikel jedoch u.a. die aktuelle Politik Israels gegen die Palästinenser unberücksichtigt ließ und Israel als Staat verteidigte) und findet wohl auch in Zukunft »anarchistische Zensur« statt, die wir als Redaktion zu verantworten haben. Das einzige, was wir zu diesem Problem versprechen können, ist, daß wir es uns in keinem Fall leicht machen, und – soviel haben wir aus den Auseinandersetzungen mit dem *FLI Frankfurt* gelernt –, daß wir versuchen, unsere Ablehnung öffentlich zu begründen.

Für die Redaktion: Jutta Hackland, Wolfgang Haug, Friederike Kamann, Ulli Mamat, Andi Ries, Herby Sachs

Inhalt

Umschlagphoto: Theo Heimann

Impressum

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind, anonyme Zuschriften werden nicht mehr berücksichtigt!

"Neue Technologie": Wer selbst oder über Unis an Apple Macintosh Computer rankommt, kann uns die Artikel auf 3,5-Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Die Disketten schicken wir anschließend zurück. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten. Wir richten 1990 zusätzlich noch eine Mailbox ein, so daß Texte über ein für euch erreichbares Modem in eurer Nachbarschaft an uns geschickt werden können. Und wir kümmern uns um eine Möglichkeit DOS-Disketten in den Apple einzulesen. Da die Satzarbeiten am SF eine Person bis zu zwei Wochen beschäftigen und diese Tätigkeit mit keinerlei Honorar entschädigt wird, wäre jeder erfaßte Artikel eine Entlastung.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die Unkosten für aufwendige Interviews mit Photos ersetzen. **Nachdrucke:** sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare und nach vorheriger Absprache mit der Redaktion erwünscht.

Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!

Auflage: 2700 Exemplare; Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.

Anzeigenpreise: 1 Spalte: 250.-DM + MWST; 1/2 Seite: 400.-DM + MWST; 1 Seite: 1000.-DM+MWST. Anarchistische und alternative Kleinverlage erhalten 30% Rabatt; Dauerkunden 50%.!!

Redaktions- und ABOanschrift: Schwarzer Faden, Postfach 1159, 7043 Grafenau-1, Tel.: 07033/44273; ISSN: 0722-8988.

Lokale Redaktionskontakte:
Ulli Mamat, c/o Kulturverein Heddernheim, Alt-Eschersheim 42, 6000 Frankfurt-50
Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen

Redaktionsschluß für die 10-jährige Jubiläums-Nr. 35 (2/90): 18.4.90
(Wir hätten für diese Nummer gern LeserInnenbriefe von Menschen, die die Existenz des SF über die 10 Jahre beobachtet, verfolgt, kritisch, solidarisch, enthusiastisch begleitet haben!! Gibt's die überhaupt? In der Redaktion sind's nur (oder erstaunlicherweise?) zwei, die solange durchgehalten haben. (Falls genügend Spenden eingehen, werden wir die Nummer umfangreicher machen).
Anzeigenschluß Nr. 35 : 26.4.90

SF-ABO

Abonnementsgebühren: 20.- für 4 Nummern
Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten AbonenntInnen eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.
Einzelnummer: 6.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus: 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (aus Nr.0-12): 10.-DM
Förderabo: 50.-DM (8 Nummern)
SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703
★★★ Für **Förderabos – 8 Nummern zu 50.-DM** gibt es den Essayband von *Peter Paul Zahl »Der Staat ist eine mündelsichere Kapitalanlage, Hetze und Aufsätze 1967–1989«* (Karin Kramer Verlag, Berlin 1989).
DDR-ABOs: Noch ist Geld, nicht nur aus anarchistischen Gründen, abzulehnen; aus dem ganz einfachen Grund, weil der derzeitige Kurs (11,7%) weit unter dem Herstellungspreis der Zeitschrift und der Trotzdem-Bücher liegt. Wir bitten Euch deshalb die ABOgebühren in Form von Büchern im DDR-Wert von 20.-DM zu begleichen. Wir gehen davon aus, daß ihr uns nicht gerade Stalins Gesammelte Werke ins Haus schickt!

Spenden

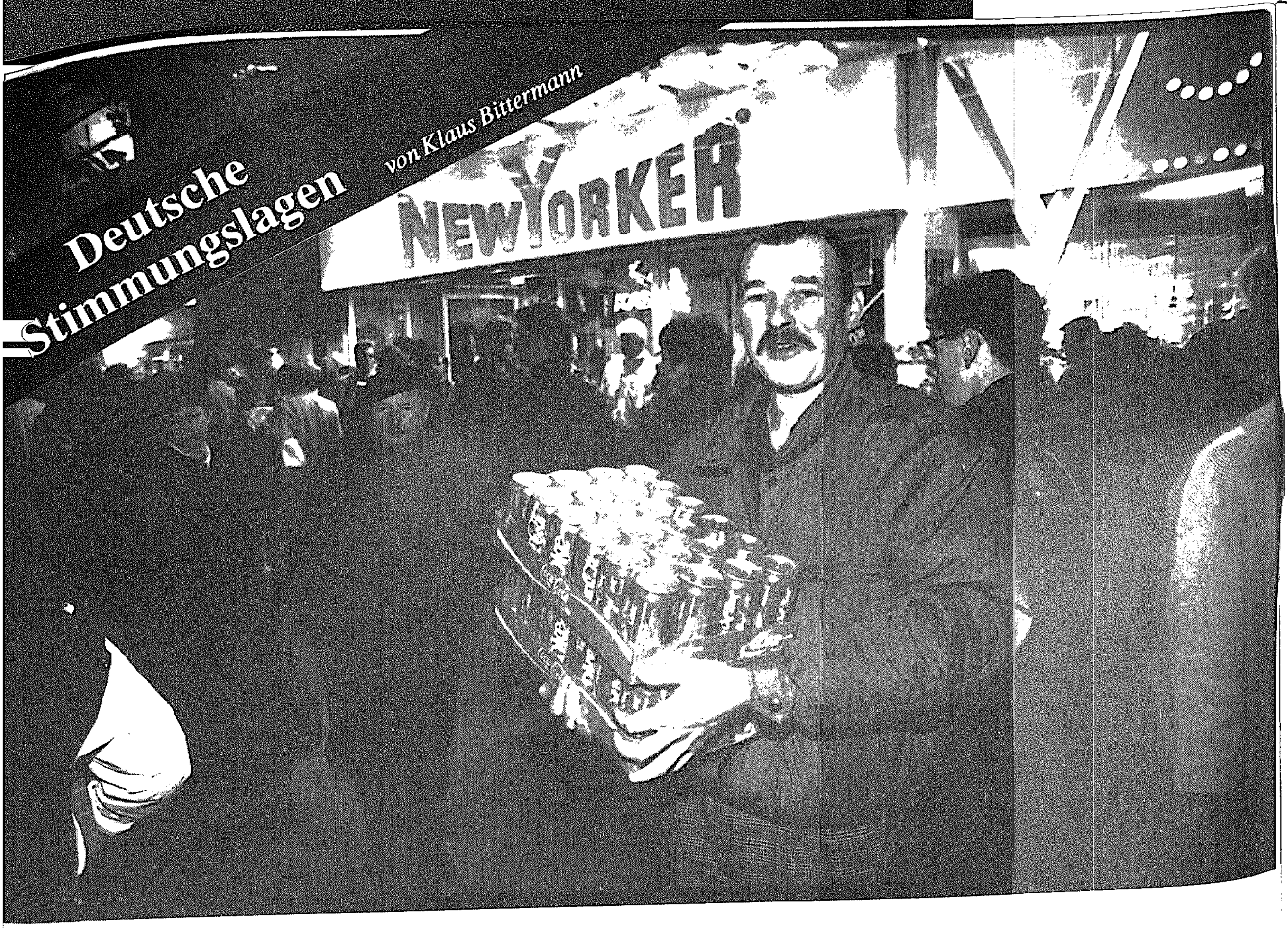
Monatliche Dauerspenden; eine Einrichtung zu der wir uns noch mehr TeilnehmerInnen wünschen: Mtl. A.R., Paderborn 10.- (merci auch für den Brief zum Kaminiski-Artikel in Tranvia!), R.M. 20.-; F.-J.M., Dortmund 5.-; E.T., Nürnberg 10.-; T.S., Münster, 20.-; xx, Gelsenkrichen 15.- W.F., Berlin, 10.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.P., Köln, 10.-; T.A., 15.- Bad Hersfeld 15.-; TDL, 30.-; V.S. 20.-
Einmalige Spenden: W.S., Aurich, 30.-; H.D., Bonn 5.-; A.G., Wuppertal, 20.-; T.R., Darmstadt 30.-; W.D., Gießen 10.-; I.B., Paderborn 10.- Kulturverein Heddernheim, Frankfurt 50.-

Geduld!!!

Wer die ABO-Prämie in den letzten Wochen nicht bekommen hat, wer ohne Brief (nur über die Einbezahlung aufs Konto) etwas bestellt hat, wer Anfang Februar gespendet hat und nun in der Liste fehlen sollte, wird vielleicht verärgert sein. Der Grund unseres Schweigens war, daß die Kontoführung und die Betreuung der Abokartei wegen eines längeren Krankenhausaufenthalts eines Redaktionsmitglieds 3-4 Wochen nicht bearbeitet werden konnte und erst nach dem Versand der neuen Ausgabe aufgearbeitet werden können. Dies auch an die Adresse all derer, die uns in den ersten Februar-wochen vergeblich telefonisch zu erreichen versuchten.

Deutsche Stimmungslagen

von Klaus Bittermann



Seitdem die sogenannte "erste friedliche Revolution auf deutschem Boden" stattgefunden hat, wird im Westen zur ideologischen Großoffensive geblasen. Niemand hat das Ergebnis zwar für möglich gehalten, aber jetzt will man alles tun, um auch im anderen Teil Deutschlands den Anschluß nicht zu verpassen. Wiedervereinigung auf allen Kanälen. Augstein wechselt sich im *Spiegel* mit Gauweiler im wöchentlichen Kommentar zur deutschen Frage ab. Mit dem warnenden Unterton eines in seiner Langmut und Geduld strapazierten Gesamtdeutschen, geht er mit den uneinsichtigen und bornierten Alliierten und Juden ins Gericht, die mit kleinlichen Bedenken gegen eine Wiedervereinigung sich Rechte anmaßen, die der Staatsmann Augstein als unerhörte Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten entlarvt. Man muß Augstein dankbar sein, denn niemand formuliert die Gründe für eine berechtigte Skepsis im Ausland besser, und nur das Ausland scheint zur Zeit noch ein Garant zu sein, die Deutschen vor sich selbst zu schützen. Als strategischer Denker kann Bundespräsident Weizäcker seine Landsleute jedoch beruhigen. Zwar sind die Amerikaner "nach wie vor die Stärksten", aber "ihr Jahrhundert geht dem Ende entgegen. Die Weltordnung ist in Bewegung, und was sie für das neue Jahrhundert vorbringt, bleibt offen." Die Karten werden neu gemischt, und die Deutschen, so lautet die versteckte Botschaft, sollten ihren Anspruch auf einen Platz in der Sonne anmelden, um die vakant werdende Stelle der Hegemonialmacht flächendeckend zu besetzen.

Nur wenige Journalisten haben sich von der Wiedervereinigungseuphorie nicht anstecken lassen und die meisten haben aus tiefstem Herzen bedauert, daß sie in der historischen Stunde des Bundestages nicht dabei waren, als die Nationalhymne gesungen wurde. Sie versuchen ihre Unfähigkeit, eine Entwicklung vorauszusehen und auszudrücken, mit dem Herbeitrommeln einer Wirklichkeit zu kompensieren, von der sie annehmen, daß sie Volkes Wille ist. Aber Volkes Wille ist so eindeutig nicht, wich doch die Wiedersehensfreude mit den Brüdern und Schwestern aus dem Osten sehr schnell einer genervten Reserviertheit, umsomehr als im Westen ruchbar wurde, daß daurch die angedrohte Wiedervereinigung die fetten Jahre bald vorbei sein könnten, denn täglich flimmern Bilder vom maroden Zustand der DDR-Wirtschaft über die TV-Schirme. Auch Berichte über die "Zentrale Aufnahmestelle" für die täglich 2500 neuen Übersiedler in Gießen, in der sich die neue Schicht der Sozialhilfeempfänger sammelt, tragen als "tickende Zeitbombe", so die bei den dort arbeitenden Sozialarbeitern beliebte und griffige Formel, nicht gerade viel zum Vertrauensverhältnis zwischen den Artgenossen bei, die noch nie viel miteinander anzufangen wußten. *Bild* versuchte die Wiedervereinigung mit der Spekulation "Wie stark wäre Deutschland" schmackhaft zu machen und der *Spiegel* rief Berlin zur neuen Metropole aus, eine euphemische Umschreibung für die Reichshauptstadt, der wieder zu Ehren verholfen werden soll.

Aber so recht will sich die Begeisterung nicht einstellen und auch die allmontäglichen Bilder aus Leipzig und Dresden können den nationalen Eifer in der BRD nicht entfachen. An der wohlstandsgeprägten Trägheit der Masse scheitert selbst die ideologische Mobilmachung der Presse, die inzwischen nicht mehr umhin kommt, Zugeständnisse zu machen und das, was sich die Leute denken - "Gefahr für Deutschland" - immerhin als Frage zu stellen. Als Mitläufer würden diese Leute nie die Initiative ergreifen, sondern erst die geschichtliche Bühne betreten, wenn man es gefahrlos tun kann. Die Verlaufsform der sog. "friedlichen und demokratischen Revolution" in der DDR ist eine Bestätigung dieser These, denn erst mußte eine Minderheit den Beweis antreten, daß der preußische DDR-Sozialismus Makulatur war, bevor die Mehrheit der Mitläufer mit seiner Demontage begann. Jetzt scheint man den Geist, den man rief, nicht mehr loszuwerden. Auf die schweigende Mehrheit ist also nicht unbedingt

Verlaß und schon garnicht in Deutschland. fällt die Mark und steigt die Arbeitslosigkeit, dann schlägt die Stunde der Schönhubers und der vaterländischen Rhetorik, für die nicht nur die Deklassierten anfällig sind. Was die Westdeutschen bisher davon abhält , den Ruf der Wiedervereinigung zu bejubeln, ist allein die Angst um den sozialen Besitzstand, den man mit den armen Verwandten aus dem Osten nicht teilen will. Diese Stimmungslage ist jedoch kein Indiz für stabile Verhältnisse und so plötzlich wie in der DDR kann die etwas ängstliche Zurückhaltung in Aggression umschlagen. Die Identität der Deutschen strebt dann nach Höherem, nationale Gefühle haben Hochkonjunktur und einer Wiedervereinigung würde nichts mehr im Wege stehen. Dieser Perspektive steht vorläufig der gesunden Menschenverstand entgegen, der uns folgendes sagt: Die allgemeine Annahme, daß die soziale Marktwirtschaft die richtige Antwort auf das Versagen der Planwirtschaft ist, erweist sich bei näherem Hinsehen als blauäugig. Abgesehen von mangelnder Effizienz und bürokratischen Hemmnissen, die gerne für gewisse Umstellungsprobleme verantwortlich gemacht werden, beruht das Funktionieren des Kapitalismus immer noch auf der Existenz der 3. Welt. Für Länder, die am marktwirtschaftlichen Gewinnsystem partizipieren wollen, gibt es keinen Platz, nicht nur aus Konkurrenz-, sondern aus Selbsterhaltungsgründen. Die Märkte sind abgesteckt, weiße Flecken auf der Landkarte der Ökonomie gibt es nicht. Der Kapitalismus ist kein Wohlfahrtsunternehmen, das aus lauter uneigennütziger Liebe die Brüder und Schwestern aus dem Osten mit harter DM-Währung unter die Arme greift. Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl zählte auf, welche Voraussetzungen für eine deutsch-deutsche Währungsunion, von der sich viele die Lösung der Probleme erhoffen, vorhanden sein müßten: International frei konvertierbare Währung, funktionierende Preismechanismen, "wettbewerbsfähige Unternehmen und eine Geldpolitik in unserem Sinne". Kaum anzunehmen, daß diese Mindestbedingungen von ganz gleich welcher Regierung in der DDR erfüllt werden könnten, auch wenn sie guten Willens wäre. Eine Übernahme der DDR in westdeutschen Besitzstand würde dem völligen unlogischen Kauf eines bankrotten Unternehmens zum Neureis gleichen. Die Warnung von DDR-Linken vor einem "Ausverkauf" ihres Landes enthalten zwar in guter Tradition die besten Pädagogischen Absichten und haben auch gute Chancen ins Repertoire der landläufigen Meinung aufgenommen zu werden, verbergen aber doch nur den Wunsch, daß irgendjemand den realsozialistischen Krempel aufkauft.

In Polen hat die Einführung der Marktwirtschaft zur Verschärfung der Krise und Verschlechterung von Lebensbedingungen geführt, von denen man bisher annahm, daß sie schlechter nicht werden können - die Wirtschaftsreform machts möglich, und daran konnten auch Lech Valuta und die Dollars einer amerikanischen Fee nichts ändern. In der DDR wird eine ähnliche Entwicklung nicht ausbleiben, und selbst wenn sie, wie von vielen befürchtet, zum Billiglohnland und Investitionsparadies für westliches Kapital wird, dann bedeutet das noch lange nichts für den Lebensstandard der Bevölkerung, die die Segnungen des so heiß ersehnten Kapitalismus zuerst an Mietsteigerungen, Lebensmittelverteuerung und Kostenexplosion im Gesundheitswesen merken wird. Wenn die Hoffnungen enttäuscht werden, dann keimen die Gedanken an Rache. Rache natürlich an den Ausländern, an den Türken, den Polen und Asylanten. Dann findet vielleicht in größerem Stil statt, was sich in den vergangenen Jahren immer wieder mal im Anzünden von Asylantenwohnheimen Luft verschafft hat.

In der Verwandlung der DDR-Bevölkerung in ein Volk von Ermittlungsausschüssen, das schwarz-rot-goldene Fahnen schwenkt und "Deutschland einig Vaterland" skandiert. steckt der ganze kleinbürgerliche Neid des zukurzgekommenen Mobs, dessen soziale Ängste vor Verelendung sich in unterschiedslosem Haß auf Unterdrücker und alles Fremde entlädt. Daß sich diese Ängste auch im Westen in die Gemüter einschleicht, darum bemüht man sich nicht nur in der rechten Aufklärungsliteratur, die dafür allerdings ungefiltert und pur zu genießen ist und in der alle typischen Elemente zur Erhitzung eines aggressiven Nationalismus enthalten sind. Asylanten werden da mit Heuschreckenschwärmen verglichen, die alles kahl fressen und eine Wüste hinterlassen. Es müssen Dämme errichtet werden, die gar nicht hoch genug sein können, um der anrückenden Menschenflut standzuhalten und der Bevölkerung eine Chance zu geben, das 21. Jahrhundert zu überleben. Hinter den Abschottungs- und Verteidigungsphantasien eines Richters für Ausländer- und Asylfragen in Bayern läßt sich nur schwer die auf Expansion und Ausrottung zielende Prävention übersehen, durch die sich der deutsche Nationalismus von allen anderen unterscheidet. Erst dadurch, daß eine höchstens stilistisch überarbeitete Neuauflage von "Mein Kampf" wieder zur tolerierten Meinung werden kann, beschwört man gezielt das alte Trauma, an dem die Deutschen immer dann leiden, wenn sie sich umzingelt und umkreist glauben. Von vielen Visionen beflügelt, in Frieden nur leben zu können, wenn man volksfremde Körperteile ausmerzt, rüsten sie sich dann zum letzten Gefecht.

Findet eine Fusion der Deutschen unter solchen Vorzeichen statt, vereinigen sich die Deutschen zu einem Volk, dann muß man aus Erfahrung das Schlimmste befürchten. Die Linke hat im Prozeß der schleichenden Nationalisierung der Massen ihre Rolle als zukunftsweisender Trendsetter in Fragen der Lebensorientierung verloren. In der längst vergessenen Friedens- und Ökologiebewegung hat die Linke durch Lebens- und Umweltschutzideologie die keimfreien Argumente geliefert, die jetzt von den rechtmäßigen Erben nur konsequent angewendet werden brauchen. Das Bekenntnis der Grünen Partei gegen eine Wiedervereinigung

und für zwei deutsche Staaten gleicht einer Pflichtkür und ist die unwesentliche Meinung desjenigen, den es in einem pluralistischen Staat eben auch geben muß. Unschlüssig darüber, ob sie links oder populär oder beides gleichzeitig sein wollen, vertreten die Grünen eine unliebsam gewordene Position höchstens deshalb, weil etwas anderes als Wiedervereinigung "nicht in die Debatte gebracht wird". Da das linke und linksliberale Spektrum seine Rolle als gesellschaftsinnovativer Ideenlieferant verloren hat, muß es sich im Augenblick damit begnügen, der "Revolution" im Chor der einhelligen Meinung zu applaudieren. Klaus Hartung begrüßt das Ende des "Ghettos der Zweistaatlichkeit" und für Joschka Fischer hat das Wort "Volk" zum ersten Mal einen "guten und aufrechten Klang". Tilmann Fichter versucht es mit einer "Wiedervereinigung von unter", die er als dritten Weg verkaufen will, als ob etwas anderes als gerade das stattfinden würde. Peter Schneider, der vor noch nicht allzulanger Zeit den Deutschen "aufrechten Gang" vor ihrer Geschichte empfohlen hat, und damit völlig in Stimmungstrend der Nation liegt, vergleicht das "politische Erdbeben" in der DDR mit 1945 und hofft, daß ein geistiges Beben folgen wird. Davon gibt er auch gleich eine Kostprobe: "Ich war dabei, ich habe daran geglaubt, und vielleicht werde ich die nächsten Jahre nichts mehr sagen können. "Daß er dabei war, daran möchte man nicht zweifeln, und wer es nicht war, kann es sich mit einem T-Shirt überziehen. Daß er in den nächsten Jahren nichts mehr sagen wird, daran muß man leider zweifeln.

Die besorgniserregende Konfusion bei ehemaligen Wortführern der Linken hat Methode, mit der man durch ein popularistisch anbiederndes "Ich war dabei" dem Volk auf der Spur bleiben will, in einer Zeit, in der Kritik zwar unpopulär und wenig zu leisten vermag, aber sich deshalb noch lange nicht von der schlechten Realität verabschieden muß.





Nun seid Ihr mit dem Kopf durch die Wand, doch was wollt Ihr in der Nachbarzelle?

von Wolfgang Haug

Politik der Medien

Einleitender Worte bedarf es nicht, zu sehr stehen die Veränderungen in der DDR, Ungarn, Rumänien und der CSSR im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Außerhalb Europas scheint die Welt still zu stehen.

Die tägliche TV-Optik macht den Gedanken an die deutsche Wiedervereinigung zum Allgemeingut. Und das ist, bei Lichte besehen, die Reaktion, also ein typisch deutscher Verlauf dieser "Revolution". Wir Kurzzeitgedächtnismenschen einer schnellebigen Zeit haben Erinnerungsschwierigkeiten: wie war das denn nochmal vor dem 9.November?

Es hat sich doch kaum jemand ernsthaft für diese Frage interressiert, gar sich existentiell betroffen gefühlt oder sich politisch dafür engagiert. Es war das Thema – sieht man von wenigen Intellektuellen, die die nationale Frage nicht den Rechten überlassen wollten, einmal ab – der Ewiggestrigen. Undenkbar ohne die Faszinationskraft der alljährlichen Vertriebenentreffen der Kinder und Enkel ehemaliger Vertriebener, ohne den Charme schlesischer Trachtenvereine und rhetorisch gewundener Kanzleransprachen. Selbst die Rechtsradikalen von DVU, NPD und REPs stürzten sich auf die Flüchtlinge, weil sie ihr auf den Wohlfahrtsstaat BRD zurückgestutztes Deutschtum von Überfremdung bedroht sahen.

All das hat sich in weniger als 2 Monaten völlig verändert. Bewußtseinsrevolution? Gehirnwäsche! Eine große Koalition von NPD/REP/CSU/CDU/FDP/SPD/Siemens–SPD/Demokratischer Aufbruch/CDU/LDPD/Robotron usw. usf. strebt mit dem Flattergeräusch schwarz-rot-goldener Fahnen das "einig Vaterland" an.

Vorbei auch die Zeiten von "Wir sind das Volk", (deutsche Revolutionen sind bekanntlich kurz); – die die das im November erfanden, trauen sich heute nicht mehr auf die von ihnen ehemals initiierten Montagsdemos, weil sie – wie wir hier – als radikale linke Minderheit – niedergebrüllt werden.

Deutsch-deutsche Spießernormalität macht sich Luft; daß sie unter dem roten Lackanstrich des SED-Regimes verborgen war, haben wir immer befürchtet; auch wenn die früher geflohenen Künstler und Intellektuellen oft Anlaß zu der Hoffnung gaben, daß das Bildungsniveau in der DDR doch so hoch sei, daß keine schwarz-braune Dumpfheit möglich wäre.

Ganz muß diese Hoffnung auch nicht aufgegeben werden, denn was wir sehen, muß nicht repräsentativ sein, irgendwie zu eifrig zoomen die Kameras auf die NPD-Herzchen und die REP-Flugis. Das Fatale ist nur, daß diesem westlichen Medieninteresse in der DDR so viel Glaubwürdigkeit zuerkannt wird, – als wäre es wertfrei, ideologiefrei, frei eben... für einen freien Wahlkampf eben. Und solche tägliche Beeinflußung höhlt aus.

Das Konsumbedürfnis segelt unter der »Nationalen Frage«

Doch ernsthaft: Konsum heute ist objektiv besser als Konsum in 5, in 10 Jahren, das müssen selbst marginalisierte Linksradikale zugeben, denen wenigstens die Chance des Einklauens bleibt, wenn's mit der Kohle nicht stimmt. Insofern ist – ob's uns paßt oder nicht – wenig auf die Selbstbehauptung, auf den Souveränitätswillen des »Wir sind das Volk« zu geben, auch wenn wir –

für die linke Opposition dort – etwas ganz anderes erhofft hätten.

Daß es wohl nichts werden würde, machte bereits am 25.11. – also noch einige Zeit vor Ceaucescus eiligem, weil verspätetem Abgang – ein oppositioneller Rumäne klar, als er in einer TV-Diskussion zu Ungarn erklärte, daß – egal was er und andere persönlich politisch für erstrebenswert hielten – es keine linke Zukunft in Rumänien geben könne, daß realpolitisch erstmal kein Weg am Kapitalismus vorbeiführe, weil der Sozialismus-Begriff, egal welcher Spielart diskreditiert sei und mit Utopien, mit Idealismus frühestens dann Resonanz zu erhalten sei, wenn eine Konsumphase für längere Zeit angehalten habe. Die Masse in Rumänien wolle nichts anderes, als so zu leben wie die Massen hier.

Also bevormundet und eingelullt in Konsumfreiheit, aus der bekanntlich nur schwer Utopien erwachsen. Diese Vision ist so realistisch, daß andere Konzepte tatsächlich Makulatur sind, – auch die Hoffnungen auf einen freiheitlichen Sozialismus!

Also wird die PDS abgewählt werden und das natürlich mit Recht. Nur, – einen wie immer auch gearteten Sozialismus wird's danach in der DDR nie mehr geben. Die DDR wetteifert bereits mit der hiesigen DKP, wer von beiden den historisch längeren Atem hat. Kurz wird er für beide sein und beide werden sich ins soziale Netz des großen Bruders fallen lassen: die DKP-Funktionäre im Arbeitsamt und die DDR als 5 neue Bundesländer!

Und Berlin?

Berlin? Das ist dort, wo "wir" neuerdings Silvester feiern. Also: Berlin wird kein soziales Netz nötig haben. Berlin wird Hauptstadt; Kreuzberg wird Regierungsviertel! Statt Kiezmiliz – BGS-Panzer und Bannmeile; statt 1.Mai-Randale – 9.November-Jubelparade durchs Brandenburger Tor.

Die »andere« Wiedervereinigung

Die Autonomen, AnarchAs, Lesben, Homos, Künstler und Boheme werden jetzt schon wegspekuliert.

Eine zweite Flüchtlingswelle kommt auf die "Wessies" zu: unsere alten FreundInnen und GenossInnen! Jahrelang nach Berlin verzogen, kommen in die Provinz zurück! Weil? – weil Hamburg nicht alle aufnehmen kann.

Wir werden tanzen, wiedervereinigt, – Gartenmauern gibt's überall!

Die Berliner Randgruppenkultur wird zerstört werden, es sei denn wir sind fähig zur Verbreiterung, begreifen es – wie die JobberInnen – als Agitationsmöglichkeit: raus aus dem Ghetto, rein ins profane, biedere Alltagsleben einer oft satten, mit sich zufriedenen Provinz, in der wir – ob in Ost oder West kräftig umrühren, umrühren, was umzurühren geht!!

Die Ohnmacht der Linken und Der neue Unsinn von der »nationalen Frage«

Sie wird also kommen, die Wiedervereinigung und wir werden kaum gefragt werden. Schon eher hat die NATO, aus der wir längst »raus« wollten, ein Wort mitzureden. Auf der politischen Makroebene regnet es »historische Tage«. Die Diskussionen – auch die der Linken und mancher Anarchos – schwenken auf diese Ebene ein, obwohl sie eine solche Entwicklung weder stoppen können, noch ihre Kommentare gefragt sind.

Auf der anderen Seite sehen linke Intellektuelle, die die »nationale Frage« nicht den Rechten überlassen wollten, ihre Zeit gekommen, in der antinationalen Linken etwas zu bewegen. Der Druck der Ereignisse soll für ein neues Nationalismus/Patriotismusverständnis ausgenutzt werden, das – gepaart mit der sozialen Frage – angeblich zum Treibriemen aller zukünftigen Politik werde, aus der sich Libertäre nicht ausblenden dürften, um nicht auf dem Misthaufen der Geschichte zu landen. Nun, abgesehen davon, daß wir dort schon Jahre liegen, ist schwer einzusehen, wie die Linke aus der nationalen Frage Kapital schlagen könnte, ohne der Rechten Vorschub zu leisten. Genau dies haben SPD und KPD in den 30er Jahren unter Preisgabe ihrer eigenen internationalistischen Inhalte versucht, mit dem Ergebnis, daß die eigene Basis vielerorts so verunsichert wurde, daß ganze Rot-Frontkämpfer-Gruppen in die SA übergetreten sind.

Die libertäre Linke, so der Ratschlag, solle sich 'nicht in hoffnungslosen Grabenkämpfen für den Erhalt der beiden gegen den Willen des deutschen Volkes geschaffenen staatlichen Kunstgebilde DDR und BRD verstricken und die Chancen der Konföderation nutzen'. Eine solche anarchistische Argumentationsweise liegt schon verdammt nahe an Kohl's »unnatürlichen Grenzen«. Gemeinsam ist beiden, daß die geschichtlichen Ursachen für diese beiden deutschen Staatsgebilde, für deren »unnatürliche Grenzen« (welche Grenze wäre »natürlich«? Nach Gustav Landauer lediglich die "Küstenlinie", da alle anderen Grenzen willkürlich, absurd und vor allem gewaltsam errichtet wurden.) ausgeblendet werden.

Deutscher Nationalsozialismus, deutsche Überfälle, deutsche Kriegserklärungen, deutsches Hegemonialstreben, deutsche Massenvernichtung in deutschen KZ's sind wahrlich auch in alle Zukunft gute Gründe für alle Linken antinationale, antideutsche und vaterlandsverräterische Gesinnung und Politik »zu pflegen«, – ob gesamtdeutsch oder konföderiert oder im europäischen Rahmen. Die (marxistische und anarchistische) Linke bezieht diese Haltung keineswegs aus einer masochistischen Selbstverleugnung der eigenen Identität sondern aus einem Selbstbewußtsein, das keine natio-

nalen Korsettstangen nötig hat. Sie bezieht ihre Überzeugung auch nicht lediglich aus der Vergangenheit, sondern sie ist nur allzu bewußt, wie sehr der gegenwärtige Wirtschaftsimperialismus altes Machtstreben kompensiert *und* erfüllt!

Und schließlich: welcher positive Wert soll eigentlich im Nationalismus stecken? Welche/r AnarchistIn hätte »nationale Identität« für sein/ihr Selbstverständnis nötig?

Weg von der Makroebene

Überhaupt scheint mir eine solche Diskussion von den falschen Fragen auszugehen. Inhalte anarchistischer Diskussion können – angesichts der rasanten Entwicklung, der wir als ZuschauerInnen gegenüber stehen (müssen), gerade nicht die Themen der Makroebene sein. Wir müssen vielmehr nach den sozialen Folgen einer Währungsunion, einer Wiedervereinigung fragen, müssen die entstehenden Bruchstellen verdeutlichen und Widersprüche benutzen, müssen alle Maßnahmen zur Dezentralisierung einer durch und durch zentralstaatlichen DDR unterstützen und vorantreiben, mit dem Hintergedanken dort Erreichtes auch gegen den Staat BRD nutzbar zu machen. Was als stalinistisches, zentralstaatliches Schreckgespenst vielen DDR-BürgerInnen bis hin zu konservativen Kreisen in den Knochen steckt und in der Diskussion um eine zukünftige Gestaltung eines neuen Staates als orignäres DDR-Erbe einfließt, muß benutzt werden, um einen (nun mal wahrscheinlichen) Gesamtstaat zu Zugeständnissen an eine dezentrale, basisnähere Demokratie zu zwingen.

Wir brauchen eine Bewegung für Runde Tische und Libertäre Zentren anstatt einiger Demos Wider die Vereinigung und der bloßen Beschwörung eines 4.Reiches!

Keine Frage, wir sind gegen eine Wiedervereinigung und hätten sicherlich die Genugtuung bei einer Volksabstimmung das Ergebnis des Volkszählungsboykotts knapp verbessern zu können, weil Abstimmen bekanntlich kein Zwangsgeld kostet sondern zur Legitimation künftiger Herrschaftspolitik erwünscht ist. Aber außer der eigenen Genugtuung – und da haben die Nationalisten aller Schattierungen recht – brächte es nichts ein, die Geschichte würde über uns hinweggehen, wenn wir als wenige gegen einen »nationalen Konsens« antreten – und übergangen werden. Keine Frage, daß wir es trotzdem tun, falls wir gefragt werden sollten; Ziel libertären Eingreifens kann dies aber nicht sein. Soll aus der ursprünglich basisdemokratischen Bewegung in der DDR, aus der die SPD so gerne eine »friedliche Revolution« machen würde (weil sie gegen alle anderen Freikorps ausgesandt hat?), noch etwas machen gerettet werden, dann müssen wir uns diejenigen Elemente aneignen, die diese scheindemokratische Gesellschaft wirklich »demokratisieren«. Wenn in der DDR »runde Tische« für Wohnungsfragen, Umweltfragen etc. auf kommunaler Ebene eingefordert und durchgesetzt werden können, dann muß – gerade angesichts katastrophaler Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt in der BRD – die Linke alles daran setzen, solche Forderungen ebenfalls aufzugreifen und zu erkämpfen. Eine theoretische Hoffnung angesichts der desolaten Lage der Linken? Es scheint fast so.

Sinnvolles politisches Eingreifen in Zeiten nationalen Taumels kann nur heißen, kommunale Selbstbestimmungsrechte zu erweitern, runde Tische zu etablieren, z.B. um für eine multikulturelle Kommunalpolitik zu sorgen, die die »nationale Hysterie« von der Basis her aushebelt.

Diskussionen um Wahlen, um Wiedervereinigung ja oder nein, um Großdeutschland sind leere Hülsen, mit denen die politisch Mächtigen ihr Geschäft betreiben, um vor den zu erwartenden sozialen Problemen abzulenken. Diskussionen um ein 4.Reich bewegen sich auf derselben Ebene. Wir sollten weg von den Schlagworten und analysieren, wo die Wiedervereinigung soziale Schwierigkeiten mit sich bringen wird und wie dort antistaatlich zugunsten dezentraler Entscheidungskompetenzen eingegriffen werden kann. Der von der SPD vielzitierte »sächsische Landtag« ist selbstverständlich kein wesentlicher Schritt zu einer wirklichen Demokratie. All diese Lügen und Halbwahrheiten gilt es mit konkreten Mitspracheforderungen zu demaskieren.

Runde Tische auf kommunaler Ebene hätten Basischarakter und wären ein Teil von Gegenmacht. Das Einfordern oder Besetzen von (in der DDR z.B.) Parteihäusern, (in der BRD) von öffentlichen Gebäuden für autonome Kulturzentren und libertäre Zentren könnte jedenfalls mehr zur Veränderung der politischen Kultur beitragen als der 18.März, dessen politisches Ergebnis ja spätestens seit Anfang Februar feststand und der dennoch wieder als »historisch« abgefeiert werden wird.

Libertäre hätten dementsprechend weniger die Aufgabe genüßlich auf der staatsfixierten marxistischen Linken herumzureiten, als vielmehr die Bruchstellen aufzustöbern, die die Wiedervereinigung zwangsläufig schaffen wird, um dort einzugreifen, um libertäre Theorie Praxis werden zu lassen. Hämische Freude über das endgültige Scheitern autoritärer Sozialisten ist unangebracht, – zu sehr ist auch der Anarchismus ohne Sozialismus undenkbar.

Photos Umbruch Bildarchiv Berlin





Mit beiden Füßen in der Luft!

Der Schritt von der Verblüffung zum Szenario der Wiedervereinigung ist ein langer Weg

von Herby Sachs

Photo: Georg Janthur

Wir, mein Freund Georg und ich, saßen eines Abends, Anfang November, in einem aus Bambus und Palmblättern gebauten Restaurant in Mexiko, keine hundert Meter von der Karibik entfernt und schlürften Bier. Don Armando, der mexikanische Wirt, fragte irgendwann in die Idylle hinein, ob Deutsche anwesend wären. Georg wollte gerade aufstehen, um zwei weitere Bier zu holen. Wir saßen in der Nähe der Theke hinter der Don Armando vor seiner Kasse trohnte und schauten uns einige Sekunden verdutzt an. Mir schoß sofort der Gedanke durch den Kopf: "Hat Deutschland wieder einen Krieg begonnen?" Ich weiß nicht ob ich bleich geworden bin. Der zweite Gedanke jedenfalls war, sich auf keinen Fall als Deutscher zu erkennen geben. Ich wußte noch von zwei, drei weiteren Deutschen, die sich zu dieser Zeit an einem der abgelegeneren Tische (dort rauschte das Meer gewaltiger) saßen, sodaß sie die Frage nicht verstanden haben konnten.

Don Armando fragt ein zweites Mal. Er schielte unübersehbar in unsere Richtung. Georg stand endlich auf, um noch zwei Bier zu holen. Einem unerklärlichen Impuls folgend, ging ich mit zu Theke. Im gleichen Moment sagte Don Armando zu uns, mit einer verblüffenden Selbstverständlichkeit: "Die Mauer in Berlin ist weg!" Ich muß ein ziemlich blödes Gesicht gemacht haben, als ich Don Armando spontan einen Vogel gezeigt und ihn, zum Glück mit deutschen Worten, für vollkommen verrückt erklärte. Wir schüttelten beide den Kopf, brachten kein Wort Spanisch hervor, in der festen Überzeugung: na, der will uns gut verarschen! Seine Glaubwürdigkeit in Zweifel gezogen verschwand Don Armando in seine angrenzende Hütte und hielt triumphierend eine Zeitung vom gleichen Tage in der Hand. Er präsentierte sie uns mit einem milden Lächeln - was ich da sah, raubte mir fast den Atem. In großer Aufmachung auf der Titelseite einer mexikanischen Tageszeitung, ein Photo des Brandenburger Tors mit tausenden von Menschen; die hier bekannten Bilder! Daneben ein kleineres Photo mit langen Trabikolonnen, die über die Grenze fahren. Inzwischen waren um uns herum einige andere Leute versammelt, die Deutschen, Schweizerinnen, ein Engländer usw. Ich nahm mir die Zeitung und versuchte den Artikel zu lesen, immer noch vollkommen ungläubig. Ich las von einer friedlichen Revolution, riesigen Demonstrationen in den vergangenen Tagen, dem Sturz der Mauer usw.

In dieser vollkommenen Verwirrung halb gelesener Sätze, lauter Fragen der anderen, verstümmelten Übersetzungsversuchen war mein erster Gedanke: ich muß sofort zurück! In Deutschland ist eine friedliche Revolution im Gang und ich hocke hier in Mexiko. Erst beim zweiten Lesen dämmerte es mir, daß sich die ganze Geschichte auf die DDR bezog. Übrigens in der gleichen Nacht feierten, wie ich später erfuhr, mit einem riesigen Lagerfeuer einige AmerikanerInnen die Befreiung West - und Ostdeutschlands - mensch höre und staune - vom Kommunismus! Tage vorher in Merida hatte irgendjemand von riesigen Demonstrationen in Leipzip und Ost-Berlin erzählt. Doch am nächsten Morgen stand nichts in den mexikanischen Zeitungen.

Am gleichen Tag fuhren wir an die Karibik, um uns von der türkis[illegible]en Farbe des Meeres berauschen zu lassen. An einem abgelegenen Strand mit einigen Palmhütten, Kokosnüsse an den Bäumen, in der Nähe einer versunkenen Maya-Stadt. verflogen die Gerüchte großer Demonstrationen in der DDR. Eine andere Wirklichkeit: ich war seit knapp 2 Monaten in Mexiko und hatte trotz regelmäßiger Zeitungslektüre die großen Auseinandersetzungen nicht mitbekommen; weder Honeckers Sturz, noch die Übernahme von Krenz etc. Gerade in diesen ereignisreichen Wochen waren wir einige Male in abgelegenen Regionen unterwegs und trafen kaum Leute, die uns davon berichten konnten. Einzig über die Flucht der DDR-Menschen in die Botschaften von Prag, den Verhandlungen etc. hatten wir gelesen.

In den folgenden Wochen - wir verließen die Karibik einige Tage später - bemühte ich mich täglich eine Zeitung zu erhalten, um wenigstens ein bischen die aktuellen politischen Ereignisse beurteilen zu können. Die mexikanische Presse berichtete ausführlich über die veränderte Situation in der DDR, den unerträglichen 10-Punkte-Vorschlag Kohls, die aufkeimende Deutschtümmelei und nicht zuletzt zukünftige Wiedervereinigung Deutschlands. Vor diesem Hintergrund

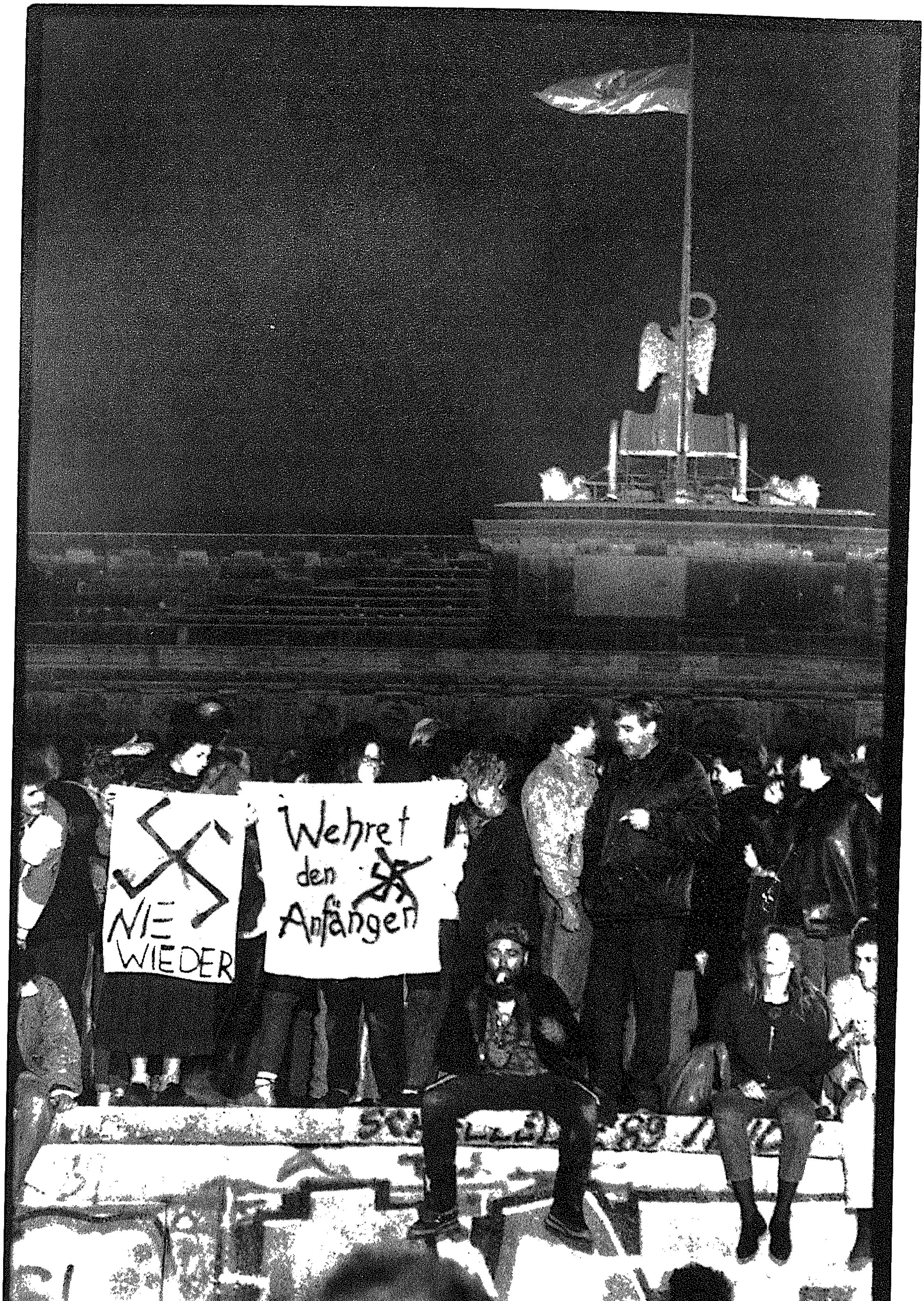


Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin

gruselte mir zurückzugehen. Nicht selten ertappte ich mich bei dem Gedanken einem wiedervereinigten Deutschland auf Biegen und Brechen den Rücken zu kehren.
Mit großer Distanz und Skepsis las ich in den ersten Tagen nach meiner Rückkehr die Zeitungen kurz vor Weihnachen, diskutierte mit FreundInnen, versuchte mir ein Bild der veränderten Situation zu machen. Um so verblüffter war ich, als mir ein großes Desinteresse gegenüber diesen politischen Vorgängen entgegenschlug. Der Tenor war insgesamt sehr ähnlich: von Kommentaren wie "die endgültige Niederlage der Linken", über "laß mich mit der DDR in Ruhe", bis zu "sollen bloß drüben bleiben", reichte das Spektrum einheitlicher Ablehnung. Im Gegenzug interessierte mich, ob sich denn Initiativen gebildet haben, die Rassisimus, neue Deutstümmelei in Ost und West, Reps, Wiedervereinigung usw. miteinander verbinden, um dem Triumpfgeschrei des Deutschtums ein geeignetes Pendant entgegenzusetzen. Doch auch hier laue Luft. Im Gegenteil einige Antifa-Gruppen stehen kurz vor der Auflösung, scheinen wie paralysiert. Selbst die Kampagnen gegen die Reps sind eingeschlafen. Auf dem NRW-Republikaner-Parteitag waren gerade mal 500 Gegendemonstranten und sogar während des

Bundesparteitags der Reps in Rosenheim nicht mehr als 5000 Leute. Kurz vor meiner Abreise nach Mexiko, wenige Wochen vor den Kommunalwahlen in NRW und Baden-Württemberg, arbeiteten besonders die Antifa-Gruppen fast pausenlos.

Sylvester verbrachte ich mit FreundInnen in Berlin. Die Situation dort erschreckte mich dann doch gewaltig. Während die einen die wiedergewonnenen persönlichen Freiheiten feierten, überlegten sich die Anderen die Stadt zu verlassen und fühlten sich in ihren Freiheiten eingeschränkt. Sie spührten den alltäglichen Einschnitt beim Einkaufen in Kreuzberg oder in Neukölln, mit den langen Schlangen vor den Kassen, den Konsumrennbahnen rund um die Uhr oder bei den Spektulationen noch und nöcher, die Mieten haben sich zum Teil verfünffacht, den Trabis die auf Fahrradwegen parken mit Pornoheften in der Ablage usw. Die Beispiele würden kein Ende nehmen. Was für die West-BerlinerInnen durchaus Gründe zum Verlassen der Stadt sind. Berlin, der Aufbau der heimlichen Hauptstadt, eine existenzielle Bedrohung der wenigen noch vorhandenen Freiräume, Kreuzberg als schicksaniertes Zentrum des wiedervereinigten Deutschlands etc., erscheint vielen hier in der BRD, vorsichtig ausgedrückt, als gigantisches Medienspektakel und kann damit, politischer Rummel hin oder her, getrost der Vergessenheit anheimfallen. Tenor: kehren wir zurück in den Alltag und alles wird so weitergehen wie vorher. Oder anders: die Veränderungen in der DDR sind geschickt von den Herrschenden lancierte Falschmeldungen, die öffentlichen Streitgespräche - Scheingespräche und die Besetzung der Stasi-Zentrale in Wahrheit ein verkappter Waldspaziergang. Das ist die eine Wahrheit der Medaille, doch es gibt die berühmte zweite Seite - und die ist nun einmal auch die Wirklichkeit! Hat sich mal jemand vorgestellt hier das Gleiche zu tun, z.B. den Verfassungsschutz zu stürzen, das BKA und den MAD platt zu machen?

Ich habe in letzter Zeit offen rassistische Sprüche gegenüber DDRlern gehört. Jede entsprechende Äußerung Türken oder Palästinensern gegenüber wäre offen angeprangert worden, ja die Leute hätten tatsächlich nichts mehr zu lachen gehabt. Was ist denn mit der Forderung "Grenzen auf für alle Flüchtlinge"? Wird jetzt Kohl und Konsorten die Stange gehalten, weil "unsere Pfründe" schwimmen gehen oder besser die jahrelang mühsam "erkämpften Veränderungen" den Bach hinunterdümpeln?

Ja tatsächlich, von allen Seiten hagelt es pausenlos politische Veränderungen in unbekanntem Ausmaß - die Öffnung der Grenze, war nur der Anfang. In größerem Stil werden wir uns die nächsten Jahre damit auseinanderzusetzen haben, ob wir wollen oder nicht. Den Kopf in den Sand stecken vor den umklammernden Umarmungen eines deutschen Einheitsstaates und den Hurra-Rufen deutscher Patrioten führen mit Sicherheit in die falsche Richtung.

Der deutsche Nationalismus ist eine Pest, der wir offensiv begegnen können. Also auch der Wiedervereinigung! Nur damit wir nicht vergessen, wir alle wissen darum: der Nationalstaat Deutschland hat in diesem Jahrhundert zwei Kriege geführt, um die Beherrschung der Welt. Millionen von Menschen sind diesem Massenmord zum Opfer gefallen, ganz zu Scheigen von der fast perfekten Ausrottung der jüdischen Bevölkerung in Europa oder den Progromen an den Zigeunern, denen heute nach wie vor die ständige Abschiebung droht und die nicht einmal Entschädigungen für die in der Nazizeit erlittenen Verfolgungen bekommen haben. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Dieser deutsche Nationalismus steht auch heute durchaus in der Tradition eines "gemeinsamen Neuanfangs" mit der EG im Schlepptau, ein anderer Kalter Krieg, dessen Opfer in der "3. Welt" zu suchen sind. Der Rausch der Wiedervereinigung, der aus dem zweigeteilten Land wie im Taumel wieder zur Vorherrschaft hinstrebt. Es gibt keinen historischen einsichtigen Grund, die zwei Deutschlands zu einem Staate zu vereinigen, auch wenn die sozialen, ökonomischen und politischen Umstände noch so dafür sprechen mögen. Wiedervereinigung wäre der Größenwahn



im Mäntelchen nationaler Selbstbestimmung: ein gemeinsames Europa mit einem aggressiven deutschen Wirtschaftsimperialismus an der Spitze. Das sind die bekannten heimlichen Gedanken der Strategen "Deutschland einig Vaterland". Und nicht nur der Strategen eines deutschen Machtzentrums. Der Schrei nach Ruhe und Ordnung, der Haß gegen Fremde, die Nivellierung der nach dem Mai 1945 festgelegten Grenzen sprechen eine allzu deutliche Sprache. Ohne Sand in die Augen zu streuen, diese tief verwurzelten Szenarien werden Alltag, Politik - ja lebensbestimmend - und nicht zuletzt, wie die letzten Jahre zeigten, bruchlos von einem erstarkenden Rechtsradikalismus durchzogen sein.

Doch wo sind die Barrikaden? Der Widerstand? Der Aufruhr? Die Linke, auch Teile der Linksradikalen, scheinen sich zurück zu ziehen, in ihren gehüteten Gral eingesessener Polit-Gewöhnlichkeiten. Wo sind die, die in den letzten Jahren ständig nach Einschätzungen, politischen Strukturen und Aktivitäten schrien. Gibt es keinen Anlaß zur höchsten Beunruhigung? Wo sind die vermeintlichen Erneuerer, die offen streitenden Kritiker des Sozialismus. Ist Sprachlosigkeit vom Himmel gefallen oder sitzen alle hinterm erloschenen Ofen, dem realsozialistischen Modell hinterherheulend?

Ich kenne kein Ereignis in der Geschichte linker Politik in diesem Land nach 45, dessen politisches Gewicht eine entsprechende Bedeutung gehabt hat. Auch nicht die Einschnitte 68 oder etwa die Repression des deutschen Herbstes 77.

Wir verpassen die einmalige Chance freiheitlicher Eingriffe und verkommen zur Bedeutungslosigkeit, überlassen dem Staatsapparat ein ruhiges Hinterland. Wo sind die, die der politischen Routine mit knirschenden Zähnen begegnen? Die, die den Staat abschaffen wollen, um Autoritäten, Hierarchien und Männergesellschaften zutiefst zu beunruhigen? Wo die Nestbeschmutzer dieser ewigen Deutschtümmelei?

Eine vergleichbare brisante und durchschaubare Situation wie im Moment wird es kaum noch einmal geben. Und wenn wir sie nur dazu nutzen die herrschende Politik zu erkennen.

Weshalb fordern die Parteien in der DDR von SED bis CDU einheitlich, daß nur Parteien kandidieren dürfen? Sie wissen um die Gafahr einer Opposition, die Politik der Parteien ablehnt - und sie haben große Erfahrung in der Beherrschung von unorganisierten, antihierarchischen Rebellionsversuchen. Ein "Schlag in die Fresse" jeder außerparlamentarischen Bewegung. Wir kennen nur das Beispiel der Grünen Verantwortung zu übernehmen und abgebrochen ist die "revoltierende Speerspitze"!

Es gibt keine Zeit und Ruhe in diesem unheilbaren Deutschland. Nicht in einem Jahr, das voll sein wird von politischen Ereignissen, mit einer Fülle von Wahlen, die am Ende den „Rechtsradikalismus" in Ost und West zu einem Großdeutschland erblühen lassen. Gerade jetzt sollten in Ost und West Häuser besetzt , Zentren erkämpft, Antifa-Arbeit gemacht und eine unüberhörbare Unruhe angezettelt werden, bevor eine Wiedervereinigung mit Sauseschritten über uns hinwegtrampelt. Und dabei nicht vergessen den Deutschtümmlern, Faschisten, den ewig fahnenschwenkenden Patrioten typisch deutscher Gesinnung ihre Propaganda um die Ohren zu hauen, egal ob Ost oder West, ob CDU, Reps, NPD oder den Wendehälsen einer wiedererstarkten SED. Dieses Deutschland - nie wieder!



Photo: Umbruch Bildarchiv Berlin

"Deutschland, einig Vaterland"?

von Hans Jürgen Degen

I

Bei der gesamtdeutschen Linken geht Angst um: Die Mauer wurde zum Sieb; der menschlich-politische Anachronismus der gewaltsamen Trennung von Menschen ist sichtbar am Schwinden; die deutsche "Wiedervereinigung" steht für viele Deutsche auf der Tagesordnung: Panik ist bei den "Linken" Programm: Das "Gespenst" von gestern in Gestalt des realen Nazismus in Form der Dritten Reiches wird transportiert in ein fiktives "Viertes Reich". Das stehe der Welt bevor, wenn die deutschen Träume, Forderungen nach "Wiedervereinigung", nach "Vereinigung", nach einer "Konföderation" der beiden deutschen Staaten Realität würde.

Hier offenbart diese (angstbesetzte) "Linke", daß sie nur noch in Herrschaftskategorien zu denken, zu "argumentieren" vermag. Deshalb hat die Geschichte sie jetzt eingeholt, die sie versucht hat dilettantisch zu verdrängen. Jetzt folgt quasi die Rache der Geschichte: Wer seine eigene Geschichte verdrängt - und so konsequent, wie die "Linke" das in Deutschland getan hat, können das auch nur deutsche "Linke" - wird von ihr überrollt. Als wenn sich denn historische Prozesse überspringen ließen! (Daß das nicht so einfach ist hätten sie schon bei Marx nachlesen können!) Der versuchte Ausstieg aus der Geschichte erweist sich als Flop: Die "linke" Wagenburg in der Deutschlandfrage war spätestens passé in den Novembertagen 1989; die DDR-Volksmassen verpaßten dem Realsozialismus endlich den verdienten Tritt; sie nahmen ihre Geschichte nun selbst in die Hände. Der Ungehorsam, das Aufbegehren der Volksmassen gegen das ihnen aufgedrückte und verhaßte realsozialistische Zwangssystem hat dieses paralysiert. Die bürgerlich-demokratische Novemberevolution hat den unerträglichen status quo im Inneren der DDR endlich aufgebrochen und das Regime endlich als extrem menschenfeindlich entlarvt. Trotzdem entblöden sich gewissen "Linke" nicht, die ideologischen Bruchstücke des Regimes sammelnd, papierene Ehrenrettungen des Regimes zu basteln.

II

Der im halben Deutschland total gescheiterte Realsozialismus sitzt wie ein Alpdruck in all jenen "Linken", die diesen zwar nicht mochten, ihn aber doch noch als "ein Stück Sozialismus" ansahen. Wer seinen "Sozialismus" an den Staat kettet, der muß es natürlich als enormen Verlust (es ist ein Stück von ihm!) empfinden,daß der "sozialistische Staat" nicht mehr die Zügel strafft. Denn für ihn ist die Alternative ja nur das kapitalistische Zaumzeug. Wer aus diesem (hier natürlich verkürzten) Blickwinkel "argumentiert", der tut es nur noch aus Verzweiflung. Er steht sozusagen vor dem politischen Nichts.

Den total gescheiterten Realsozialismus will im halben Deutschland DDR kaum jemand noch. Aber bei der BRD-"Linken" ist er schon auf dem besten Weg seiner Verklärung. Die Belehrungen dieser "Linken" gehen an allen Realitäten vorbei: die Bevölkerung der DDR möge doch gefälligst die "historische Chance" des Zusammenbruchs und des *nur* entarteten Realsozialismus nutzen und den authentischen Sozialismus aufbauen. *Diese* "historische Chance", die will tatsächlich nur noch eine verschwindende, vom SED-System profitierende Minderheit nutzen. Die überwiegende

Mehrheit der DDR-Bevölkerung hat vom "Sozialismus" wahrlich "die Schnauze voll" (so Volkes Mund quer durch die DDR).

Historisch zu würdigen ist an diesem Realsozialismus wirklich nur, daß er endlich ganz verschwindet. Und *das* ist *die* wirkliche historische Chance: daß die Diskriminierung und dadurch die Diskreditierung des Sozialismus in Deutschland hoffentlich irgendwann ein Ende hat; daß endlich jetzt über Sozialismus gesprochen werden kann, ohne automatisch mit den sich "sozialistische" drapierenden staatlichen Zwangssystemen gleichgesetzt zu werden.

Am Realsozialismus gibt es nichts mehr zu reparieren. Kaum jemand rührt für ihn noch einen Finger. Nur noch einige Unverzage, im Rücken die blauen bände, führen aus ihren behaglichen BRD-Uni-Sesseln in diversen Postillen seine letzten Gefechte. Sie malen das Untier "Spätkapitalismus" in düsteren Farben als die negativste Alternative zum Realsozialismus aus. Niemand beeindruckt das, der sein Leben in unwürdigen ökonomisch-sozialen Verhältnissen, in Angst vor dem vielschichtigen Terror des Staates mit der Perspektive des lebenslangen Eingesperrtseins verbringen mußte. Die erhobenen Zeigefinger "linker" Zuchtmeister sind angesichts solcher Tatsachen nichts als Arroganz. Hier ist man versucht, die Standartformel der kleinen und großen Kalten Krieger von gestern zu kolportieren: "Geht doch rüber"! Das aber sollte auch dem härtesten Verteidiger des Realsozialismus nicht im Nachhinein zugemutet werden.

Angesichts der Konfusion weiter"linker" Kreise beim Zusammenbruch des DDR-Realsozialismus, wäre es endlich für die "Linke" Zeit, Bilanz zu ziehen: über ihr deutsches Geschichtsbild, über ihr Verständnis von Nation, über ihre Stellung von Staat, über ihren Internationalismus, über ihre Vorstellungen von Sozialismus.

III

Die Konfusion der "Linken" über die Auferstehung der "nationalen Frage" in Deutschland ist u.a. ihrem Teilrückzug aus der deutschen Geschichte zuzuschreiben: Statt der Rechten (jetzt schon!) Jahrzehnte die "deutsche Frage" zu überlassen, sie als "reaktionär" bis nazistisch zu diffamieren, hätte die "Linke" diese Frage vom Kopf auf die Füße stellen müssen: Der stark verengte Blick auf die imperialistische Vergangenheit, auf die nazistische Barbarei in Deutschland hat die "Linke" handlungsunfähig gemacht: Wer seine Geschichte nur auf ihr Nagativkonto reduziert, nimmt sich moralisch selbst das Recht auf die eigene, selbstzugestaltende Geschichte. Wer in der deutschen Geschichte nicht ihre freiheitlichen (philosophischen, politischen), ihre antizentralistischen. kommunalistischen, regionalistischen, föderalistischen und anti-etatistischen Traditionen sieht, sich zu eigen macht, entzieht sich selbst die Legitimation als Protagonist einer anderen sozialistischen Gesellschaft ohne die Barbarei des Kapitalismus und seiner Staatssysteme.

Wer "Nation" im Kontext mit "deutsch" nur mit chauvinistisch, mit nazistisch gleichsetzt, der ist nur fit in Nagativdefinieren. An der Sache aber hat er sich vorbeigemogelt. Der Begriff "Nation" wird, wie fast jeder Terminus, verschieden definiert und stets mißbraucht. Daß die Nation in Deutschland von der Rechten permanent vergewaltigt wurde/wird, ist das eigentlich ein Grund dafür, daß die "Linke" diese Vergewaltigung hinnimmt, sich noch genüßlich an ihr weidet? Sollte das nicht eher Anlaß zu einem rechten Weltbild von der "Staatsnation" das linke der "Nation" jenseits von Patriarchat, Chauvinismus, Staat und allen sonstigen Herrschaftsformen entgegensetzen? Wäre hier nicht der Rückgriff auf die deutschen philosophischen, humanistischen, politischen "Klassiker" angebracht, die, sich mit der "Nation" auseinandersetzend, zu anderen Schlüssen als die der "Staatsnation" kamen? Ist es nicht überlegenswert, "Nation" als etwas "verbindendes, historisch gewachsenes zwischen Menschen" mit gleichen Traditionen (Gustav Landauer) anzusehen? Könnte eine solche, nicht macht- und staatsorientierte "Nation" nicht langfristig ein Vehikel zur Überwindung des Chauvinismus zwischen den Völkern mit dem Ziel einer wirklichen "Völkergemeinschaft" sein?

Es ist schon etwas verkrampftes bei "Linken", wenn Worte wie "Vereinigung", Konföderation" etc. nichts anderes auslösen als Gedanken an ein "Viertes Reich" bzw. "Großdeutschland". Statt zu diesen Horrorvisionen konstruktive politisch-ökonomische Alternativen aufzuzeigen, macht man in staatlich-gesellschaftspolitischem status quo: Zwei deutsche Staaten haben schließlich, da man Vogel-Strauß-"Politik" praktizierte, "Ruhe" garantiert. Daß das eine trügerische Ruhe sein mußte, daß sich in Deutschland die "nationale Frage", die Einheitsstaatsfrage wieder stellen würde, das ist nur logisch: ungelöste Probleme lassen sich auf die Dauer eben nicht verdrängen. Daß die gesamte "Linke" zu dieser deutschen Tagesordnung der 90er Jahre nichts beizutragen hat, handlungsunfähig ist, das kommt nur den rechten deutschtümelnden Etatisten zupaß: Die "deutsche Frage" wird so nur zur "Wiedervereinigung": ein deutscher kapitalistischer Superstaat unter europäischem kapitalistischem Konzerndach.

Der "Internationalismus" der deutschen "Linken" ist an der "deutschen Frage" gescheitert: Wenn die Palästinenser (nur dieses Beispiel) internationale Solidarität für ihre Anliegen einfordern, steht die deutsche "Linke" geschlossen mit ihnen in einer Reihe. Warum aber haben bisher die deutschen "Internationalisten" nicht die linken Internationalisten der ganzen Welt zur internationalen Solidarität für ihre eigenen deutschen Anliegen eingespannt? (Das würde ihnen

sicherlich nicht verweigert.) Natürlich ist diese Frage nur eine rhetorische; denn wer es schick findet, sich ständig seine Identität selbst zu amputieren, der kann nur in "Internationalismus" in fernen Kontinenten machen.

Der etatische "Sozialismus" hat auch in Deutschland nur ein moralisches, geistiges und materielles Trümmerfeld produziert. Die etatistische BRD-"Linke" hat sich nicht zum totalen Bruch mit dem "realen Sozialismus" (d.h., ihm "sozialistisch" überhaupt abzusprechen) durchgerungen. Deswegen war sie u.a. auch unfähig, eine sozialistische Konzeption ohne realsozialistische Versatzstücke für dieses Land vorzulegen. Allein schon ihre Staatsfixiertheit, die sie mit dem Realsozialismus gemein hat, hat ihr den Weg zum Sozialismus verbaut. Kein Wunder also, daß *Sozialismus an sich* verpönt, diskreditiert, als barbarisch im Bewußtsein der großen Mehrheit der Deutschen ist. Schon deshalb wird *Sozialismus* auf absehbare Zeit in diesem Lande - ganz gleich wie es zukünftig aussehen wird - keine konstruktive Rolle spielen. - Den Sozialismus "salonfähig" zu machen, vor der Kärrnerarbeit stehen die Sozialisten.

IV

Die meisten Arbeiter- und Intellektuellenaufstände gegen den etablierten Realsozialismus wurden bei vielen "Linken" kaum registriert. Ihre Reaktion war entsprechend. Dieser Ignoranz ist besonders der deutsche Arbeiteraufstand in der DDR in den Junitagen 1953 zum Opfer gefallen: Schon während des Aufstandes am 16./17./18. Juni erging sich die Mehrzahl der BRD-"Linken" in tiefem Schweigen. Das Ergebnis wird jährlich am BRD-Nationalfeiertag (17. Juni) von den Rechten abgefeiert: Der Arbeiteraufstand wird als Zustimmung für das kapitalistische BRD-System und dessen Wiedervereinigungs"-Strategie instrumentalisiert.

Eine gewisse Parallele zum 17. Juni 1953 erfährt nun die 1989er DDR-Novemberrevolution: Der spontane, ideologisch führungslose Massenaufstand wird quasi als konterrevolutionär eingestuft, daß er nicht "sozialistische" sondern *nur* "bürgerliche" Postulate (Meinungs-Organisations-Reisefreiheit etc.) aufstellte. Und seit die "nationale" Komponente als Wiedervereinigungsforderung versstärkt in die DDR-Massendemonstrationen einfließt, demonstriert die "Linke" neben Hilfslosigkeit nur noch ihren *Deutschen-Selbst-Haß*. Damit kommt auch das jahrzehntelange deutsche Politspiel wieder voll auf Touren: freiwillig wird den Rechten die Politik für (richtiger: gegen) dieses Land überlassen. An dieser deutschen "linken" Neurose haben sich die Rechten schon immer gemästet.

Befallen von dieser Neurose sind auch die Libertären. Im Fahrwasser der etatistischen BRD-Linken läßt sich schließlich bequem dahingleiten. Daß sich die Libertären im wesentlichen von der etatistischen "Linken" die Polit-Themen und Problemfelder diktieren lassen, das wurde wieder kraß in den DDR-Novembertagen 1989 deutlich: die gleiche Konfusion, Aufgeschrecktheit, Jämmerlichkeit angesichts des *deutschen Problems*, das so plötzlich über sie kam, das in kein gehätscheltes Raster paßte. Auch die deutschen Libertären haben die "deutsche Frage" ausgeblendet. Denn schließlich kann nicht sein, was nicht sein darf! Aber es ist. Denn sonst würde sich doch kein Libertärer damit herumschlagen.

Die meisten Libertären haben ein Haßverhältnis zu diesem Land. Sie assoziieren es nur mit Barbarei und totalem Staat. Wenn sie Gedanken an dieses Land - auch *ihr* Land - verschwenden, dann wirds meist kurios: Die anti-etatistisch eingeschworenen Libertären denken bei der "deutschen Frage" auf einmal nur in etatistischen Kategorien; die "deutsche Frage" wird zur reinen Staatsfrage! Hier fehlt den sonst so exzellent prinzipienreitenden Libertären ganz offensichtlich libertäre Prinzipientreue (Antistaatlichkeit in allem!); es fehlt die Fantasie, die die Staatsargumente weit hinter sich läßt. Stattdessen reagieren sie wie verängstigte Kleinbürger, die aus ihrer Behaglichkeit aufgescheucht werden.

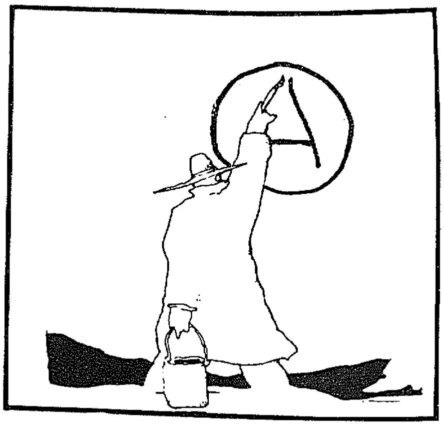
In der "deutschen Frage" sind die Libertären den Staatsfetischisten von "links" *und* rechts auf den Leim gegangen: Deutschland ist für sie nur als ein riesiges Staatsmonstrum vorstellbar, wie ihr das die etatische "Linke" vorgesponnen hat.

Von einer solchen "Linken" aber, die eine solche sterile, nichtlibertäre Politik vorgibt, sollten sich die Libertären endlich emanzipieren.

V

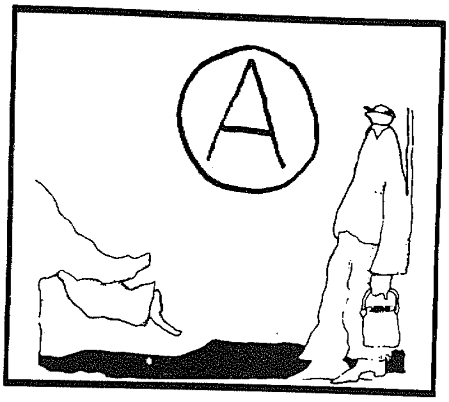
Die Intention der herrschenden "Wiedervereinigungs"-Euphorie der gesamtdeutschen Rechten ist glasklar: Die Bildung eines total durchkapitalisierten zentralistischen Nationalstaates BRD/DDR. Die kapitalistische Wirtschaftsmacht "Deutschland" wird ökonomisch europäische Führungsmacht sein. Dieser deutsche Zentralstaat wird politisch völlig in die "Europäische Gemeinschaft " (EG) integriert sein. Eine militärische Supermacht, eine militärisch-imperialistische Gefahr wird und kann dieses Deutschland nicht mehr sein. Denn die UdSSR, die USA (und die anderen alliierten Siegermächte von 1945) werden bei der Bildung des BRD/DDR-Deutschland ihre Vorbehaltsrechte für ganz Deutschland gerade bei dessen militärischer Potenz nachdrücklich anwenden. Schon die Aussicht auf diesen neuen real-kapitalistisch-demokratisch-parlamentaristischen Nationalstaat BRD/DDR ist bedrückend genug. Aber an diesem Einheitsstaat werden wir nicht mehr vorbeikommen.

Hat damit dann das Raumschiff Deutschland nach jahrzehntelanger Irrfahrt nun



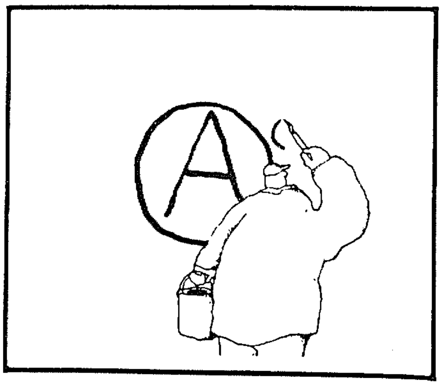
endlich sein Ziel erreicht? Mitnichten!: Der latente politisch-militärische Unruheherd des geteilten Deutschland-Europa ist zwar beseitigt; die zukünftige (hauptsächliche) *innere Gestaltung des neuen Deutschlands* muß aber noch durchgesetzt werden.

Der uns in absehbarer Zeit drohende Nationalstaat BRD/DDR wird (so oder so) nur eine Übergangsphase in unserer Geschichte sein. Die ungewollte Zweistaatlichkeit Deutschlands zu überwinden, ohne



die Einstaatlichkeit auf Dauer zu dulden, das sollte hier *die* zentrale libertäre Vision für Deutschland sein.

Die wirkliche deutsche libertäre Utopie sind die "Vereinigten Republiken Deutschlands" (Landauer): Das heutige, das zukünftige Deutschland muß in seine Bestandteile zerlegt werden; die ursprünglichen, organisatorisch gewachsenen Regionen müssen wiederhergestellt werden; die Regionen sollten sich föderieren. Eine solche *deutsche Föderation*, das ist dann die *wirkliche deutsche Vereinigung*.



Altparteien usurpieren Antifaschismus

von r.l./telegraph
Wöchentliches Infoblatt der Umweltbibliothek (Fortsetzung der ehemaligen Umweltblätter, Ost-Berlin)

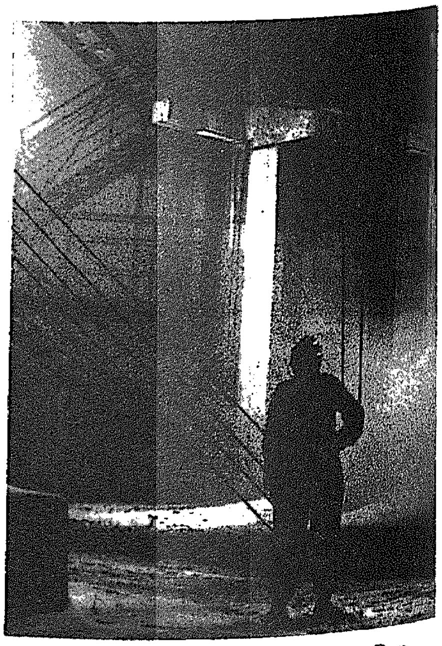
Das Timing war exakt. Genau zur 5. Runde des Runden Tisches, zu der die Opposition Rechenschaft über die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit und die Rückstellung der Pläne für Verfassungsschutz und Nachrichtendienst bis zu den Wahlen verlangt hatte, wurden der Öffentlichkeit Sachzwänge zur Neuanstellung der alten Stasi-Leute serviert.

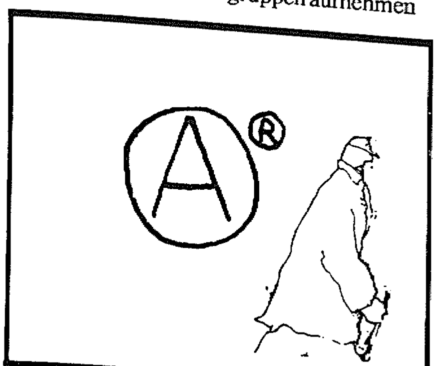
Angeblich waren es 250.000 Menschen, die am, 3.1.90 vor dem Treptower Ehrenmal gegen Neofaschismus in der DDR demonstrierten. Sie folgten einem Aufruf der SED-PDS, des Komitees Antifaschistischer Widerstandskämpfer und anderer Altparteien und -organisationen. Daß sich Vertreter der Vereinigten Linken bereitgefunden hatten, an dem Spektakel teilzunehmen, kann man ebensosehr peinlich wie typisch finden. Anlaß der Manifestation war die Besprühung des sowjetischen Ehrenmals mit Inschriften nationalistischen Inhalts.[1] Der SED-PDS-Vorsitzende Gysi rief zur Bildung einer »Einheitsfront gegen Rechts« auf. Die Öffnung der Grenzen, so Gysi, habe das Land mit Neonazis überschwemmt. Deshalb brauche das Land wieder staatliche Autorität und »rechtsstaatliches, demokratisches aber entschiedenes Handeln unserer Sicherheitsorgane«.

Die Teilnehmer skandierten »Nazis raus!« und forderten »Verfassungsschutz, Verfassungsschutz!«. Begleitend hatten die offiziellen Presseorgane plötzlich entdeckt, daß es in der DDR Neonazis gibt. Vertreter von Altparteien und -organisationen forderten unisono die sofortige Einrichtung des besagten Verfassungsschutzes. Der Pressesprecher des in Auflösung befindlichen Amtes für Nationale Sicherheit, Stephan Roahl, klagte ADN sein Leid. Infolge der Schließung von 250 Stasi-Kreisämtern, könnten die BRD-Anführer einer neonazistischen Bewegung in der DDR nicht einmal observiert werden. Das Ministerium des Innern bemühe sich ja, verfüge aber nicht über die notwendigen nachrichtendienstlichen Mittel und Methoden. Auch gehe es um die Bekämpfung von Terror, Sabotage, Veruntreuung von Volkseigentum und Drogenkriminalität. »Das Sicherheitsbedürfnis ist da, die Fachkräfte und Akten sind da, dürfen aber nicht arbeiten.«

Wir möchten immerhin in wenigen Stichpunkten auf diese Unverschämtheiten eingehen:

- Diejenigen Parteien und Organisationen, die jetzt über einen angeblich importierten Neofaschismus in der DDR schreien, sind verantwortlich für die Zerstörung einer lebendigen Kultur und eines schöpferischen Geisteslebens und damit einer geistigen Identität und haben durch Entmündigung von der Schule an die Fundamente für die neofaschistische Bewegung in der DDR gelegt.
- Diejenigen »Fachkräfte und Akten«, die jetzt zur Bekämpfung des Neofaschismus zu Hilfe gerufen werden, haben in der Vergangenheit durch ihre Repressionsarbeit jeglichen sozialistischen Ansatz diskreditiert und darüber hinaus neonazistische Aktivitäten mindestens begünstigt, z.B. durch Duldung in stasieigenen Sportclubs und durch die Verfolgung der Antifa-Gruppen.[2] Daß darüber hinaus die Staatssicherheit mit Skingruppen regelrecht arbeitete, kann bis jetzt noch nicht bewiesen werden. Es ist aber bekannt, daß linken Oppositionsgruppen oft von Stasi-Leuten mit einem Überfall von Nazi-Skins gedroht wurde. Vom Überfall auf das Konzert in der Zionskirche im Jahr 1987 wußten die Sicherheitskräfte vorher und hatten auch Kräfte bereitgestellt. Mischten sie sich deshalb nicht ein, weil die Aktion in ihrem Sinne verlief? Bevor diese Art von »Fachkräften« gegen Neonazis eingesetzt werden, sollte erst einmal anhand ihrer »Akten« überprüft werden, wieweit sie in die Neonazi-Szene verstrickt sind.
- Wirklich greifende Gegenarbeit gegen die Neonazis wurde, abgesehen von den Basisgruppen, in den letzten Jahren nur von der Kriminalpolizei geleistet. Diese Arbeit litt allerdings stark darunter, daß die Staatssicherheit viele Fälle der Kripo wegnahm, um ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Bei einer Pressekonferenz der Kripo-Abteilung »Arbeitsgruppe zur Bekämpfung rechtsradikal motivierter Kriminalität und Selbstjustiz« verlangten die Oberstleutnante Bernd Wagner und Klaus Wichert nicht den Aufbau eines Verfassungsschutzes, sondern den Zugang zu den einschlägigen Erkenntnisunterlagen der versiegelten Ämter für Nationale Sicherheit. Sie wollten Kontakt zu der neugebildeten Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches und antifaschistischen Basisgruppen aufnehmen





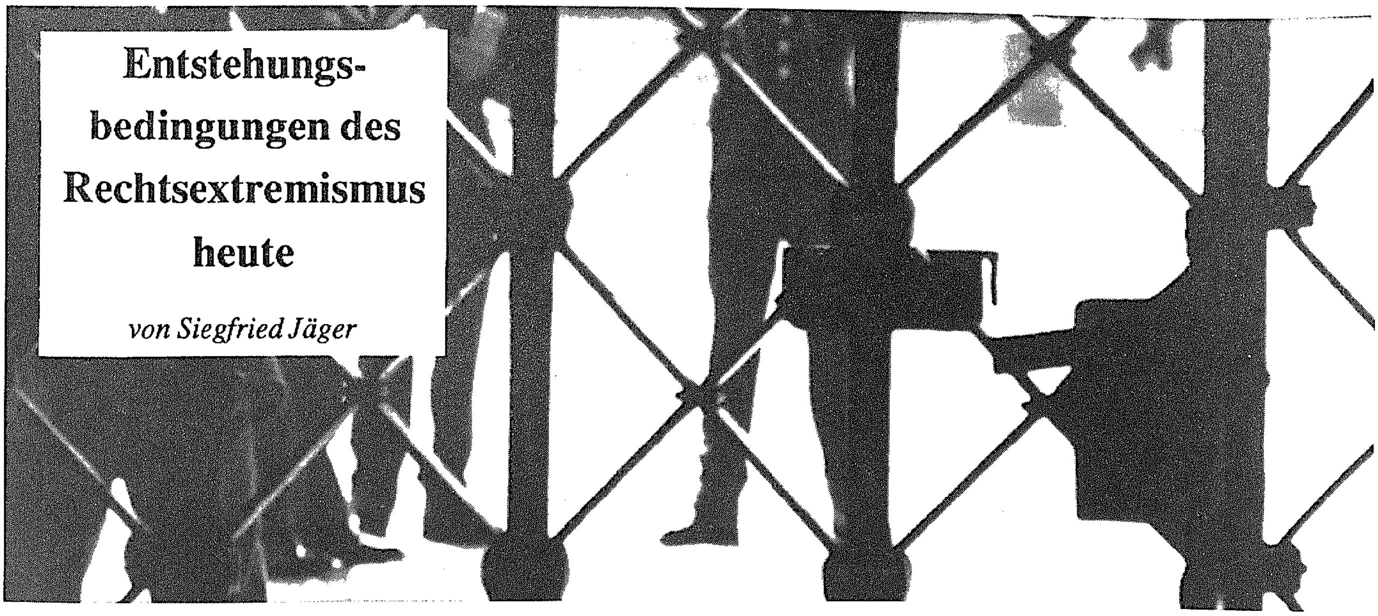
und begrüßten die Erklärung des Runden Tisches vom 27. November zur gewachsenen neofaschistischen Gefahr.
- Niemandem von den alten Organisationen und Parteien ist vermutlich die tiefe Symbolik aufgefallen, die in der Versammlung am Treptower Ehrenmal lag. Der nach 1945 in Sklavenarbeit von deutschen Kriegsgefangenen aufgebaute Komplex ist eine einmalige Manifestation stalinischen Geistes. Mit dem Hinweis auf die rechte Gefahr wollen die alten Kräfte zur stalinistischen Hierarchie zurück. Und schon ist auch verschiedentlich die Argumentation zu hören, es ginge gegen jede Art von Radikalismus, gegen den von rechts und gegen den von links. In Zukunft sollen offenbar politisch Andersdenkende nach bewährter westlicher Manier unter dem Prädikat »Radikalismus« bekämpft werden.

Natürlich geht es um den Kampf gegen die neofaschistische Gefahr und natürlich muß dieser Kampf auch mit polizeilichen Mitteln geführt werden. Aber die Vergiftung ganzer Generationen, wie bisher unter »realsozialistischen« Verhältnissen geschehen, ist nur durch permanente Aufklärung, Erziehung zur Mündigkeit und eine neue kulturelle und geistige Identität zu erreichen. Dazu muß das Schulsystem demokratisiert werden. Dazu muß eine Presse geschaffen werden, die nicht das Werkzeug von Parteien oder Konzernen ist, die nicht der Indoktrinierung und Verdummung des Publikums dient. Darüber ist bisher bezeichnenderweise von den Wendehälsen der Altparteien nicht einmal in Ansätzen nachgedacht worden.

Anmerkungen:
1) Gesprüht wurde: »Besatzer raus«, »Volksgemeinschaft statt Klassenkampf«, »Nationalismus für ein Europa freier Völker«, »Sprengt das letzte Völkergefängnis, sprengt die UdSSR«. Nach Meinung der Umweltbibliothek sind diese Sprüche völlig untypisch für die DDR-Fascho-Szene.
2) Z.B. eine faschistischen Gruppe in Wolgast, deren Gründung nicht berichtet wurde; z.B. die Verfolgung und Inhaftierung von Antifaschisten in Potsdam noch vor wenigen Monaten.

Entstehungsbedingungen des Rechtsextremismus heute

von Siegfried Jäger



1.

Faschismus und Rechtsextremismus entstehen aus der Mitte heutiger Gesellschaft heraus. Durch die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung werden soziale Not und psychische Deprivation in großen Teilen der Bevölkerung *systematisch* und dauerhaft erzeugt. Auf diesem Hintergrund entsteht in der Bevölkerung ein latentes psychisches *Reaktionspotential* für rechtsextreme Ideologie.

Mit Adorno zu sprechen: *»... Die Wiederkehr des Faschismus (ist) im Entscheidenden keine psychologische, sondern eine gesellschaftliche Frage...«*

An anderer Stelle sagt Adorno: Der Faschismus *»kann nicht wesentlich aus subjektiven Dispositionen abgeleitet werden. Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation ... hält nach wie vor die Majorität* (der Bevölkerung, S.J.) ... (in) *Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag. Wenn sie leben wollen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert, können sich selbst erhalten nur, wenn sie auf ihr Selbst verzichten.«*

Und weiter sagt er: *»Den Verblendungszusammenhang zu durchschauen, mutet ihnen eben die schmerzliche Anstrengung der Erkenntnis zu, an welcher die Einrichtung des Lebens ... sie hindert. Die Notwendigkeit solcher Anpassung, die zur Identifikation mit Bestehendem, Gegebenem, mit Macht als solcher, schafft das totalitäre Potential. Es wird verstärkt von der Unzufriedenheit und der Wut, die der Zwang zur Anpassung selber produziert und reproduziert. Weil die Realität jene Autonomie, schließlich jenes mögliche Glück nicht einlöst, das der Begriff von Demokratie eigentlich verspricht, sind sie indifferent gegen diese, wofern sie sie nicht insgeheim hassen.«*

Adorno sagt weiter ganz klar: *»Die Gefahr ist objektiv; nicht primär in den Menschen gelegen.«*

Anders ausgedrückt: Letztlich materielle, sozioökonomisch gesteuerte Bedingungen fungieren hier als Ursachen und führen bei vielen Menschen zu psychischen *Dispositionen* (Empfänglichkeit, Anfälligkeit, Anm. SF-Red.) die sie für rechtsextreme Ansprache besonders anfällig machen. – Wie gesagt: zu Dispositionen, oder anders: zu einem *psychischen Reaktionspotential* bzw. wieder anders zu *autoritären Charakterstrukturen*.

Diese sind nicht schon selbst als faschistisch oder rechtsextrem zu bezeichnen. Sie stellen aber einen Resonanzboden für faschistische Propaganda dar.

2.

Je nach den besonderen sozialen und politischen Rahmenbedingungen der Durchsetzung ökonomischer Interessen und der Stärke der ideologischen Agitation von rechtsextremen Propagandisten gibt es verschiedene Ausformungen und Stärkegrade rechtsextremistischer Bewegung.

3.

Der heute zu beobachtende Rechtsextremismus kommt nicht aus heiterem Himmel. Einen latenten Neo-Faschismus hat es in der Bundesrepublik immer schon gegeben. Die derzeitige Situation der BRD ist jedoch dadurch gekennzeichnet, daß ein verschärfter Sozialabbau stattfindet bei gleichzeitig verschärfter Primärbeachtung der Interessen der Wirtschaft.

4.

Der heute real-existierende Konservatismus lenkt von den Ursachen des verschärften Sozialabbaus dadurch ab, daß er die Ausländer zu Sündenböcken dafür hochstilisiert. Dies geschieht insbesondere durch die geplante Verschärfung der Ausländergesetze und die Praxis der konkreten Ausländerpolitik sowie durch die öffentliche Diskussion über die angeblich negativen Folgen der Anwesenheit von Ausländern in der Bundesrepublik.

Durch die geplante Aufteilung des Ausländergesetzes in ein Ausländerintegrationsgesetz und ein Ausländeraufenthaltsgesetz[1] will sie zwischen »guten« und »schlechten« Ausländern unterscheiden. Gute Ausländer sind für die Konservativen diejenigen, deren Arbeitskraft von der Wirtschaft genutzt bzw. ausgebeutet werden kann. Schlecht sind diejenigen, die Kosten verursachen: Ungelernte, besonders sogenannte Asylanten aus fernen Ländern, die auch noch Sozialhilfe und Wohnraum beanspruchen, Frauen, die nur Kinder produzieren und deshalb über längere Zeiträume hinweg nicht arbeiten können, bestimmte Jugendliche, die die Arbeitslosenstatistik belasten, politisch aktive Ausländer, die »die Belange« der Bundesrepublik stören, usw. Mit dieser Separierung durch das geplante Gesetz, in dem sich die jetzt schon gängige Praxis widerspiegelt, begibt sich die Union aber in Widerspruch, Ausländer einerseits zu akzeptieren und andererseits abzulehnen.

Die Ansiedlung von sogenannten Aussiedlern verschärft das Problem, da auch diese Gruppe von großen Teilen der Bevölkerung als Fremde wahrgenommen werden.

5.

In dieser Situation kann es rechtsextremen Propagandisten gelingen, ihre Lösungsangebote durch Aufnahme und Zuspitzung der Argumentation der Union für größere Teile der Bevölkerung attraktiv und plausibel erscheinen zu lassen. Sie kann die Union wegen ihrer Integrationspolitik als halbherzig und verlogen darstellen und schwächt damit die Integrationskraft der Union für rechtsaußen angesiedelte Wähler zusätzlich. Zugleich ist zu beobachten, daß glaubwürdige linke Konzepte sozialer und ideologischer Natur fast völlig fehlen.

6.

Die Mittelpunktstellung von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der rechtsextremen Agitation ist prinzipiell deshalb möglich, weil dafür in der Bevölkerung ein erheblich ausgedehnter Resonanzboden vorhanden ist. Dieser entsteht zwar primär aus den Lebensbedingungen in der gegebenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wie ich das vorher darzustellen versucht habe. Es kann aber bei vielen verstärkt und weiter inhaltlich in Richtung Fremdenfurcht und Rassismus verfestigt werden aus der Familientradition heraus, über die Schule, die Politik, die Wissenschaft und die Medien. Hier liegt zwar kein Automatismus vor. Empirische Untersuchungen des Pädagogen Fend u.a. verweisen jedoch darauf, daß besonders in den Erziehungsinstanzen im weitesten Sinne Faktoren gegeben sind, die faschistoide Dispositionen allgemein und Ablehnung des Fremden, Unvertrauten, Konkurrierenden verstärken können. Fend legt dabei das Schwergewicht auf die Familie und betont die Machtlosigkeit der Schule, hier Gegengewichte zu schaffen. Damit beschreibt er aber nur den Status quo, ohne meines Erachtens durchaus vorhandenen oder aber noch zu entwickelnden Möglichkeiten der Gegenstrategie durch Schule und Erziehung in den Blick zu nehmen. Er übersieht zudem, daß die Familie hier nicht ursächlich, sondern als gesellschaftliche Vermittlungsinstanz fungiert.

7.

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sind natürlich nicht schon Rechtsextremismus. Es ist jedoch davon auszugehen, daß es zwischen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus und umfassenderen ideologisch rechtsextremen Weltvorstellungen durchaus sehr enge Beziehungen gibt. Ich nenne hier nur: Das Konzept der rassistisch und/oder genetisch bedingten Ungleichheit der Menschen; in Verbindung damit: Rassismus und Sozialdarwinismus, Elitedenken und Verteufelung der Gleichberechtigung von Mann und Frau bei Biologisierung der Funktion der Frau, Ablehnung wirklicher Demokratie, Nationalchauvinismus, Volksgemeinschaftsdenken in der Tradition des Nationalsozialismus u.a.

Alle diese Ideologeme beruhen letztlich darauf, körperliche, geistig-seelische und kulturelle Abweichungen von Vertrautem, Heimischen biologistisch zu interpretieren und negativ zu bewerten. Aus diesen Gründen ist die in der Bevölkerung herrschende Ausländerfeindlichkeit als Ausgangspunkt für Entstehen und Verbreitung manifest rechtsextremistischer Weltanschauung besonders ernstzunehmen. Denn von hierher sind sehr leicht Querverbindungen zu den anderen Ideologemen rechtsextremer Weltanschauung herzustellen. **Von der behaupteten Andersartigkeit der Ausländer zur Propagierung der generellen Ungleichheit der Menschen bis zur Diskriminierung der Frau oder zur Verbreitung eines verschärften Nationalismus führen jeweils nur kleinste gedankliche Schritte.**



8.

Diese Tatsache ist rechtsextremen Agitatoren offensichtlich voll bewußt. Rechtsextreme Propaganda und faschistische Agitation nutzt Ausländerfeindlichkeit und Rassismus dafür, weitere rechtsextreme Ideen stärker zu verbreiten. Sie kann dies besonders erfolgreich, wie gesagt, wenn herrschende Politik die Ausländer für den Sozialabbau verantwortlich macht, der aber in Wirklichkeit deshalb vorgenommen wird, um öffentliche Mittel auf die Mühlen der Wirtschaft umzuleiten.

9.

Es ist zu erwarten, daß rechtsextreme Bewegungen auch weiterhin Zulauf erhalten, besonders weil ihre Ideologie und ihre Propagandamethoden erheblich modernisiert und intellektualisiert worden sind. So arbeiten viele Wissenschaftler und hochkarätige Journalisten den Rechtsextremisten direkt in die Hände. So operiert Dr. Gerhard Frey von der DVU, und nicht nur der, inzwischen mit modernsten Marketing-Methoden. Mit einer Art Schleppnetz-Strategie sammelt er Millionen Adressen potentieller »Kunden« seiner nationalistischen Politik, die dann systematisch mit Propagandamaterialien versorgt werden. Er operiert mit persönlicher Ansprache durch Serienbriefe und wendet sich geschickt an die unterschiedlichsten sozialen Gruppen der Bevölkerung. Durch den Verkauf der ermittelten Adressen an die Wirtschaft finanziert er – jedenfalls teilweise – seine Politik. Daneben erhält er für jede Wählerstimme für seine »Liste D« noch mal 5 Mark aus der Staatskasse usw.

Mit einem weiteren Erstarken des Rechts-

extremismus ist aber zweitens deshalb zu rechnen, weil der Ausbau der Infrastruktur und der der Finanzdecke rechtsextremer Parteien in vollem Gange ist. Die Hoffnung, die Union könnte den rechten Rand mir nichts dir nichts wieder integrieren, sobald sie z.B. durch eine rot-grüne Koalition aus der Regierungsverantwortung gedrängt sei, dürfte deshalb trügen. Allein das Beispiel Frankreich sollte hier zur Warnung dienen.

10.

Die Modernisierung, insgesamt die neue Qualität und stärker gewordene Attraktivität der rechten Bewegung heute beruht zudem auf ihrer Distanzierung vom Hitler-Faschismus, wozu ihr auch das bürgerliche Lager zum Beispiel mittels der »Historikerdebatte« erhebliche Hilfestellung geleistet hat. Sie verdankt sich aber vor allem der neuen Art und Weise ihres Auftretens und insbesondere der intellektuellen Absicherung ihrer Argumentation und der geschickten Nutzung sozialer, psychischer und sprachlicher Mittel ihrer Propaganda.

11.

Heute zeigen sich deutliche Vorboten einer rechtsextremen Einheitspartei. Es ist keineswegs auszuschließen, daß eine solche Partei oder aber doch stark vereinheitlichte größere Fraktionen des rechtsextremistischen Lagers möglicherweise bereits zu der Bundestagswahl 1990 antreten werden. Daneben ist zu beobachten, daß rechtsextreme Bemühungen um die Gewinnung einer rechten kulturellen Hegemonie bereits seit den 70er Jahren verstärkt im Gang sind. D.h. neben den Parteien formiert sich eine Art rechtsextremer außerparlamentarischer Opposition, deren Gefährlichkeit besonders darin besteht, daß sie den Konservatismus erobert und transformiert, ähnlich wie dies in Großbritannien in Gestalt des Thatcherismus längst geschehen ist.

12.

NPD, DVU und die »Republikaner« sind als rechtsextremistische Parteien anzusehen. Es bestehen nicht nur erhebliche Querverbindungen personeller Art, sondern auch größere programmatische Übereinstimmungen. Eine genauere Analyse des Programms der »Republikaner« zeigt, daß diese zwar sehr viele Bestandteile konservativer Ideologie übernommen haben, diese aber in den Zusammenhang eines faschistischen Volksgemeinschaftsdenkens stellen.

13.

Die neue Qualität des Rechtsextremismus verlangt auch eine neue Qualität insbesondere längerfristiger Gegenstrategien. Der hier von mir dargestellte Zusammenhang ist die Basis für die Entwicklung kritisch aufklärender antifaschistischer Erziehung. Es geht darum, die gesellschaftlichen Ursachen aufzuzeigen, denn diese sind die Basis dafür, solange sie bestehen, daß die Möglichkeit eines Faschismus an der Macht auch in Zukunft weiterhin latent gegeben sein wird. Er kann, in welcher spezifischen Form auch immer, erneut entstehen, wenn es zu einer weiteren Verschärfung der sozioökonomischen und sozialpsychologischen Bedingungen kommt. Unter diesen Gesichtspunkten wäre zugleich eine Neuorientierung der pädagogischen Befassung mit dem Nationalsozialismus zu entwerfen, der ja kein Betriebsunfall war, sondern aus der Mitte bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft heraus entstanden ist.

14.

Schule und Erziehung können die gesellschaftlichen Ursachen, die wesentlich mitverantwortlich für das Entstehen von Faschismus und Rechtsextremismus sind, nicht direkt verändern.[2] Sie können aber einen Beitrag zu einer »linken Bildungsoffensive« zu leisten versuchen; durch Begriffsbildenden und das heißt aufklärenden Unterricht dazu beizutragen, daß sich ein kritisches Bewußtsein entwickelt oder aber doch dazu, daß faschistoide Dispositionen in den Köpfen von Jugendlichen neutralisiert werden.

15.

Wäre es auch möglich, das rechtsextreme Potential in der Bevölkerung durch diese und andere Maßnahmen (Verbotsforderungen, Gegendemonstrationenen usw.) ein Stück weit zu neutralisieren, so muß jedoch damit gerechnet werden, daß es auch dann unter der Decke weiterexistiert. Seine Beseitigung kann nur im Gefolge eines gründlichen *gesellschaftlichen Transformationsprozesses* erfolgen, wobei zu prüfen wäre, welche Rolle z.B. Schule und Erziehung in diesem Zusamenhang spielen könnten. Ohne Reformsozialistische Konzepte und ihre politische und kulturelle Durchsetzung ist eine solche Entwicklung allerdings nicht zu haben.

Anmerkungen:

1 Der Text dieses Artikels folgt einem Vortrag von Siegfried Jäger vom Mai 1989. Zu diesem Zeitpunkt lag der Entwurf von Innenminister Zimmermann vor, der im Herbst 89 durch eine Novellierung seines Nachfolgers Schäuble geschönt wurde, so daß die Zweiteilung nicht in der beschriebenen Form Gesetz wird. An der Grundeinschätzung der CDU/CSU-Position zu Ausländern ändert dies jedoch nichts.

2 [Inwiefern »Schule« ihrem Wesen nach Bestandteil dieser Gesellschaft und damit ebenfalls »gesellschaftliche Ursache« für das Entstehen von rechtsextremen Dispositionen ist, wird hier von Siegfried Jäger ausgeblendet; schmälert aber nicht seine übrigen Thesen zur Entstehung des Rechtsextremismus heute. Eine Diskussion dieser Thesen sollte sich deshalb nicht an der »Schule und Erziehungs-«problematik aufhängen. SF-Red.]

Photos Umbruch Bildarchiv Berlin





Über die Kontinuität eines Konzerns

Ein nicht unwesentliches Detail zum SHELL-Boykott – oder: »Geschichte wird gemacht«. Eine durchaus aktuelle Feststellung!

von Fleuron

Das Engagement des SHELL-Konzerns für Südafrikas Apartheid-System ist keine Entgleisung eines geschäftemachenden Konzerns, dessen Geschäftsführer moralische Überlegungen für einen entbehrlichen Luxus halten könnten. Der SHELL-Konzern hat vielmehr ein sehr bewußtes Verhältnis zur Politik und er hat es schon immer gehabt: Der Öl-Multi besaß die Ölfelder bei Baku in Aserbeidschan am Kaspischen Meer bevor diese von den Bolschewiki nach 1917 enteignet wurden!! (Was das Interesse Moskaus und anderer an diesem Gebiet heute verdeutlichen hilft.) Damaliger Generaldirektor der Royal Dutch Shell-Gruppe war der Amsterdamer Henri Deterding (1866-1939), der durch die Ausbeutung der Ölfelder in Niederländisch-Ostindien sein Ölgeschäft aufgebaut und sich mit britischen Firmen arrangiert und verbunden hatte. Es brachte ihm 1903 den Titel »Sir« Henri Deterding ein.

Die Enteignung 1917 hat Deterding den Kommunisten natürlich nicht vergessen, ebensowenig wie ihre Dumping-Preise für Öl in den darauffolgenden Jahren. Und als sich mit den Nationalsozialisten eine Gegenbewegung anbot, finanzierte Deterding die NSDAP kräftig mit. Seine persönliche Vorliebe für die NSDAP ging sogar soweit, daß er nach seinem Tod 1939 sein in Mecklenburg gekauftes Gut Dobbin testamentarisch der Partei vermachte! Hitler, der zu Weihnachten 1936 eine Kiste Platin von Deterding geschenkt bekommen hatte, stiftete ihm zum Abschied einen Kranz mit der Aufschrift »Für den Freund der Deutschen«.

Daß sich jedoch auch die Geschäftsinteressen mit der Vorliebe für eine rechtsradikale Politik in Übereinstimmung bringen ließen, verdeutlicht Deterdings Handeln, da er selbstverständlich nicht aus sentimentalen Gründen oder nur aus Rachegefühlen gegen die Bolschewiki von 1929 bis 1933 ca. 35 Millionen Reichsmark in die NSDAP steckte. Vielmehr hatten die deutschen Regierungen unter Brüning und v. Schleicher aus finanziellen Gründen das billige russische Öl gekauft und über Handelsverträge abgesichert.

Deterding wollte für das Geld der Royal Dutch deshalb vor allem zweierlei: Eine Wiederholung von 1917 für seinen (und andere) Konzern(e) verhindern helfen und ein Ölmonopol für Deutschland. Ob er 1929 auch bereits spekulierte, daß ein nationalsozialistischer Staat irgendwann gegen die Bolschewiki Krieg führen würde, sei dahingestellt.

Vor 1933 drohte der Großindustrie – trotz aller Zerstrittenheit der Linken – ein Zusammengehen von SPD und KPD und damit eine eventuelle Verstaatlichung wichtiger Industrien. Wäre diese Tendenz auch durch eine »Nationalisierungs-Bewegung« 'linker' Kreise in der NSDAP verstärkt worden, hätten sich die Interessen der deutschen und internationalen Finanzwelt in Gefahr befunden. Aus diesem Grund wurde ganz gezielt der rein machtpolitische Kurs, der an der Person Hitlers in der NSDAP festgemacht werden konnte, finanziell gesponsert. Die innerparteilichen Gegner dieses Kurses und – vor allem die Mitwisser – wurden 1934 folgerichtig für immer ausgeschaltet, nachdem die 'äußeren' Gegner von SPD, KPD und anderen linken Organisationen bereits vorher gewaltsam unterdrückt worden waren. Unterdrückt nicht zuletzt mit dem Geld der Royal Dutch, der amerikanischen Hochfinanz (beide seit 1929), der deutschen Ruhrkohle und aus dem Etat der Reichswehr (diese beiden nach dem 1.Wahlsieg im September 1930), das der NSDAP erst erlaubte Tausende in die SA-Stürme zu holen (300.000-400.000), ihnen Tagesgeld zu bezahlen, Waffen zu kaufen und aufwendigste Wahlkämpfe zu finanzieren.

Das konkrete Ziel, das Ölmonopol in Deutschland, hat Deterding nicht ganz erreicht, da zugunsten der Leuna-Werke und deren teurerem synthetischen Benzin auf das Importöl hohe Einfuhrsteuern gelegt wurden.

Daß der SHELL-Konzern dennoch genügend Umsatz in Deutschland machte, dürfte jedoch an der ungebrochenen Förderung Deterdings abzulesen sein. Jahre nach Hitlers Machtantritt notiert das Hamburger Fremdenblatt vom 15.2.1939 eine »Spende« von 10 Millionen Gulden Deterdings an Hitler aus dem Jahr 1937. Diese bekannt gewordene Zahl dürfte nicht die einzige »Spende« der Royal Dutch gewesen sein.

Feminismus und Faschismus - vereinbar oder nicht?



Zum bundesweiten feministischen Antifa-Treffen in Bonn 20./21.Jan.1990

von Thea A. Struchtemeier

Gerade in letzter Zeit werden dahingehend immer häufiger Stimmen laut, Feministinnen sind rechtsradikal, Feminismus besitze rechtsradikale Tendenzen und Frauenaktionen gegen (ausländische) Männer, die Frauen mißbrauchen, seien rassistisch. Wie Leserinnenbriefe in der taz demonstrieren, sind diese Stimmen politisch zu orten: Von dem benutzten Vokabular her ergibt sich, daß die Stimmen aus einem "linken" Spektrum kommen und sie sind ausschließlich männlich (s. taz 20.12.89 u. 2.1.90). Aber auch CDU-Gruppen operieren mit dem Faschismusvorwurf, wenn es darum geht den Opfern von Ramstein ihre Entschädigung vorzuenthalten (taz 26.8.89). In solcher Form verkommt der Faschismusvorwurf, von Männern an bestimmte Gruppen und Individuen zu einem parteiübergreifenden Symbol, das über unterschiedliche Gruppeninteressen hinweg identitätsstiftend wirkt. Mit dieser Gemeinsamkeit wird jedoch nicht eine wie auch immer geartete Identität von "Antifaschisten" begründet, die sich gegen FaschistInnen abzugrenzen versuchen. Die Identität solcher sich antifaschistisch gebender Männer verweist eher auf eine Widervereinigung ganz besonderer Art, die auf eine Solidarisierung über politische Grenzen und Differenzen hinweg hinausläuft. Antifaschismus in solcherlei Gewand gerinnt zu einem therapeutischen Programm, das sich gegen Verhaltensformen von ganz spezifischen Gruppen richtet, die sich in der Minderheit befinden: die der Opfer, die an/klagen und die der Frauen, die sich wehren und aufbegehren. Antifaschistisch: das sind heute alle, ob CDU, SPD usf. und auch bald die REPS. Faschistisch: das sind immer "die Anderen". Das "Andere", das "Fremde" - das ist vom patriarchalen Weltbild aus gesehen letztlich immer die Frau. Die inflationäre und gleichermaßen identitätsstiftende Begriffsbenutzung und -verwirrung, wie sie sich hier im Faschismusvorwurf gegenüber politisch aktiven Frauen zeigt, resultiert aus einem männlichen Denken in den Dualismen von "Freund" und "Feind", das die patriarchale Gesellschaft innen-, wie außenpolitisch strukturiert. Nur von einem phobisch-männlichen Denken aus ist der Faschismusvorwurf an fordernde Frauen und aktive Opfer nachvollziehbar, der ansonsten völlig haltlos ist und jeglicher politischer und gesellschaftlicher Analyse und Reflexion entbehrt. Der Faschismusvorwurf an Feministinnen und Lesben ist deshalb eine besondere Variante aktuellen sexistischen Verhaltens gegen Frauen.

Was haben diese Überlegungen mit dem Treffen in Bonn zu tun, bei dem im Januar Frauen ztusammenkamen, die bundesweit antifaschistisch arbeiten bzw. an antifaschistischer Arbeit von Frauen interessiert sind? Präziser gesagt: In Bonn trafen sich nicht Frauen, die Antifa-Politik betreiben, sondern Frauen, die feministische Antifa-Politik machen. Das ist ein nicht zu unterschlagender Unterschied denn Antifa-Politik, wie sie bislang in gemischten Zusammenhängen praktiziert wurde, ignorierte die Interessen eines großen Teils der Antifa-Frauen. Die Idee zu einer *fantifa*, einer feministischen Antifa, entstand im Oktober 1988, weil spezifische Frauenfragen und -themen im gemischten Antifa-Spektrum nicht behandelt wurden und auch hier vor allem lesbische Interessen zugunsten einer patriarchalen Solidarität mehrheitlich wegfielen. So sollte die Tagung vor allem zweierlei klären: zum einen, was feministische Antifa bedeutet und zum anderen: warum Antifa als Schwerpunkt von Frauenpolitik? Zu diesen Fragen sollten Positionen in verschiedenen Arbeitsgruppen erarbeitet werden, die sich an die jeweiligen Fraueninteressen orientierten und zu denen Frauen aus unterschiedlichen Städten Vorarbeiten in Form von Referaten geleistet hatten. Die Themenauswahl bot Überlegungen zu Strategiediskussionen, zu Archivarbeit, zu bevölkerungspolitischen Aspekten in der Reproduktionstechnologie und zum Zusammenhang von "Zwangsheterasexismus und Faschismus" an. Eine Gruppe, die ich besonders hervorheben möchte beschäftigte sich mit dem Thema "Völkischer Feminismus in der alten Frauenbewegung".

Das Thema "Völkischer Feminismus in der alten Frauenbewegung" wirft uns zu dem eingangs formulierten Thema zurück, ob es Vereinbarkeiten zwischen Feminismus und Faschismus geben kann. Anhand des Kurzreferats einer Politologiestudentin aus Bonn und der anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß eine pauschale Antwort, wie sie auch ausfällt, unmöglich ist. Die Referentin legte den Text einer Frau vor, die zur völkisch-deutschen Frauenbewegung zählte und die in Schreiben an den Kanzler und Vizekanzler des "Reiches", an Hitler und von Papen, ihre Ansichten zur Frauenfrage erörterte. Sophie Rogge-Börner wurde 1878 geboren und trat 1919 der moralisch orientierten DNVP bei. Sie war niemals Mitglied der NSDAP, gehörte aber zu deren Spektrum und wurde vom Regime im Gegensatz zu Gertrud Bäumer anfangs noch geduldet. Sophie Rogge-Börner gab die Zeitschrift "Die Deutsche Kämpferin" heraus, die immanent systemkritisch war, was jedoch nicht mit einem Widerstandsbegriff gleichzusetzen ist. 1937 wurde diese Zeitschrift verboten, da sie im Ausland gelesen und zitiert wurde und dieses als antifaschistische "Hetze" verstanden wurde. Wer den Text "Denkschrift an die Kanzler" von Sophie Rogge-Börner vor Augen hat, der wird eine Mischung von altbekannten, traditionellen und quasi modernen Ideen zur Frauenfrage vorfinden. So schreibt sie einerseits: "Die Beziehungen der Geschlechter untereinander und zum Gemeinwesen sind (...) an die rassische Wesenheit gebunden." Andererseits findet sich auch die Aussage: "Es werden neuerlich leidenschaftliche Versuche unternommen, einen sentimentalen Weiblichkeitsbegriff und eine romantische Mutterverehrung (...) wieder zu einem Idol der Deutschen zu erheben."

Einerseits schreibt sie, daß "neue deutsche Mütterlichkeit (...) den Willen zu mehreren Kindern (hat) und weiß, "daß sie der Nation nur hochwertige Kinder schenken darf", zum

anderen fordert sie das Waffenrecht für Frauen und spricht in einem anderen Text von den "verödeten Seelenbezirken des Mannes". War Sophie Rogge-Börner Nationalsozialistin? War sie Faschistin? Ist sie Feministin zu nennen? Die Diskussion ergab, daß es einigen Frauen schwerfiel, Sophie Rogge-Börner zu klassifizieren; deshalb wurde nach Definitionen gesucht, die zur Orientierung dienen sollten, was Faschismus, was Feminismus und was Patriarchat sei. Akademisch schien die Frage leicht zu beantworten: so sei Faschismus der Höhepunkt einer Epoche, die sich gegen die Ideen und Errungenschaften der Französischen Revolution richte (so in etwa der "frühe" Nolte) oder: Faschismus sie die aggressive Ausführung des Finanzkapitals (frei nach Georgi Dimitroff). Feminismus dagegen richtet sich gegen Sexismus und gegen das Patriarchat und sei kein widerspruchsloses Konzept (Herrad Schenk im Frauenlexikon). Feminismus ist somit anti-herrschaftlich und kann mit Julia Kristeva nur negativ definiert werden. Die Gruppe war sich uneinig diese Definition zu übernehmen, sah sich jedoch selbst außerstande, die Kategorien selbst zu definieren, über die ja auch schon auf dem "Feministischen Ratschlag" im November 1989 die "grünen" Frauen stritten. Zurück zu Sophie Rogge-Börner verblieb die Gruppe dahingehend, Rogge-Börner nicht als Nationalsozialistin, aber als Faschistin anzusehen. Obwohl sich ihre Schriften auch gegen das Patriarchat richteten war sie keine Feministin, so wie Männer das z.B. sehen (Michael Kater). Denn Rogge-Börner stellte nicht das patriarchale Herrschaftssystem infrage, sondern sie glaubte an eine "androgyne" Angleichung der Geschlechter auf der Grundlage einer Auslese von "Hochwertigen", womit sie sich auf der rassistisch-patriarchalen Folie bewegte. Wer noch aufmerksamer Sophie Rogge-Börners Schriften liest, dem wird nicht entgehen, daß sie Herrschftsformen organisch-biologisch interpretierte, wenn sie auch nicht auf die zeitspezifische Mütterlichkeitspropaganda hereinfiel.

Über die Textdiskussion hinaus wurde die Schwierigkeit deutlich, inwieweit das Wissen über die intellektuellen Zulieferinnen von nationalsozialistischem Gedankengut Auswirkungen auf die praktische fantifa-Arbeit haben kann. So warfen sich Fragen auf, was am Neo-/Faschismus zu bekämpfen sei und ob am Neo-/Faschismus nicht mehr zu bekämpfen sei, als das "nur" faschistische. Überlegungen, die die Komplizinnenschaft zur patriarchalen Gesellschaft und zum Mann betreffen, können ebenso zu feministischer Antifa-Arbeit gehören, wie sie als radikale Patriarchatskritik darüber hinausweisen.

Nach den nach Themen getrennten Diskussionen in den Arbeitsgruppen wurden auf einem Gesamtplenum die Ereignisse zusammengetragen. So formulierte die Gruppe, die sich mit dem Thema Gen- und Reproduktionstechnologie beschäftigt hatte, daß auch für Frauen das Selbstbestimmungsrecht nicht grenzenlos sei, sondern es sich am Beispiel des § 218 in einer Notlagensituation artikuliere. Es gebe, so hieß es, kein Selbstbestimmungsrecht an sich, sondern nur gegen Unterdrückung. Fantifa-Politik, so hieß es weiter, richtet sich nicht nur gegen Neo-/Faschismus und (seine) patriarchale Politik, sondern sie fragt nach Kontinuitäten im heutigen BRD-System, so z.B. im Bereich der Frauen-, Gesundheits- und Sozialpolitik. Die Unterdrückung von Minderheiten, so wurde festgestellt, hat mit der Beendigung des Nationalsozialismus keineswegs aufgehört. Roma und Sinti, Zwangssterilisierte und Lesben sind bis heute nicht entschädigt und rehabilitiert worden. Für einigen Wirbel sorgte deshalb die Arbeitsgruppe, die sich mit dem Thema "Zwangssterilisation und Faschismus" beschäftigt hatte. Die Teilnehmerinnen waren sich einig, daß im patriarchalen System ein Zwang für Frauen bestehe, sich auf Männer fixieren zu müssen, der lesbischen Lebensformen ausgrenze. Der Faschismus als extreme Form des Patriarchats kriminalisierte innerhalb seines Systems lesbische Frauen, von denen viele in Konzentrationslagern zu medizinischen Versuchszwecken gezwungen und - auch auf solche Art - umgebracht wurden. Das Auditorium interpretierte die Stellungnahme der Arbeitsgruppe dahingehend, daß Heterasexualität faschistisch sei, was zu

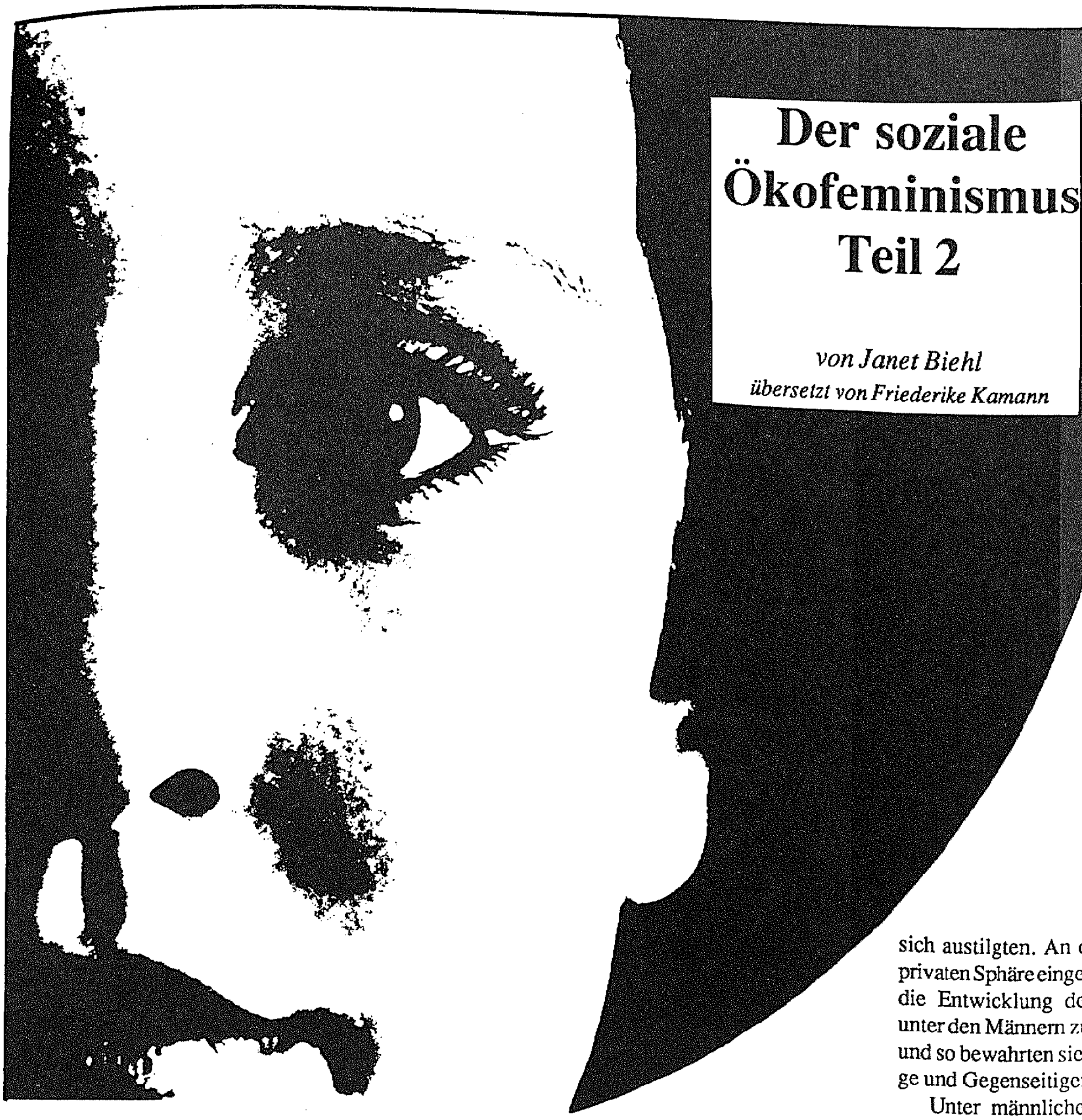


kontroversen Meinungen führte, bei denen sich die lesbischen Frauen wiederum ausgegrenzt sahen und dies als Beweis der Kontinuität des Zwangsheterasexismus - auch von gemischt lebenden Frauen gegenüber lesbischen Frauen - deuteten. Die harmonische Stimmung schien etwas dahin, auch wenn das der weiteren Arbeit keinen Abbruch bescherte. Den "kämpferischen" Frauen war aber ohnehin nicht nach einem Feiertag zumute, und ein Zukleistern der unterschiedlichen Ansichten zu einem Einheitsbrei hätte darüberhinaus der gebrochenen Vielfältigkeit der Wirklichkeit nicht Rechnung getragen.

Zur Koordination weiterer bundesweiter fantifa-Arbeiten dient folgende Adresse als Anlaufsstelle: *Nora Frauenbuchladen, c/o fantifa, Wolfstraße, 5300 Bonn 1.*



Photo: Theo Heimann



Der soziale Ökofeminismus Teil 2

von Janet Biehl
übersetzt von Friederike Kamann

Im ersten Teil des Beitrags entwickelte Janet Biehl aus der kritischen Auseinandersetzung mit verschiedenen Richtungen des Ökofeminismus ihre These, daß der Ökofeminismus in einer übergreifenden linken politischen Theorie verankert sein muß. Nur ein Feminismus, der "explizit antikapitalistisch und antistaatlich" sei, könne die "Ursachen der männlichen Vorherrschaft ... wirklich bekämpfen."
Im folgenden zweiten Teil nimmt ihre Vorstellung eines in solchem Sinne "sozialen" Ökofeminismus nun festere Konturen an.

Biologie und Gesellschaft

Eine andere Frage, die den Feminismus bewegt, ist die nach dem Wesen der Unterschiede zwischen Mann und Frau. So wie die einen aus den biologischen Unterschieden eloquente Theorien von der "weiblichen Natur" ableiten, begrenzen andere die biologischen Unterschiede radikal und betrachten alle gegenwärtigen Unterschiede als durch und durch sozial bedingt, sie verbannen die Biologie.

Ein sozialer Ökofeminismus erkennt biologische Unterschiede zwischen den Geschlechtern an, besonders die offensichtlichen Unterschiede in der Reproduktionsfähigkeit: Frauen menstruieren, werden schwanger, gebären und stillen. Ebenso sind Frauen, im ganzen gesehen, nicht so groß und schwer wie die männlichen Angehörigen ihrer ethnischen Gruppe. Viele Frauen sind physisch schwächer und fürsorglicher sowie hilfsbereiter als viele Männer. In welchem Ausmaß diese und andere Unterschiede jedoch erworben oder angeboren sind, ist unklar. Deshalb müssen wir in dieser Frage eine offene Position vertreten.

Weil Männer immer einander beherrscht haben, sind sie möglicherweise stärker von den Auswirkungen sozialer Gebilde geprägt worden als Frauen. Männer wurden so unter Druck gesetzt, daß sie ihre fürsorgliche Natur vergaßen und an der Herrschaft teilnahmen. Innerhalb der Herrschaftssysteme waren Frauen eher in der Lage, ihre fürsorglichen Qualitäten zu bewahren, sie wurden sogar dorthin gedrängt - während Männer sie in sich austilgten. An den Frauen, die in der privaten Sphäre eingeschlossen blieben, ging die Entwicklung der Herrschaftssysteme unter den Männern zum großen Teil vorbei, und so bewahrten sie eine Ethik der Fürsorge und Gegenseitigen Hilfe.

Unter männlicher Dominanz gerieten dann die biologischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen eindeutig zum Nachteil der Frauen. Frauen werden von den Geschlechtsrollendefinitionen immer noch so behindert, daß ihnen alle Möglichkeiten eröffnet werden müssen, all ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Es liegt auf der Hand, daß die Mystifizierung und Festschreibung biologischer Unterschiede zu einem "männlichen" und einem "weiblichen" Wesen dem entgegenarbeitet. Daher fordert der soziale Ökofeminismus unzweideutig die reproduktive Freiheit für alle Frauen, die Freiheit der Abtreibung eingeschlossen. Des weiteren fordert er, daß Frauen ihre intellektuellen, moralischen, sexuellen und sinnlichen Fähigkeiten ausleben können, deren Existenz ebenso eine biologische Tatsache ist.

In dem Maße, wie Frauen der soziale Hort für die Ethik des Sorgens sind, bleiben sie auch ein Rückhalt für die Werte, von denen eine ökologische Gesellschaft abhängt. Der soziale Ökofeminismus weigert sich jedoch, Frauen als moralische Missionare aufzufassen. Aber die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen, fürsorgenden Gesellschaft, sowohl in seiner öffentlichen wie auch privaten Tragweite, ist nicht zu übersehen, und viele Frauen (und Männer)

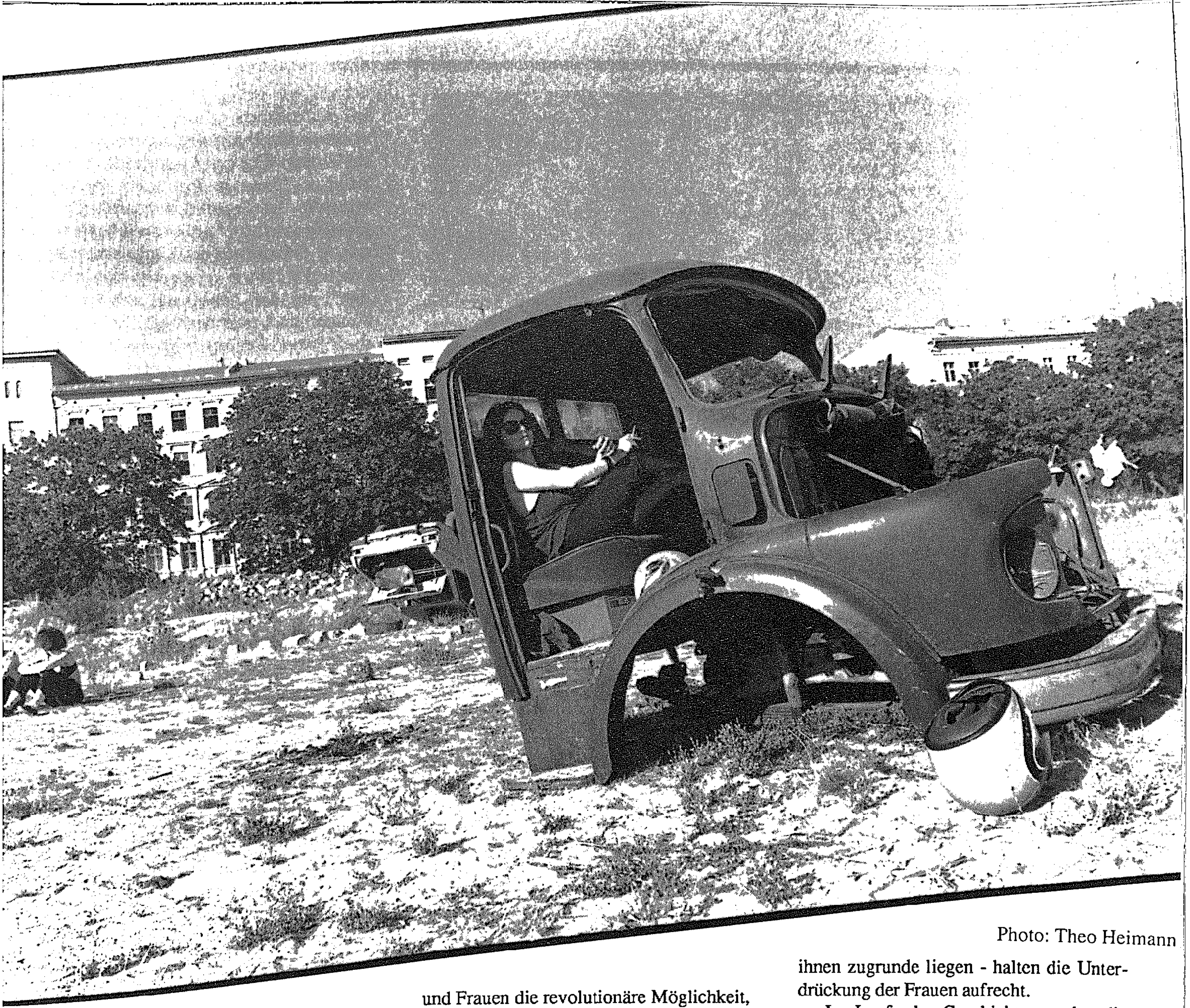


Photo: Theo Heimann

sind im Begriff, ihren Beitrag zu einer neuen Sythese zu leisten.

Der soziale Ökofeminismus betont die Bedeutung des sozialen Gefüges für das Leben von Frauen. Es hält sie davon ab, ihre menschliche Natur voll auszuleben. Alles jedoch in Abhängigkeit von den sozialen Bedingungen zu sehen, wirkt sich letztendlich deterministisch für Frauen und Männer aus. Aus einem sozialen Determinismus läßt sich ebenso schlecht ausbrechen wie aus einem biologischen. Diese Ansätze können daher auch nicht den Widerstand gegen die bestehende soziale Ordnung, inklusive den feministischen Widerstand erklären.

Deshalb lehnt der soziale Ökofeminismus jede Form des Determinismus ab und fordert einen nicht-deterministischen Feminismus ein, der sich am Handeln orientiert, indem er dazu auffordert. Biologie, Gesellschaft und Individuum treffen in den menschlichen Wesen zusammen und beeinflussen sich gegenseitig. Darum sind die Menschen auch, anders als die Tiere, in der Lage, in ihrem Leben und in der Gesellschaft Veränderungen herbeizuführen. Moralische und politische Triebkräfte geben Männern und Frauen die revolutionäre Möglichkeit, nicht nur 'die Biologie als Bestimmung' sondern auch alle anderen sozialen Gefüge und soziopolitischen Strukturen herauszufordern. Bestimmte biologische Tatsachen, wie der Tod, begrenzen die Unternehmungen - andere, wie unsere Entwicklungsfähigkeit, treiben dazu an.

Wenn wir feststellen, daß zwischen den Geschlechtern biologische Unterschiede existieren,- egal welchen Ursprungs - muß das noch lange nicht zu Geschlechtshierarchien und Herrschaft führen. Wie schon die Soziale Ökologie sucht auch der soziale Ökofeminismus, Hierarchieen abzuschaffen - nicht aber die Unterschiede. Es geht um die Beseitigung hierarchischer Strukturen in unserem Denken, die suggerieren, die Akzeptanz von Unterschieden führe automatisch zu Hierarchie.

Das Öffentliche und das Private

Wenn soziale Ökofeministinnen den Begriff "sozial" verwenden, meinen sie nicht nur die sozialen Formen, die sich auf dem Geschlecht oder Ideologien begründen, sondern die sozialen Strukturen insgesamt. Denn diese - wie auch die Ideologien die ihnen zugrunde liegen - halten die Unterdrückung der Frauen aufrecht.

Im Laufe der Geschichte wurden die Frauen in den verschiedenen menschlichen Gesellschaften in einen ganz bestimmten Bereich abgedrängt: das "Private". Männer dagegen siedelten sich in der gewöhnlich mit "Öffentlichkeit" bezeichneten Sphäre an. Die Ursprünge dieser Bereiche lagen in biologischen Fakten, um die herum sich die menschliche Gesellschaft organisierte, wie Alter und Geschlecht. In diesem Sinne bestimmte die Biologie der Frauen auch ihre sozialen Rollen.

Der private Bereich beruht nun aber nicht nur auf biologischen Fakten wie etwa der genetischen Familie oder der weiblichen Reproduktionsfähigkeit sondern auch auf der Art und Weise der menschlichen Individualentwicklung: alle Menschen haben einen "privaten" Erfahrungs- und Erlebnisbereich. Sie erleben Geburt und Säuglingsalter und eine ziemlich lange und stark prägende Kindheit, mit langen Perioden der Abhängigkeit und des Lernens, und haben neben anderen Dingen, ein großes Bedürfnis nach bedingungsloser Liebe (von Angehörigen beider Geschlechter), um ein individuelles Selbstbewußtsein und ein grundlegendes Vertrauen als Erwachsene entwickeln zu können. Diese Entwicklung vom

Säugling zum Kind und vom Kind zum Erwachsenen findet im privaten Bereich statt. Dieser ist geprägt von einer besonderen moralischen Ethik, die nicht nur den Bedürfnissen der Kinderaufzucht zu entsprechen sucht sondern auch den Bedürfnissen der Erwachsenen nach emotionaler Unterstützung und Befriedigung sowie nach einem erfüllten Sexualleben. Die "Ethik des Sorgens" ist spezifisch für den privaten Bereich, dessen Kultur, historisch gesehen, von den Frauen geschaffen wurde, die die Kinder für die Gesellschaft aufziehen. (Wegen dieser kulturschaffenden Arbeit, die die Natur zur Kultur umwandelt, können Frauen als "näher an der Natur" betrachtet werden.) Diese historische Platzzuweisung an die Frauen muß aber nicht notwendigerweise auch heute noch so beibehalten werden.

Wie einen privaten haben alle Menschen auch einen öffentlichen Erfahrungs- und Erlebnisbereich, durch ihre Beziehungen zu Menschen außerhalb ihrer privaten Sphäre. Im Idealfall übernehmen die vollentwickelten Individuen die Verantwortung für ihre gesamte Kommunität. Dazu ist nicht etwa bedingungslose Liebe die Voraussetzung sondern die Fähigkeit, als Mitbürger moralische, intellektuelle und politische Entscheidungen für die gesamte Gemeinschaft treffen zu können. Auf der Basis der Biologie haben die Männer im Laufe der Geschichte diesen öffentlichen Bereich besetzt, was ebenfalls längst überholt ist.

Bei den anstehenden Entscheidungen im öffentlichen Bereich entstehen zwischen den Menschen unausweichlich Differenzen, die argumentativ geklärt werden müssen, rational und leidenschaftlich. Ebenso muß nach ethischen Kriterien entschieden und ausgewählt werden. Zu beidem wären Kinder nicht in der Lage. Die Ethik des Sorgens aus dem privaten Bereich ist hier also nicht adäquat. Weil es sich hierbei um Menschen handelt, die nicht zu dem unmittelbaren Bereich der persönlichen und fürsorgenden Bindungen gehören, ist für den öffentlichen Bereich die Ethik der Rechte (Gerechtigkeit, Menschenrechte) wesentlich. Dennoch sollten die öffentlichen Angelegenheiten auch im Sinne der fürsorgenden Ethik des privaten Bereichs behandelt werden.

Viele Stammensgesellschaften, wie etwa im europäischen Neolithikum, organisierten und strukturierten sowohl den öffentlichen wie den privaten Bereich entlang den Linien der Blutsverwandtschaft - also der genetischen Abstammung entweder von den Müttern oder Vätern. Der private Bereich, in dem die Blutsverwandtschaft dominierte - der Aufzucht und Sozialisation der Kinder - war den Frauen zugeordnet. Im öffentlichen Bereich ging es um Menschen, die nicht zum eigenen Stamm gehörten, also aus der Blutsverwandtschaft herausfielen, um Fremde. Dies war die Angelegenheit der Männer (die sie mit oder ohne Kampf erledigten). Öffentlicher und privater Bereich waren also quasi zwei Kulturen, der Männer und der Frauen, abhängig von der Aufteilung von Arbeit und Kultur zwischen den Geschlechtern um des Überlebens willen.

Möglicherweise ist es nur ein Umstand unserer hierarchischen Denkweise, daß wir dazu neigen, die Beziehungen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Bereich in Stammesgesellschaften in hierarchischer Terminologie zu beschreiben, weil dies der hierarchischen Sichtweise in unserer Gesellschaft entspricht. Die Stammesgesellschaften selbst werteten den öffentlichen Bereich als nicht unbedingt höher. Wie einige Anthropologen gezeigt haben, teilen die Frauen eines Stammes nicht die Einschätzung der Männer, welche "ihre" öffentliche Kultur höher bewerten und sich damit brüsten, sondern belachen deren aufgeblasene Wichtigtuerei.(1)

Dennoch erlangte das Öffentliche schließlich Vorrang vor dem Privaten. Mit dem zahlenmäßigen Anwachsen der Stammeskulturen kamen diese immer häufiger mit Fremden in Kontakt. Die zentrale Bedeutung der Blutsverwandtschaft für die gesellschaftliche Organisation schwand und der öffentliche Bereich wurde zunehmend wichtiger. Bald entwickelten sich Geschlechterhierarchien und Sklaverei. Im öffentlichen Bereich der Männer traten Häuptlinge auf und es entstanden schließlich Staaten. Die Frauen, die ursprünglich aus biologischen Gründen in der privaten Sphäre angesiedelt waren, wurden nun dort aus sozialen Gründen festgehalten, domestiziert. Im Leben der Städte wurden dann das Private und das Öffentliche geschieden, der häusliche Rahmen wurde gesteckt von den vier Wänden der Behausungen. Die Gemeinschaft wurde zerstört und damit auch alle Möglichkeiten eines gemeinschaftlichen, privaten Bereichs, wie das gemeinsame Aufziehen der Kinder. In dem Maße, in dem der öffentliche Bereich in Bürokratien und Militärmaschinen erstarrte, sich Klassen und Eigentum entwickelten, wurde der private Bereich auf die biologische Familie reduziert.

Es gibt kaum einen historischen Beweis dafür, daß das Aufkommen der Klassen oder der staatlichen Gesellschaften als direkter Versuch gedeutet werden könnte, die Lebensbedingungen der Frauen zu verschlechtern, wie es die Theorien von der "ursprünglichen Unterdrückung" behaupten. (vgl. Teil I in SF 33) Die Hierarchien unter den Männern entwickelten sich aus viel zu komplexen Ursachen, als daß sie hieran festgemacht werden könnten.(2) Auch ist nicht erwiesen, daß die Staaten der patriarchalichen Familie nachgebildet wurden, wie von vielen Feministinnen im Gegenzug behauptet wird. Viel eher sind die militärischen Hierarchien, mit denen sich die Männer gegenseitig unterdrücken, der "Prototyp" für die Entstehung des Staates. Trotz dieser Einschränkungen, das Aufkommen solcher Gesellschaften wirkte sich für Frauen denkbar schlecht aus. In Mesopotamien und Ägypten z.B. fiel der Status der Frauen in dem Maße, wie sich Monarchie und Despotismus konsolidierten und militarisierten. Ähnlich beeinflußte das spätere Aufkommen des Kapitalismus das Leben der Frauen (abgesehen von einer Anhebung des Lebensstandards einiger weniger), auch wenn der Kapitalismus nicht als ein Projekt zur Unterdrückung der Frauen angesehen werden kann. Arbeitsplatz und Zuhause wurden getrennt und die Privatsphäre in voneinander isolierte Einheiten von Kleinfamilien aufgesplittert. Damit wurde der Prozeß der Isolation der Frauen vom öffentlichen Bereich und voneinander abgeschlossen und sie völlig machtlos gemacht. Das gemeinschaftliche Leben der im Haus produzierenden Familie wurde ausradiert, worin Frauen immer deutlich wahrnehmbar gewesen waren und nicht minder wichtig wie die Männer.

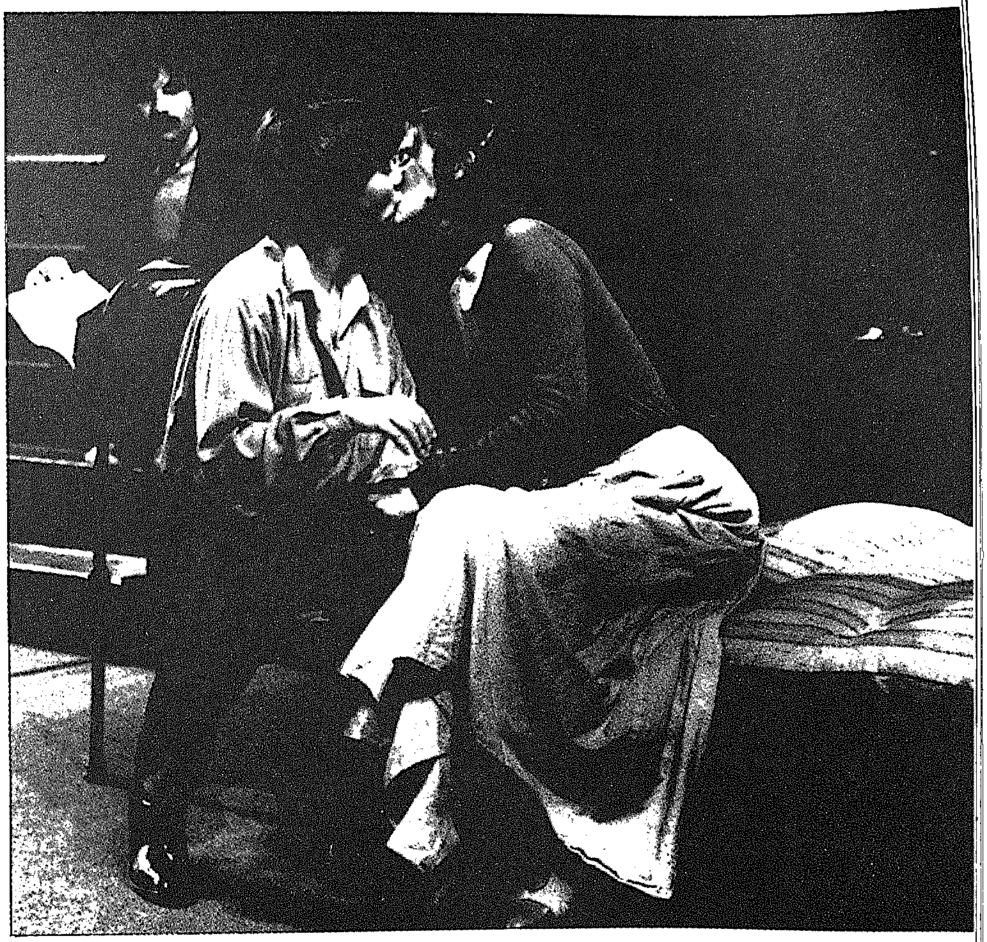
Nun müssen wir unterscheiden zwischen der Vorstellung, daß Männer die Herrschaft unter ihresgleichen einrichteten, um die Frauen zu beherrschen, und der Vorstellung, daß die Herrschaftsysteme der Männer die Frauen nachteilig betrafen. Die Entstehung von Nationalstaat und Kapitalismus hatte enorme Auswirkungen auf die Herrschaft über die Frauen, auch wenn sie nicht bewußt zu diesem Zweck gedacht waren, und auf die Beziehungen zwischen den Geschlechtern insgesamt, wie auch auf die Beziehungen zwischen den Rassen und weitere soziale Beziehungen. Auch wenn die Herrschaftssysteme der Männer eine eigene Geschichte und Logik haben, so verschlimmern sie doch extrem die Unterdrückung der Frauen. **Daher hängt die Befreiung der Frauen von der Zerstörung sowohl des Kapitalismus wie auch des Nationalstaates ab wie auch von der Zerstörung des Vorrangs der Männer.**

Gleichzeitig **bezieht sich der soziale Ökofeminismus auf das humanistische Erbe** der Aufklärung: eine grundlegende Infragestellung der Religion ermöglicht den Menschen, mit ihrer eigenen Befähigung zu Vernunft und Leidenschaft Lösungen für die sozialen Probleme zu entwerfen, ohne sie noch länger von einer Gottheit ableiten zu müssen. Denn die Befreiung der Gesellschaft kann nur auf der Grundlage einer genauen Untersuchung aller Beiträge vorgestellt werden, von Menschen aus dem öffentlichen **und** privaten Raum, in dem eine Kombination von Fürsorge und Recht, von Leidenschaft und Vernunft, von Individualität und Gemeinschaft befürwortet wird.

Kapitalismus und Nationalstaat

Die Herrschaft der Männer betraf das Leben der Frauen vielleicht am grundlegendsten

durch die Umstrukturierung der gemeinschaftlichen privaten und öffentlichen Beriche zu etwas nahezu nicht Wahrnehmbarem. Der bereits in die biologischen und schließlich die Kleinfamilien atomisierte private Bereich wurde mit dem Aufkommen des Kapitalismus noch weiter reduziert auf das Gebiet der Konsumption. Das gegenwärtige Eindringen der Marktökonomie in alle Aspekte des menschlichen Lebens, wodurch eine sogenannte "Markt-Gesellschaft" geschaffen wurde, wie es Murray Bookchin nennt, macht es in den letzten Jahren dem häuslichen Bereich zunehmend schwieriger, überhaupt noch zu existieren. (3) Die Wirtschaftsunternehmen stellen immer häufiger ihrer Belegschaft Kinderhorte - oder Altenheime - zur Verfügung, wodurch das häusliche Leben allmählich in den Wirtschaftsunternehmen aufgeht und nach den Erfordernissen des Kapitalismus organisiert wird. Mit dem Aufkommen der Leihmutterschaft hat der Markt sogar die Gebärmutter erobert.



Gleichzeitig werden viele Frauen - so wie ehedem die Männer - dazu animiert, sich über ihre möglichen biologischen Neigungen zum 'Sorgen' hinwegzusetzen. In dem Maße, wie sich Kapitalismus und Etatismus die Fähigkeiten der Menschen im Sinne von Wettbewerb und Ausbeutung aneignen, haben viele Frauen bewiesen, daß sie ebenso gut zur Herrschaft in der Lage sind wie Männer. In dem Maße wie die Menschen als Ausbeuter und Ausgebeutete homogenisiert werden, gehen die Werte des 'Sorgens' verloren, die Frauen über Jahrtausende im privaten Bereich verkörperten.

Damit wird es für solche Frauen immer schwieriger, die es vorziehen, Kinder aufzuziehen, anstatt zu arbeiten, um "ein verdorbenes Stück Kuchen" zu verdienen (wie es Bonnie Kreps einmal ausdrückte). Viele gehen nicht arbeiten, weil sie wollen, sondern weil sie müssen. Ebenso ist es auch den Männern kaum noch möglich, zu Hause bei den Kindern zu bleiben. Wo einmal ein Einkommen ausreichte, um eine Familie zu ernähren, schaffen es heute kaum zwei. Weil die Menschen, die Kinder haben wollen, immer mehr gegen ihren Willen außer Haus arbeiten müssen, wird jede Art von privatem und fürsorgenden Bereich zunehmend zerbrechlich.

So wie das häusliche Leben beeinträchtigt wird, geschieht es auch mit dem öffentlichen Leben. Im liberalen Nationalstaat wurde schon früh für die meisten ein voll entwickeltes politisches Leben unmöglich. Denjenigen, die es dennoch schafften, wurden vor allem bürokratische Positionen zugewiesen, wodurch sie gezwungenermaßen an der Hierarchie teilnahmen. Geschaffen wurden also Bürokratie statt Freiheit, Zentralismus statt Dezentralismus, effiziente und instrumentelle Bedürfnisse weit eher als moralische Bedürfnisse und Ziele.

Die Kleinfamilie wurde zementiert, wo ihre Funktionen nicht völlig absorbiert wurden. Das gemeinschaftliche Leben, auf dem lebendige politische und private Sphären beruhen, wurde zerstört. So wie die private Familie durch die Kleinfamilie verzerrt wurde oder von den Unternehmen aufgesogen, so zerstört der Nationalstaat die Möglichkeit zu einer wirklich politischen "öffentlichen" Sphäre. Aufgrund dieser destruktiven Auswirkungen von Nationalstaat und Kapitalismus auf die Beziehungen zwischen den Geschlechtern und alle gemeinschaftlichen Beziehungen, erwartet der soziale Ökofeminismus weder vom Staat noch von den Wirtschaftverbänden zuträgliche Lösungen. In den liberalen Nationalstaaten wird gegenwärtig auf die Forderungen der Frauenbewegung im Rahmen der Gesetzgebung reagiert, wodurch neue Bürokratien aufgebaut und die Vertreterinnen eingebunden werden. Wir betrachten diese Lösungen als ausschließlich der Stärkung des Nationalstaates selbst dienlich. Ähnlich beurteilen wir das Aufsteigen von Frauen im Kapitalismus als Partizipation an dem System, das gerade das gemeinschaftliche Leben demontiert, von welchem ihre entgültige Freiheit abhängt, und sie selbst entmenschlicht.

Die Ethik des Sorgens muß sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich wieder Einzug halten (ebenso wie die Ethik des Rechts an ihrem traditionellen Platz in der öffentlichen Sphäre aufrechterhalten werden muß; beides widerspricht sich nicht). Der soziale Ökofeminismus strebt nichts anderes an, als die Abschaffung von Kapitalismus und Nationalstaat und die Restrukturierung der Gesellschaft auf eine dezentralisierte, gemeinschaftliche Weise, so daß für alle ein ausgefülltes öffentliches und privates Leben möglich wird. **Es werden lokale Lösungsversuche befürwortet, welche sich eng an der Gemeinschaft orientieren, in der die private und die öffentliche Sphäre zusammenfließen,** zwischen denen keine großen Entfernungen - sei es geographisch oder gefühlsmäßig - überwunden werden müssen. **Es wird eine gemeinschaftliche Fürsorge für die Kinder und älteren Menschen angestrebt, sowie eine Restrukturierung der Gesellschaft, durch die das Heraustreten der Frauen aus dem privaten Bereich erfolgt.** In diesem gemeinschaftlichen Leben soll sowohl die gemeinsame Kinderbetreuung möglich sein, wie auch ein politisches Leben, daß von örtlichen Versammlungen geprägt ist, in denen man sich kennt und miteinander spricht.

Der soziale Ökofeminismus betrachtet die Differenzierung der Sozialen Ökologie als entscheidend - zwischen Poltik im Sinne eines Etatismus und Politik im ursprünglichen Sinne, als volkstümliche Demokratie von Gegenüber zu Gegenüber in der lokalen Selbstverwaltung. Wir übernehmen den libertären Kommunalismus der Sozialen Ökologie als eine übergreifende linke Theorie, der wir uns integrieren können. (4) Der libertäre Kommunalismus entwirft einen Rahmen für den langsamen Übergang zu dem gemein-

schaftlichen Leben, auf welchem ein ausgewogenes privates und politisches Leben beruhen: ein Rahmenentwurf für die Demokratisierung der Republik, für die Neubelebung der lokalen kommunitären Politik durch die Menschen selbst, die Frauen eingeschlossen - mit Bezirksversammlungen, Stadtteiltreffen.

Dieses gemeinschaftliche Leben würde sich aber nicht um des sozialen Zusammenhalts oder der Organisation willen auf die Grundlage einer Religion stellen, wie es frühere Gesellschaften taten. Weit eher sind die hohen Ideale der Aufklärung und die Freiheitsideale der westlichen revolutionären Tradition Bezugspunkte, als weltliche, vernunftbezogene und doch leidenschaftliche und sinnliche Basis für das individuelle, private und politische Leben.

Der soziale Ökofeminismus stellt sich auf den Grundsatz der Sozialen Ökologie, **daß sich die Vorstellung von der Beherrschung der Natur von der Beherrschung von Menschen durch Menschen ableitet.** Nur die Beendigung aller Herrschaftssysteme macht eine ökologische Gesellschaft möglich, in welcher keine Staaten oder kapitalistischen Wirtschaftssysteme versuchen, sich die Natur zu unterwerfen. Alle Aspekte der menschlichen Natur sollen befreit sein - Sexualität und Neigungen ebenso wie die Vernunft. Die Rolle des privaten Bereichs bei der Umwandlung einer "ersten Natur" in eine "zweite Natur" findet ihre Anerkennung als entscheidend für die soziale Evolution des Menschen.

Wir meinen, daß die biologische Tatsache der kindlichen Abhängigkeit nicht länger vorschreiben kann, daß die Aufzucht der Kinder den Frauen zugeteilt bleibt. Denn die Gesellschaft ist nicht mehr entlang biologischer Linien wie Kindheit, Geschlecht und Alter organisiert. Wir betrachten die Technologien, die die Befreiung der Frauen aus ihrem Eingesperrtsein in diesen Bereich möglich gemacht haben, als unumgänglichen menschlichen Kulturbeitrag. Heute könnten im Prinzip Menschen beiderlei Geschlechts die benötigte Plege und Unterstützung aufbringen. Wir fordern deshalb eine politische und soziale Organisation, die dies ermöglicht, denn die Tätigkeiten der Kinderaufzucht und anderer Transformationen von "Natur in Kultur" obliegen allen Menschen. Gleichzeitig fordern wir, daß die Frauen und Männer, die sich den Kindern widmen wollen, dazu sozial in die Lage versetzt werden.

Wir betrachten alle Menschen, Männer und Frauen, als fähig zu einer Ethik des Sorgens (genauso wie zu einer Ethik des Rechts und der Grundsätze). Wenn die Ethik des Sorgens heute weiterhin auf den privaten Bereich beschränkt bleibt, so nicht aufgrund der "inneren Natur" von Frauen, sondern weil die Bürokratisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Lebens diesen Bereich noch weiter ausgedehnt haben. Wir behaupten, daß in der politischen Sphäre einer selbstverwalteten Kommune die Lösungen der Probleme des privaten Bereichs von den Menschen selbst vorgenommen werden können - als da sind: die Beschränkungen und Verdummung durch das ausschließliche Großziehen von Kindern, die Verrichtung erniedrigender Arbeit, Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigung. Die Menschen wären sich gegenseitig rechenschaftspflichtig. In einem gemeinschaftlichen und ökologischen Gemeinwesen wäre das gemeinsame Großziehen von Kindern möglich und würde allen die Teilnahme daran eröffnen. Dezentrale, soziale Vereinbarungen würden sicherstellen, daß alle Individuen, männlich oder weiblich, den vollen Zugang zum privaten und politischen Leben haben.

Häuser für geschlagene Frauen, Zentren für Vergewaltigte, Frauengesundheitszentren wurden auf örtlicher Ebene bereits geschaffen, um die Unterdrückung der Frauen in der Kleinfamilie anzugehen. Aber nur ein massiver Zustrom von Frauen in die lokalen politischen "Formen der Freiheit" (um mit Murray Bookchins Worten zu sprechen) könnte den Kommunen ermöglichen, ihre Gesellschaft bewußt so zu rekonstruieren, daß der männliche Vorrang sowohl in der privaten wie der öffentlichen Sphäre beendet wird. Ihre Präsenz in einem radikalen kommunitären Sozialwesen würde es den Frauen, wie auch den Schwulen und Lesben und den Farbigen, ermöglichen, sich ebenso mit den traditionellen Belangen des politischen Bereichs zu befassen. Die enge Verzahnung von Politischem und Privatem auf lokaler Ebene ermöglicht eine volle Integration von Frauen als Bürgerinnen.(5)

Der soziale Ökofeminismus teilt mit der Sozialen Ökologie die Forderung, durch eine Kommunalisierung der Ökonomie und durch das Schaffen einer moralischen Ökonomie - einer Ökonomie der Kooperativen, der sinnvollen Arbeit, die sich an den örtlichen Bedürfnissen der Kommune orientiert - das ökonomische Leben unter die Kontrolle des politischen Bereichs zu bringen. **In einer lokalen, kommunalen Ökonomie, in der der Arbeitsplatz nicht weit vom Zuhause entfernt ist, ist eine gleichberechtigte und volle Teilnahme der Frauen am ökonomischen Leben möglich.**

Eine kommunalisierte Ökonomie ist für den Kapitalismus eine Herausforderung. Nicht etwa die Übernahme der Fabriken durch die Arbeiter macht diese Herausforderung aus, sondern die Verteidigung der Gemeinwesen durch die Menschen selbst, der Herzen und Hirne gegen die Plünderung durch die Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft muß durch einen moralischen Gegenangriff aus ihrer in höchstem Maße unmoralischen kommerziellen 'wachs oder stirb' Flugbahn herausgeworfen werden, welche jeden Aspekt des Lebens zu durchdringen droht. Frauen nehmen an dieser moralischen Herausforderung des Kapitalismus nicht deshalb teil, weil sie aufgrund ihrer Weiblichkeit von Natur aus moralischer wären als die Männer, sondern weil sie im Kapitalismus auf besondere Weise unterdrückt werden. Weil sie menschliche Wesen sind, mit moralischen Fähigkeiten ausgestattet, nehmen sie die Marktgesellschaft als eine Schändung des menschlichen Geistes wahr.

In der Geschichte haben sich Frauen immer an der Basis mit Männern gegen die gemeinsamen Unterdrücker zusammengetan und Revolutionen gegen religiöse, ökonomische und staatliche Hierarchien gemacht. Der soziale Ökofeminismus bezieht sich auf dieses revolutionäre Erbe der Arbeit von Generationen revolutionärer Frauen, von einfachen Frauen, die um die Nahrung für ihre Kinder kämpften und um die Freiheit ihrer GenossInnen, bis zu solchen Frauen mit einer internationalen revolutionären Statur wie Rosa Luxemburg, deren Internationalismus die besonderen Unterdrückungsformen verschiedenster Gruppen beinhaltete und transzendierte. Als soziale Ökofeministinnen wollen wir diese historische Tradition revolutionärer Frauen stolz fortsetzen. Wir sehen keine Widersprüche zwischen diesem Ansatz und der vollständigen Teilnahme der Frauen an allen Aspekten des Lebens.

Anmerkungen

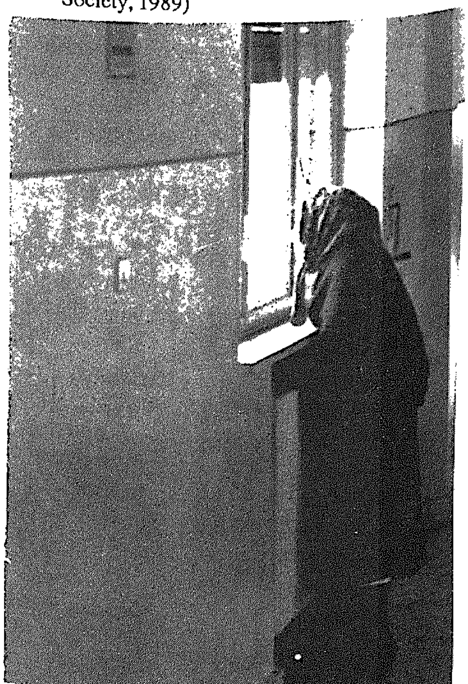
(1) z.B. Yolanda Murphy u. Robert F. Murphy, Women of the Forest (New York: Columbia University Press)

(2) über die Entwicklung d. Hierarchien vgl. Bookchin, Ökologie der Freiheit

(3) vgl. Bookchin, Urbanization zur Marktökonomie und Marktgesellschaft

(4) Zum libertären Kommunalismus vgl. Bookchin, "Thesen zum libertären Kommunalismus" in: SCHWARZER FADEN NR. 19, 3/85 S.15-22; "The Rise of Urbanization and the Decline of Citizenship" (Sierra Club, 1987); "The Greening of Politics: Toward a New Kind of Political Practice", in: Green Perspectives 1 (Jan 1986)

(5) über Frauen als Bürgerinnen in der Demokratischen Tradition vgl. meinen Artikel "Women, the Polis, and the Western Democratic Tradition", veröffentlicht in J.Plant(hrg.) Healing the Wounds (New Society, 1989)





Gegen eine Realität der Entfremdung

von Egon Günther

Wenn Satire, diese Maske der Verzweiflung, gegenüber dem Dammbruch der Widerwärtigkeiten nur mehr ohnmächtigen Haß äußern und als Ausdruck eines tiefempfundenen Ekels konsumiert (!) werden kann, (auf den zwangsläufig die Ergebenheit in den Alkoholrausch folgen muß, – jüngstes Beispiel ist Wiglaf Droste in der *Titanic*), dann bewegen sich die herrschenden Zustände wahrlich auf das Schlimmste zu. Worstward ho! Und das Lachen bleibt im Halse stecken.

Der Niederschlag eines verstümmelten Verlangens, der im Westen bis dahin die Formen der Angst vor der Bombe, vor den Katastrophen und der Furcht vor dem Kommunismus angenommen hatte, fand seine Ausprägung in den Ländern des realen Sozialismus in den Formen der Lähmung und Resignation, in der Entfremdung unter der Willkür einer bürokratischen Ordnung – von dem allzu realen Alpdruck des Schreckens, den die machtförmige ökonomi-sche Aufteilung der Welt in Blöcke den Verdammten der drei Kon-tinente aufgezwungen hat, soll hier noch nicht einmal die Rede sein.

Nun bereiten sich die neuen, und doch sattsam bekannten Fo-rmen vor, in die die Erscheinung des Alten gegossen wird: natio-nalistisches Ressentiment, Fremdenhaß, lange unter dem kon-servierenden Deckel gehalten, blinde Rache für hingenommene Demütigungen breiten sich, nach der Implosion einer unhaltbar gewordenen Ordnung, in den Ländern des Ostens aus, während der Westen den Faschismus unter dem Mantel der Demokratie institutionalisiert. Die Klaviatur der Ängste: soziale Unsicherheit, Verdrängung, gnadenloser Existenzkampf, Angst vor dem Absteig, verallgemeinerte Lynchstimmung.

Was kann dem entgegengesetzt werden, wo doch aufklärerisches Wort und aufklärerische Tat gegenüber massiven Ängsten und der Explosion »falscher«, umgeleiteter Begierden stets versagt hat?

Was tun angesichts bevorstehender Pogrome, xenophober Dumpfheit, angesichts des alten Spiels der Macht, die Unterdrückten gegeneinander auszuspielen?

Es liegt an uns, das »Neue« ins Leben zu rufen, damit es sich bereits im »Alten« manifestieren kann. Nicht der Sozialismus als Ziel und Mittel menschlicher Emanzipation hat versagt, sondern alle Repräsentations- und Delegationsformen, die der menschlichen Selbstentschließung im Wege stehen: Staat, Parteien, Gewerkschaften, Parlamentarismus. Heute kann es nur noch darum gehen, autonome Formen der Selbstorganisation zu entwickeln, die gegenüber der hierarchischen Logik der bestehenden bürokratisch-kapitalistischen Gesellschaften und ihrer Rationalität des Profits, die auf Ausbeutung, Vergiftung der inneren und äußeren Welt, Völkermord und Unterdrückung der Einzelnen gegründet ist, eine antagonistische Ethik gemeinschaftlichen Lebens und Handelns zu entwickeln, die mit den sekundären Tugenden moderner Sklaverei bricht.

Der augenblicklich fast überall in Italien geführte Kampf um selbstbestimmte soziale Räume, gegen eine Realität der Entfremdung und autoritärer Lösungen, ist imstande, Ansätze einer authentischen Kultur, nicht nur der Jugendlichen, hervorzubringen.

Wir können an ihm das Beispiel für einen künftig notwendigen Kampf beobachten, der nicht mehr ausschließlich defensiv geführt werden muß, sondern in dem vielmehr wieder ein Bewußtsein für die eigene Stärke reift, die erst erfahren werden muß, um zu einer eigenen Verständigung zu kommen. Ein Beitrag zur Perspektivbildung vor dem Hintergund einer veränderten und doch gleichgebliebenen Welt.

Die Geschichte der Centri Sociali in Mailand

von Roberto Gimmi
Photos und Text aus Rivista A
übersetzt von Egon Günter



Milano -
Il centro sociale Acquario, a Porta Genova.

Am 16. August 1989 wurde der Mailänder Centro Sociale Leoncavallo von der Polizei geräumt und von den Schaufelbaggern des Immobilienunternehmers Scotti dem Erdboden gleichgemacht. Es war nicht das erste und wird auch nicht das letzte Zentrum sein, dem ein derartiges Los beschieden ist, denn dies scheint nunmehr seit einigen Jahren das Schicksal der besetzten Centri Sociali in Mailand zu sein. In diesen letzten Jahren hat die Errichtung von einigen Centri Sociali mit den damit einhergehenden Besetzungen nicht nur die Aufmerksamkeit der Presse, sondern auch diejenige der Genossen auf sich gezogen. Es sieht so aus, als ob das, was von der Bewegung übriggeblieben ist, sich um die Zentren herum vereint und organisiert.

Tatsächlich hat die Räumung des Leoncavallo eine gewiße Anzahl von GenossInnen wieder zusammengeführt, die dabei sind, es weiterhin am Leben zu erhalten und wiederaufzubauen.

Es ist auch kein Zufall, daß einige Centri Sociali sich gerade darum bemühen, sich auf nationaler Ebene zu organisieren, sich ein Programm zu geben und über die Herausgabe eines Bulletins eine Koordination zu schaffen. Man glaubt sogar, durch das Lancieren von Besetzungen im Kampf für Freiräume und soziale Zentren die Bewegung wiederaufzubauen.

Das Leoncavallo ist nicht das letzte Bollwerk einer sich im Niedergang befindenden Bewegung und kann auch nicht ihr Anfang sein. Es hat einen konstanten Bezugs- und Treffpunkt für die ganze Linke verkörpert, nicht nur wegen des Todes von Fausto und Jaio1 sondern auch wegen der Initiativen, die von ihm ausgegangen sind.

Ausgehend von dieser aktuellen Situation, möchte ich analysieren, wie die sozialen Zentren entstanden sind, um daraus Schlüsse zu ziehen und Perspektiven wie künftige Chancen dieses unter dem Schnee liegenden Samenkorns aufzeigen zu können.

Die selbstverwalteten sozialen Zentren waren symptomatisch für die sich im Gange befindende Umwälzung. Es waren gemeinschaftlich genutzte Räume, veränderte Formen persönlicher, zwischenmenschlicher und sozialer Beziehungen zu erproben, die Einforderung eines politisch-kulturell anderen Lebens. Sie waren selbstverwaltete Inseln, ein Experiment des sozialen Kampfes, das später durch Illusionen, Irrtümer, Fehlschläge aufs Spiel gesetzt und geschwächt wurde, deren Bewegungsfreiheit objektiv eingeschränkt wurde, und die sich der Alternative zwischen institutioneller Vereinnahmung, Ghettoisierung und/oder Unterdrückung ausgesetzt sahen.

Die Krise der Militanz und eine Politik, die sich nicht erneuert hatte, erschlugen den Ausdruck der Bedürfnisse und die Freisetzung der Wünsche. Die Idee sozialer Zentren, die als Alternative zu den nichtbestehenden sozialen Dienstleistungen (Kino, Büchereien, Kinderhorte, Volkshochschulen) dem Leben im Stadtteil verbunden sind und die die gerade zu führenden sozialen Kämpfe unterstützen (Mietkämpfe, Besetzungen, Teuerungen, selbstvorgenommene Kürzung von Strom- und Telefonrechnungen ...) paßte sich nach und nach allgemeineren Inhalten an, die mit den Slogans von der "Zeitsouveränität" und "eignen wir uns das Leben wieder an" gekennzeichnet waren, gegen die Drogen und die Entfremdung, um am Ende zu einem informellen Bezugspunkt und zu einem Rückzugsgebiet für die Militanten der Linken, oder für Freaks, Marginalisierte und Nichtintegrierte zu werden.

Den Beginn dieses Vorstoßes, der sich vollkommen außerhalb jeglicher Institution vollzogen hat, können wir auf das Jahr 1975 legen, als aufgrund der Vorarbeit der proletarischen Jugendkollektive, Stadtteilkomitees, Basisgruppen, feministischer und homosexueller Gruppen die Besetzungen zahlreich wurden und die Hoffnungen, Stimmungen, Orientierungen, Ansprüche und Frustrationen breiter Schichten Jugendlicher wiedergeben, die in Mailand in den Centro Sociali eine reichhaltige, wenn auch widersprüchliche Ausdrucksmöglichkeit gefunden haben. In den Zentren suchte man Solidarität, eine genossen- und gemeinschaftliches Leben, egalitäres Verhalten, Autonomie und die Unabhängigkeit von autoritären Beziehungen und hierarchischen Strukturen. Diese Zentren entstanden aus dem Anspruch, Bestandteile eines anderen Lebens herauszubilden und in der Hoffnung und Überzeugung, neue zwischenmenschliche Beziehungen zu begründen; als echte Momente eines kollektiven kulturellen Wachstums.

Die außerparlamentarischen Organisationen selbst wurden in Frage gestellt und ob ihrer vertikalen Struktur, ihres Führerkults und ihres instrumentalisierenden Verhaltens kritisiert.

Die Wurzeln der sozialen Zentren reichen weit zurück in die Geschichte der Arbeiterbewegung, sie haben ihren Ursprung in den Gesellschaften für Gegenseitige Hilfe, in den Volkshäusern, den Ligen der Koopera-

tiven, in den Opera Nazionale Dopolavoro (Nationales Feierabendwerk), in den Circoli Ricreative Aziendali (betriebliche Erholungsvereine), den Acli (Associazioni cristani lavorati italiani, Vereine cristiani lavoratori italiani, Vereine christlicher italienischer Arbeiter) und vor allem in den Vereinigungen der ARCI (Abkürzung uns leider unbekannt, SF-Red.). Das waren Orte der Begegnung, Treffpunkte und Erholungslokale für Arbeiter, die unter dem Einfluß der Militanten aus der Linken zu wirklichen Bezugspunkten in den Dörfern und Städten wurden. Sie beschränkten sich nicht mehr darauf, einfache Freizeitvergnügungen zu entwickeln, sondern gerieten zu lebhaften Lokalen, in denen sich poliische Anteilnahme, Debatten und Freizeitaktivitäten miteinander vermengten.

Die Vereine der ARCI wurden 1957 gegründet, hatten aber einen schweren Stand, denn wenn sie auch auf die Mitarbeit kommunistischer und sozialistischer Parteigänger zählen konnten, konnten sie doch nicht mit der Unterstützung der Parteiführungen rechnen. Es war 1968-1969, als sie eine bisher nie dagewesene Teilnahme der Basis erfuhren; bis dahin hatte man sich auf Kulturarbeit und die Einrichtung einer Kinothek beschränkt. Auf eine Intervention Dario Fos wurden mit der Vorstellung einer alternativen Theatertournee die Volkshäuser wieder zurückerobert. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Fo und dem PCI (KP) führten dann zum Bruch mit den ARCI, so blieben "Kultur, die dazu beiträgt, die Revolution voranzutreiben" und "Zeitsouveränität = Zeit für die Revolution" nur auf Flugblättern der ARCI verbreitete Parolen. Es war das Erbgut aus diesen Erfahrungen, das zusammen mit den Anleihen aus den Inhalten von 68, Partizipation und egalitäre Bestrebungen im besonderen Kontext der Selbstverwaltung, die Centri Sociali Autogestiti (C.S.A.) ins Leben rief.

Die bereits bestehenden Zentren in den Stadtteilen (IACP) konnten die Ansprüche und neuen Bedürfnisse der Jugendlichen nicht zufriedenstellen, auch wenn sie im Verlauf des Jahres 69 meist zu Versammlungsorten der Linken geworden waren, da diese Zentren an institutionelle Strukturen gebunden waren. Die sozialen Zentren von 1975 stellten sich daher in die Kontinuität der Inhalte von '68. Man forderte genossenschaftlich genutzte Räume, in denen die Qualität des Lebens, die Beziehung zwischen den Geschlechtern, zwischen persönlich-politisch, öffentlich-privat, Arbeit-Freizeit, die Anforderungen und Probleme eines alternativen politisch-kulturellen Lebens aufgeworfen wurden.

Diese Ansprüche erleichterten es den Stadtteilkomitees, wegen deren direkter Beziehung zu ihrer eigenen Aktivität, die sozialen Zentren zu fördern. Weitere C.S.A. entstanden aus dem Antrieb politischer Kräfte, der Jugend- und Frauenkollektive und kultureller Basisinitiativen. Meist verbanden diese Gruppen die Erfordernis, Räume zu schaffen, in denen kulturelle und Unterhaltungsaktivitäten stattfinden konnten, damit, ein Stadtteilkomitee zu schaffen, das sich bewußt an die Jugendlichen, die Alten und die Frauen wendet.

So entstanden soziale Zentren, wie das Leoncavallo, Baggio, Isola, S.Marta und viele andere, die über die aktive Mitarbeit in einem Zentrum Erfahrungen mit einer neuen Form der Synthese zwischen persönlichem und politischem Engagement zu sammeln suchten. Organisiert wurden u.a. Werkstätten für Kunsthandwerk, Graphik, Fotographie, Kino-, Bild-, Ton-, Theaterveranstaltungen, Musik, Feste, Konzerte, Zeitschriften, Büchereien, Turnhallen, Horte, Volksschulen, Tanzsääle, Kneipen, Beratungsstellen, Antidrogenzentren; hier engagierte man sich auch in den traditionellen Aktivitäten der Agitation und Propaganda, in der Bewegung der autoriduzione, dem Kampf gegen die Teuerung, in der Gegeninformation, den roten Märkten, in der Besetzung leerstehender Häuser, in Debatten, Versammlungen, politischer Treffen. Es gab auch einen Anlauf, die C.S. zu koordinieren. In den ersten Monaten des Jahres '76 wurde versucht mit der Stadtverwaltung eine Vereinbarung zu treffen, um die Eroberung der Gebäude abzusichern, und dadurch die Räumungen und Beschlagnahmungen zu stoppen und um Mittel für die Finanzierung der kulturellen Aktivitäten zu erhalten. Die Koordination hielt jedoch nur für kurze Zeit und die Verhandlungen mit der Stadt ließ man in dem Maße einschlafen, in dem die politische Situation in Mailand von dem Aufkommen der Roten Stadtverwaltung, der politischen Teilnahme der Demoproletarier[2] an den Wahlen, die Geburt der Regionalräte und eine regionale Dezentralisation der Verwaltung gekennzeichnet wurde, was in bestimmten linken Kreisen Illusionen über eine Mitbestimmung wachsen ließ. In den seltensten Fällen waren die politischen Kräfte der Neuen Linken "in erster Person" bei den Besetzungen anwesend. Meist unterstützten die politischen Kräfte, besser gesagt, ihre Sektionen in den Stadtteilen, die Besetzungen, oder sie machten dafür Werbung, aber danach wurde die Leitung des Zentrums denjenigen überlassen, die sich über den verschiedenen Aktivitäten zusammenfanden, oder sie oblag dem Willen und der Kompetenz einzelner Mitglieder. Tatsächlich wurden die C.S. als ein Reservoir für Rekrutierungen betrachtet, als Strukturen, die im Fall einer Mobilisierung beansprucht werden, und nicht wenige Zentren verkamen zu Schaubühnen für die Zusammenstösse zwischen den Kräften, die sich gegenseitig die Führungsrolle streitig machten.

Allgemein waren Beginn und Entwicklung der C.S. durch die Bildung von Kollektiven Jugendlicher gekennzeichnet, die überall im Stadtgebiet entstanden.

Viele aus der nach-68er-Jugend verdeut-

lichten ihren Willen, in das politische Geschehen einzugreifen. Aus gewöhnlichen Gemeinschaften von Jugendlichen gingen die Kollektive hervor, Gruppen machten Schluß mit dem Herumgerede und den Kneipen; es entstanden Feministinnenkollektive, antifaschistische Komitees, Kampfkomitees, Basisgruppen, Theater-, Musik- und Künstlergruppen, Komitees gegen Drogen, Arbeitslosen- und Schwarzarbeitergruppen, Selbsterfahrungsgruppen. Das Aufkommen der collettivi giovanili (C.G.) verlieh den Besetzungen der C.S. neue Impulse und bot deren Militanten die Möglichkeit, sich auf der Basis des jugendlichen Aufbruchs erneut zu sammeln. Diese jugendliche Luftzufuhr beflügelte eine Bewegung und machte ihr wieder Hoffnungen, nachdem sie in einer Krise zu stecken schien, seit die Illusionen der Linken bloßgestellt waren. Bei den Wahlen 1976 zeigte sich die D.P. zuversichtlich, was einen politischen Wechsel betraf; man prophezeite den Zusammenbruch der D.C.3, aber die D.C. hielt sich und das Abschneiden der Demoproletarier enttäuschte.

Alle Motivationen und Erwartungen der Neuen Linken waren erschüttert, sie begann sich aufzulösen und zersplitterte unter der Kritik der Jugendlichen und der Feministinnen.

Die neuen Massen der Jugendlichen um die C.G. veränderten mit den "autoriduzioni" in den Kinos das Gesicht der Bewegung gänzlich. Es setzte sich ein jugendliches Universum durch, das sich zu seinen eigenen Bedingungen verständigen und ausdrücken wollte. Das Fest im Parco Lambro im Sommer und die Ereignisse an der Mailänder Scala im Dezember 1976 führten zu einer Reflexion und Selbstkritik der Bewegung, die zu Beginn des Jahres '77 anfing, sich dem Problem der Gewalt zu stellen, die zur Ideologie geronnen war. Das führte unvermeidlich zur Krise der Bewegung und in der Folge auch der C.G., innerhalb derer sich private Ansprüche, die Krise der Militanz und das Zurückweisen der Politik vermengten, bis einige der Zentren so weit waren, daß sie nur mehr als gewöhnliche Aufenthaltsräume angesehen werden konnten.

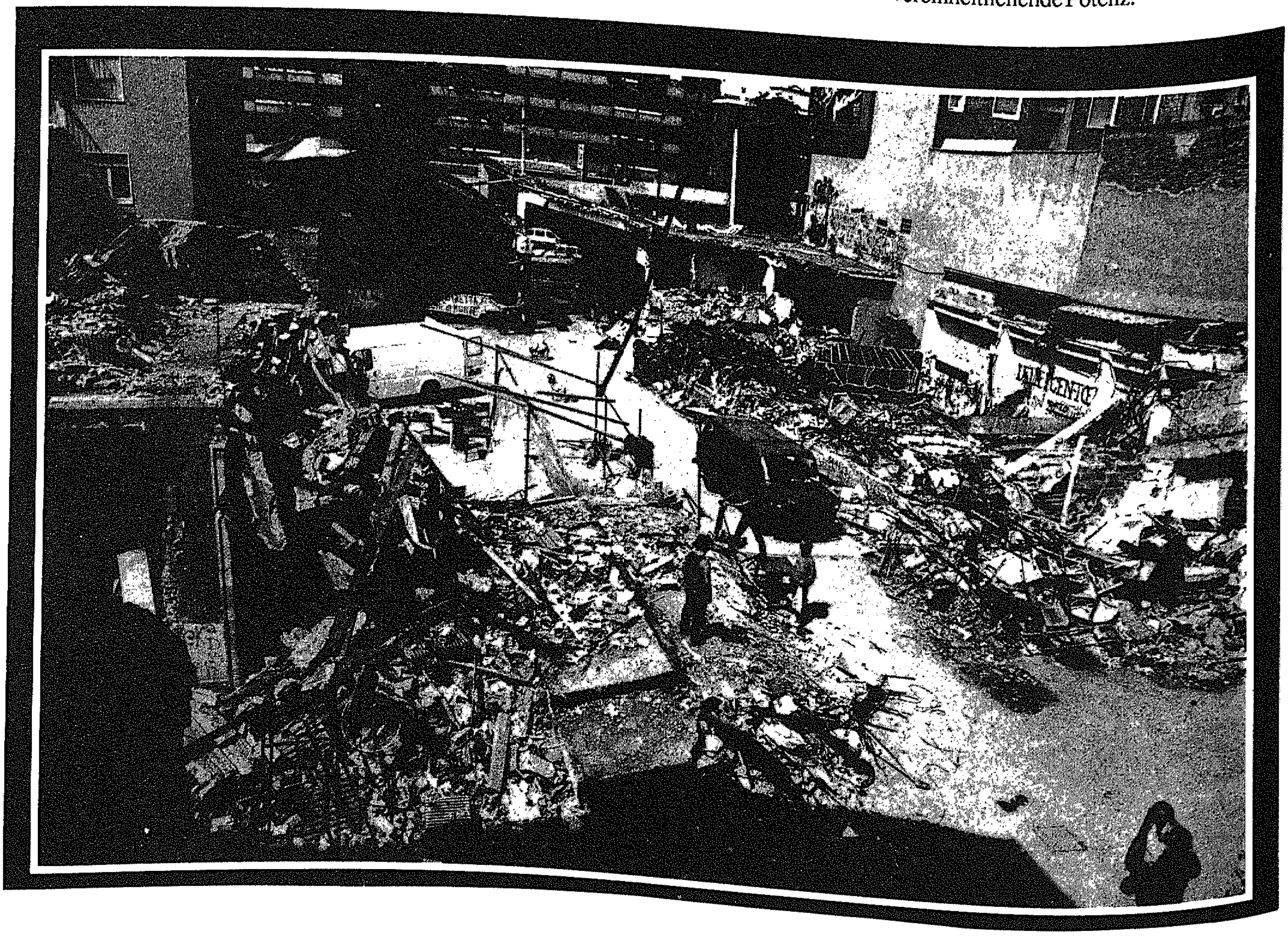
Die Verbreitung der Ideologie der Gewalt, des Illegalismus und das Projekt des bewaffneten Kampfes spalteten die Bewegung endgültig und die Unterdrückung führte zeitweise zu ihrer Auflösung.

Die folgenden Jahre bedeuteten für die C.S. die offene Krise. Sie wurden im Stich gelassen und wenig besucht. Die Feste, die noch organisiert wurden, blieben fad, da und dort überließ man sich oberflächlichen, austauschbaren Äußerlichkeiten, baute sich künstliche, verführerische Verlockungen, gefällige Fluchten, die stets fremd und äußerlich blieben. Die junge Generation kümmerte sich nicht mehr um Politik, Verweigerung war angesagt, die Genossen befanden sich in der Krise; es war Ebbe. So traf man sich wieder in den Kneipen, den Trattorien, den Discos, in den Lokalen, die sich jetzt "Alternativlokale" nannten.

Mit den "Alternativlokalen" war wohl beabsichtigt, nach dem Vorbild der englischen Pubs und der italienischen Cafés um die Jahrhundertwende etwas Neues zu schaffen, aber in Wirklichkeit stellten sie überhaupt nichts Alternatives dar und endeten als gewöhnliche Orte kommerziellen Konsums.

Als sich die Punkbewegung herauskristallisierte, wurde der Idee der C.S. und den Besetzungen selbstbestimmter Räume neue Lebenskraft verliehen. Nicht nur in Mailand, auch in verschiedenen Teilen Italiens sind die Anarcho-Punx Protagonisten gewesen, indem sie das verlassene politische Vakuum zum Teil wieder füllten, Zentren für Konzerte öffneten und Häuser besetzten; mittels des musikalischen Diskurses konnten sie eine gewiße Anzahl Jugendlicher miteinbeziehen. Sie schufen sich selbstverwaltete Verteiler für Eigenproduktionen, Fanzines, Platten etc., und bemühten sich auch um eine Koordination.

Dank der Punx veränderten einige der wenigen verbliebenen C.S. ihr Aussehen und begannen wieder Atem zu schöpfen, indem sie sich als die geeigneten Orte anboten, um dort Konzerte zu organisieren, Musik zu machen und Musik zu produzieren. Der musikalische Diskurs hat eine hohe vereinheitlichende Potenz.



Ein letzter Impuls ist aus der 85er Bewegung gekommen, die auf eine Wiedergeburt des jugendlichen politischen Engagements hoffen ließ. Ungeachtet der kurzen Dauer dieser Bewegung haben sich in ihr erneut Jugendliche politisiert.

In diesen letzten Jahren ereigneten sich in der Tat einige Hausbesetzungen und erneuerte sich die Forderung nach selbstverwalteten sozialen Räumen. Heute gibt es den Versuch die C.S.A. zu koordinieren; ein Ausdruck davon ist das Bulletin der C.S.A., dessen Absichten sind: die verschiedenen Arten der Selbstverwaltung zu praktizieren und die Eigentümlichkeit jeder einzelnen Situation gegenüberzustellen. Über den Austausch von Erfahrungen, Aktivitäten, Projekten, die bereits unter ihnen bestehenden Wirklichkeiten miteinander zu verbinden. Ein weiteres Instrument der Solidarität und Verteidigung anzubieten und einer größtmöglichen Anzahl von Personen die Wirklichkeit der C.S.A. nahezubringen und sie darüber zu informieren, um Debatten anzuregen und überall die Praxis der Selbstverwaltung zu verbreiten. Momente des Kampfes und der Initiative zu entwickeln und auszuweiten.

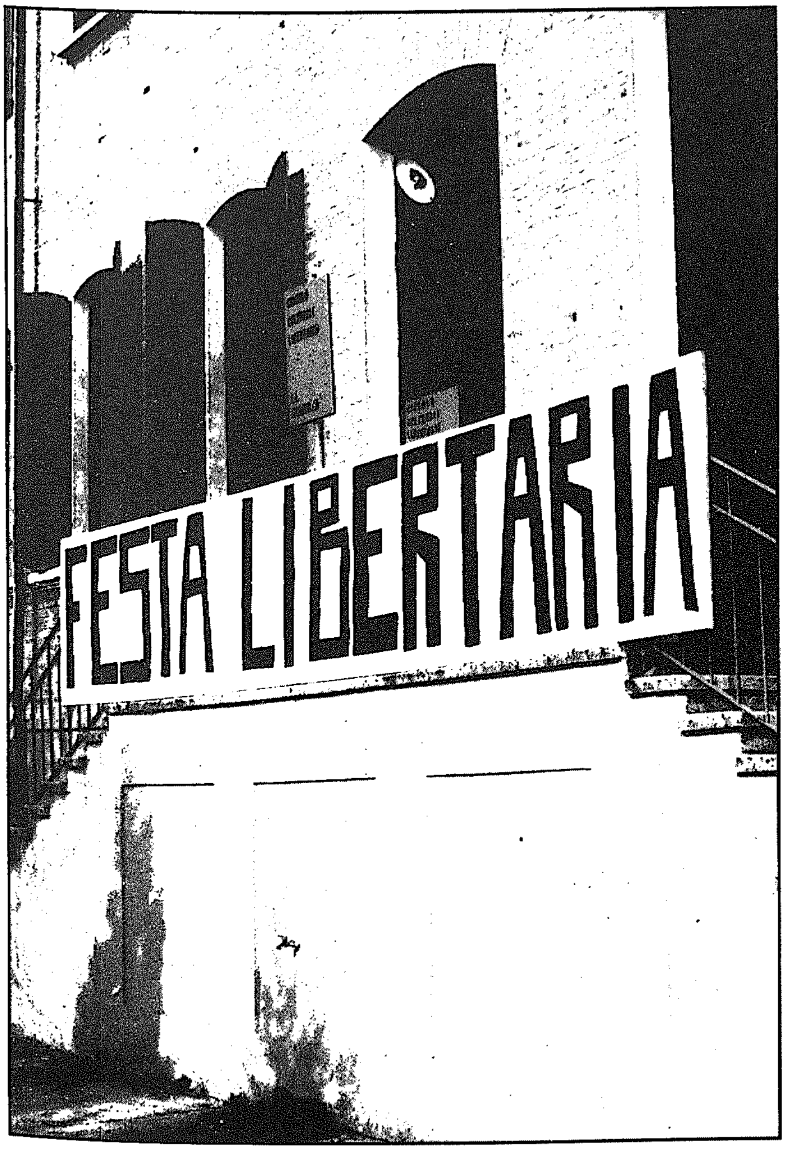
Über die Selbstverwaltung und Eigenproduktion hinaus berühren die in Angriff genommenen Themen die Repression, den Antimilitarismus, den Kampf gegen das Heroin und das Unterfangen der Neubildung der Bewegung, wobei gut darauf geachtet wird, Gruppen und Grüppchen, die an Parteien oder Institutionen gebunden sind zu meiden. Die Räumung des Leoncavallo hat nichts anderes bewirkt, als die Aufmerksamkeit auf diese Realitäten und auf die Forderung nach selbstbestimmten Räumen zu lenken.

Anmerkung:

1 Fausto und Jaio, 2 junge Genossen aus dem Leoncavallo, die 1978 von Faschisten und Drogenhändlern ermordet wurden.

2 D.P. = Democrazia Proletaria, Wahlbündnis linker Gruppen zur Parlamentswahl '76; heute Partei.

3 D.C. = Democrazia Cristiana, Christdemokraten





»Eine Insel, kein Ghetto!«

Gespräch mit Pietro (21), Anarchist des Circolo Ponte della Ghisolfa, seit Jahren aktiver Hausbesetzer und aus der Bewegung um die Centri Sociali

Frage: Fungieren die Mailänder Centri Sociali als ein Ort, wo die verschiedenen Gruppen zusammenkommen, die dabei ihr jeweils eigenes Zentrum aufsuchen, oder sind sie ein eher allgemeiner Ausgangspunkt für eine bestimmte Schicht Jugendlicher?

Pietro: Es handelt sich um einen ziemlich homogenen Bereich Jugendlicher, der sich aus Studenten zusammensetzt, aus Leuten, die im allgemeinen von der Schwarzarbeit leben oder jedenfalls in einer prekären Situation sind, mit Jobs beim Pony-Express oder bei Umzugsunternehmen. Ich beziehe mich auf die gewöhnlichen Zentrumsbesucher, die keine aktive Rolle bei der Ausrichtung der mehr politischen Aktivitäten haben.
Von den Vereinigungen Jugendlicher, wie sie es Ende der 70er Jahre gegeben hat, kann nicht gesprochen werden, da nur eine – an genau bestimmte politische Schichten gebundene – Minorität, im Fall des Leoncavallo die Autonomie, oder im C.S. Aquario eine Vielfalt von Erfahrungen, die vom Ex-Virus (Zentrum an der piazza Bonomelli, d.Ü.) bis zu einem Teil der Koordination der besetzten Häuser reichen, in der politischen Ausrichtung der Zentren initiativ werden.
Die Präsenz einer politischen Minderheit gegenüber eine Schicht von Leuten, die sich in den centri sociali und in der Musik, die dort gespielt wird – sie ist nur ein gemeinsamer Bezugspunkt –, wiederfinden, läßt, auf einer ganz allgemeinen Ebene, die Behauptung zu, daß diese Zentren für sich keinen politischen Willen zu einer Veränderung zum Ausdruck bringen, sondern ein generelles Unbehagen, das aber nicht in der Suche nach einer anderen Gesellschaft und in einen konkreten Willen zur Transformation mündet, sondern nur die Ablehnung des Gegenwärtigen ausdrückt. Auch wenn diese Ablehnung positiv sein kann, riskiert das Fehlen von Entwürfen und einer Willenstendenz für das Ideal einer besseren Gesellschaft, diese Zentren in eine Art Ghetto umzuwandeln, in das man sich einschließt, um im eigenen Saft zu schmoren, ohne daß es gelingt, nach Außen zu gehen und etwas Anderem ein wirkliches Interesse entgegenzubringen.

Frage: Die geläufigste Kritik an den jugendlichen Besuchern der Zentren ist, daß sie sich nicht nur in den Beziehungen zu den Autoritäten antagonistisch verhalten, sondern, sich auch dem Kontakt mit den Bewohnern der Viertel, in denen sich die Zentren befinden, verschließen. Was kannst du dazu sagen?

Pietro: Eine aktive Arbeit an den Stadtteilkontakten ist unter den jetzigen centri sociali vom Leoncavallo gemacht worden, das – es muß daran erinnert werden – seit mehr als zehn Jahren aktiv ist, auch dank der Erfahrungen mit dem Kinderhort, den Theatergruppen, der Turnhalle und anderem.
Das ist wirklich nicht immer so, und das, was den centri sociali nachgesagt wird, trifft auf diese Örtlichkeiten nicht zu: ein centro sociale sollte ein Ort sein, wo sich die soziale Gemeinschaftlichkeit eines Stadtteils zeigt, ein offener Platz, wenigstens für die Jugendlichen, die dort wohnen. Heute ist das alles noch nicht so weit, auch wenn es in der Vergangenheit viele sehr positive Erfahrungen gegeben hat.

Frage: Du hast an der Besetzung der »La Villetta« teilgenommen, die – wenn auch nur für wenige Monate – ein interessantes Experiment eines Kontaktes der Leute mit den jugendlichen Besetzern abgegeben hat?

Pietro: Die »Villetta« war eine im Innern eines Parks an der via Litta Modigliani gelegene Villa, einer langen Chaussee, die die Stadtviertel Comasina und Quarto Oggiaro verbindet. Bei denen handelt es sich um klassische Schlafquartiere, die keinerlei Aussichten für ein irgendwie geartetes Gemeinschaftsleben bieten. Der Park, der die Villa umgab, war zum Umschlagplatz für Heroin geworden, wo die kids hingingen, um sich einen Schuß zu setzen, ich erinnere mich, als wir dort eindrangen, fanden wie Wiesen vor, die aussahen wie ein Teppich aus Spritzen.
Der Park wurde gesäubert und den Leuten aus dem Viertel geöffnet, sie kannten ihn vielleicht als Drogenumschlagplatz und als sie sahen, daß Jugendliche dabei waren, in ihm zu arbeiten, fingen sie an, ihn mit ihren Kindern zu besuchen, die nun endlich im Park spielen konnten. Die Leute kamen und redeten mit uns, und es gelang, wenn auch nur für kurze Zeit, einen Kontakt mit der Bevölkerung herzustellen. Das Zentrum wurde nach wenigen Monaten geräumt.
Um wieder zum Anfang zurückzukommen, zur Bedeutung des centro sociale, es müßte in den Zentren eine präzise willentliche Absicht, in eine Beziehung mit den Menschen aus dem Viertel zu treten, entstehen, das bedeutet auch eine Art von Selbstkontrolle hinsichtlich der Initiativen, von den Konzerten bis zu einer ganzen Reihe von Wutausbrüchen, die zumeist umsonst zu haben sind, um von den Leuten, denen die Realität der Zentren fremd ist, verstanden zu werden. Einen Platz zu besetzen, ihn zu

eröffnen, um sich dann darauf zu beschränken, Konzerte zu organisieren oder die Fassade zu bemalen, bringt die Besetzer, – angesichts einer Bevölkerung, die der erklärten Absicht, den Alltag zu verändern eh widerspenstig gegenübersteht, mit den bekannten Schwierigkeiten, die Anwesenheit des Anderen hinzunehmen, – in die Lage, nicht verstanden und akzeptiert zu werden.
Das ist eine Auseinandersetzung, die auch innerhalb der Nationalen Koordination der centri sociali in Gang gebracht werden muß, was noch nicht geschehen ist, da dort die Themen bevorzugt behandelt werden, die von bestimmten politischen Gruppen, unter denen sich auch die Anarchisten befinden, vorgetragen werden, Themen, die an einer Diskussion, einer etwas konkreteren, über die centri sociali und die Weise, wie in diesen Räumen gelebt wird, vorbeigehen. Bis jetzt ist darüber, über Einzelfälle hinausgehend, auch im Nachrichtenbulletin keine offene Debatte entstanden.

Frage: Seit den circoli giovanile der 7oer Jahre ist der Kampf gegen Heroin immer im Mittelpunkt der Initiativen der centri sociali gestanden. Ist dieser Kampf auch heute noch aktuell?

Pietro: Sicher, der Kampf gegen das Heroin nimmt noch einen großen Raum ein und steht im Mittelpunkt vieler Initiativen der centri sociali. Jedoch existiert, meiner Ansicht nach, eine Beschränkung in der Weise, wie diese Schlacht geführt wird, die das begünstigt, was als Plattform von den Autonomen auf nationaler Ebene vorgeschlagen wird, und das ist der Kampf gegen das Craxi-Gesetz über Drogenabhängigkeit. Es handelt sich dabei um einen Punkt, der bestimmt wichtig ist, auch weil das Craxi-Gesetz, oder besser die repressive Absicht, die dahintersteckt, bereits täglich von den Ordnungshütern gegen alle, die eine von der Norm abweichende Ansicht haben, bei deren Überwachung und bei den von der Polizei ausgeführten Verhaftungen angewandt wird. Eine Analyse der Wirklichkeit der Drogenabhängigkeit muß aber über eine Kritik an dem Craxi-Gesetz und einer Verurteilung der Pusher hinausgehen, gerade weil das Heroinphänomen so ausgedehnte Proportionen angenommen hat, die ein viel weitgehenderes Verständnis erfordern. Es muß von der Frage, warum sich die Leute das Heroin verabreichen, ausgegangen werden und die centri sociali müßten imstande sein, sich als ein Ort anzubieten, an dem ein Anreiz, zu leben und etwas anderes zu entwickeln, gefunden wird. Wenn dem Staat das Monopol, eine Antwort auf diese Probleme zu geben, überlassen wird, muß einem selbst eine wirklich gering Fähigkeit zur Intervention und Präsenz im sozialen Gefüg bescheinigt werden.

Frage: In den letzten Monaten haben wir in den großen Städten, die zum Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft '90 erwählt wurden, eine Verstärkung der repressiven Operationen gegenüber marginalisierten Bevölkerungsgruppen, von den »Zigeunern« bis zu den »Berbern«, beobachten müssen. Handelt es sich dabei um eine Strategie, die auch den Bereich der centri sociali umfaßt, wie es dem Anschein nach die Räumung des Leoncavallo zeigt?

Pietro: Sicher hat es sich der italienische Staat zum Ziel gesetzt, eine WM '90 auszurichten, die nur wenig mit einer Fußballmeisterschaft zu tun hat, er will ein Schaufenster realisieren, daß es Italien auch erlaubt, den eigenen Wohlstand, den eigenen Reichtum und die soziale Ruhe im Land vorzuführen. Erinnern wir uns, daß nach dem Erdbeben in Mexico-City, bei der letzten WM, die Straße nahe den Baracken, die zum Flugplatz und zu den Hotels führte, wieder völlig hergestellt wurde.
Was hier beabsichtigt wird, ist nicht nur, die Schichten, die sich gegenüber dem gegenwärtigen Zustand in Opposition befinden, zu eliminieren, sondern mittels einer viel subtileren Lösung, eine Spaltung der Zentren in »gute« und »böse« herbeizuführen; in diejenigen, die ihre Verhandlungsbereitschaft zeigen und in diejenigen, wie die vom Leoncavallo, die sich gegen eine Räumung durch die Polizei verteidigen, die Widerstand leisten. Das Risiko, das mit dieser Politik verbunden ist, besteht darin, besonders im Hinblick auf die Bereiche, denen ihre Räumlichkeiten zugestanden werden, daß sie nach und nach die oppositionelle Haltung aufgeben, die sie solange einnahmen, solange das centro sociale seine Aktivität der Besetzung verdankt hat.

Frage: Um zum Ende zu kommen, was waren die Beweggründe, die dich als Anarchist geleitet haben, in den centri sociali zu agieren und worin bestehen für dich die Möglichkeiten, den Scheideweg zwischen 'an den Rand gedrängt werden' und der Integration zu meiden?

Pietro: Zuerst muß eine strikte Kategorisierung der Schichten Jugendlicher, die die centri sociali aufsuchen, vermieden werden. Wir können Ähnlichkeiten mit der Erfahrung der circoli giovanili oder mit den städtischen Jugendbanden feststellen, bis hin zu der nicht geringfügigen Präsenz der Jugendlichen, die sich neben einem Besuch im Zentrum am Sonntag in das Stadion begeben.
Es ist wahr, daß viele Elemente in sich das Risiko bergen, das centro sociale in ein Ghetto zu verwandeln – es gibt eine



ziemlich stereotype Kommunikation, eine Musik, in der Regel hard core, die bedrückend wirkt, die eigentlich unverständlich ist, aber die verhaltene Wut, die in jedem brütet, voll zum Ausdruck bringt. Ich bin jedoch nicht imstande, eine Realität zu verdammen, die, wenn sie auch mit den Mängeln ausgestattet ist, von denen ich sprach, ein sehr wichtiges Moment für das Zusammenkommen Jugendlicher darstellt, in einer Gesellschaft, in der Gemeinschaft und kollektives Arbeiten immer mehr verschwinden, auch in einem kollektiven Bereich wie der Arbeit, wo die Aktivität immer weiter in kleinste Einheiten unterteilt wird, die es niemandem mehr erlauben, das fertige Produkt zu sehen.
Um mit einem Vergleich und einem Bild abzuschließen, die in sich sowohl die Kritik als auch den Entwurf einer möglichen Entwicklung der centri sociali enthalten, können wir von der Wunschvorstellung, dem Willen sprechen, statt eines Ghettos eine Insel zu sein. Dabei handelt es sich nicht nur um ein Wortspiel; ein Ghetto ist etwas Dunkles, die Insel ist grün, farbig, sie drückt einen Willen aus, zu leben, zu wachsen, einen Willen, zusammenzuleben und, vor allem, kann sie auch von anderen, wenn auch unter gewissen Mühen, erreicht werden.

Übersetzt von Egon Günther
aus: Rivista @

Eine neue oppositionelle Jugendbewegung in Italien?

von Cosimo Scarinzi

übersetzt von Egon Günther aus Umanitá Nova, Dez. 89

»... Im Winter, indes, wird Turin zu einem grauen Gelände, einem geschlossenen Gesteinsblock ähnlich. Und die Lebensströme auf den ihn durchziehenden Strassen lassen sich auf unreine Zuckungen heller Aderrisse zurückführen. Wie auch immer, Turin wird stets dem Mineralreich angehören. Es zu »erwecken«, hat stets die Wirkung großer Energien erforderlich gemacht, starke Leidenschaften, es aus dem Inneren heraus zu beleben...«
Marco Revelli,
"Lavorare in Fiat", 1989

Sich über die Kraft der Leidenschaften zu äußern, die die Straßen Turins in den letzten Wochen belebt haben, ist schwierig für mich. Waren sie nicht stark genug, so waren sie zumindest genügend lautstark.

Am Vormittag des 11. November organisierten der *Centro Sociale Autogestito »I Murazzi«* und einige Studentenkollektive eine Massendemonstration zu dem Thema »Kein Heroin und keine Polizei« an der einige hundert Studenten und Jugendliche des C.S. teilnahmen. Eine Puppe, die Craxi darstellte, wurde verbrannt, es wurden öffentlich einige Spliffs geraucht und danach machte sich der Zug auf den Weg zur Universität, in der eine Versammlung stattfinden sollte. Eine Gruppe Faschisten hatte jedoch unter dem Schutz der Polizei den Universitätshof besetzt und ein Flugblatt verteilt. deshalb kam es zu einigen äußerst heftigen Zusammenstössen zwischen der Polizei und den Kollektiven, wobei reichlich Knüppelschläge ausgeteilt wurden, die, unter anderem, bei einem Genossen ein Schädeltrauma zur Folge hatten.

Trotz allem hielten die Demonstranten ihre Versammlung gegenüber der Universität ab. Währenddessen erlaubte das Rektorat des »Gioberti«-Lyzeums der Politischen Polizei (DIGOS) die Demonstranten aus den Fenstern des Instituts heraus zu fotografieren, obwohl einige Lehrer dagegen opponierten und ließ die Tore der Schule schließen, um zu verhindern, daß von der Polizei verfolgte Studenten sich in das Innere der Schule flüchten konnten.

Dieser Vorfall veranlaßte Lehrer und Studenten Position zu beziehen gegen die autoritäre Welle, von der einige Turiner Schulen betroffen sind. Die Ereignisse des 11.11. haben zur Bildung einer sehr breiten Oppositionsbewegung beigetragen, der sich auch die Lega degli Studenti (alias FGCI = kommunistische Jugendorganisation, unter neuem Firmenschild) anschloß, die für den 23.11. eine Demonstration ankündigte.

An dieser erneuten Demo haben an die 3000 unter den Transparenten der *Centri Sociali I Murazzi* und *El Paso*, einiger Schulen und der 'FGCI' teilgenommen. Auf dem Umzug mischten sich Parolen gegen Craxi *(Heroin und Polizei, die gleiche Scheiße, die gleiche Schweinerei!)* mit antifaschistischen *(Was machen wir mit den Schwarzhemden? Ein Bündel (fascio) schnüren und dann verbrennen! ...)* und mit auf Craxi und die PSI gemünzten Nonsens-Sprüchen *(Wer nicht springt ist Sozialist! – Gel, Gel! Ein Kahlkopf braucht kein Gel!)*

Das Outfit variierte zwischen dem Militärlook der frühen 70er Jahre, der Eleganz der 80er, dem Trauerschwarz der Punx vom El Paso mit verschiedenen dazwischenliegenden Abstufungen und wurde durch den verbreiteten Gebrauch palästinensischer Kefiâs zusammengehalten.

Trotz massiven Polizeiaufgebots am Rande des Demonstrationszugs, etwas Gerangel um die Spitze des Zuges zwischen 'FGCI' und den Kollektiven und einer gewissen Lebhaftigkeit der Parolen, gab es keine Zwischenfälle.

Nach der Demo fand eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt, auf der über Heroin, Autoritarismus, Selektion, Schutz von Veranstaltungen diskutiert wurde. Auf ihr wurden verkauft: *»Ovvio«* – Zeitung verschiedener Kunstschulen, die eine besondere Aufmerksamkeit dem Warencharakter, den Kunst und Kommunikation angenommen haben, widmet;
»Veleno« – das Blatt des Collectivo Comunista S-Contro, das hauptsächlich die Frage des Autoritarismus und der Studentenopposition aufgreift und
»Crak« – Zeitung autonomer Kämpfe allgemeineren Charakters. Das verteilte Propagandamaterial, die Parolen, die Debatte in der Versammlung ließen einige interessante Elemente aufscheinen:
– die Verbindung zwischen der Tendenz auch voneinander verschiedenen selbstverwaltete C.S. zu schaffen (I Murazzi und El Paso) und der studentischen Mobilisierung. Tatsächlich fungieren die C.S.A. zusammen mit den Schüler- und Fakultätskollektiven als ein Schmelztigel für ein allgemeines Unbehagen, für das Verlangen nach einer nicht von der Ware geformten Gesellschaft, für die Erfordernis autonomer Ausdrucksmöglichkeiten.
– das Gewicht »alter« Sprachstrukturen und Selbstdarstellungsformen in »neuen« Bewegungen. Mit anderen Worten: die 70er Jahre sind, dem Anschein nach, ein stiftender »Mythos« für eine politische Generation Ende der 80er, die all ihre Hoffnungen auf die 90er richtet, von denen sie sich die Eröffnung neuer und ungeahnter Möglichkeiten erwartet.
– die Tatsache, daß der Kampf gegen den Craxi-Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung leichter Drogen als ein vereinheitlichender Faktor für die Herausbildung einer verbreiterten Opposition, sich dem Umstand verdankt, daß, Schule um Schule, die Freiräume verengt wurden; Berechtigungsausweise zum Betreten der Gebäude wurde ausgestellt, die geringsten Rückzugsmöglichkeiten untersagt, das Rauchen von Zigaretten auf den Klos und andere Scherze mehr. Die neue effiziente und technokratische Schule zeigt jetzt ihr repressives und entfremdendes Gesicht.

Von den Forderungen nach einer anständigen Schule, die die Bewegung von '85 gestellt hatte, wird übergegangen auf Forderungen nach größerer Freiheit und selbstbestimmter Gestaltung der eigenen Ausbildung.

Ich denke, daß diese Elemente von wirklichem Interesse sind und ausreichen, um, zusammen mit anderen, eine breite, ausgedehnte und komplexe Jugendbewegung zu bilden.

SICILIA

CENTRO SOCIALE OCCUPATO GUERNICA
Via Cervignano, 22 - 95129 Catania

CENTRO SOCIALE AUTOGESTITO
Ex Camera del Lavoro - Via Montevergini - 90100 Palermo

PUGLIA

CENTRO GIOVANILE OLTRE - Vico Parini, 5
73030 Tiggiano (LE)

CENTRO SOCIALE
CONTRO L'EMARGINAZIONE GIOVANILE
Ex Monastero - Via S. Chiara, 6 - 72100 Brindisi
tel. Giuseppe o Maurizio 0831/223051

UMBRIA

CENTRO SOCIALE ROSSO VIVO
Via Luca Goldoni, 4 - 06100 Perugia

MARCHE

CENTRO SOCIALE DI URBINO
61029 Urbino (PS) - per cont. Riparti Massimiliano
tel. 0722/318307

CENTRO SOCIALE MANICOMIO
Via Leoncavallo - Villa S. Martino - 61100 Pesaro

VENETO

CENTRO SOCIALE AUTOGESTITO AZANIA
Via Mura Ospedale, 9 - 45100 Rovigo

CENTRO SOCIALE VILLA FRANCHIN
Viale Garibaldi - 30174 Venezia Mestre (VE)

CENTRO SOCIALE VIALE TERME
35041 Battaglia Terme (PD)

CENTRO SOCIALE OCCUPATO PEDRO
Via Ticino - 35135 Padova

CENTRO SOCIALE DI CROCE - MUSILE DI PIAVE
S. Donà di Piave (VE)

CAMPANIA

CENTRO SOCIALE AUTOGESTITO
cuola abbandonata - Soccavo (Napoli)

FRIULI

CENTRO SOCIALE AUTOGESTITO DI UDINE
Per corrisp. Diffusione e Autogestione
c/o Montuoro Alessandro - Casella P. aperta
33037 Pasian di Prato (UD)

LIGURIA

CENTRO SOCIALE AUTOGESTITO KRONSTADT
Via Vecchiora, 15 (Costa di Nurlo - Strada Vignale)
per corr. Daveti Renzo F.P. Centrale - tel. 0187/33430
19100 La Spezia

CENTRO SOCIALE L'OFFICINA
Chiesa Sconsacrata (Giardini di Plastica)
Via Madre di Dio, 14 - 16128 Genova

CENTRO SOCIALE SOBBALZO
Piazza S. Francesco, 7 - 18100 Imperia

PIEMONTE

CENTRO SOCIALE EL PASO
Via Passo Buole, 47 - 10127 Torino - tel. c/o Mario 011/6502774

TOSCANA

CENTRO SOCIALE MACCHIA NERA
Ex circolo Richard Ginori - Via S. Michele degli Scalzi, 176
56100 Pisa

CENTRO SOCIALE VILLA SANSONI
Via S. Martino, 39 - 57128 Livorno Ardenza
x corr. Comitato Spazi Sociali - Via Roma, 179 - 57127 Livorno

CENTRO SOCIALE L'INDIANO
Piazzetta dell'Indiano, 3 (Parco delle Cascine) - 50145 Firenze

CENTRO POPOLARE AUTOGESTITO
c/o ex Scuola Grifeo alla nave a Rovezzano
Via Villamagna, 150 - 50126 Firenze

C.S.A. SPARTACO (spazio occupato)
Via di Mezzo, 39 rosso - 50121 Firenze

C.S.A. INTIFADA
Via 25 Aprile - Ex Scuola Elementare - 50023 Ponte a Elsa (FI)

CENTRO SOCIALE SORBO
52010 Salutio (AR) - tel. 0575/910872
oppure c/o Centro Sociale Leoncavallo (MI)

LAZIO

CENTRO SOCIALE KAPRA E CAVOLI
01027 Montefiascone (VT) - x corr. Pierfrancesco Mazzetti
Via A. Valenziani, 16 - 00100 Roma

CENTRO SOCIALE OCCUPATO AUTOGESTITO
Hai visto Quinto? - Via Val Pellice, 4 - 00141 Roma

CENTRO SOCIALE BREAK OUT
Via Zaccaria Papa (Primavalle) - 00100 Roma

CENTRO SOCIALE FORTE PRENESTINO
Via Federico Del Pino, 20 - 00171 Roma
x corr. A.C.A.B. - casella postale aperta - 00177 Roma

CENTRO SOCIALE SPARTACO
Largo Spartaco (Cinecittà) - 00100 Roma

CENTRO SOCIALE BLITZ (semi abbandonato)
Via M. Ruini, 45 - 00155 Roma

CENTRO SOCIALE IL CASALE
Via Martinetti (Laurentino) - 00100 Roma

CENTRO SOCIALE CASAL BERNOCCHI
Via Guido Biagi, 46 - 00100 Roma

SPAZIO GIOVANILE-ANTAGONISTA
Nuova Ostia - Roma

CENTRO SOCIALE LA GRAMIGNA
Via Gemmano, 12 (Vitinia) - 00100 Roma

CENTRO SOCIALE RICOMINCIO DAL FARO
Via del Trullo, 330 - 00146 Roma

CENTRO SOCIALE KARL/LOTTA
Via Passino - 00100 Roma

SPAZIO SOCIALE ZONA A RISCHIO
Via Perrucchetti, 11 (Casalbertone) - 00100 Roma

CENTRO SOCIALE MAGLIANA
Via Pieve Fosciana, 56 - 00100 Roma

LOMBARDIA

CENTRO SOCIALE VIRUS
Piazza Bonomelli, 3 - 20139 Milano

CENTRO GIOVANILE OCCUPATO IL DRAGHETTO
Parco Alessandrini - Via Vismara - 20137 Milano

CENTRO ARTISTICO IMMAGINAZIONE
Via De Gasperi, 28 - 20090 Pantigliate (MI) - tel. 02/90686114

CENTRO AUTOGESTITO GARIBALDI
Corso Garibaldi, 89/B ang. Via Cazzaniga - 20121 Milano

CENTRO SOCIALE LEONCAVALLO
Via Leoncavallo, 22 - 20131 Milano

SPAZIO AUTOGESTITO GUDARIAK
c/o Centro Sociale Leoncavallo - Via Mancinelli, 21
20131 Milano

CENTRO SOCIALE SCALDASOLE
Via Scaldasole, 3/A - 20123 Milano

CENTRO OCCUPATO L'ACQUARIO
Piazzale della Stazione di Porta Genova - 20123 Milano

CENTRO AUTONOMO OCCUPATO
Via dei Transiti, 28 - 20127 Milano

CENTRO SOCIALE ANARCHICO TORRICELLI
Via Torricelli, 19 - 20136 Milano - tel. 02/8321155

CASCINA OCCUPATA
Via Vaiano Valle, 32 - Strada per Chiaravalle - 20141 Milano

EMILIA ROMAGNA

C.S. ISOLA NEL CANTIERE
Via S. Giuseppe, 8 - 40100 Bologna

CENTRO SOCIALE DEDALO
44021 Codigoro (FE)

CIRCOLO AUTOGESTITO LIBERTARIO
LA SCINTILLA
Via Attiraglio, 66 - zona Mulini Nuovi - 41100 Modena

CENTRO AUTOGESTITO IL LAMBICCO
Viale Mazzini, 10 - 41058 Vignola (MO)

CENTRO GIOVANILE CASALONE
Viale Zagabria, 1 - 40127 Bologna - tel. 051/502025

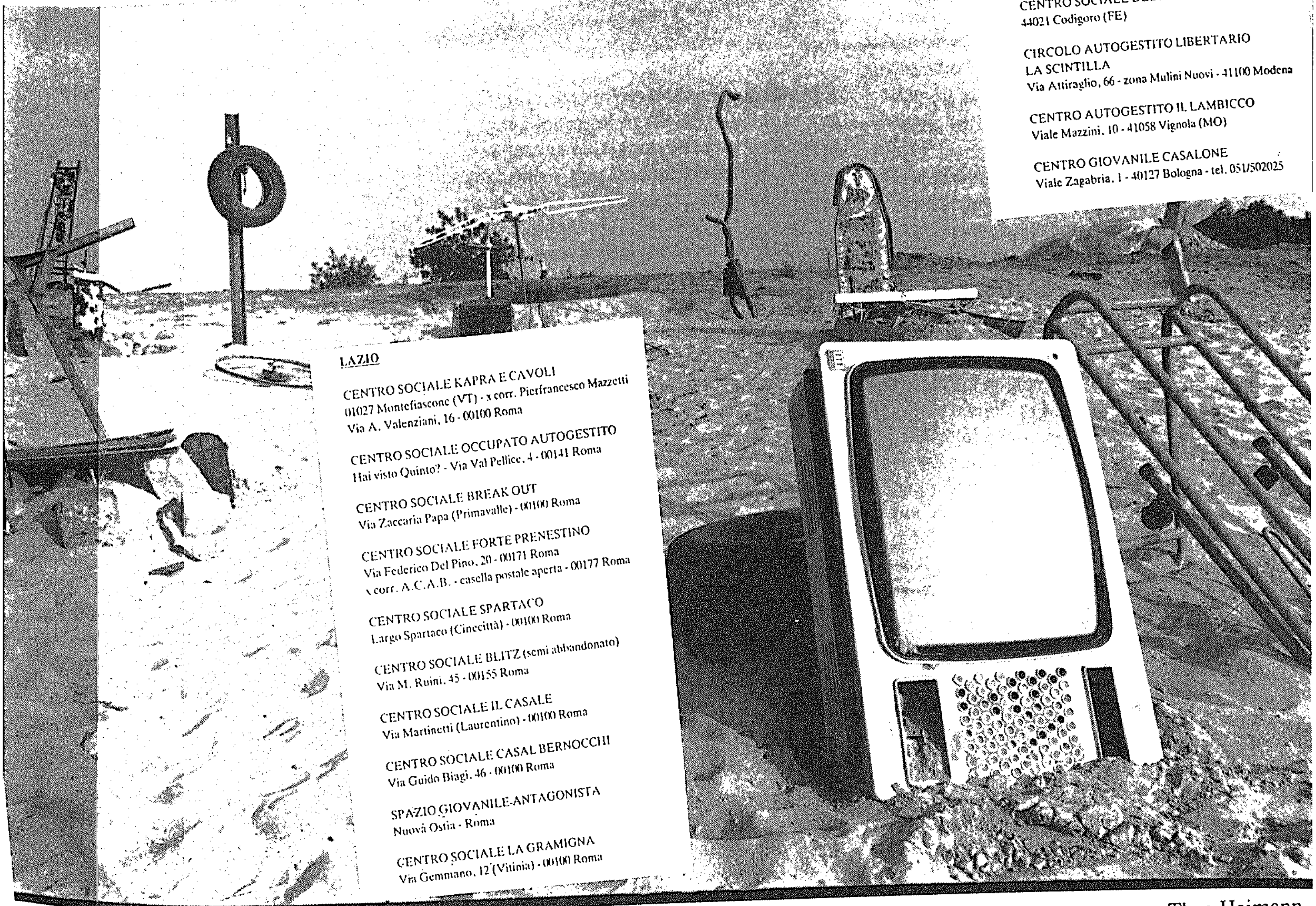


Photo: Theo Heimann



Kurzes aus der @-Szene

★ **Revista Agitación @** aus Buenos Aires (vgl. Spendenaufruf in SF-33) hat die ersten 200.-DM per Anweisung erhalten. Das Verfahren erwies sich als problematisch, weil sich die Genossen ausweisen müssen. Die weiteren bislang eingegangenen Spenden von nochmal 370.-DM (Stand: 20.1.90) werden überwiesen, sobald die Genossen ein Konto eingerichtet haben. Die Inflation in Argentinien hat sich jedoch weiter verschärft, so daß unsere Hilfe erstmal notwendig bleiben wird. Die Genossen in Buenos Aires bekommen die DM in Dollars ausbezahlt, was ihnen derzeit gut weiterhilft. 200.-DM werden so mehr wert als ein Monatsverdienst eines Arbeiters in Landeswährung. Es bedeutet nachwievor viel, wenn wir monatlich wenigstens 100.-DM überweisen können. Spendet einmalig oder besser regelmäßig jeden Monat mit dem Stichwort ARGENTINA auf das Konto:

Trotzdem Verlag/W.Haug
Postgiro Stuttgart
BLZ 600 100 70
Konto-Nr.138 74-706
Stichwort ARGENTINA

Bislang wurden gespendet: G.P., Karlsruhe 200.-; F.M., Hamburg 25.-DM, R.M., Hamburg 30.-; C.L., Berlin 10.-; S.P., München 100.-; U.B., Wertheim 150.-; xx, Gelsenkirchen 5.-; T.P., Köln 50.-

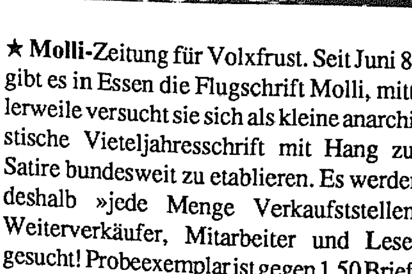
★ **Molli-**Zeitung für Volxfrust. Seit Juni 89 gibt es in Essen die Flugschrift Molli, mittlerweile versucht sie sich als kleine anarchistische Vieteljahresschrift mit Hang zur Satire bundesweit zu etablieren. Es werden deshalb »jede Menge Verkaufsstellen, Weiterverkäufer, Mitarbeiter und Leser gesucht! Probeexemplar ist gegen 1,50 Briefmarken« erhältlich bei:

Stefan Krämer, Stichwort Molli, An der Fliehburg 28, 4300 Essen-16

★ **Anarchie statt Deutschland.** Der Aufkleber gegen den Zeitgeist des nationalistischen Irrsinns! Auf jeden Trabi, auf jede Deutschland-Flagge gehört einer!

Schwarz/Rot, 8,5cm:13cm, Verkaufspreis 0,90DM. Preis pro 100: 55.-DM, pro 50: 30.-DM.

G.Grünklee, Otto-Heise-Str.2, 3163 Sehnde-2



★ Punk-Music: **Unter Schwarzer Flagge Antimedien** hat eine neue Vertriebsliste mit Independent Label-Gruppen: U.a. gibt's:

Intifada: LP mit The Ex, De Kift, The Plot..., mit Beiheft über den Aufstand in Palästina, 13,50 DM

Kämpfende Herzen: Single. Phönix aus der Asche, mit ausführlichem Beitext zu 40 Jahre BRD, 5.-DM

Antidote: Single. Destroy Fascism, 3,50 DM, uva.

Kontakt: USFA/SQUAT, c/o Themroc, Bremerstr.42, 4400 Münster

Überweisungen an: T. Stapel, Postgiro Dortmund, Ktonr. 858 70-466 (BLZ 440 100 46)

★ **Kommune gesucht.** Wir (w 29, m 24 und ab März/April: kid) sehen die Glückseligkeit nicht in der Kleinfamilie und suchen daher Platz für uns in Kommune, Haus- oder Wohngemeinschaft mit ca. 5-10 anderen Menschen auf dem Land irgendwo in Niedersachsen, gerne auch Einstieg in Projekt... only a dream? Schreibt in Massen (auch wenn ihr selber sowas sucht oder die Möglichkeit zum Einzug erst in ein paar Monaten besteht)!

An SF-Red. senden: Chiffre: Kollektiv leben

★ **Für ein selbstbestimmtes Lernen!** Seit einiger Zeit gibt es mit Lehrerinnen und dem Direx an der Kieler Erzieherinfachschule Auseinandersetzungen. Durch ein Flugblatt wollten Schülerinnen einer Klasse dies öffentlich machen. Die Reaktion – angeblich weil die Form des Flugblatts beleidigend gewesen sei – war, daß sich alle sechs Unterzeichnerinnen entschuldigen und sich distanzieren sollten. Was nicht geschah. 3 Schülerinnen drückten sich dabei eher freundlich aus, so daß gegen sie die Repressionsandrohung zurückgenommen wurde. Am 1.2., zwei Tage vor der Zeugnisvergabe wurden an 6-8 Schulen *Plakate zur Zeugnisverweigerung* geklebt, u.a. an unserer Schule. Am 4.2. bekam einer, der von den Schulordnungsstrafen betroffenen Schüler, eine Vorladung zur Kripo. Gegen ihn wird wegen »Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und Verdacht der Anleitung zu Straftaten« (§ 126 + 130a) ermittelt.
Die Gruppe sucht Kontakte in Sachen »Schulkampf« und kann weitere Infos verschicken.
KAVIAIR, c/o Buchladen Zapata, Jungfernstieg 27, 2300 Kiel

★ **Libertäre Bibliothek im Hamburger Libertären Zentrum eröffnet.** Wir wollen libertäre/anarchistische Ideen allen interessierten Menschen leichter zugänglich machen. Über das Bücherverleihen hinaus wollen wir aktuelle Probleme aus libertärer Sicht diskutieren und unsere Ergebnisse einer möglichst breiten Öffentlichkeit vorstellen. Eine Diskussionsgruppe ist im Entstehen. Da wir persönlich nur über geringe Mittel verfügen, sind wir auf Sach- und Buchspenden und Geld angewiesen, denn wir wollen die Bibliothek auf dem neusten Stand halten und seltene bzw. vergriffene Bücher suchen. Auch verbilligte Bücher bzw. Rabatte direkt von Verlagen oder Einzelpersonen sind natürlich gerne gesehen.
Wir verleihen die Bücher gegen ein Pfand, das dem Neuwert des Buches entspricht. Nach der Rückgabe des Buches erhält der Entleiher/die Entleiherin das Pfand zurück und hinterläßt (hoffentlich) eine Spende, die der Bibliothekskasse zufließt. Um erste Mittel zu beschaffen, ist ein Konzert in Planung, dessen Erlös ganz der Bibliothek zukommen soll. Wir hoffen im März 90 für alle zugänglich zu sein
Kontakt: LBH, c/o Libertäres Zentrum, Lagerstr.27, 2000 Hamburg 6

★ **Bonanno/Stasi-Prozeß** (Fortsetzung zu SF-33): Die italienische Justiz verurteilte Alfredo Maria Bonanno und Pippo Stasi zu je 5 1/2 und 4 Jahren und 8 Monaten Haft. Stasi ist 25 Jahre alt und gehört seit Jahren der anarchistischen Gruppe in Palermo an. Er nahm an den damaligen Kämpfen gegen den US-Stützpunkt in Comiso teil und war unter den Unterzeichnern von Aufrufen zum Kampf gegen dessen Installierung.
Bonanno ist 1937 geboren und gelangte während der 70er Jahre zu einer gewissen Berühmtheit, weil er zugunsten des bewaffneten Kampfes optierte und diese Position zugleich mit einer Kritik an den Roten Brigaden verband. Das führte zu einer Reihe von Festnahmen und Prozessen, jedoch auch zu Freisprüchen und zu Polemiken mit anderen italienischen Anarchisten. Bonanno nahm ebenfalls an all den Auseinandersetzungen um Comiso teil und rief einige bedeutende Zeitschriften ins Leben (»Anarchismo«, »Pantagruel«, »Croce nera« - für die inhaftierten Genossen). Er veröffentlichte Bücher (zum bewaffneten Kampf, zu Stirner, zur Selbstverwaltung) und Broschüren (Anarchismus und nationale Befreiungsbewegungen). Außerdem verantwortete er die italienische Herausgabe der Werke von Bakunin in der Bearbeitung von Arthur Lehning.
Infos aus: Courant alternatif, Nr.91 (Dez.91), Monatliche Zeitung der »L'Organisation Communiste Libertaire«.

★ Nach 12 Jahren Action in der Musikszene löst sich die Londoner Anarcho-Band **Poison Girls** auf. Alle geplanten Gigs wurden wieder gestrichen und das neu aufgenommene Material wird nicht veröffentlicht. Dafür erscheinen die ersten beiden LP's *Hex* und *Chappaquiddick Bridge* nochmal neu auf Cassette.
bestellbar bei: *XNTRIX, PO Box 299, GB-London E 11 1EF*

★ Nach 69 Jahren wird die anarchistische Zeitschrift **Nabat** (= Alarm) in der Ukraine wiederbelebt. Der erste Nabat wurde in Kharkov von der Nabat Föderation herausgegeben, die bis November 1920 die *Machno-Bewegung* publizistisch unterstützte. Der heutige Nabat wird von einer Anarchogruppe in Kharkov produziert, die sich der anarchosyndikalistischen KAS angeschlossen hat.

★ Auch in der CSSR formiert sich die anarchistische Bewegung neu. Die Gründungserklärung der **»Tschechoslowakischen Anarchistischen Union«** (C.A.S.) liegt seit dem 10.10.89 vor:
Die CAS versteht sich danach als ein »offener und freier Zusammenschluß von Angehörigen der anarchistischen Bewegung.« Sie will »eine freie Gesellschaft auf der Grundlage der freien Assoziationen aufbauen«. Ihre konkreten Ziele sind bislang: »Freie Gruppen zu organisieren, Kontakte und Zusammenarbeit zu ermöglichen, mit einer Informations- und Editionsarbeit zu beginnen, anarchistische Literatur zu sammeln, antimilitaristische und antinationalistische Tendenzen zu unterstützen, den Bereich Internationales durch direkte Kontakte zu pflegen, sich klar gegen Terrorismus aussprechen«.
Die Kontaktadresse soll vorläufig nicht veröffentlicht und nicht weitergegeben werden.

★ **Anti-AKW-Demo am 11.3.90 in Stendal/DDR!** Stendal ist AKW-Baustelle. Dort soll – mit bundesdeutscher Hilfe – eine Anlage enstehen, die 4000 Megawatt Strom mittels 4 Atomkraftwerken produzieren soll. Autonome AKW-Gegner in Hamburg organisieren Busse.
Kontakt: BUU, Hohenesch 63, Tel. 390 61 67

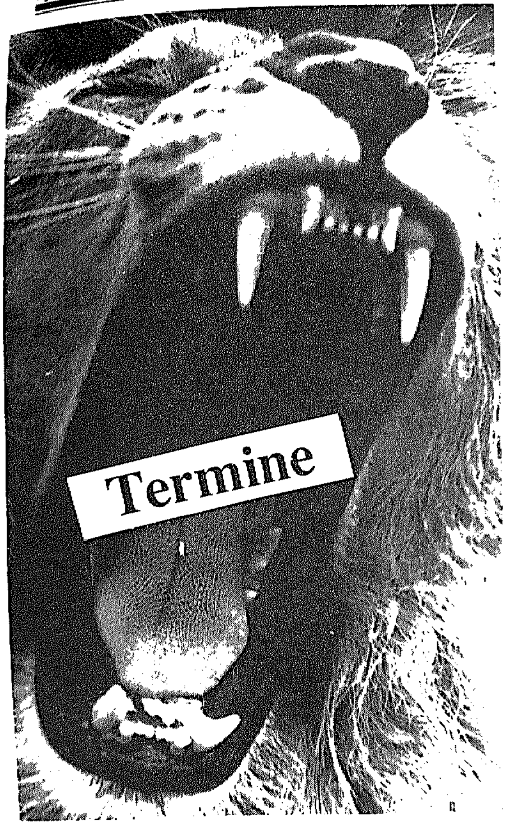
★ **BRD ohne Armee.** Für Abrüstung, Konversion, Soziale Verteidigung. Mitgliederversammlung des Bunds für Soziale Verteidigung **in Minden/Westf. 23.+25. März 1990**, davon ist der 24. März dem Bundestreffen der Initiative BRD ohne Armee vorbehalten.
Kontakt: Geschäftsstelle, Friedensplatz 1a, 4950 Minden, Tel. 0571/2 43 39

★ Im Schatten der deutschlandpolitischen Ereignisse finden auch noch ganz andere Dinge statt: Radio Venceremos hat aufgrund der sich überstürzenden Ereignisse in **El Salvador** einen Pressedienst eingerichtet, mit dem sie sich u.a. auch gegen die Kampagne der rechtsradikalen ARENA-Regierung wendet, die jede unabhängige Pressearbeit zu verhindern sucht, nach dem Wahlspruch »Der Krieg verursacht nicht soviel Schaden wie die internationale Presse« (Zitat von Horacio Rios, Abgeordneter der ARENA).

Anfragen und Spenden bei: Sistema Radio Venceremos, Scharnhorststr.6, 5000 Köln-60, Tel. 0221/765852; Konto: Karl Müller, Nr. 2 106 872 500, Bank für Gemeinwirtschaft Köln (BLZ 370 101 11).

★ Es gibt ein neues **Ökodorf-Projekt**, dessen Ziel die Selbstversorgung in möglichst vielen Lebensbereichen ist. Nachdem die bisherigen Versuche im Vorfeld gescheitert sind, erhoffen die Initiatoren nun auf die Verwirklichung.
Kontakt: Jörg Sommer, Informationsdienst Ökodorf, PF 103 007, 6900 Heidelberg

★ Eine Flugblattsammlung aus Bochum zum Thema **Männergewalt** ist gegen Einsendung eines selbstadressierten und frankierten (3,20 DM) Rückumschlages (c4-Format) erhältlich bei
NOT-STAND, c/o Universitäts-Antiquariat, Universitätsstraße 150, 4630 Bochum



Vom *26. bis 30. März 1990* findet die **8. Bremer Frauenwoche** statt. Thema diesmal: Rassismus und Sexismus – Frauen und Fremde. In über 100 Einzelveranstaltungen an der Uni Bremen werden diese Fragen aus verschiedenen Blickwinkeln diskutiert. Es geht um Frauen- und Lesbenbewegungen, um Widerstand und Kämpfe in den Ländern der »3.Welt« und der »1.Welt«, um die Auswirkungen des EG-Binnenmarkts auf einheimische und eingewanderte Frauen, um das neue Ausländergesetz. Geplant sind Gespräche zwischen islamischen und christlichen Frauen, über Natiotionalsozialismus, psychologische Erklärungsansätze von Fremdheit und Rassismus u.v.a.m.

Alle Frauen sind herzlich eingeladen. Kinderbetreuung ist kostenlos, es gibt Schlafplatzvermittlung.

Kontakt: Bremer Frauenwoche, Uni Bremen, FB 11, Postfach, 2800 Bremen 33, Tel. 0421–2182101.

Vom *18.-20. Mai 1990* wird in Bielefeld ein bundesweiter **Kongreß zur juristischen Ausbildung** stattfinden, den der "Bundesarbeitskreis kritischer Juristen" (BAKJ) organisiert. Der BKAJ versteht sich als Teil der BürgerInnenrechtsbewegung und hat sich im Dezember 89 in Freiburg bundesweit organisiert. Seine Ziele vertritt der BKAJ in der rechtspolitischen Zeitschrift »Forum Recht«.

Kontaktadresse: Christian Rath, Malteserordenstr.46, 7800 Freiburg, Tel. 0761/482063

Vom *2.-4. März 1990* findet in Hamburg ein **Kongreß zu Palästina** statt. Organisiert vom Arbeitskreis zur Untersützung der Intifada und den FreundInnen des palästinensischen Volkes e.V. setzt sich der Kongreß zum Ziel »die internationale Begenung über das Niveau offizieller Kontakte zwischen Institutionen, Verbänden oder Parteien hinaus(zuheben), Zielgruppe sind Menschen aus verschiedenen Initiativen, Kirchen und Gewerkschaften, die im direkten Gespräch mit den ausländischen Gästen einen Einblick in die konkreten Veränderungen der palästinensischen und israelischen Gesellschaft gewinnen können. Daraus können und sollen neue Formen der praktischen Zusammenarbeit und Diskussion entstehen.. Der Kongreß soll folgende Themen behandeln: Die Veränderungen in der palästinensischen Gesellschaft, die Rolle der Frauen in der Intifada, die Veränderungen in der israelischen Gesellschaft, PalästinenserInnen in Israel, die Bundrespublik und der Palsätina-Konflikt.

Da ÜbersetzerInnen bezahlt werden müssen, beträgt der Teilnahmebeitrag 20.-DM, Studenten, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Asylbewerber 10.-DM.

Kontakt: FreudInnen des palästinensischen Volkes e.V., PF 304145, 2000 Hamburg-36, Tel. 040/8503906

★ **Schwarze Tage in Berlin Ost und West geplant!** An dem zweiten Treffen der *Anarchistischen Koordination Ost-West-Berlin* in der Umweltbibliothek Ost-Berlin am 28.1.1990 nahmen schätzungsweise 30 Leute teil. Gesprächsthemen waren die Perspektiven des Anarchosyndikalismus in Berlin, ein Libertäres Zentrum in Ost-Berlin und Schwarze Tage 1990.

Kurt Wafner konstatierte das Interesse der **FAU-Ost** an einem soliden Zentrum in gesicherten und annehmbaren Räumlichkeiten. Andiskutiert wurde die Frage des ehemaligen FAUD-Vermögens, dessen frühere Standorte ausschließlich im Ostteil der Stadt liegen, sowie das Schicksal der »Bakunin-Hütte« (vgl.SF-16, 1984, Bericht von Fritz Scherer, noch lieferbar) in Thüringen. Mit einer Rechtsform der FAU wäre möglicherweise eine Wiedererlangung der von den Nazis enteigneten und konfiszierten Vermögenswerte zu erreichen. Es wird an die Herausgabe einer Berliner anarchistischen Zeitung gedacht, wobei aber noch nicht klar ist, ob es ein gemeinsames Projekt mit dem Libertären Zentrum Ost werden kann.

Die Besetzung der Räumlichkeiten für das **Libertäre Zentrum Ost** kam am 27.1. nicht zustande, da die Durchsetzbarkeit bei dem betreffenden Gebäude relativ negativ eingeschätzt wurde. Im Libertären Zentrum sollen verschiedenste Gruppen nebeneinander und zusammen unter einem Dach arbeiten.

Für die **Schwarzen Tage 90** wurde eine Vielzahl von konkreten Veranstaltungsvorschlägen gemacht. Ein Löwenanteil kommt von der Graswurzel-Gruppe Berlin West. Das Spektrum geht über Theater, Video, Film, Vorträge, Diskussionsveranstaltungen bis zur dicken Fete mit Bands am 27.4. Die Schwarzen Tage finden **vom 23.4. bis 1.5.** statt, und zwar vor allem in Ost-Berlin.

Eine Beteiligung an der **»Revolutionären Maidemo«** in West-Berlin wurde von allen Anwesenden mit äußerster Skepsis betrachtet. Die Stimmung war eher dagegen. Das konkrete Verhalten wird aber auf dem nächsten Treffen noch diskutiert werden müssen. Auf die rituelle Randale hat jedenfalls offenbar niemand Bock. Eine Alternative wäre eine Beteiligung an Aktivitäten im Osten der Stadt. Auf der DGB-Demo wird die FAU präsent sein.

Kontakt: A-Laden in Moabit, Rathenower Straße 23, 1000 Berlin-21, (U-Bahn Birkenstraße, S-Bahn Lehrter Stadtbahnhof), Tel. 030/394 61 67

★ Subskriptionsangebot:

Bis zum Juni 90 sollen im Trotzdem-Verlag u.a. zwei Bücher (wieder-)erscheinen, deren Endpreis aufgrund der hohen Produktionskosten und der investierten Arbeit bei 34.-DM liegen muß. Wir bieten deshalb vorab beide Bücher allen SF-LeserInnen zum Preis von 25.-DM bei Vorauskasse bis zum 1.4.90 an. Ein Verfahren, das uns auch die Finanzierung erleichtert. Es handelt sich um:

Ulrich Klan/Dieter Nelles: **»Es lebt noch eine Flamme«** – Zur Geschichte der FAUD, des anarchosyndikalistischen Frauenbunds, der Asy-Jugend, der Siedlerbewegung und Kulturinitiativen im Rheinland bis zum Widerstand im Faschismus. Die zweite Auflage wird überarbeitet und durch ein ausführliches Literaturverzeichnis ergänzt. ca. 400 S.

Hellmut G. Haasis (Hg.): **Walter Krivitsky – Ich war in Stalins Dienst.** Krivitsky war Offizier des sowjetischen Geheimdiensts für Westeuropa und damit lagen in seinem Zuständigkeitsbereich die Vorbereitungen des Hitler-Stalin-Pakts, die Verhaltensmaßregeln der westlichen KPs oder die außenpolitischen Absichten Stalins im Spanischen Bürgerkrieg. Krivitsky war einer der ersten Stalin-Agenten, die Interna auspackten. Seine Enthüllungen wurden als Märchen denunziert, was ihn aber nicht davorschützte, ein Jahr nach Veröffentlichung dieses Buches 1938 geselbstmordet zu werden. Hellmut G. Haasis versucht in seinem ausführlichen Vorwort die Umstände von Krivitskys Ausstieg und Tod zu klären und geht den Fakten nach, die sich heute als nahezu vollständig richtige Enthüllungen erwiesen haben.

Kontakt: Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1,

Postgiro Stuttgart - W. Haug - Ktonr.13874-706

Projekt 'Dokumente der Gegenöffentlichkeit'

Im Frühjahr 1989 begannen unsere Planungen für das Buch *'Schwarze Texte — Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute'*. Neben der Kontinuität staatlicher Zensurmaßnahmen sollten dort eine Auswahl verbotener Texte dokumentiert und stichpunktartig die linke Diskussion zum Thema nachgezeichnet werden.

Da wir eine illegale Zeitschriftenproduktion als ein Bestandteil von Gegenöffentlichkeit in der BRD begreifen, schrieben wir die unbekannten MacherInnen der *'radikal'* an und legten ein paar kritische Fragen bei. Erfreulicherweise antworteten die Zeitungsmenschen, allerdings so ausführlich, daß wir das vollständige Interview aus konzeptionellen Gründen nicht in die *'Schwarzen Texte'* aufnehmen konnten. Um der interessierten Öffentlichkeit dieses durchaus diskussionswürdige Interview vollständig zur Verfügung zu stellen, entschlossen wir uns zur Herausgabe einer separaten Broschüre. Diese erschien Anfang August 1989. Im September kam dann das Buch *'Schwarze Texte'* in die Auslieferung. Beide Titel wurden dem Buchhandel über Prospekte, Anzeigen und Vertreterbesuche angeboten; herausgegeben vom ID-Archiv im IISG/Amsterdam und publiziert in dem in der BRD ansässigen Verlag *'Edition ID-Archiv im IISG'*. Diese bestehenden öffentlichen Buchhandelsstrukturen, also die Zugänglichkeit der Veröffentlichungen in und über jeden Buchladen, sind für uns Grundvoraussetzungen für eine Publikationstätigkeit.

Der Fall 'radikal — Ein Interview'

Am 2.11.89 findet zeitgleich in Westberlin und Siegen eine vom BKA initiierte Durchsuchungsaktion bei der *'AurorA Verlagsauslieferung'*, der Verlagsadresse der *'Edition ID-Archiv'* sowie der *'Winddruck-Druckerei'* statt. Ermittelt wird laut Beschluß des OLG Stuttgart vom 20.10.89 gegen die Zeitschrift RADIKAL Nr. 137 nach § 129a wegen 'Werbung für eine terroristische Vereinigung'. Anlaß für die mit rund 30 Staatsschützern durchgeführten Aktion ist, daß die Broschüre bei dem Versand der RADIKAL Nr. 138 aufgetaucht sein soll. Bemerkenswert ist die daraus folgernde 'Erkenntnis' der Ermittlungsbehörden, daß die Herausgeber des Interviews identisch mit den Verfassern, Herstellern und Vertreibern der illegalen Zeitschrift RADIKAL sein sollen. Laut Durchsuchungsbeschluß liegt die Annahme nahe, „daß über diesen bereits einschlägig bekannt gewordenen Verlag nicht nur die Ausgaben *'radikal 1984-1989 — Ein Interview'* und RADIKAL Nr. 138 vertrieben worden sind, sondern auch frühere RADIKAL-Ausgaben, insbesondere die unmittelbar erschienene und hier in Frage stehende Ausgabe Nr. 137." Nach dem gleichen Schema werden der Druckerei und der Verlagsauslieferung eine Mitarbeit an der RADIKAL unterstellt. Bei den Durchsuchungen werden bei *AurorA* Geschäftsunterlagen zu der Broschüre, Auslieferungsrechnungen und Korrespondenz mit dem Verlag beschlagnahmt. In der Druckerei werden u.a. die Räume vermessen, Maschinen registriert und Muster von Papiersorten mitgenommen. In dem Haus der Verlagsadresse in Siegen werden keinerlei Unterlagen beschlagnahmt.

Die ganze Staatsschutzaktion wird durchgeführt, obwohl die Broschüre selbst nicht Straftatbestand ist und weder gegen die Verlagsinhaber noch gegen den Vertrieb oder die Druckerei ermittelt wird. Diese Tatsache ist allerdings aufgrund des Durchsuchungsbeschlusses nicht ersichtlich. Auf Nachfragen eines Rechtsanwaltes antwortet der zuständige Generalstaatsanwalt: „Ihr Mandant ist im vorliegenden Verfahren nicht Beschuldigter. Die Durchsuchung erfolgte nach § 103 StPO. Soweit in der Durchsuchungsanordnung § 102 StPO zitiert ist, beruht dies auf einen offensichtliches *Diktat- oder Schreibversehen*" (Hervorhebungen d. Red.). Vereinfacht heißt dieser offensichtliche 'Irrtum', bei § 102 StPO (= Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln) kann man durchaus Beschuldigter sein, bei § 103 StPO (= bei anderen Personen als Verdächtigen) ist man kein Beschuldigter.

Der Fall *'radikal — Ein Interview'* zeigt einmal mehr, wie Einschüchterungs- und Kriminalisierungsversuche funktionieren, er verdeutlicht aber auch, wie die Verfolgungsbehörden offenkundig in der Fahndung nach den unbekannten MacherInnen der RADIKAL Erfolgserlebnisse benötigen. Einem offiziell angemeldeten Verlag aber die Herausgabe einer illegalen Zeitschrift zu unterstellen, wirkt jedoch allzu sehr konstruiert. Doch es genügt bereits 'einschlägig bekannt zu sein' (was auch immer das heißen mag) und ein schriftliches Interview über Sinn und Zweck illegaler Zeitschriftenproduktion zu veröffentlichen, um mit dem § 129a Geschäftsräume zu durchsuchen und Unterlagen zu beschlagnahmen.

Die Broschüre *'radikal 1984-1989 — Ein Interview'* ist nach wie vor, nunmehr in der 3. Auflage, im Buchhandel erhältlich.

Der Fall 'Schwarze Texte'

Mitte Dezember 1989 wird durch Akteneinsicht bekannt, daß die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht Berlin gegen die Inhaber der *'Edition ID-Archiv im IISG'* und der *'AurorA Verlagsauslieferung'* wegen des Verdachts der Werbung für eine terroristische Vereinigung (§ 129 (3) StGB ermittelt. Laut Staatsanwaltschaft enthält das Buch *'Schwarze Texte'* „unter anderem in der Form von Originalreprints Flugschriften und sonstige Texte, in denen Ziele und Methoden der terroristischen Vereinigungen 'Rote Armee Fraktion' und „Revolutionäre Zellen' propagiert werden".

Mit den am 2.11.89 bei AurorA sichergestellten Rechnungsunterlagen plante die Staatsanwaltschaft Berlin, vermutlich aufgrund einer Direktive der Bundesanwaltschaft, eine Beschlagnahmeaktion der *'Schwarzen Texte'*. Diese Maßnahme wäre vergleichbar mit der Aktion gegen *'das info — Briefe der Gefangenen aus der RAF'* aus dem Neuen Malik Verlag gewesen.

Der Ermittlungsrichter am Kammergericht lehnt den Antrag des Staatsanwalts mit Beschluß vom 1.12.89 jedoch ab. „Der Antrag hat keinen Erfolg. Die Schriftstücke kommen nicht als Beweismittel für die Untersuchung in Betracht, weil die Verbreitung der Broschüre (des Buches, d. Red.) keine Werbung für terroristische Vereinigungen darstellt." (...)

„Die Texte selbst, die zum Teil gegenüber den Originalen verkleinert wiedergegeben werden, befassen sich mit zahlreichen Themen. Dabei überwiegen diejenigen, die keinen werbenden Charakter für noch bestehende terroristische Vereinigungen besitzen. Danach finden sich in der Broschüre politisch-juristische Beiträge zu den 'Zensurparagraphen' 129, 129a und 130a, unter ihnen Auszüge aus einem Artikel des Generalbundesanwalts. (...) Hiernach treten diejenigen in die Broschüre aufgenommenen Texte, die einen für terroristische Vereinigungen werbenden Inhalt haben, nicht nur vom Umfang her gegenüber den anderen Beiträgen zurück. Sie sind auch in theoretischen Erörterungen, Informationen und Meinungsäußerungen zu dem Problem staatlicher 'Zensur' sowie in die Schilderung zahlreicher, zum Teil 20 Jahre zurückliegender strafprozessualer Maßnahmen gleichsam eingebettet. Nach dem Inhalt und der Aufmachung der Broschüre erscheint es demgemäß plausibel, daß die genannten Texte in der Broschüre wiedergegeben werden, weil ohne sie aus der Sicht der Herausgeber eine Dokumentation über die Entwicklung der politischen 'Zensur' in der Bundesrepublik unvollständig wäre. Die von der Bundesanwaltschaft in einem Vermerk vom 7. November 1989 vertretene Auffassung, die Wiedergabe der Texte erfolge nur vordergründig zum Zwecke der Dokumentation, findet in der Broschüre selbst keine ausreichende Grundlage. Die Verfasser bzw. Herausgeber der Broschüre befürworten es zwar erkennbar, linksextremistisches Gedankengut auch dann zu veröffentlichen und zu verbreiten, wenn dadurch gegen strafrechtliche Bestimmungen verstoßen wird, weil dies nach ihrer Auffassung ein notwendiger Teil des Kampfes gegen die politische 'Zensur' darstellt. Hieraus folgt aber noch nicht, daß sie mit der Broschüre auch das Ziel einer propagandistischen Stärkung terroristischer Vereinigungen verfolgen."

Auch wenn es in diesem Fall durchaus erfreulich ist, daß der zuständige Ermittlungsrichter die Herausgabe und Verbreitung der *'Schwarzen Texte'* nicht als 'Werbung für terroristische Vereinigungen' sieht, heißt dies nicht, daß das Buch auch in Zukunft ohne Repressionsversuche vertrieben werden kann. Und obwohl die 129a-Verfahren gegen Verlag und Vertrieb im Dezember 1989 eingestellt werden, kann jederzeit eine andere Staatsanwaltschaft einen erneuten Antrag auf Beschlagnahme der *'Schwarzen Texte'* stellen. Allerdings ist es wahrscheinlicher, daß es bei dem einen Versuch bleibt.

Denn bekanntermaßen hinterlassen solche Prozesse nicht den besten Eindruck bei einer aufgeklärten liberalen Öffentlichkeit. Es wäre doch etwas grotesk, die holländischen Herausgeber und bundesdeutschen Verleger bzw. Vertreiber wegen einer Dokumentation zur politischen Zensur in der BRD (die im juristischen Sprachgebrauch natürlich nicht existiert) mit dem Gesinnungsparagraphen 129a auf die Anklagebank zu setzen.

20 Jahre Freier Fall

Kulturschock Zelle: Unsere Wünsche sind Erinnerungen an die Zukunft. Trotzdem Verlag, Grafenau 1989, 25,- DM.



Wenn manche das unruhige Jahr 1968 als Keimzelle oder Ausgangspunkt gegenpolitischer und subkultureller Bewegungen mit feuchten Augen und nostalgisch beschlagenen Zungen zum Mythos erklären, ist denen, die heute politisch bewegt sind, wenig gedient. Und der rote und schwarze Faden, der sich durch 21 Jahre BRD-Geschichte zieht, ist dadurch nur schwer auszumachen. Daß es so einen Faden gibt, haben die Reutlinger Zelle-Leute mit ihrem ungewöhnlichen Buch jetzt bewiesen. Wie könnte Gegenkultur besser dokumentiert werden als über die profane Existenz eines widerspenstigen Kulturzentrums inmitten einer frischgebackenen Großstadt, die es sich leisten kann, ihre Kanaldeckel in der Fußgängerzone zu vergolden.

Nicht weniger als 41 AutorInnen schreiben über die Zelle. Sie geben autobiographisch-reflektierend bis sozialpädagogisch-analysierend *(Tilo Klöck)* Träume, Erinnerungen, Wünsche, Realitäten, Schwierigkeiten, Utopien, Provokationen, Enttäuschungen und Hoffnungen wieder, die eng mit "ihrer" Zelle verknüpft waren und sind. Die Zelle erscheint dabei als Lebenszusammenhang, als "Raum gelebter Utopie, gelebten Widerstands", als "Beginn einer wunderbaren Freundschaft", auch als "Müll- und Sektglaskultur".

Daß sie sich immer wieder teilt, daß sie der starting-point für Initiativen, Perspektiven und Alternativen für eine andere Stadtkultur war und ist, kommt in vielen Aufsätzen zur Geltung, aber auch auf dem (fast vollständigen) nachgereichten Programmabdruck:[es fehlt ironischerweise ausgerechnet eine Theaterveranstaltung des Trotzdem-Verlags mit dem Stück »Manche habens Mühsam«, aufgeführt von einer Speyrer Theatergruppe um den Stückeautor Klaus Haag] z.B. das Schülerinfo mit dem SDS-Tübingen, die Chile-Diskussion nach Pinochets Putsch, die Frauenveranstaltungen bis hin zu PROFAN (Feste gegen Knäste), spiegeln die jeweilige Aktualität politischen und kulturellen Engagements der Zelle wieder. Auch der Anspruch auf internationale Solidarität gegenüber anderen Ländern, die repressiven Mechanismen ausgesetzt sind, wird thematisiert. "Von 'Bewußtseinserweiterung' ist die Rede, ...um Menschen ein 'richtiges' Verständnis der Welt und ihrer Verhältnisse aufzuschließen", berichtete eine ehemalige Zelle-Mitarbeiterin, die inzwischen in Rom lebt.

Viele Musiker kommen zu Wort, denn Musik ist Ausdruck des Lebensgefühls, ist Bindemittel zwischen Kultur und Alltag - und das kann in Reutlingen nicht ohne die Zelle abgehen. "Von der Zelle und der Musikszene fand ein gegenseitiger Austausch statt" oder "Die Zelle ist nicht der Tanzpalast für alle Richtungen, sondern für die Leute da, die sich in der Zelle bewegen und da engagiert sind." Die Zelle schreibt eigene Musikgeschichte nicht ohne die Musiker, die in ihr spielten.

Das Zelle-Buch ist auch eine Augenweide, es macht Spaß durchzublättern. Zahlreiche Reprints von Plakaten, Collagen und Photos bilden 21 Jahre Zell-Teilung ab; Flugblätter, Zeitungsausschnitte, Innenaufnahmen mit Realismus-Effekten, Graphiken und progressives Stilleben zeugen von Phantasie und Einfallsreichtum beim Layouten. Den Höhepunkt stellt freilich der Einband dar, der die Zelle-MitarbeiterInnen versammelt in Vorder- und Hinteransicht ableuchtet. Dies wirkt wie ein passioniertes Stand-Bild, Kleider machen Leute und umgekehrt - Godard hätte an soviel Symbolkraft seine Freude.

Die Zelle erinnert mit ihrem Werk an die Zukunft. Das utopische Moment, das im Wunsch enthalten ist, weist auf Zusammenhänge, die ihren Ursprung im Hier und Jetzt haben, ohne das Kommende außer Acht zu lassen. Das Gegensatzpaar Erinnerung - Zukunft ist vergegenwärtigt in einer (selbst)kritischen Bestandsaufnahme einer 21jährigen Epoche, die von Sensibilität und Radikalität gleichermaßen gekennzeichnet ist und als Reaktion auf gesellschaftliche Mißverhältnisse verstanden werden muß. So bleiben zum Schluß das realistische Statement eines Autors: *"Die Zelle hat die Revolution nicht gemacht, aber sie auch nicht verraten."* Der 'Kulturschock' rüttelt im Überbau, und dort ist die Zelle seit 21 Jahren ein pulsierender Brückenkopf: 'Wenn der sich ändert, zittern die Mauern der Stadt' - Right on, viel Liebe."

stro/Tüte

Literatur – Literatur – Litera-

★ **Gedichte »Gegen den Strom«**
Geschrieben von Peter Bernhardi, Andreas Geil, Thomas Griesbacher, Werner Ortmüller, Karl H. Schneider und Peter Schütt. Poesie zeugt immer von Phantasie; die sucht man bei den Machthabern vergebens. Die Phantasie, um die gegenwärtige Lage bewußt zu machen. Die Phantasie, um angesichts dieser Lage den Mut nicht zu verlieren, sondern zu stärken. Die Phantasie, um die Visionen von einer besseren, einer gerechteren, einer friedlicheren Welt wahrzunehmen, zu verbreiten, umzusetzen.
Das Bändchen (74S.) ist gegen Überweisung von 6,80DM erhältlich: Postgiro Frankfurt, Karin Puck, Ktonr. 515226-605. *Kontakt: AK Karl Liebknecht, Eschersheimer Landstr.455, 6000 Frankfurt-50*

★ Die Hamburger **AKTION** des *Nautilus Verlags* hat ein Sonderheft »Sozialismus, Räte, Volkssouveränität« herausgebracht, in dem Dokumente (d.h. Gründungserklärungen, Programme, Manifeste) der **Vereinigten Linken** in der DDR abgedruckt sind. Unter den verschiedenen Gruppen, die sich der Vereingten Linken angeschlossen haben, befindet sich auch die Gruppe *»Plattform Rätebewegung«* aus Halle, die selbstverständlich noch nicht die Ehre hatte, ihre Ziele im deutschen Fernsehen (West) kund zu tun. In ihrem Aufruf »Für eine sozialistische deutsche Räterepublik« heißt es u.a.:

»Besinnen wir uns der revolutionären, basisdemokratischen Traditionen, beleben wir diese mit zeitgemäßen Inhalten, und beginnen wir endlich einen wahrhaft demokratischen Sozialismus aufzubauen. Solche Traditionen sind in der Rätebewegung zu suchen. Diese blieb in der Novemberrevolution 1918/19 auf halbem Wege stehen, und auch nach dem Neuanfang in den Jahren nach 1945, wurde sie durch den Stalinismus beseitigt.

Führen wir die Rätebewegung endlich zum Erfolg, indem wir auf allen Ebenen, von unten nach oben, eine sozialistische Rätedemokratie aufbauen. Eile tut not! Die Zeit arbeitet gegen uns. Je später wir anfangen, desto größer wird die Gefahr, auch die letzte Chance zu vertun. (...)

Alle Macht muß vom Volk ausgehen. Deshalb sind auf allen Ebenen Räte zu bilden, über die die Interessen der Menschen durchgesetzt werden. Räte sind betrieblich und kommunal durch Vollversammlungen direkt und geheim zu wählen. Alle Mitglieder der basisdemokratisch gewählten Räte sind jederzeit rechenschaftspflichtig und durch die Vollversammlung abwählbar. Die Arbeit der Räte ist öffentlich und damit ständig kontrollierbar.
Die Räte organisieren regelmäßig öffentliche Arbeitsgruppen. Damit haben sie ständigen Zugriff zu den Ideen des Volkes. Räte sind organisationsunabhängig.
Parteien und Organisationen können nur über gewählte Vertreter in den Räten wirken.
Die Rätebewegung wird einen national koordinierenden Volksrat hervorbringen. (...)
Grundwerte des Rätesozialismus sollten sein:
- *Verfassungsmäßige Anerkennung aller Menschenrechte*
- *Dominanz gemeinschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln*
- *Antimilitarismus, Antifaschismus, Gleichheit der Rassen, Völker und Nationalitäten*
- *Entmilitarisierung der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung*
- *Aufrechterhaltung der staatlichen Selbständigkeit der DDR bei freundschaftlichen Beziehungen zum Volk der BRD*
- *Ökonomische, soziale und ökologische Gesundung der 'Dritten Welt', auch durch freiwerdende Rüstungsausgaben.«*

Diese Plattform wurde im November 89 veröffentlicht. Das Sonderheft der AKTION, auf dessen Titel eine Zeichnung Conrad Felixmüllers abgebildet ist, die einen agitierenden Otto Rühle darstellt, enthält zudem zahlreiche Kontaktadressen. Es kostet 8.-DM und ist beziehbar über die *Edition Nautilus, Hassestr..22, 2050 Hamburg-80*



Der Redaktion zugesandte Neuerscheinungen:

Luigi Malerba: Silberkopf. Erzählungen aus dem Italienischen. U.a. über ein Liebespaar, das sich und die Konventionen in die Luft sprengt. Quartheft 168, Verlag Klaus Wagenbach, Ahornstr.4, 1000 Berlin-30; 123 S.

Luigi Malerba: Der Protagonist. Ein Roman aus der Erzählsicht eines Penis. 157 S., 16.-DM Wagenbach Taschenbücher, Ahornstr.4, 1000 Berlin-30

Peter Kropotkin: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Neuausgabe der Verlage Monte Verita, Löwengasse 31, A-1030 Wien und Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-Döffingen. Mit einem Nachwort Henning Ritters und biographischen Daten zu Kropotkin. 332 Seiten, 28.-DM

★ Angelika Thomas (Hg.): **Und über sich keinen Herrn.** Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Augsburg zwischen 1848–1918. 3 Bände im Schuber.
Band 1: Einigt euch und ihr seid frei (1848-1918)
Band 2: Augsburg hinter den Barrikaden (1918-1933)
Band 3: Die alten und die neuen Herren (1933-1954)

Alle drei Bände geben einen Einblick in die Geschichte der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Augsburg; sie geben jedoch auch für AnarchistInnen einen interessanten Einblick in die Entwicklungslinien dieses Teils der Arbeiterbewegung zwischen Novemberrevolution und Restauration bis hin zur Volkspartei nach dem 2.Weltkrieg

Besonders interessant ist Band 2 mit dem Schwerpunkt Novemberrevolution/ Räterepublik/Kapp-Putsch. Die einzelnen Kapitel drucken Dokumente u.a. zur Arbeitslosigkeit bei Kriegsende, zur Agitation der Frauen für die Wahlen, zur Ermordung Luxemburgs und Liebknechts und Kurt Eisners, zu Versuchen einer Vereinigung von SPD und USPD, zur ersten Phase der Räterepublik und deren Niederschlagung usw. *AV-Verlag, Schroeckstr.8, 8900 Augsburg*, zus. 1300S.

"Anarchismus ist nicht nur utopisch"

soll eine umfangreiche Textsammlung heissen, die Artikel des Anarchosyndikalisten und Antimilitaristen Augustin Souchy enthalten wird.

Bernhard Arracher und Hans-Jürgen Degen haben Beiträge Souchys ausgewählt, die zwischen 1928 und 1984 erschienen sind und die als Materialiensammlung eine wichtige Ergänzung zu den politischen Erinnerungen "Vorsicht Anarchist" darstellen und Souchys Schaffen lebendig werden lassen.

Ergänzend dazu wurden wichtige Interviews, Dokumente und Photos aufgenommen und eine Bibliographie der bislang aufgefundenen Souchy-Artikel erstellt.

Inhaltlich gliedert sich das Buch in 16 Kapitel, die den Anspruch haben, der Personlichkeit Souchys gerecht zu werden:

- Steckbrief: Augustin Souchy – Zur Person
- Theoretische Artikel zu den Grundlagen des Anarchismus
- Beiträge zur Geschichte des Anarchismus und Anarcho-Syndikalismus
- Auseinandersetzungen mit Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus"
- Schriften zum Militarismus, Antimilitarismus und Pazifismus
- Deutschland: Der Weg in den Nationalsozialismus
- APO, Studentenbewegung und der Anarchismus
- Die russische Revolution und ihre Konsequenzen
- Spanien: Monarchie, Bürgerkrieg/Soziale Revolution, Diktatur
- Israel und Kibbuz
- Lateinamerika
- Erfahrungen und Erlebtes aus verschiedenen Ländern
- Kulturbeiträge
- Literaturberichte
- Biographien
- Über die Zukunft des Anarchismus

Wir bitten nun alle Freunde Souchys uns bei der Verwirklichung dieses Projekts materiell zu unterstützen. Wir rechnen mit Ausgaben für Satz, Druck und Bindung, die zwischen 10.000.- und 12.000.-DM liegen dürften und brauchen dazu Ihre Hilfe. Dies kann auf zweierlei Weise geschehen:

- durch Spenden auf unsere Konten. Alle SpenderInnen werden selbstverständlich im Vorspann des Buches genannt werden:

  Volksbank Sindelfingen - W.Haug/ Trotzdem-Verlag - Ktonr.42 622 000 (BLZ 603 901 30)

  Postgiroamt Stuttgart - W.Haug/ Trotzdem-Verlag - Ktonr. 138 74-706 (BLZ 600 100 70)

- durch Vorausbestellungen zum Subskriptionspreis von 30.-DM beim Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-Döffingen. Das Buch soll im Herbst/Winter 1990 erscheinen; die Auswahl ist bereits abgeschlossen. Ein Vorwort und die Bibliographie werden derzeit erstellt.

"Gleich auf!! Zum fröhlichen Kampf!!!"

Die Anarchisten in Mülheim-Styrum nach dem Sozialistengesetz

von Andreas Müller



Photo: Theo Heimann

Um die Anfänge der anarchistischen Bewegung in Mülheim-Styrum zu verstehen, ist es notwendig, die Auswirkungen des "Sozialistengesetzes" auf die Arbeiterbewegung zu umreißen. Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" wurde am 19. Oktober 1878 im Reichstag verabschiedet, um eine Handhabe zur Zerschlagung der anwachsenden Organisationen der Arbeiterbewegung zu haben. Was folgte war eine lang anhaltende Repressionswelle. Verhaftungen und Hausdurchsuchungen waren an der Tagesordnung, viele wurden zur Auswanderung gezwungen. 1500 Personen wurden zu rund 1000 Jahren Gefängnis verurteilt, 1300 Druckschriften verboten und 322 Organisationen aufgelöst.

Das Gesetz sollte über zwölf Jahre, bis zum 1. Oktober 1890, Bestand haben. Es hatte Auswirkungen für die Entwicklung der Sozialdemokratie: Die Führungsorgane der Partei, besonders die Reichstagsfraktion, zeigten in den achtziger Jahren die Tendenz, keine weiteren Anlässe zu Repressionsmaßnahmen zu geben und gewissermaßen mit dem Sozialistengesetz zu leben. Da ja der Staat mit Hilfe des Reichstags sein Ja und Amen zu dem Ausnahmegesetz gegeben hatte, wurde dieses Gesetz jedoch von vielen Parteimitgliedern als staatliche Kampfansage empfunden und führte in der Folge zu einer grundsätzlichen Ablehnung des Staates. Dies führte natürlich zu Spannungen zwischen aktionsorientierten, temperamentvollen Sozialdemokraten und dem Legalitätskurs der Parteispitze. Infolge des Sozialistengesetzes fiel ausgerechnet der Reichstagsfraktion als dem einzig legal handlungsfähigen Rest der Parteiorganisation die Funktion der Parteiführung zu, was diese Spannungen noch verstärkte.

Der sozialrevolutionären Stimmung weiter Teile der Parteibasis fehlte jedoch noch eine organisatorische und geistige Grundlage; ihre Träger waren durchaus noch innerlich autoritäre Sozialisten, die sich zwar durch das Sozialistengesetz radikalisiert hatten, aber mangels weiterer Perspektiven über eine Ablehnung der bisherigen friedlichen Taktik der Sozialdemokratie nicht hinauskamen.

Der Parteiführung gelang es, die Opposition zu isolieren und schließlich auch ihren Wortführer Johann Most im August 1880 aus der Partei auszuschließen. Johann Most, der schon 1878 aus Deutschland fliehen mußte, gab von London aus die "Freiheit" heraus, eine Zeitung, die sich bis zu seinem Parteiausschluß in sozialdemokratischen Bahnen bewegte und später zu einem Sprachrohr der deutschen Anarchisten wurde. Er prägte den sogenannten "Aktions-Anarchismus" unter dem Schlagwort der "Propaganda der Tat". Mosts Verständnis vom Anarchismus kommt in seiner Broschüre "Der Kommunistische Anarchismus" von 1889 zum Ausdruck: "Die Anarchisten sind SOZIALISTEN, indem sie eine Gesellschaftsverbesserung erstreben; sie sind KOMMUNISTEN, indem sie überzeugt sind, daß eine solche Umgestaltung nur in der Etablierung allgemeiner Gütergemeinschaft gipfeln kann." Nach Most begnügen die Anarchisten sich nicht damit - sie streben zudem noch einen sozialen Zustand an, "bei welchem keinerlei Beherrschung der einen Menschen durch die anderen mehr stattfindet, so daß also von einem Staat, einer Regierung, von Gesetzen oder anderen Zwangsmitteln keine Rede mehr ist und wirkliche Freiheit für alle waltet." Diese Ablehnung von Herrschaft liegt aber nicht zwangsläufig in der Natur des Sozialismus oder Kommunismus. In Abgrenzung zu allen autoritär-marxistischen Bestrebungen entstanden die Begriffe des "Kommunistischen Anarchismus" bzw. des "freiheitlichen Sozialismus".

Nach der Aussetzung des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 gelang es wiederum den "Legalisten" innerhalb der Sozialdemokratie, die Opposition kaltzustellen und auf dem Erfurter Kongreß im Oktober 1891 ihre Sprecher aus der Partei zu verstoßen. Von dieser Gruppe wurde sogleich ein "Verein unabhängiger Sozialisten" gebildet, der sich immer offener dem Anarchismus zuwandte.

Die Anarchisten hatten schon während des Sozialistengesetzes versucht, in Deutschland Fuß zu fassen und unzufriedene Sozialdemokraten zu organisieren, was ihnen

zumindest im Ruhrgebiet erst nach dem Sozialistengesetz gelang. Von großer Bedeutung hierbei war ihre Presse, die im Ausland von Exilgruppen herausgegeben und ins Deutsche Reich eingeschmuggelt werden mußte.

Entgegen der Sozialdemokratie, die legal und parlamentarisch geworden war und sich entsprechend ungehindert betätigen durfte (bereits Ende September 1890 verfügte sie über 60 Zeitungen mit 250.000 Abonnenten), wurden anarchistische Propagandisten weiter verfolgt und ihre Publikationen konnten nach wie vor nur vom Ausland eingeschmuggelt werden. Schon ihre Verbreitung oder Verbindungen zu ihren Herausgeberkreisen führte in der Regel zu einer Verurteilung nach den noch heute gültigen §§ 128 und 129. So konzentrierte sich die Tätigkeit anarchistischer Gruppen auch noch nach dem Sozialistengesetz auf die Verbreitung ihrer illegalen Presse.

Mitte 1891, also ein Jahr nach dem Sozialistengesetz, wird die Polizei im Bürgermeisteramt Styrum zum ersten Mal auf anarchistische Aktivitäten aufmerksam. In der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober wurde ein Flugblatt, betitelt "Der 11. November" in den Straßen und Hausfluren in einer Bergarbeitersiedlung in Altstaden verteilt. Das Flugblatt, dessen Inhalt auf der Rückseite auch in tschechischer Sprache wiedergegeben wurde, schlug radikale Töne anläßlich des Jahrestages der Hinrichtung von fünf Anarchisten in Chicago an:

"Ja, leider müssen wir uns gestehen, dass wir bisher als Revolutionäre nicht unsere Pflicht gethan haben. Wie Viele sind schon für unser Princip gefallen, und wo sind ihre Rächer? Und wie Viele fallen täglich in ihren industriellen Berufszweigen dem Kapitalismus zum Opfer, wie Viele sterben den Hungertod? Tragen wir nicht Mitschuld an ihrem Untergang durch unsere Untätigkeit, durch unser müssiges Zusehen? Warum vergelten wir nicht Gleiches mit Gleichem? Warum hängen wir nicht Diejenigen, welche auf unsere gerechten Forderungen damit antworten, dass sie den Tod in unsere Reihen senden, warum hängen wir sie nicht verdientermassen an den Laternenpfählen auf? ... Ohne Opfer keinen Kampf, ohne Kampf keinen Sieg."

Die Verbreiter dieser Flugschrift blieben trotz intensiver Recherchen der Styrumer Polizeiverwaltung und der Staatsanwaltschaft unerkannt. Der Flugzettel war in London bei der Zeitung "Die Autonomie" hergestellt und ins Ruhrgebiet geschmuggelt worden.

Auf gefahrvollen Wegen wurde das Agitationsmaterial immer noch wie unter dem Sozialistengesetz ins Ruhrgebiet gebracht. Der Duisburger Buchbinder Sepp Oerter übernahm für die "Autonomie" ab November 1892 den Schriftenschmuggel über die holländische Grenze und nahm so den durch die Verhaftung seines Vorgängers unterbrochenen Vertrieb wieder auf.

In seinen Lebenserinnerungen stellt er anschaulich seine Tätigkeit als Schriftenschmuggler dar: "Duisburg wurde nun mein Hauptquartier. Ich erhielt von London aus die nötigen Versandadressen. ... So oft ich konnte, fuhr ich über Emmerich oder Cleve oder Salzbergen nach Arnheim, um die Zeitungen über die Grenze zu bringen. Jetzt packte ich mir die Schriften nicht mehr auf den Körper, denn ich wollte nicht noch einmal durch meine Mißgestalt auffallen. In einer Anzahl von Heftumschlägen, Buchdeckeln und dergleichen verpackte ich in Arnheim die Zeitungen und Broschüren. ...War der eine Koffer mit meiner Bibliothek vollgepackt, dann kamen noch zwischen die Wäsche des anderen und in alle Taschen weitere Schriften. Es war immer ein ganz unglaubliches Quantum, welches auf diese Weise über die Grenze gebracht wurde. .. In den Zollstationen hatte ich keine Ungelegenheiten. Ich zeigte meine Koffer, war den Beamten behilflich, wo ich nur konnte und kam immer gut durch. ... In Duisburg angelangt, wurden die Schriften dann verpackt und versandt, oder ich brachte einen Teil zu Kuhl und Grasser, welche sie weitervertrieben."

Nun erschienen in den anarchistischen Zeitungen auch immer häufiger Berichte und Meldungen aus dem Ruhrgebiet. Der in London hergestellte "Lumpenproletarier - Organ der Unterdrückten" schrieb in seiner ersten Ausgabe im April 1893: "Das oben bezeichnete Kohlenrevier ist ein Platz, dessen Beackerung sich seitens der revolutionären Elemente noch verlohnt. Sind sich die Bergarbeiter erst mal ihrer Macht bewußt, dann - ade! mit deiner Herrlichkeit, du deutsches Michelland."

Im großen Bergarbeiterstreik 1889, aber auch in den kleineren Ausständen 1891 und 1892, waren unmittelbar von den Belegschaften Streikdelegierte gewählt worden, welche radikaler als die Knappenvereine aber auch als der nach dem Streik gegründete Bergarbeiterverband, auftraten. Diese kampfbetonte Ausrichtung der Zechendelegierten prägte den Bergarbeiterverband schon in seinen Anfängen deutlich und ermöglichte radikalen Sozialdemokraten, aber auch den Anarchisten, größtmögliche Einflußnahme.

Der Verbandsführer Otto Hue schilderte 1900 in seinem Werk "Neutrale oder parteiische Gewerkschaften" die Situation des Bergarbeiterverbandes um 1892 so: "Um jene Zeit war der Verband, bzw. sein Blatt schon nicht sozialistisch, sondern näherte sich stark dem Anarchismus. Die Sache wurde nicht mehr von der Person getrennt, sondern für alles waren die 'Grubenprotzen' und 'Geldsäcke' verantwortlich. Gar nicht verwunderlich ist, daß nun sogar Diejenigen, welche ehedem als Ultramontane oder Parteilose zum Verband kamen, nicht nur zur Sozialdemokratie abschwenkten, sondern auch am stärksten den anarchistischen Ideen zuneigten. Bekannt ist ja, daß Josef Jeup-Gelsenkirchen, der Drucker der Verbandszeitung, dem Anarchismus huldigte und ich weiß aus persönlicher Erfahrung, daß er es verstand, eine Anzahl unklarer Köpfe, die erhitzt waren aus Wuth über die schmähliche Verfolgung des Verbandes, für seine Phantastereien einzunehmen. Gar nicht merkwürdig ist, daß die tatsächlich der Sozialdemokratie angehörenden Führer das mäßigende Element bildeten."

Diese abfälligen Bemerkungen Hues trafen im Kern die damalige Situation: Die Führer der SPD versuchten die Bewegungen zu bremsen, sie in legale parlamentarische Bahnen zu lenken und den Einfluß der Radikalen mit allen Mitteln zu brechen. Trotzdem gewannen anarchistische Ideen unter den Bergarbeitern zunehmend an Einfluß.

Der erste Staatsanwalt beim Königlichen Landgericht in Duisburg verfaßte am 4. Mai 1893 eine "Darstellung anarchistischer Umtriebe im Ruhrkohlengebiete", in der es heißt: "Im Frühjahr des vorigen Jahres kam jedoch die Polizeibehörde des Styrum benachbarten Orts Oberhausen einer Vereinigung auf die Spur, deren größtenteils dem Bergmannstande angehörige Mitglieder sich zu der extremsten Richtung der Sozialdemokratie bekannten, und welche die Absicht hatten, in einem so genannten Volksvereine, der in Styrum seinen Sitz haben sollte, einen Mittelpunkt für ihre Agitation zu gewinnen. - Haussuchungen, die im Mai v.Js. bei den Verdächtigen vorgenommen wurden, ergaben, daß dieselben sich im Besitz verschiedener im Verlage der 'Autonomie' erschienener Blätter befanden."

Am 28. Mai 1892 meldete die "Autonomie": "In Oberhausen nahe Essen haben bei mehreren Genossen Haussuchungen stattgefunden, nachdem die Polizei einen nach hier adressierten Brief gestohlen. Zwei Genossen wurden verhaftet, jedoch wieder in Freiheit gesetzt." Einer der Verhafteten war der Bergarbeiter Leichsenring, der den am 10. April 1892 aus der Mülheimer Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossenen Arbeiter Julius Leonhardt unangemeldet etwa zwei Monate bei sich beherbergt hatte. Leichsenring war Kolporteur sozialdemokratischer Schriften und noch im Januar auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Koblenz Delegierter für Oberhausen und Styrum gewesen. Die Partei erklärte in der Niederrheinischen Volkstribüne am 19. Mai 1892, nachdem die bürgerlichen Blätter Leichsenring in Verbindung zu den Anarchisten gebracht hatte, daß "nichts von alledem wahr ist". Schon in der vorhergehenden Ausgabe hatte sie verlauten lassen, "daß hier in Oberhausen anarchistische Schriften unbekannte Dinge sind".

Zusammen mit Julius Leonhardt hatte Leichsenring, wie aus dem von der Polizei beschlagnahmten Brief hervorging, die Genossen der "Autonomie" um Zusendung des

Blattes und anderer anarchistischer Publikationen "für unsere gerechte Sache" ersucht. Die Schriften sollten an den Oberhausener Fabrikarbeiter Adam Schwab gehen, der in dem in der Gründung begriffenen Volksverein die Bibliothek betreuen sollte.

Welch große Bedeutung die Styrumer Polizei dieser Entdeckung anarchistischer Aktivitäten beimaß, geht noch einmal aus der Darstellung des ersten Staatsanwaltes hervor: "Verkohltes Druckpapier, das sich auf seinem Kochherd vorfand, ist mit Hülfe des Berliner Polizei-Präsidiums als Rest zweier Nummern der 'Autonomie' festgestellt worden. ... Die eifrigen Bemühungen, die Verbreiter der revolutionären Schriften zu entdecken, blieben vergeblich." Diese waren aller Wahrscheinlichkeit nach in dem Kreis um den Schreinergesellen Leonhard Bach und dem Bergarbeiter Blasius Grasser zu finden. Schon seit April 1892 bezog Grasser anarchistische Zeitungen aus London und gab sie vornehmlich an Styrumer Bergleute weiter.

Auf Leonhard Bach wurde die Styrumer Polizei Mitte September 1892 aufmerksam, da er sich offen zum Anarchismus bekannte. Er galt als "Mann der Tat", als Vertreter des Mostschen Aktions-Anarchismus. Ein von ihm nach London abgesandter und als unzustellbar zurückgekommener Brief fiel der Polizei in die Hände. Ein Auszug des Briefes gibt die Romantik und Abenteuerlust, aber auch den ungebändigten Hass wieder, der bei vielen anarchistischen Akteuren dieser Zeit tonangebend war: Er spricht darin von beabsichtigten Dynamitdiebstählen, Attentaten, Deckadressen, dem Zusammenhalten der Genossen, dem Anfertigen falschen Geldes und dem Schwur, jeden Verräter zu töten. Der Brief endete: "Tod und Verderben habe ich der Bande geschworen und werde auch nach vollbrachten Thaten freudigen Muths auf dem Schaffott oder beim Straßenkampf sterben. Es lebe die sociale Revolution. Hoch die Anarchie und dreimal Hoch unser baldigst gestohlenes Dynamit. Mit revolutionärem Gruß L. Bach".

Bachs Arbeit beschränkte sich in der Tat nicht nur auf die Agitation, die Verbreitung der "Autonomie" und des "Anarchist" - er bereitete sich auch auf eine bewaffnete Auseinandersetzung gegen den Staat und seine Organe vor. Den Styrumer Bergarbeiter Joseph Schmitz forderte er im Sommer 1892 auf, ihm von der Zeche Dynamit zu beschaffen. Bach verfügte auch über Kontakte zu einer Gruppe belgischer militanter Anarchisten um Peter Schlebach, mit denen er in Lüttich in der Nacht vom 28. auf den 29. April 1894 einen Anschlag auf die Kirche St. Jacques verübte. Nach einer bei ihm abgehaltenen Hausdurchsuchung im September 1892 floh er nach London, von wo aus er seine Styrumer Genossen mit anarchistischen Schriften versorgte und ihnen für ihre Arbeit kleine Geldbeträge zukommen ließ.

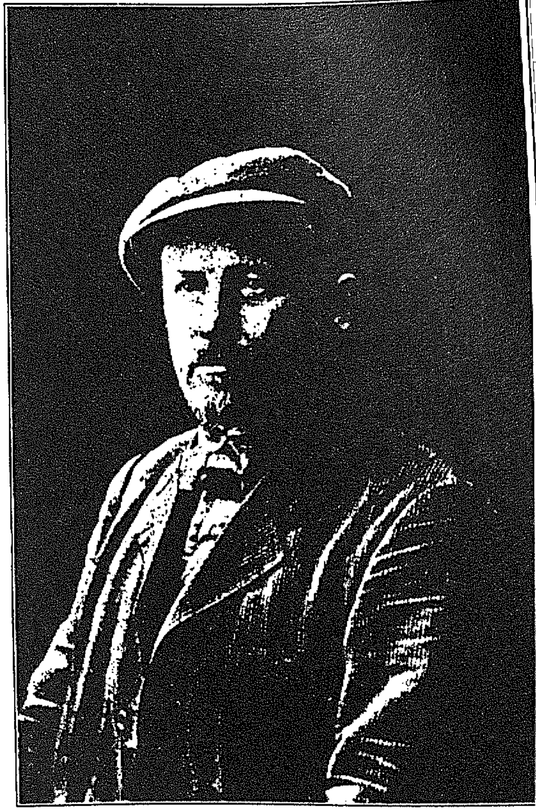
Der Treffpunkt der Sozialisten in Styrum war zu dieser Zeit die geschlossene Gesellschaft "Germania", das sogenannte Schnapskasino. Hier trafen sich zum Meinungs- und Informationsaustausch Sozialisten aller Richtungen: Sozialdemokraten, Unabhängige und Anarchisten. Doch die Mehrheit der Mitglieder dieser Gesellschaft verhielt sich den Anarchisten gegenüber ablehnend. Nach der Flucht von Leonhard Bach setzten nun die Gemäßigten durch, daß seine Gesinnungsfreunde aus der Gesellschaft ausgestoßen wurden. Von nun an trafen diese sich in der Wohnung des Bergmanns Friederich Vesper - im selben Haus, einige Stockwerke über dem Gesellschaftslokal.

Friederich Vesper gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes in Styrum. Der Verband zählte im Dezember 1892 über 23 Mitglieder. Er war auch Vertrauensmann des Verbandes, so daß anzunehmen ist, daß die Anarchisten unter den Bergarbeitern über Sympathien verfügten.

In guten Beziehungen standen die Styrumer Anarchisten zu gleichgesinnten Genossen in Oberhausen, Alstaden, Frintop und Borbeck, später auch durch die Bemühungen Blasius Grassers zu einer sehr aktiven Gruppe von tschechischen Bergleuten in Gelsenkirchen. Durch den von Sepp Oerter wieder aufgenommenen Schriftenschmuggel Anfang November 1892 verstärkte sich die Zusammenarbeit dieser Gruppen und ihre agitatorischen Aktivitäten. Rudolf Rocker erinnerte sich in seinen Memoiren: "Wir waren natürlich sehr zufrieden, als uns die verbotenen Blätter und Broschüren wieder regelmäßig zugingen und wir unsere unterirdische Tätigkeit im größeren Umfange aufnehmen konnten. Das ging so einige Wochen, bis die ganze Herrlichkeit ein Ende mit Schrecken nahm."

Im Dezember 1892 konnte die Polizei durch ein gezieltes Vorgehen der Bewegung in Styrum großen Schaden zufügen. Sepp Oerter berichtete: "Als wir - mein Bruder und ich - am Sonntag, den 11. Dezember 1892 zu Kuhl nach Styrum kamen, fanden wir dessen Frau, ein sonst sehr wackeres Weib, weinend vor. Sie erzählte uns, daß im Laufe der Woche Haussuchungen stattgefunden hätten; ihr Mann hätte Winke bekommen, sich so bald wie möglich fortzubegeben."

Zusammen mit den Bergarbeitern Friederich Vesper und Jacob Küsters flüchtete Julius Kuhl, der vor allem die Verbreitung der anarchistischen Presse in Styrum organisierte, am 8. Dezember nach London und von dort aus in die Vereinigten Staaten. Dort fanden sich bereitwillige Helfer. Von den Herausgebern der in New York erscheinenden Zeitung "Anarchist" wurden, laut Ausgabe vom 21.1.1893, "für drei gänzlich mittellos hier angekommene Kohlengräber zur Weiterreise nach Arbeitsplätzen ihres Geschäftes" Subscriptionslisten ausgegeben.



Sepp Oerter

Julius Kuhl konnte bereits am 23. Januar 1893 seiner Frau aus Vanderbilt in Pennsylvanien schreiben. Die Genossen in New York hatten für ihn und seine beiden Begleiter 130 Mark gesammelt. Auch für ihre zurückgebliebenen Frauen wurde von London aus gesammelt. Blasius Grasser und sein Freund Gerhard Lanius gaben ihnen das Geld und unterstützten sie, soweit es ihnen möglich war.

Doch die Flucht der drei Genossen hinterließ in Styrum eine tiefe Lücke. Durch den Verlust Friederich Vespers löste sich nun die Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes in Styrum auf. Einige Mitglieder sollen den Zahlstellen in Alstaden und Oberhausen beigetreten sein. Das Bürgermeisteramt Styrum konnte am 6. August 1893 dem Königlichen Landrat zu Mülheim melden: "Versammlungen pp. haben seitdem in Styrum von Bergarbeitern in dieser Richtung nicht stattgefunden und über anderweite Ernennung eines Vertrauensmannes ist polizeilich nichts bekannt geworden."

Am 15. Dezember mußte der Fabrikarbeiter Johann Harzheim aus Styrum flüchten. Auch er ging nach London und schloß sich dem dortigen Klub um die "Autonomie" an, mit dem er bereits vor seiner Flucht in Verbindung gestanden hatte. Nur drei Tages später wurden die Brüder Sepp und Fritz Oerter, die sich vorübergehend nach Süddeutschland absetzen wollten, in Mainz auf einer Arbeitslosenversammlung wegen aufrührerischer Reden verhaftet.

Nun war die anarchistische Bewegung im Raum Mülheim fast zerschlagen. Trotzdem gingen die unentdeckt gebliebenen Genossen schon kurze Zeit später wiederum in die Offensive.

Der Anarchist.

Anarchistisch-Communistisches Organ.

Abonnementspreis: Ganzjæhrlich $1.60. | Erscheint woechentlich. | *Abonnementspreis: Vierteljæhrlich* 40c.

Jahrgang V. — No. 3 | New York, 21. Januar 1893. | Preis 3 Cents.

„La Debacle"

Wenn wir Anarchisten die Beschaffenheit der heutigen Gesellschaft unter die Lupe nehmen und dabei nachweisen, dass dieselbe durch und durch faul ist; wenn wir behaupten, dass Allds in ihr auf Raub, Betrug, Lüge und Heuchelei beruht, so hat die Entrüstung gegen uns gar keine Grenzen. Man zeiht uns der böswilligen Lüge und Verläumdung, mit welcher wir angeblich nur die weniger vom „Glück" begünstigten Menschen gegen die bestehende „Ordnung" in der besten der Welten aufreizen, die schlechten Leidenschaften der ungebildeten Massen entfesseln wollen; man nennt uns „Verbrecher", schleppt uns deshalb in die Kerker, ächtet, verfolgt und hetzt uns wie die ärgsten Missethäter; oder, im günstigsten Falle, beschuldigt man uns der „Uebertreibung": es sei gar nicht so schlimm, nur wir — die Anarchisten — seien verbissene, hasserfüllte Menschen, mit beschränkten Gesichtskreisen („Cranks") die Alles schwarz sehen, denen nichts heilig sei und Alles zu begeifern suchten.

Hunderte, ja tausende wackerer Männer und Frauen wurden deshalb schon in den Kerkern zu Grunde gerichtet oder direkt auf den Schaffoten gemordet.

Die herrschende Klasse weiss ganz genau, dass wir dennoch Recht haben, aber sie sucht die Thatsachen, die Wahrheit, vor den Augen der beraubten, betrogenen und geblendeten Volksmassen zu verbergen; sie wissen, dass nicht unsere Enthüllungen der Wahrheit das Volk aufreizen sondern die Thatsachen selbst, sobald sie dem Volke bekannt werden und darum sucht sie die B e k a n n t m a c h e r und E n t h ü l l e r mit ihrem ganzen bestialischen Hasse zu vernichten. Sie begeht neue Verbrechen, um ihr verbrecherisches Treiben zu verhüllen.

Und dennoch vermag die herrschende Klasse trotz aller Anstrengungen die innere Fäulniss ihrer Gesellschaftsform nicht mehr zu verbergen. Diese Fäulniss hat bereits einen solchen Grad erreicht, dass sie die verdeckenden Hüllen — selbst verfault — überall durchbricht und stinkende, eckelhafte Geschwüre am ganzen Körper hervorruft und dem Volke Entsetzen und Abscheu einflösst.

Was nützen alle Deklamationen von christlicher Liebe, Barmherzigkeit oder Humanität, wenn Hunderttausende fleissiger, rechtschaffener Menschen, angesichts des fabelhaften Ueberflusses, hungern, frieeren und obdachlos elend zu Grunde gehen müssen?— Was nützen alle Deklamationen von Moral und Sittlichkeit, wenn kein Tag vergeht, wo nicht die sittliche Verworfenheit der herrschenden Klasse vor der ganzen Welt blosgestellt wird? — Was nützen alle Deklamationen von der Nothwendigkeit der Gesetze und Obrigkeit, wenn kein Tag vergeht, ohne dass sich die Obrigkeit als eine Institution aller Sorten von Räubern, Betrügern und Diebshehlern en gros entpupt und die Gesetze als schützender Deckmantel für sie dienen? — Was nützen alle Deklamationen über die Heiligkeit des „Eigenthums" und von der hohen und schweren Aufgabe der Verwaltung und Leitung der allgemeinen Staatsgeschäfte, wenn fast in jeder Woche, durch unbefriedigte Beutegier, Neid und Eifersucht, der privilegirten Raubgesellschaft, Millionen und Milliarden-Diebstähle enthüllt werden, die entweder an Staats- oder Gemeindemitteln, oder doch nur mit Hilfe der Verwaltungs- und Regierungsbehörden verübt werden können? — Was nützen schliesslich alle Deklamationen von der hohed Aufgabe der Vertreter der öffentlichen Meinung (Volksvertreter und Journalisten etc.), wenn sich immer häufiger und deutlicher zeigt, dass sie ihre Stellung und den damit verbundenen Einfluss nur dazu benutzen, die Beraubung des Volkes gegen entsprechenden Antheil an der Beute, zu erleichtern und gleichzeitig zu vertuschen? — Kurz, was hilft da alle Deklamation von der „Göttlichkeit" dieser Weltordnung und bestialische Grausamkeit gegen die frevelnden Blossteller, wenn die Fäulniss dieser Gesellschaft soweit vorgeschritten, dass sie selbst dem blödesten Auge erkennbar und mit ihrem Gestank die ganze Atmosphäre verpestet? — Da helfen alle Mittel der List und Gewalt nicht mehr, den Hass des Volkes gegen diese „göttliche" Weltordnung zu beschwichtigen: da helfen alle Bemühungen der herrschenden Klassen, dem Volke weiss zu machen, als seien die Milliarden-Raubzüge — diesseits und jenseits des Atlantischen Oceans — nur „zufällige" Ausgeburten, ausnahmsweise begangen von „einzelnen" ihrer Mitglieder, nichts mehr; das Volk weiss und erkennt immer deutlicher, dass diese Raubzüge das W e s e n der bestehenden Gesellschaft bilden und dass die „Ausnahme" nur darin besteht: wenn einzelne dieser Raubzüge der herrschenden Klassen ö f f e n t l i c h zu Tage treten, wie es z. B. jetzt bei dem Panama-Schwindel der Fall ist.

Die herrschende Klasse und ihre Pressknechte möchten dem Volke glauben machen, als sei die Panama-Affaire eine ganz besondere A u s n a h m e. Die Anhänger der monarchistischen Regierungsform behaupten, dass solche Riesencorruption nur durch die Republik möglich sei; Andere möchten dieselbe wieder auf die sittliche Verkommenheit des französischen Volkes überhaupt zurückführen — ein alter „Trick", das französische Volk wegen seiner freiheitlichen Gesinnung und Gesittung in den Augen anderer Völker herabzusetzen; — alle Anderen heucheln grosse sittliche Entrüstung, als wären sie besser als Jene! — Und doch ist der ganze Panama-Schwindel nichts als ein tagtäglicher Vorgang.

Was ist denn an der ganzen Affaire B e s o n d e r e s? Die Mitglieder der „Auserwählten des Volkes" mussten extra „geschmiert" werden, um die nöthige „gesetzliche" Sanktion zu dem Raubzuge zu geben! Nun, was ist dabei Besonderes? Gibt es heute in der ganzen Welt eine Körperschaft von „Volksvertretern", welche an kapitalistische Unternehmer Concessionen ertheilt und nicht von den Letzteren „geschmiert" wird? — Die obersten Regierungsbeamten sind „bestochen" worden! Was ist darin Besonderes zu finden? Ist es nicht eine Hauptaufgabe der Minister, das Volk gegen die Raubzüge der herrshenden Klasse zu beschützen? Sollen sie dabei leer ausgehen? Welcher Unsinn! Und nun gar noch die Vertreter der öffentlichen Moral und Tugend — die Presse! Auch sie hat ihren Millionenantheil an der Beute genommen. Soll dabei etwas Besonderes sein? Die Presse! — Deren einziges und spezielles Geschäft es ist, dem Volke ein X für ein U vorzumachen, damit es sich nicht nur geduldig scheeren, sondern auch die Haut über die Ohren ziehen und das Mark aus den Knochen pressen lässt! Die Presse, welche tagtäglich und in der ganzen Welt die Aufgabe hat, das bestehende Raubsystem in den Augen des Volkes zu rechtfertigen; die Presse, welche gleich der Strassendirne Jedem zur Verfügung steht wenn er nur entsprechend bezahlt: und da soll es etwas B e s o n d e r e s sein, wenn sie auch hier ihr „Geschäftchen" gemacht hat! Wunderbar wäre es, wenn sie es n i c h t gethan hätte.

Was bleibt nun noch an der ganzen Geschichte „Besonderes" übrig? Vielleicht die G r ö s s e des Schwindels? Die ist doch ebenfalls heute nichts Seltenes mehr. Alle grösseren Staatsanleihen und Monopol-Transaktionen, Amortisationen, Schutzzoll, Steuerreformen u. s. w. sind ganz ähnliche Raubzüge, nur in anderer Form. Die Akteure sind dieselben, ebenso das Opfer. Kleinere Operationen werden täglich in der unverfrorensten Weise vollzogen, ohne dass sie Anstoss erregen.

Das einzig Besondere an dem Panama-Schwindel ist, dass er in seiner wahren Gestalt an die Oeffentlichkeit drang. Möglich, ja sehr wahrscheinlich wäre, derselbe in einem anderen Lande (Deutschland, Oesterreich, Russland etc.) vor den Augen des Volkes borgen gehalten worden. Doch auch da werden diese Vertuschungen immer schwerer. Die Fäulniss der herrschenden Klassen ist zu weit vorgeschritten, sie lässt sich nicht mehr verhüllen.

An uns ist es die letzten Reste der Hülle mit unbarmherziger Hand herabzureissen, auf dass das so lange betrogene und geschundene Volk die Ursache seines Elends erkenne und für immer von Erdboden vertilge.

Das ist der Zusammenbruch (La Debacle) der modernen Gesellschaft.

P.

Ueber die in M a i n z erfolgte Verhaftung der beiden Genossen, G e i s s l e r und F r. O e r t e r, haben wir die erwarteten näheren Nachrichten noch nicht erhalten. Soviel aus den ersten Nachrichten hervorgeht, war es bei einer Versammlung zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten zu Handgreiflichkeiten gekommen, wobei Genosse G e i s s l e r verhaftet wurde. Genosse F r. O e r t e r suchte denselben aus den Händen der Schergen zu befreien und wurde von den Letzteren wie schon berichtet schwer verwundet. Soweit wir ersehen können, scheinen einige Sozialdemokraten bei der ganzen Affaire eine recht traurige Rolle gespielt zu haben.

Für die in grösster Noth befindliche Familie, sowie für die Verhafteten selbst wurden von den Herausgebern des „A." Subscriptions-Listen ausgegeben. Desgleichen für drei gänzlich mittellos hier angekommener Kohlengräber zur Weiterreise nach Arbeitsplätzen ihres Geschäftes.

Seit dem 29. Dezember 1892 befanden sich die Bergarbeiter im Saarrevier im Ausstand, um eine neue Berggesetznovelle zu verhindern. Sofort fanden auch im Ruhrgebiet Massenversammlungen statt, auf denen beschlossen wurde, die Kameraden im Saarrevier durch einen Solidaritätsstreik zu unterstützen. Am 9. Januar 1893 wurde auf den ersten Zechen im Ruhrgebiet die Arbeit eingestellt. Doch der erwartete "Generalstreik" blieb aus. Auf seinem Höhepunkt am 13. Januar waren nur 21.390 Bergleute von insgesamt etwa 145.000 in den Streik getreten.

Mit roher Gewalt gingen der Staat und die Bergwerksbesitzer gegen die Steikenden vor. Das Militär wurde eingesetzt, hunderte Streikender in die Gefängnisse geführt, die Bergarbeiterzeitung wurde unterdrückt, fast sämtliche Vorstandsmitglieder und bekannte Gewerkschaftsdelegierte verhaftet, tausende gemaßregelt und etwa 800 Bergleute entlassen. Am 20. Januar war der Streik in sich zusammengebrochen.

Als Anlaß für dieses Vorgehen diente eine Serie von Dynamitanschlägen, die von der bürgerlichen Presse sensationsgierig gegen die Streikenden ausgebaut wurde. Die Gelsenkirchener Emscher-Zeitung berichtete am 14. Januar 1893: "Aber die von den Agitatoren gerufenen Geister ließen sich auch zu teuflischen Thaten hinreißen: zwei Dynamit-Attentate vor hiesigen Gasthäusern wurden verübt und sollten die Einwohnerschaft in Furcht und Schrecken setzen. Da war die strengste Überwachung der Stadt

geboten, die in wenigen Tagen mit einer großen Anzahl von Gendarmen besetzt wurde. ... Tag und Nacht war Gendarmerie und Polizei auf dem Posten und der Umsicht und dem entschiedenen Eingreifen der Sicherheitsbeamten ist es zu danken, daß die Ruhe im übrigen aufrechterhalten blieb."
Von Dorsten, Gelsenkirchen, Schalke und Bochum meldete die Presse teils gelungene, teils vereitelte Dynamitanschläge vor Gerichtsgebäuden, Hotels, an Bahngleisen und auf Zechen. Einige Meldungen mußten richtig gestellt werden: "Vollständig erfunden ist das Gerücht - das übereifrige Reporter schon in die Welt hinausgedrahtet haben -, daß gestern auf den Direktor der Zeche Hibernia, Herrn Raderhoff, geschossen worden sei." (Emscher-Zeitung, 11.1.1893)
"Zu den Dynamitattentaten berichtet man auswärtigen Blättern, es seien 100 Zentner dieses gefährlichen Sprengstoffes entwendet worden. Das ist nun eine handgreifliche Übertreibung..." (Emscher-Zeitung, 13.1.1893)
Die Bergarbeiterzeitung vermutete in ihrer Ausgabe am 4. Februar 1893, daß diese Anschläge "bestellte Arbeit" gewesen wären, die von "verkommenen Subjekten, die für Geld zu allem fähig sind", ausgeführt wurden. Ein Bergarbeiter, der täglich mit dem Sprengmaterial umgehe, hätte nicht "solche Stümperarbeit verrichtet". Vorteile aus diesen Anschlägen hätten nur die "Profitschinder" gezogen, um "Maßnahmen zur Unterdrückung der übermüthigen Arbeiter zu erzwingen".
Gleich nach dem Ausbruch des Steiks hatte Michael Müller für die anarchistische Gruppe in Borbeck die Redaktion der "Autonomie" gebeten, einen Aufruf an die Bergarbeiter zu erstellen, um aktiv den weiteren Verlauf des Streiks zu beeinflussen. Erst in der zweiten Hälfte des Januar wurde er in London verfaßt und gedruckt. Dieser Aufruf stellte, so die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung vom 23. Februar 1893, die "Durchschnittsliteratur der Anarchisten bedeutend in den Schatten": "Auch jetzt wieder seid Ihr bereit, durch einen Generalstreik Euch bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen, doch wenn es nur ein Streik bleibt, ist Euch nicht geholfen. ... Ihr könnt Euch nur helfen, wenn ihr den Ertrag Eurer Arbeit selbst einsteckt, und nicht schmarotzende Faulenzer damit füttert!! Ihr könnt aber nur den Ertrag Eurer Arbeit sichern, wenn Ihr Besitz von den Zechen ergreift und sie selbst verwaltet!! Freilich wird das nicht ohne Kampf abgehen. ...
Viele von Euch werden einwenden, dass das Militär aber den Kapitalisten zu Bebote stehe; dafür habt Ihr eben Dynamit! ... Werft nur eine einzige gut geladene Dynamit-Bombe in eine Colonne aufmarschierender Soldaten, und sie werden fallen wie die reifen Birnen. ...
Die Anarchie ist die Zukunft eines friedlichen, freien Menschengeschlechtes, die Anarchie kennt kein Blutvergiessen, aber erst müssen Diejenigen hinweggeräumt werden, die uns daran hindern, friedlich und glücklich zu sein, und das sind alle Kapitalisten, Fürsten, Pfaffen und solche, welche die heutigen Zustände beibehalten wollen.
...
Glück auf!! Zum fröhlichen Kampf!!!"
Obwohl der Streik schon nach Fertigstellung des Flugblatts zusammengebrochen war, beschlossen die Anarchisten, den Aufruf trotzdem über Holland in das Ruhrgebiet einzuführen. Ausschlaggebend für diesen Entschluß war sicherlich ein im Februar unternommener Versuch, die Belegschaften zu einem neuen Kampf für die Einstellung der Gemaßregelten zu bewegen.
Anstelle von Sepp Oerter wurde nun Blasius Grasser von dem Sprecher der "Autonomie", Joseph Schütz, aufgefordert, die Schriften aus Arnheim abzuholen. Am 29. Januar brachte Grasser eine große Menge Flugblätter und verschiedene Zeitungen über die Grenze. Auf Veranlassung der Bocholter Genossen wurde ihm von Joseph Schütz der Kaufmann Heinrich Schürmann für die Verbreitung der Aufrufe empfohlen. Als Grasser am 2. Februar über 100 Flugblätter übergab, wußte er noch nicht, daß Schürmann im Auftrag der Polizei handelte. Kurze Zeit später wurde Grasser verhaftet, als er von seiner Arbeitsstelle kam, der Zeche Oberhausen. Trotzdem konnten noch einige Flugblätter in Styrum und Duisburg verteilt werden. Durch die Verhaftung Grassers flog auch ein Teil der Gelsenkirchener Gruppe auf, dessen Adressen in seinem Hutfutter gefunden wurden.
Nun wurde der Schreiner Anton Schoenberger von den Londoner Anarchisten beauftragt, Schriften nach Deutschland einzuführen und für deren Verbreitung zu sorgen. Schoenberger brachte daraufhin dem ihn in London empfohlenen Bergarbeiter Gerhard Lanius in Oberhausen nocheinmal etwa 150 Exemplare des Aufrufs. Als er am nächsten Tag den Polizeispitzel Schürmann aufsuchte, wurde er und wenig später auch Lanius festgenommen.
Damit war die Bewegung endgültig zerschlagen, das Resultat war niederschmetternd: Acht Genossen mußten ins Ausland fliehen: Aus Styrum der Schreiner Leonhard Bach, der Fabrikarbeiter und frühere Bergmann Johann Harzheim, die Bergleute Julius Kuhl, Friederich Vesper und Johann Küsters; aus Bocholt die Bergleute Utter und Abelt und aus Oberhausen der Bergmann Egger.
Anton Schoenberger wurde zu achteinhalb Jahren Zuchthaus, Blasius Grasser zu fünfeinhalb Jahren Zuchthaus, Gerhard Lanius zu einem Jahr Gefängnis, Sepp Oerter zu acht Jahren Zuchthaus, sein Bruder Fritz zu einem Jahr Gefängnis und der aus Borbeck stammende Bergarbeiter Michael Müller zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.
Johann Harzheim wurde nach seiner Rückkehr im November 1895 nach Styrum zu einem Jahr Gefängnis verurteilt - er war während seines Aufenthaltes in London durch Spitzel des Berliner Königlichen Polizeipräsidiums überwacht worden. Leonhard Bach wurde 1895 von einem Lütticher Gericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und am 12. Februar 1901 in die Irrenanstalt Grafenberg überführt. Auch gegen die Arnheimer Kontaktadresse wurde strafrechtlich vorgegangen. Am 15. März 1893 fand man dort neben einer großen Menge anarchistischer Schriften in deutscher Sprache noch etwa 7000 Exemplare des Aufrufs an die Bergarbeiter.
Am 8. September 1894 konnte der Styrumer Bürgermeister dem Landrat nach Mülheim vollen Erfolg melden: "Auf Grund der fortgesetzten polizeilichen Beobachtungen und Nachforschungen glaube ich versichern zu können, daß der Anarchismus auch im geheimen hier keine Vertreter mehr besitzt, die zu Versammlungen zusammenträten, Flugblätter herausgäben oder verbreiteten oder den anarchistischen Tendenzen sonst irgend welchen Vorschub leisteten."

Die ersten Anarchisten in Styrum, Oberhausen und Mülheim - waren es alles nur Phantasten, ausgeklinkte Kleinbürger, realitätsfremde Spintisierer oder einfach nur verrückte Kriminelle, wie uns die bürgerlichen und sozialdemokratischen Medien weismachen wollen? Waren es überhaupt "wirkliche" Anarchisten?
Über Sepp Oerter, der im "Vorwärts" am 1. November 1893 anläßlich seines Prozeßes als "Halbverrückter", als ein "geistig behinderter Mensch" charakterisiert wurde, schreibt Rudolf Rocker in seinen Memoiren: "Er verbüßte seine Strafe bis zum letzten Tage und beteiligte sich nach seiner Entlassung einige Jahre in unserer Bewegung als Redakteur des Freien Arbeiter in Berlin. Später machte er allerhand Wandlungen durch. ... Nach dem Kriege wurde er Ministerpräsident von Braunschweig; er starb einige Jahre vor dem Machtantritt Hitlers. Sein Bruder Fritz entwickelte sich zu einem der begabtesten Schriftsteller der anarchistischen Bewegung Deutschlands, der er bis zu seinem Lebensende treu geblieben ist."
Friederich Vesper war die Seele des Styrumer Bergarbeiterverbandes - nach seiner Flucht brach der Verband zusammen und konnte erst Anfang 1894 neu belebt werden. 1898 zählte er 50 Mitglieder.
Auch Michael Müller war in Borbeck Vertrauensmann des Bergarbeiterverbandes. Ein aufschlußreiches Zeugnis stellten ihm nach seiner Verhaftung "Mehrere Bergleute" in der Bergarbeiterzeitung am 1. April 1893 aus: "Die Gebrüder Müller konnten bis dato nie einer ehrlosen Handlung beschuldigt werden, vielmehr sind dieselben stets für die Interessen der Arbeiter eingetreten, umsomehr ist es unsere Aufgabe, an dem Worte

festzuhalten: 'Einer für Alle und Alle für einen!' Es werden sich Kameraden auf den verschiedenen Zechen finden, welche einen Beitrag in Empfang nehmen und der Mutter der Inhaftierten übermitteln werden."
Bis auf Leonhard Bach, den schließlich die Ereignisse dieser Zeit in den Wahnsinn trieben, wurden diese ersten Anarchisten im Ruhrgebiet von vielen Arbeitern akzeptiert und hatten Einflüsse auf die lokalen SPD- und Gewerkschaftsorganisationen.

Doch für fast alle späteren anarchistischen Bewegungen bleibt diese Frühphase des deutschen Anarchismus ein dunkles Kapitel, ein scheinbar unauslöschbarer Makel. Denn entgegen den ab der Jahrhundertwende eher pazifistisch gesinnten anarchistischen Bewegungen waren die frühen Anarchisten Vertreter der "Propaganda der Tat". Rudolf Rocker urteilte später in seiner 1921 erschienenen Schrift "Anarchismus und Organisation" über diese Zeit: "Neunundneunzig Prozent der damaligen Anarchisten in Deutschland hatten von der ursprünglichen anarchistischen Bewegung und ihren Bestrebungen überhaupt keine Ahnung. Durch die Vermittlung der im Auslande erschienenen anarchistischen Blätter und Broschürenliteratur waren sie oberflächlich bekannt geworden mit einer bestimmten Phase der Bewegung, aber die Verhältnisse, die zu dieser neuen Form der Bewegung geführt hatten, waren ihnen vollständig unbekannt."
Die damaligen Anarchisten wären "junge Enthusiasten", die den Anarchismus mehr mit dem Gefühl als mit dem Verstande erfaßt hätten. ... Auch darf nicht verschwiegen werden, daß auf uns junge Kerle die grobkörnigen Worte Mosts damals einen größeren Eindruck gemacht haben als die sachlichen Abhandlungen Kropotkins. Psychologisch ist das leicht zu verstehen. In einem Lande, in dem jedes freie und offene Wort verpönt war, mußten selbstverständlich die radikalsten Ausdrücke die größte Wirkung auslösen, mochte auch sonst nicht viel Tiefes dahintersecken."
Der anarchistische Historiker Max Nettlau urteilte in seinem 1931 erschienenen Werk zur "Geschichte der Anarchie" über diese Zeit: "Grade diese ersten Anfänge wurden durch die systematischen Verfolgungen niedergetreten und dies forderte die Rache heraus und so erschöpfte man sich in Racheakten und kam nicht dazu für die Ideen selbst eine geistige Grundlage zu legen. Es war eine Tragödie, eine Sysiphusarbeit, ein Bannkreis, den man nicht verlassen konnte, das Erbe der autoritären Vergangenheit, der man nicht entwachsen war, auch wenn man den Namen Anarchisten noch so gern und stolz akzeptierte. ... Die ungeheure Opferwilligkeit so vieler hatte durch ihre Einseitigkeit die denkbar kleinsten Resultat gebracht."
Johann Most schrieb über die von ihm so verherrlichte "Propaganda der Tat" bereits im Sepemter 1892 in der Freiheit: "Wer die Gesamtbilanz betreffs des Nutzens und Schadens dieser Art der Agitation ziehen könnte, dem würde ein moralisches und faktisches Defizit in das Antlitz starren, daß ihm Hören und Sehen vergehen machte."

Obwohl im gesamten Ruhrgebiet in dieser Zeit nicht ein Attentat von Anarchisten verübt worden war, wurde nun der Anarchismus diffamiert - jeder Anarchist war eine Bombenleger, nichts weiter. Am Ende blieben der Bewegung nur ein Haufen Märtyrer und viel zerschlagenes Porzellan. Bis zum Ende des 1. Weltkrieges sollte der anarchistischen Bewegung eher ein Schattendasein in der Arbeiterbewegung beschieden sein. Anfang 1914 gehörten in Mülheim der anarchistisch beeinflußten syndikalistischen "Freien Vereinigung" 60 Personen an, vor allem Bergarbeiter und Bauarbeiter.
Doch nach der sogenannten Novemberrevolution 1918 sollten die anarchistischen Organisationen einen unerwarteten Auf-

Sonderabdruck
aus Stück 2788 des „Deutschen Fahndungsblattes".

Die dem Königl. Polizei-Präsidium C. A. in Berlin übermittelten Photographien von Anarchisten weichen in der Darstellung, Größe und Form sehr erheblich voneinander ab. Um eine größere Einheitlichkeit hierin zu erzielen, und die Abbildungen ihrem wesentlichen Zweck, eine Wiedererkennung der dargestellten Person zu erleichtern, mehr als dies bisher möglich war, dienstbar zu machen, ist es wünschenswert, daß die photographischen Aufnahmen zu dem gedachten Zweck unter gleichen und ganz bestimmten Bedingungen erfolgen, so daß, wenn die Person, nach der sie hergestellt sind, mit der Zeit der Photographie unähnlich, und der Gesamteindruck ein anderer geworden ist, doch die Uebereinstimmung einzelner Teile, vor allem des Ohres, sowie der Profil- und Umrißlinien festgestellt und hieraus die Identität mit einer späteren Photographie und namentlich der Person selbst, nachgewiesen werden kann.

Die Ueberwachungsbehörden werden deshalb gebeten, soweit dies nicht bereits geschieht, in Zukunft, wenn irgend möglich, nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

Von jedem Anarchisten, dessen Photographierung erforderlich erscheint und ausführbar ist, sind zwei Aufnahmen zu fertigen, die eine in reiner Vorderansicht, die andere in reiner Seitenansicht, beide, um die Profillinien der Stirn, die Umrißlinien des Kopfes und des Haaransatzes erkennen zu lassen, ohne Kopfbedeckung.

Die Bilder sind als Brustbilder in 1/7 der natürlichen Größe und ohne Retusche herzustellen.

Bei den Seitenaufnahmen ist dafür zu sorgen, daß das rechte Ohr in allen Teilen frei und nicht durch Haar bedeckt ist.

Von den Schultern darf in der Vorderansicht nichts fortgenommen werden.

Die Beleuchtung ist so zu wählen, daß alle Teile des Gesichts gleichmäßig beleuchtet sind.

Daneben wird es sich empfehlen, noch ein Bild in Vorderansicht mit Kopfbedeckung herzustellen, bei dem im allgemeinen in gleicher Weise, wie vorstehend angegeben, zu verfahren ist. C. A. I. 1248 08.

Berlin, 18. Mai 1908. **Der Polizei-Präsident. C. A.**

Muster zu photographischen Aufnahmen von Anarchisten nachstehend.

An
sämtliche deutschen Anarchisten-
Ueberwachungsbehörden.



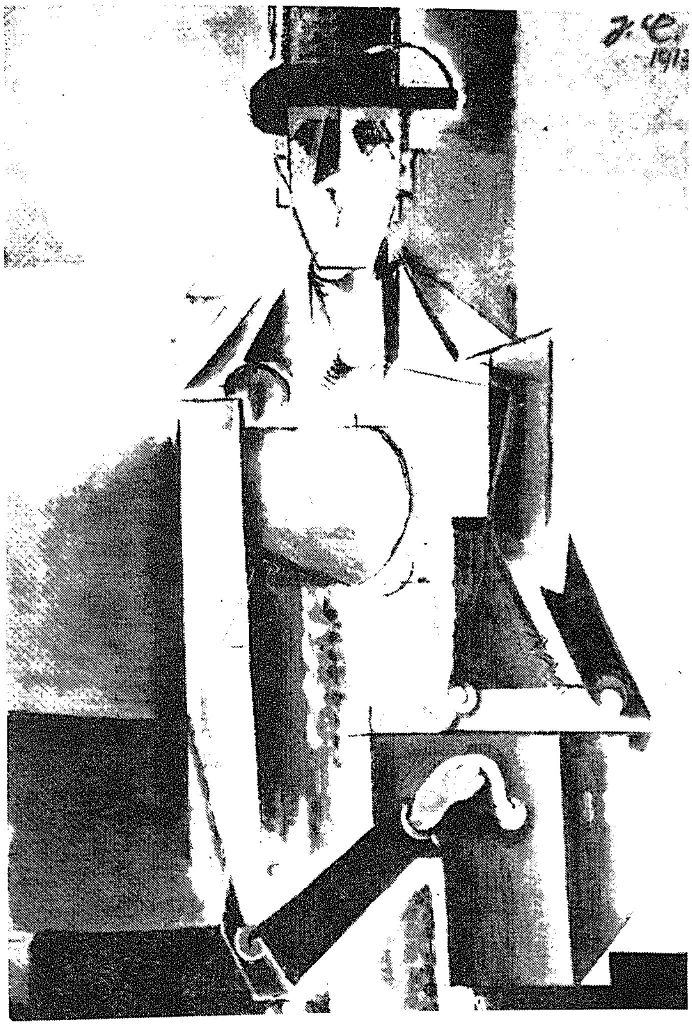
Muster eines Fahndungsblattes von 1908

schwung nehmen. Theodor Schuster besuchte im Auftrag der Freien Vereinigung der Metallarbeiter Mülheim und schilderte seine Eindrücke in der ersten Ausgabe des "Syndikalist" am 14.12.1918: "Was ich in diesen acht Tagen sah, daß wird mir unvergesslich sein. Nichts mehr von resignierten Gesichtern, leuchtenden Auges wurde von den Versammelten berichtet, wie die Umwälzung vor sich gegangen. Überall hatten sich syndikalistische Organisationen gebildet. Der Same, der vor Jahren ausgestreut und anscheinend auf unfruchtbaren Boden gefallen waren, war aufgegangen. In Mülheim an der Ruhr leisten unsere Gesinnungsgenossen im Arbeiter- und Soldatenrat praktische Arbeit. Bei der Ausschußwahl auf der Friederich-Wilhelm Hütte wählten die Arbeiter in der Mehrzahl für unsere Genossen. ..."

Bis Ende 1919 organisierten sich 5000 Metallarbeiter in der "Freien Vereinigung" die sich nun "Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten)", kurz FAUD, nannte. Die Mülheimer Lederarbeiter gehörten fast vollständig der FAUD an; Bauarbeiter, Bergarbeiter und auch die Verkehrsarbeiter traten in hoher Zahl der anarchistischen Gewerkschaft bei.

Die Mülheimer Polizeiverwaltung meldete am 30. April 1921 der Meldestelle der Regierung Düsseldorf: "Die Freie Arbeiter-Union (Syndikalisten) zählt in hiesigem Bezirk etwa 8000 Mitglieder." Auch andere anarchistische Gruppierungen erhielten regen Zulauf. Der "Anarchistische Freibund" hatte hier mehrere hundert Mitglieder, anarchistische Jugend- und Frauengruppen bildeten sich und Kulturorganisationen wie die "Freien Sänger", die relativ eng mit der FAUD zusammenarbeiteten, gewannen an Einfluß.

Die anarchistische Bewegung war nun fast über nacht aus ihrem Debattierzirkel-Dasein zu einer Massenbewegung angewachsen. Doch nicht jeder, der in dieser Zeit radikal auftrat und ein Mitgliedsbuch der FAUD bei sich führte, war auch ein Anarchist. Die Bewegung war ja nicht kontinuierlich gewachsen. Als die mit der FAUD verbundenen Hoffnungen auf eine baldige



revolutionäre Umwälzung enttäuscht wurden, verließ ein Großteil der Mitglieder die FAUD und zog sich resigniert aus dem politischen Leben zurück. In einem Schreiben der Polizeiverwaltung an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf am 2. September 1924 heißt es: "Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten), welche in den Jahren 1920 bis 1922 eine der stärksten und größten gewerkschaftlichen Organisationen im hiesigen Bezirk war ..., ist in den letzten beiden Jahren stark zurückgegangen und zählt nur noch einige 100 Mitglieder." Die Mitgliederversammlungen wurden nur noch äußerst schwach besucht. Eine öffentliche Veranstaltung im August 1924 unter dem Thema "Nie wieder Krieg" brachte es nur auf 100 bis 120 Teilnehmer. 1931 gehörten der FAUD in Mülheim nur noch 32 Bauarbeiter und 102 Metallarbeiter an.

Die Anarchisten hatten sich während der Dauer des gesamten Kaiserreichs nicht von ihrer Niederlage nach dem Sozialistengesetz erholen können. Das kurze 'Gastspiel' der Anarcho-Syndikalisten Anfang der Weimarer Republik konnte die über 30 Jahre gefestigte Vorherrschaft der autoritär-marxistischen Parteien nicht brechen.

Publizierte Quellen:
Sepp Oerter, Acht Jahre Zuchthaus. Lebenserinnerungen von Sepp Oerter, Berlin, 1908
Rudolf Rocker, Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten, Frankfurt a.M., 1974



Klarer als manche Artikel spricht diese Fotografie von der großen Kraft der Kunst, die Gefühle und Gedanken der Menschen zu bewegen.
nie wieder arbeiten !

Anarchosyndikalismus und Geschichtswissenschaft

Eine Rezension von Dieter Nelles

btr.: IWK, Heft 3, 25. Jg., September 89 *(IWK-Red., Kirchweg 33, 1000 Berlin-38; vierteljährliche Zeitschrift, ABO: 67.-, für Arbeitslose und Studenten 40.-).*

Die Zeitschrift IWK (Internationa*le wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung)* widmete ihre vorletzte Ausgabe (3/89) Beiträgen zur Geschichte des deutschen Anarchosyndikalismus. Zentral sind ein Aufsatz von *Hans-Manfred Bock:* »Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz« und zwei weitere Aufsätze von *Wolfgang Haug* »Eine Flamme erlischt. Die Freie Arbeiter Union von 1932-1937« und von *Cornelia Regin* »Hausfrau und Revolution. Die Frauenpolitik der Anarchosyndikalisten in der Weimarer Republik.« Ergänzt werden sie noch durch einen Bericht von Cornelia Regin über ein internationales Seminar an der University Centre of Postgraduate Studies, Dubrovnik über »Anarchism: Community and Utopia. Political Theory and Political Education.«

Die im Jahre 1969 veröffentlichte Dissertation von Hans-Manfred Bock *»Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands«*, Meisenheim/Glan 1969, war die erste fundierte wissenschaftliche Studie zur Geschichte des deutschen Anarcho-Syndikalismus in der Frühphase der Weimarer Republik. Sein Aufsatz in der IWK ist eine Bilanz der "wissenschaftlichen und jungakademischen Bücher und Aufsätze der letzten zwanzig Jahre zum Anarchosyndikalismus in Deutschland der Weimarer Republik einschließlich seiner Vor- und Rezeptionsgeschichte" mit dem Anspruch "in weitgehend chronologischer Anordnung und jeweils unter zentralen Themen gruppiert, die Erkenntnisgewinne und -defizite der weit verstreuten neueren Literatur zum deutschen Anarchosyndikalismus überschaubar zu machen." (S.295)

Bock gliedert seinen kritischen Bilanzierungsversuch in folgende Kapitel:

- Zu den Anfängen der lokalistischen Gewerkschaftsbewegung: Handwerker-Sozialisten, lokale Fachvereine und Versammlungsdemokratie
- Die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften als Massenorganisation: Von der sozialdemokratischen Avantgarde zum Schrittmacher des

revolutionären Syndikalismus vor 1914
- Die Neuformierung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften als Massenorganisation 1918/19: Zur Frage der Kontinuität zwischen Lokalismus und Anarchosyndikalismus
- Die FAUD zwischen Anarchismus und Unionismus: Zum Fragmentierungsprozeß des deutschen Anarchosyndikalismus
- Die FAUD zwischen sozialrevolutionärer Klassenkampforganisation und radikaler Kulturbewegung. Zur Funktion und Struktur des deutschen Anarchosyndikalismus
- IAA und internationaler Kontext: Zur Geschichte der IAA und zur vergleichenden Analyse des deutschen Anarchosyndikalismus
- Wiedergründungs- und Wiederaneignungsversuche nach dem zweiten Weltkrieg.

Es ist unmöglich im Rahmen dieser Rezension auch nur einen skizzierten Überblick über alle Neuerscheinungen der letzten 25 Jahre zu geben. Die "jungakademische Nachwuchskraft" - einen Titel den Bock mir und anderen in seinem Aufsatz gibt - erlaubt sich einige kritische Anmerkungen zum Aufsatz der "altakademischen Führungskraft".

1) Nicht nur Berlin und Mitteldeutschland waren die Zentren der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften sondern auch das Rheinland mit Zentrum in Düsseldorf. Hier hatte die Freie Vereinigung Bau-, Holz- und Fabrikarbeiter organisiert und die Zusammenarbeit mit den Anarchisten war hier sehr eng. *Bock* erwähnt die Zeitschrift *Weckruf (Organ für Anarchismus und Syndikalismus)*. Namhafte Repräsentanten der Düsseldorfer FAUD, wie Carl Windhoff, Anton Rosinke und Johann Nattermann gehörten vor dem 1. Weltkrieg schon zu den Aktivisten der anarchistischen und syndikalistischen Bewegung. Die Textilarbeiter am Niederrhein, die *Bock* irrtümlicherweise (S.315) dem Ruhrgebiet zuschlägt, kamen aus der lokalistischen Tradition. Zwar trat der niederrheinische Weberverband 1902 von der Freien Vereinigung zum Deutschen Textilarbeiterverband über, aber bis zum Faschismus hatten die Anarchosyndikalisten in dieser Berufsgruppe immer eine Basis und vor dem 1. Weltkrieg mehrere Ortsgruppen.

2) Fundierte sozialgeschichtliche Untersuchungen zum Anarchosyndikalismus im Ruhrgebiet und in anderen Regionen fehlen bislang, mit Ausnahme der Untersuchung von *Erhard Lucas* zu Hamborn. *Bock* kritisiert zu Recht, daß sich die Studien zum Anarchosyndikalismus zu verallgemeinernd auf *Lucas* Thesen beziehen. Ich bin aber nicht der Meinung *Bocks*, daß die Forschungslage für das Ruhrgebiet kohärent ist (S.309). Es muß noch untersucht werden, ob in Mühlheim/Ruhr, in Duisburg etc. die gleichen sozialgeschichtlichen Bedingungen existierten wie in Hamborn. Das gilt erst recht für Städte bzw. Regionen wie Düsseldorf, das Bergische Land oder den linken Niederrhein. Die geplante Arbeit von *Andreas Müller* zum Anarchosyndikalismus in Dortmund wird in dieser Hinsicht Aufschlüsse geben.

Bocks generelle These: »Die Ausweitung der Freien Vereinigung zur Massenorganisation wurde möglich durch die Gründung organisationserfahrener und beruflich qualifizierter Arbeiter aus der freigewerkschaftlichen Opposition und durch die Heranziehung größerer Teile von un- bzw. angelernten Arbeitern ohne Organisationserfahrung« ist im großen und ganzen zuzustimmen. (S.314)

In Mühlheim waren es ehemalige Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbands, die während des Krieges Kontakt aufnahmen zu Fritz Kater in Berlin. Diese politisch erfahrenen Arbeiter u.a. Heinrich Reuß und Heinrich Melzer spielten in der Rätebewegung, während des Kapp-Putsches und der rheinländisch-westfälischen FAUD eine entscheidende Rolle.

In Düsseldorf verbanden sich die Kader der Freien Vereinigung mit dem Allgemeinen Arbeiterverein, einer gewerkschaftlichen Oppositionsgruppe, die im Weltkrieg entstanden war.

Im heutigen Wuppertal waren es die Verbindung der Syndikalisten mit den militanten Arbeitern des größten Betriebs vor Ort, der Firma Jäger.

Um zu einer präzisen Analyse des Masseneinflusses der Freien Vereinigung und der späteren FAUD zu kommen, wären konkrete sozialgeschichtliche Untersuchungen in den Zentren der Bewegung notwendig. Diese würden auch mehr Auskunft geben über den Fragmentierungsprozeß der sozialrevolutionären Gewerkschaften, der 1920 einsetzte. *Bock* bemerkt zu Recht, daß es dazu so gut wie keine Literatur gibt. Meine These ist, daß es von Zufällen abhing - z.B. welche Personen jeweils vor Ort die Meinungsführerschaft hatten - welcher Organisation sich die Arbeiter anschlossen. Daß die Abgrenzung an der Basis keine bedeutende Rolle spielte, zeigt der große Metallarbeiterstreik in Düsseldorf 1922, der gemeinsam von Unionisten und Syndikalisten bei Mannesmann initiiert wurde. Und die immer wiederkehrenden Aufrufe zur Einigung des Proletariats in der anarchistischen Tageszeitung »Die Schöpfung« in Düsseldorf in den Jahren 1921/22.

Die Spaltungen, Diskussionen über Organisationsfragen, Siedlungen etc., der Jahre 1921/22 sind meiner Meinung nach auch ein Ausdruck für die große Orientierungslosigkeit der gesamten revolutionären Bewegung in Deutschland nach den verheerenden Niederlagen der Jahre 1918–1921.

Es ist, soweit ich weiß, noch nie untersucht worden, welche Konsequenz die für heutige Verhältnisse unvorstellbare Repression für die revolutionären Arbeiterorganisationen hatte. Stichworte wären: Die vielen Toten, für die Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stellvertretend stehen, die 7000 politischen Gefangenen, der - im Ruhrgebiet permanente - militärische Ausnahmezustand und die damit einher gehenden Versammlungsverbote etc. Gerade in Phasen der Orientierungslosigkeit und Resignation wächst die Bedeutung einzelner Personen. Nur konkrete Studien vor Ort können hier eine Antwort geben.

In diesem Zusammenhang ist aber eine weitere These nicht zutreffend: »Die anarchistische Opposition verfolgte das Ziel der Erprobung neuer Lebensformen und Formen der Sozialisation in den Siedlungs- und Erziehungs- und künstlerischen Experimenten, die unionistische Opposition das Ziel wirksamer Vertretung tarif- und sozialpolitischer Interessen und generell der Arbeiterinteressen in den Betriebsräten.«

Namhafte Vertreter der Opposition im Rheinland, wie der Elberfelder Hans Schmitz und die Düsseldorfer Anton Rosinke und Waldemar Kutsche (einer der Begründer der Siedlung »Freie Erde«) gehörten zwar zur Opposition, waren aber dennoch in ihren Betrieben aktiv. Die Nicht-Teilnahme an Betriebsratswahlen sagt nicht unbedingt etwas aus über das Engagement im Betrieb.

3) *Bocks* These zur Spätphase der FAUD ab 1923 ist zutreffend: »Die deutsche Bewegung scheiterte zwar als Massenbewegung mit dem Ende der Inflationsperiode und sie konnte auch nicht ihr Programm realisieren zugleich Wirtschaftskampforganisation und Kulturbewegung zu sein. Politisch isoliert und als Teil der Arbeiterbewegung marginalisiert, bewirkte jedoch der deutsche Anarchosyndikalismus gerade in dem Maße, wie er seit Mitte der zwanziger Jahre auf sich selbst verwiesen war, eine Wertorientierung und Verhaltensdisposition bei seinen Mitgliedern, die diese befähigten eine bemerkenswerte Rolle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Spanischen Bürgerkrieg zu spielen«.

Nur am Rande sei noch angemerkt, daß in diesem Kapitel die "altakademische Führungskraft" zwar den "jungakademischen Nachwuchskräften" den dokumentarischen Wert ihrer Arbeit bescheinigt, es aber der Beitrag der "jungakademischen Nachwuchskräfte" war, die Freie Arbeiter Union »zwischen sozialrevolutionärer Klassenkampforganisation und radikaler Kulturbewegung« charakterisiert zu haben. Ehre wem Ehre gebührt. *Bocks* Aufsatz ist insgesamt ein wertvoller Beitrag für zukünftige Forschungen zum Anarchosyndikalismus.

Der Beitrag von *Wolfgang Haug* behandelt die FAUD von der Spätphase der Weimarer Republik bis zu der Zerschlagung ihrer Widerstandsgruppen 1937. Danach gab es keine organisierte anarchosyndikalistische Widerstandsbewegung im Deutschen Reich mehr. Die Aktivitäten der deutschen Anarchosyndikalisten im Ausland werden Thema einer im nächsten Jahr erscheinenden Studie über »Deutsche Anarchisten im Spanischen Bürgerkrieg und im Exil« sein, an der ein Autorenquartett *(Hans-Jürgen Degen, Wolfgang Haug, Dieter Nelles, Ulrich Linse)* derzeit arbeitet. *Haug* überprüft die bisher veröffentlichte Literatur und ergänzt sie durch bislang nicht benutzte Quellen aus dem Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam (Nachlaß von Rudolf Rocker, Archivbestände der IAA), dem Stadtarchiv Mannheim (Prozeßakte gegen Südwestdeutsche Anarchosyndikalisten), dem Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Prozeßakten gegen rheinland-westfälische Anarchosyndikalisten), dem Institut für Zeitgeschichte (nach 1945 verfaßte Erinnerungen überlebender deutscher Anarchosyndikalisten) und dem Bundesarchiv in Koblenz (Prozeßakten gegen Berliner und sächsische Anarchosyndikalisten).

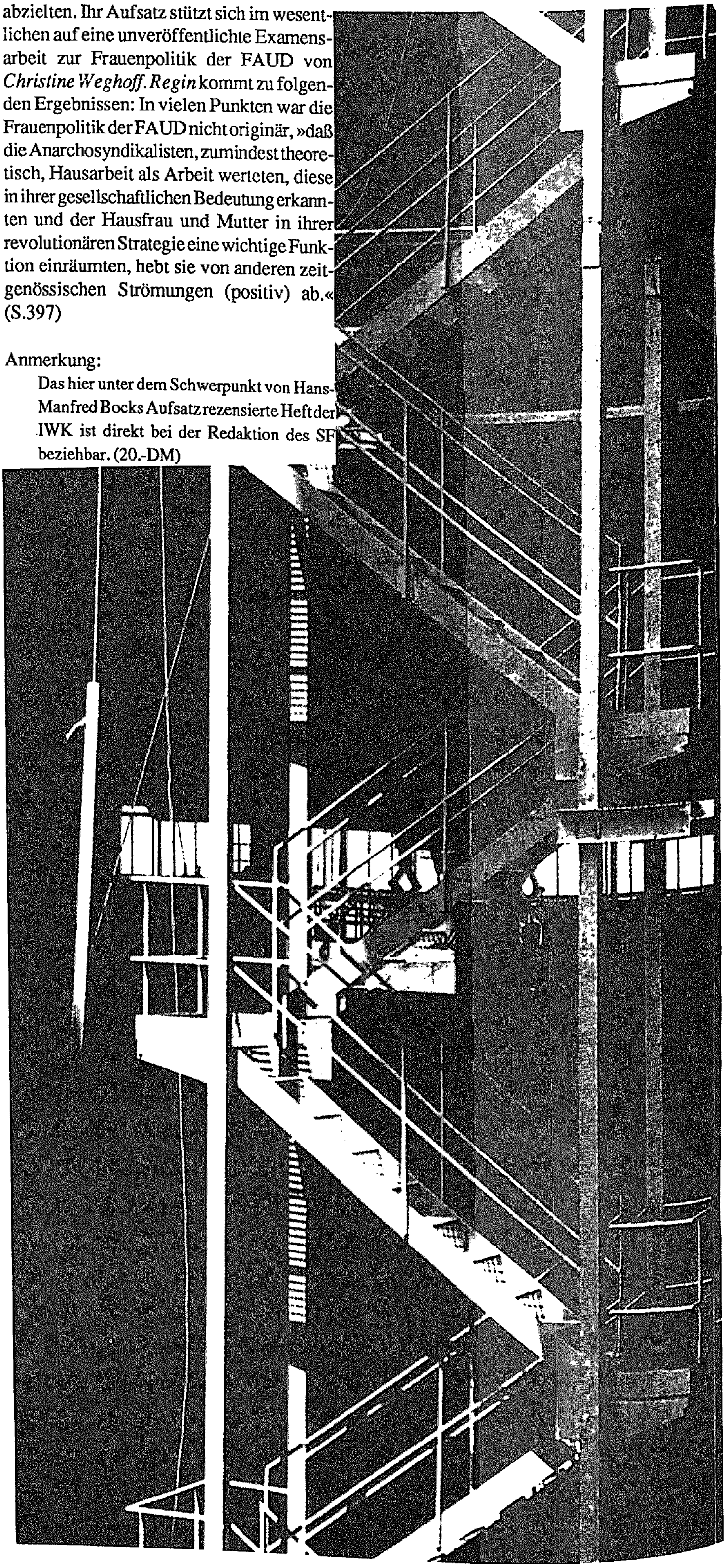
Er gibt zunächst einen Überblick über die Organisationsstärke der FAUD 1932 und die Vorbereitung auf die Illegalität. Dem schließt sich ein Kapitel an über die illegale Geschäftskommission, die zunächst in Berlin war und dann über Erfurt nach Leipzig verlegt wurde. In den weiteren Abschnitten untersucht er den Widerstand in den einzelnen Regionen, wobei sich Berlin, Rheinland-Westfalen und Sachsen als Zentren des illegalen Widerstands der FAUD zeigen. Während zahlenmäßig kleinere Gruppen in Südwestdeutschland eine noch verhältnismäßig hohe Aktivität zeigen, werden die auffindbaren Nachrichten für Norddeutschland, Bayern und Schlesien äußerst dünn. (Bislang unzugängliche DDR-Archive versprechen da jedoch noch mehr Aufschluß).

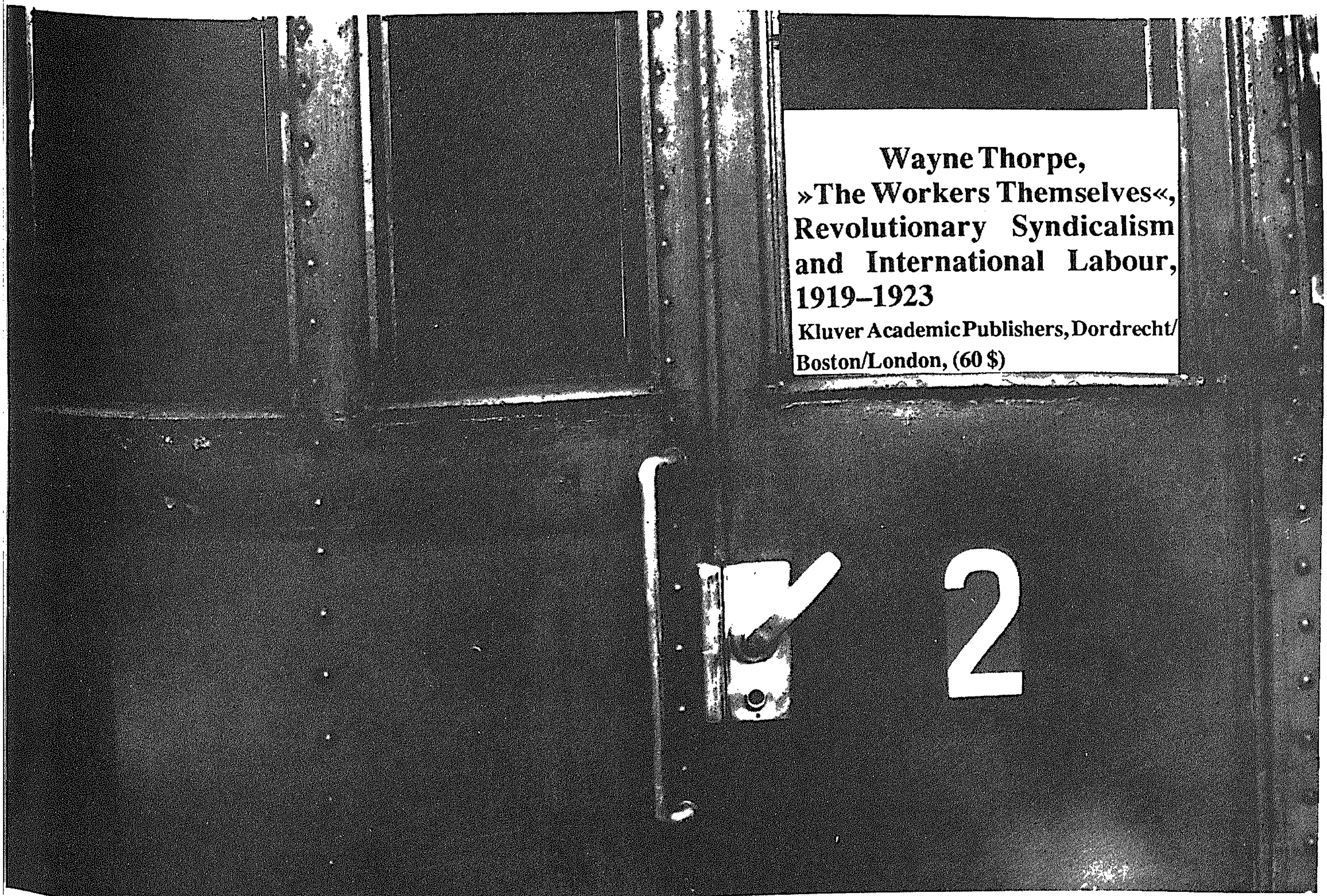
Haug resümiert: »Das Jahr 1937 markiert ... das Ende der illegalen FAUD in Deutschland. Daß es dieser kleinen Organisation überhaupt gelang, so lange illegal zu arbeiten, lag insbesondere daran, daß ihre Mitglieder nicht nur politisch, sondern auch freundschaftlich miteinander verbunden waren oder sich zumindest persönlich kannten, was die Gefahr der Spitzeltätigkeit in ihren Reihen erheblich verringerte. Auffällig ist, daß aus den Bekanntschaften bewußt Kapital geschlagen wurde, indem fast überall die ehemaligen Kassierer der FAUD als Kontaktleute fungierten.« (S.369)

Eine eingehende Beschäftigung mit dem Ansatz der anarchosyndikalistischen Frauenpolitik ist für *Cornelia Regin* nicht aus ihrer Stärke oder ihrem Einfluß begründbar, sondern weil die Anarchosyndikalisten im Unterschied zu anderen proletarischen Organisationen auf eine »Mobilisierung der Hausfrauen und Mütter« in ihrer Politik abzielten. Ihr Aufsatz stützt sich im wesentlichen auf eine unveröffentlichte Examensarbeit zur Frauenpolitik der FAUD von *Christine Weghoff*. *Regin* kommt zu folgenden Ergebnissen: In vielen Punkten war die Frauenpolitik der FAUD nicht originär, »daß die Anarchosyndikalisten, zumindest theoretisch, Hausarbeit als Arbeit werteten, diese in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung erkannten und der Hausfrau und Mutter in ihrer revolutionären Strategie eine wichtige Funktion einräumten, hebt sie von anderen zeitgenössischen Strömungen (positiv) ab.« (S.397)

Anmerkung:

Das hier unter dem Schwerpunkt von Hans-Manfred Bocks Aufsatz rezensierte Heft der IWK ist direkt bei der Redaktion des SF beziehbar. (20.-DM)





Wayne Thorpe, »The Workers Themselves«, Revolutionary Syndicalism and International Labour, 1919–1923

Kluver Academic Publishers, Dordrecht/ Boston/London, (60 $)

»Wenn wir in Spanien verlieren, versackt eine ganze Generation von Revolutionären.«

Mit "wir" meinte der Milizionär der Columna Ascaso und Anarcho-Syndikalist Fritz Benner in erster Linie, die damals noch zahlreichen Anarchosyndikalisten, die in Spanien gegen den Faschismus und für die soziale Revolution kämpften. Die Niederlage des Anarchismus in Spanien war gleichzeitig auch der Niedergang für die gesamte internationale anarcho-syndikalistische Bewegung, die sich seit 1923 in der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) zusammengeschlossen hatten. Zwar existiert die IAA noch heute, aber verglichen mit ihrem damaligen Einfluß ist sie nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die IAA teilte das Schicksal ihrer nationalen Organisationen, die in der Geschichtsschreibung bis vor kurzer Zeit keinen Niederschlag fanden. Den wenigen fundierten Studien über die jeweiligen nationalen Organisationen stand bislang keine vergleichbare zum internationalen Zusammenschluß gegenüber. Dieser Mangel ist nun teilweise behoben. Nur teilweise, weil die ausgezeichnete Arbeit des Amerikaners *Wayne Thorpe: »The Workers Themselves, Revolutionary Syndicalism and International Labour, 1919–1923«*, die kürzlich in der Reihe *Studies in Social History des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte* in Amsterdam erschien, den Gründungsprozeß der IAA bis 1923 zum Thema hat.

Thorpe hat die in vielen Archiven Europas und der USA verstreuten Dokumente und Materialien zur Geschichte der IAA zu einem lesenswerten Buch verarbeitet, dessen Verbreitung leider hier durch Sprache und Preis enge Grenzen gesetzt sein werden.

Thorpe skizziert zunächst kurz die Geschichte der 1.Internationale in deren direkten Tradition sich die IAA verstand und der Entwicklung des revolutionären Syndikalismus bis zum 1.Weltkrieg. Der revolutionäre Syndikalismus hatte seinen Ursprung in Frankreich zum Ende des letzten Jahrhunderts; die CGT wuchs schnell zu einer mächtigen Gewerkschaftsorganisation von einer halben Million Mitgliedern. Ihre Propaganda des Generalstreiks zum Sturz des kapitalistischen Systems fand im Gefolge der Russischen Revolution von 1905 Gehör in fast allen europäischen Ländern. Kurz vor dem ersten Weltkrieg existierten in vielen Ländern kleine syndikalistische Gewerkschaften oder syndikalistische Strömungen innerhalb der reformistischen Gewerkschaften.

Von den holländischen und englischen Syndikalisten ging die Initiative aus zum ersten internationalen Kongreß in London 1913. Es waren dort 33 Delegierte aus 60 Arbeiterorganisationen und 12 Ländern vertreten. Die mächtige CGT hatte sich gegen den Kongreß ausgesprochen und nahm nicht daran teil. Sie war Mitglied im Internationalen Gewerkschaftsbund und setzte auf dessen revolutionäre Veränderung. Aus Rücksicht auf die CGT wurde auf die Gründung einer Internationale, die vor allem von den schwedischen, holländischen und deutschen Vertretern gefordert wurde, verzichtet. Stattdessen wurde eine Erklärung verfaßt, die Einrichtung eines Informationsbüros in Amsterdam und die Herausgabe eines Bulletins beschlossen. Der 1.Weltkrieg machte diesen Aktivitäten ein schnelles Ende.

Die russische Revolution hatte auch auf die revolutionären Syndikalisten und Anarchisten zunächst eine große Ausstrahlung. Wie Augustin Souchy formulierte: »Sie war die große Passion, die uns alle mitriß. Im Osten, so glaubten wir, ging die Sonne der Freiheit auf.«

Vertreter syndikalistischer Organisationen – u.a. Augustin Souchy – folgten daher der Einladung zum 2.Kongreß der

Kommunistischen Internationale, der ganz im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen Lenin und den deutschen Linkskommunisten um Otto Rühle stand. Nach langen Verhandlungen mit den Bolschewiki einigte man sich auf die Gründung einer Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI), der die russischen Gewerkschaften, kommunistische Vertreter in den reformistischen Gewerkschaften und die revolutionären Syndikalisten angehören sollten.

Bis zum Bruch und der Gründung der IAA Anfang 1923 in Berlin war die zentrale Frage der Auseinandersetzung zwischen Syndikalisten und Bolschewiki, die Frage der Unterordnung der RGI unter Beschlüsse der Kommunistischen Internationale (KI). Die Unterdrückung und Inhaftierung von Anarchisten in der Sowjetunion und die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands verschärften diesen Konflikt.

Rudolf Rocker, der zur zentralen Gestalt des Anarcho-Syndikalismus werden sollte und maßgeblich beteiligt war an der Gründung der IAA, nahm zu der Unterdrückung politisch Andersdenkender in der Sowjetunion als erster öffentlich Stellung mit seiner Broschüre *»Der Bankrott des russischen Staatskommunismus«* im Jahre 1921. Daß die Verhandlungen zwischen Kommunisten und Syndikalisten sich noch bis zum Jahre 1923 hinzogen, lag daran, daß namhafte Vertreter des internationalen Syndikalismus nun für die Prinzipien der RGI eintraten, so u.a. der Engländer Tom Mann, die beiden Franzosen Pierre Monatte und (der spätere Trotzkist) Alfred Rosmer und die beiden Spanier und späteren Mitbegründer des POUM, Andres Nin und Joaquin Maurin.

Thorpe zeichnet die Entwicklung dieser Auseinandersetzung, die in der Gründung der IAA ihr Ende fand im Detail nach. Auf dem Gründungskongreß in Berlin waren Vertreter von 15 Ländern anwesend, die nach eigenen Angaben zwei Millionen Mitglieder vertraten; eine Zahl, die sicherlich zu hoch gegriffen ist. Es wurde eine von Rudolf Rocker verfaßte Prinzipienerklärung angenommen und Rocker, Souchy und der russische Anarchist Alexander Shapiro wurden als Sekretäre gewählt, das Sekretariat hatte seinen Sitz in Berlin.

Nach ihrer Gründung hatte die IAA ihren Zenit aber schon überschritten, die beiden mächtigsten Landesorganisationen, die spanische CNT und die italienische USI wurden illegal, die französischen Syndikalisten wurden von den Kommunisten verdrängt und die deutsche FAUD verlor nach der Inflation die meisten ihrer Mitglieder. So war die IAA nicht in der Lage, den Auseinandersetzungen der 30er Jahre – außer in Spanien – ihren Stempel aufzudrücken. Die Niederlage in Spanien war – wie anfangs erwähnt – gerade deshalb eine Katastrophe für die anarcho-syndikalistische Bewegung; eine Katastrophe von der sie sich bislang nicht erholen konnte.

Dieter Nelles

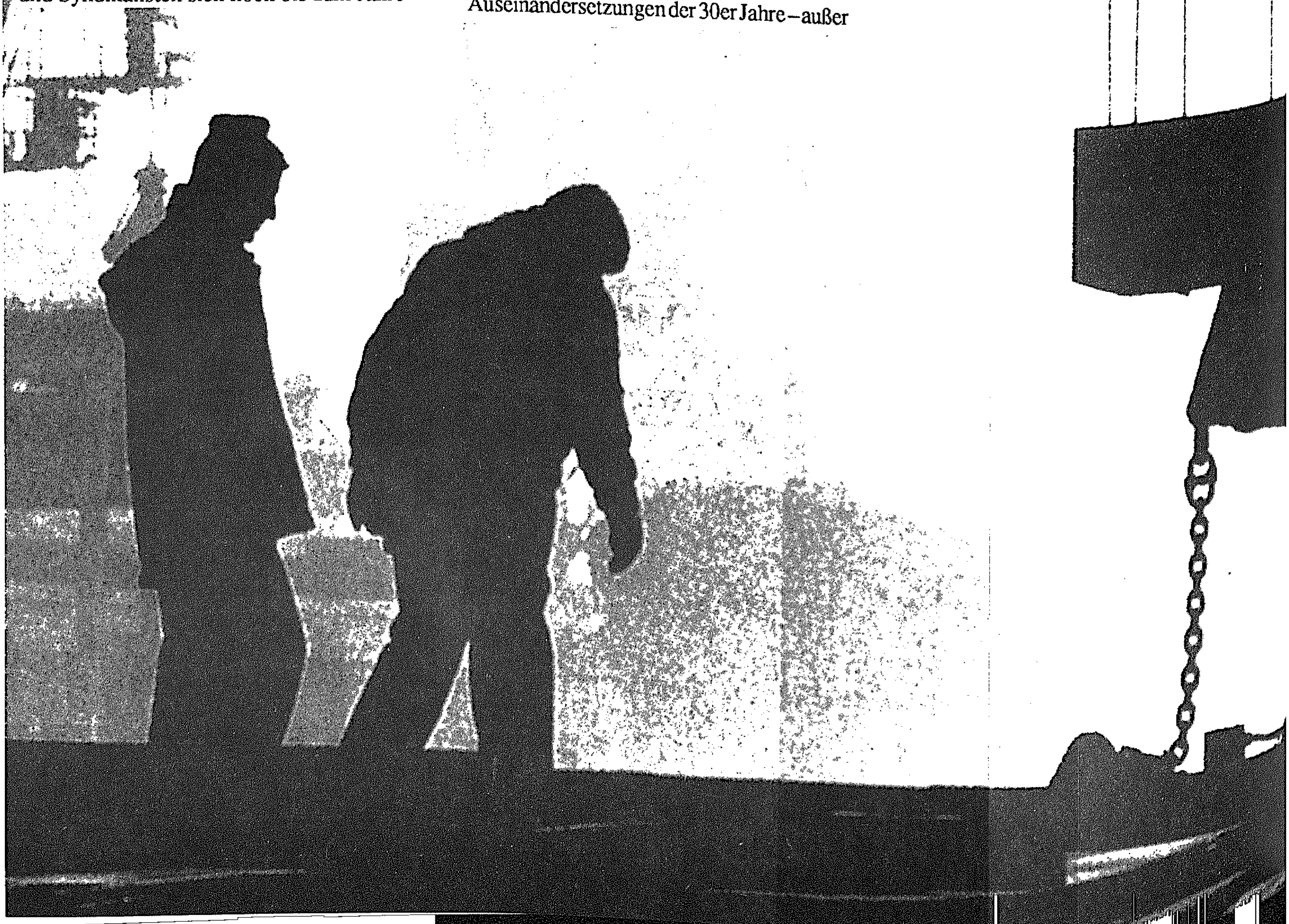




Photo: Ulli Mamat

Alle Revolutionen haben rechtlich, politisch wie sozial kaum etwas für die Frauen gebracht. Eine wirksame Veränderung ihrer Situation konnten Frauen zumeist nur durch längerfristige und konstante Arbeit erreichen, die zusätzlich von den sogenannten revolutionären Männern unnötig sabotiert wurde.

Die als Artikelüberschrift zitierten Worte des Vorsitzenden Soldmann auf dem bayrischen Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte am 7.3.1919 zeigen in exemplarischer Weise, wie revolutionäre Männer über emanzipatives Frauenbegehren verhandelten. Auf dieser Versammlung hatte die Radikalpazifistin Anita Augspurg versucht einen Antrag einzureichen, der wörtlich lautete:

"Ausbau und Ergänzung des Rätesystems durch Errichtung von Frauenräten, um insbesondere auf dem Lande der Propaganda der Reaktion durch Aufklärung und Politisierung der Frauen entgegentreten zu können."

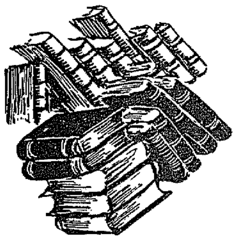
Der Antrag wurde aus formalen Gründen abgelehnt, weil die anwesenden Männer, insbesondere der (spätere) Nationalbolschewist Ernst Niekisch, "nicht viel mit ihm anfangen" konnten und deshalb "ins einzelne gehende Vorschläge" verlangten, "um hier abstimmen und entscheiden zu können". Obwohl Revolutionen immer nur Männerangelegenheiten waren, die im Namen einer universalen Menschheit oder Arbeiterschaft nur Männern die ersehnten und erkämpften Rechte und Freiräume verschafften, konnten diese Männerangelegenheiten nicht auf weibliche Subsistenz und Arbeitskraft verzichten: Frauen schrieben und verteilten Flugblätter, Frauen verstärkten Demonstrationen, Frauen versteckten von der Polizei gesuchte Personen, Frauen stellten falsche Pässe aus, Frauen agitierten, Frauen pflegten die Revolutionäre auf vielfältige Weise und versorgten gleichfalls den revolutionären Nachwuchs.

Alle diese Frauen waren "revolutionäre Frauen", wie Christiane Sternsdorf-Hauck sagt, sie waren Frauen im Widerstand gegen die politische Reaktion. Das Engagement von Frauen während der bayrischen Revolution war nicht gering und ihre Begeisterung für die Revolution und Rätebewegung ist vielen ihrer Aufrufe und Briefe zu entnehmen, auch wenn diese Revolution nicht "ihre" Revolution war. Mehrheitlich wurden die Anträge der Frauen auf den Rätekongressen abgewürgt und nur als "Anregung" empfunden, "die vielleicht den Aktionsausschuß anspornen muß" (Niekisch).

Als "Muse" dienten demnach auch die "revolutionären Frauen" den revolutionären Herren, deren Ziel es in Zukunft sogar sein wollte, die Frauenarbeit abzuschaffen. Mit diesem Ziel hätten die linken Männer jedoch noch so ganz nebenbei eine für Frauen wichtige Errungenschaft der Republik demontiert, war doch die Wahlberechtigung zu den Arbeiter- und Bauernräten an die Berufszugehörigkeit geknüpft, die sich schon einschränkenderweise nur auf typische Männerberufe bezog. Es gab - obwohl eine Domäne weiblicher Berufsarbeit - kein einziges Dienstmädchen im Arbeiterrat (nur in Jena existierte ein Hausfrauenrat). Sternsdorf-Hauck schreibt, daß die Männer, die in den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten, im Vollzugsrat, im Provisorischen Nationalrat und im Rätekongreß saßen, in ihrer Mehrheit Sozialisten waren, "Männer, die zumindest einen gewissen Reform-Anspruch hatten." In der Behandlung der Frauen bewiesen sie sich jedoch als "Junker" und "Spießer aus Kaiser Wilhelms Zeiten". Ausnahmen unter ihnen gab es nur wenige. So unterstützte Erich Mühsam den Antrag der Radikalpazifistinnen Augspurg und Heymann auf Frauenräte und liebäugelte mit dem "Mutterrecht als heilige Menschheitssache". Ernst Toller schlug Anita Augspurg als Ministerin für soziale Fürsorge vor, die jedoch nicht gewählt wurde, und er stellt zu recht fest, daß es den Arbeitern unbequem ist, "wenn ihre Frauen ernst machen mit der Verwirklichung sozialistischer Forderungen." Toller weiß kurioserweise von einem Genossen zu berichten, dessen Steckenpferd die Polygamieforderung für Mann und Frau war, dessen Glück jedoch plötzlich "auf immer vergiftet" schien, als die Gattin während seiner Haftzeit einen "Fehltritt" (Originalzitat) beging.

Die Angst der Männer - ob revolutionär oder reaktionär - vor den Frauen war groß, die Furcht vor Autoritätsverlust saß tief und ihre Weiblichkeitsbilder waren im Grunde nicht voneinander zu unterscheiden. Ein Sieg des vereinigten Patriarchats mag sich auch darin verdeutlichen, daß sich Frauen gegenüber Frauen feindselig und unsolidarisch verhalten konnten. Frauen sagten gegen Frauen, die Rotgardisten gewarnt hatten, vor Gericht aus oder zeigten sie an. Frauen ließen sich als Spitzel einspannen, um sich in das Vertrauen inhaftierter RäterepublikanerInnen einzuschleichen und wertvolle Nachrichten der Militärpolizei zu übermitteln. Um die eigene Haut zu retten, belasteten jedoch auch nicht wenige männliche Beteiligte der Revolution und Rätezeit andere schwer. Diese Phänomene zeigen, daß die Widersprüche in der Gesellschaft mittels patriarchaler Herrschaft durch die Klassen, Geschlechter und Individuen gehen.

Nach den Quellen von Sternsdorf-Hauck schienen aber Frauen eher dazu imstande, entgegen einer verinnerlichten Staatsgröße und damit über ein parteipolitisches Interesse hinaus frauen- und gesellschaftspolitische Arbeit zu



leisten. Der "Bund sozialistischer Frauen", der im Dezember 1918 gegründet wurde, setzte sich zum Ziel, feministisch engagierte und linksgerichtete Frauen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit zusammenzuschließen. Zu seinen Mitgliedern gehörten u.a. die beiden Radikalpazifistinnen Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg, Thekla Egl (USPD), Toni Pfülf (SPD), Hedwig Kämpfer (USPD) und Elma Klingelhöfer (USPD). Dieser Bund sozialistischer Frauen arbeitete eng mit anderen Frauengruppen zusammen, deren Tätigkeiten darin bestanden, Kriegen entgegenzuwirken, den sozialistisch-kommunistischen "Gedanken" vorwärtszutreiben, neue und freie Erziehungsmethoden auszuarbeiten, Straffreiheit für Schwangerschaftsunterbrechungen zu erlangen und "Zentralhaushaltungen" (Groß-Wohngemeinschaften) zu fordern. Die Frauen versuchten, die KPD-Führer Levien und Leviné zu überzeugen, daß es besser sei, mit den Weißen der Regierung Hoffmann zu verhandeln, statt unnötig Blut zu vergießen. Für ihre Friedensarbeit ernteten sie nur Hohn und Spott und Levien pries gegenüber den "Defaitistinnen" die russischen Revolutionärinnen, "die mit der Waffe in der Hand den Kampf für die russische Revolution aufgenommen hätten". Da sich die Frauen mit ihrem Friedenswillen nicht geschlagen gaben, kamen sie zu dem Schluß, selbständig mit der roten und weißen Armee zu verhandeln. Beim Führer der Roten Armee fanden sie Entgegenkommen, der ihnen ein sicheres Geleit zum Kommandanten der Weißen gab, der aber die Friedensvermittlung ablehnte.

Viele Frauen setzten ein großes Vertrauen in die Revolution und die Organe der Rätebewegung, das - nach dem Tenor des vorliegenden Buches - schwer enttäuscht wurde. Auch wenn sich Frauen zuweilen in ihren alltäglichen Forderungen durchsetzten - so schrieb der Münchner Vollzugsrat der Arbeiter- und Betriebsräte an einen Ehemann, er möge im eigenen Interesse (!) seine Frau in Zukunft menschlicher behandeln -, sahen sie, daß nur aufgrund einer Quotierung Frauen in die Räte kommen konnten. Toni Sender, Generalsekretärin des Arbeiterrates in Frankfurt, machte sich auf diesem Gebiet besonders stark - eine Forderung, die wie die immer noch unbeendete Diskussion zeigt, als "undemokratisch" und "männerfeindlich" angesehen wird.

Die Studie von Christiane Sternsdorf-Hauck ist eigentlich viel zu kurz, um ausführlich über das Leben, das Arbeiten und die Errungenschaften von Räterepublikanerinnen berichten zu können. Die Knappheit des Textes liegt jedoch offensichtlich nicht an der Autorin, sondern hat andere Faktoren. Zum einen sollen die noch heute lebenden Frauen die Ereignisse der Revolution nicht bewußt als Frauen erlebt haben, zum anderen waren die literarischen Quellen äußerst rar, wie die Autorin im Vorwort berichtet. Unsterblichkeit errangen die Kämpferinnen nicht über ihre männlichen Mitstreiter, die selten in ihren Memoiren den Genossinnen eine Zeile gönnten, sondern über die Polizeiakten und Spitzelberichte, von denen aber kurz vor der Zerschlagung der Räterepublik viele vernichtet wurden. Christine Sternsdorf-Hauck konnte jedoch den Briefwechsel zwischen fünf politisch engagierten Frauen aus den Jahren 1918/19 ausfindig machen, der nur dadurch erhalten blieb, weil er bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmt und die Post der Frauen überwacht wurde. Der als Teil II des Buches veröffentlichte Briefwechsel gibt in erster Linie Aufschluß darüber, wie die Frauen politisch dachten und handelten. Er berichtet über wirtschaftliche und berufliche Sorgen, über Liebe



und Sexualität. Aufschlußreich ist, den Briefen zu entnehmen, wie die Frauen sich selbst gegenüber dem revolutionären oder reaktionären Frauenbild sahen. Der Briefwechsel dieser Frauen zeigt, daß sie mehr kommunistisch, denn feministisch engagiert waren, sie sich aber nicht auf eine starre Parteilinie fixierten. Neben diesen Frauen, das sei nicht vergessen, existierten noch diejenigen vom "Bund sozialistischer Frauen", der wenig von "Männerparteien" hielt. Beiden Gruppen war gemeinsam, daß sie die "Schaukelpolitik" der SPD verachteten, gegen die Kirche votierten und von den Männern ignoriert und diffamiert wurden.

Thea A. Struchtemeier



»Unsere tägliche Revolte gib uns heute«



Wenig erfahren die zumeist jungen LeserInnen der »Roten Zora und ihrer Bande« über den Autor Kurt Held. Weniger noch dürfte die aufmerksame Linke bei Anschlägen der »Roten Zora« vermuten, daß der Namensgeber und Autor dieses 'Jugendlehrbuchs für kreativen Widerstand' tatsächlich anarchistischen Positionen zuneigte. Nichts erfahren die LeserInnen des Vorworts von Theo Pinkus in Kurt Kläbers Roman »Barrikaden an der Ruhr« (Verlag Roter Stern, Frankfurt 1973) über Kläbers anarchistische Vergangenheit und Spätphase. Pinkus interessierte sich nur für die parteikommunistisch verbürgte Phase Kurt Kläbers: in der KPD, im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS), als Lektor im Internationalen Arbeiter Verlag Berlin, in dem auch sein Roman *»Passagiere der 3. Klasse«* erschien und als Mitherausgeber der »Linkskurve«.

Kurt Kläber wurde am 4.11.1897 in Jena geboren. Mit 14 von zu Hause ausgerissen, durchwanderte er als Vagabund und Gelegenheitsarbeiter halb Europa. Im 1. Weltkrieg Soldat, beteiligte er sich 1918/19 an den revolutionären Aktionen in Halle, Hamburg und Berlin. Ähnlich wie Theodor Plievier – mit dem er weitere Parallelen aufweist – durchstreifte auch Kläber in den Jahren 1919/20 als Wanderprediger und Bücherverkäufer Thüringen. Während des Kapp-Putsches 1920 wandte er sich ins Ruhrgebiet und betätigte sich zudem als Leiter der Freien Volkshochschule Bochum. 1924 heiratete er die erfolgreiche Kinderbuchautorin und Märchenerzählerin Lisa Tetzner. Spätestens 1927 zählte er zu den führenden Vertretern kommunistischer Literaturschaffender. 1933 emigrierte er mit Lisa Tetzner in die Schweiz, in der beide seit 1924 einen Wohnsitz in Carona/Tessin hatten. Dort zog sich von der Parteiarbeit zurück. 1938 ist er ausgetreten. Da er in der Schweiz keine Arbeitserlaubnis erhielt, veröffentlichte er sein erstes Kinderbuch »Die schwarzen Brüder« unter dem Namen Lisa Tetzners, die dieses Manuskript auch begonnen hatte und ihm das Schreiben solcher Literatur beibrachte. Für die »Rote Zora«, »Guiseppe und Maria« und eine Reihe weiterer, ganz und gar nicht harmloser, anarchistischer und abenteuerlicher Kinder- und Jugendbücher wählte er das Pseudonym Kurt Held. 1948 in die Schweiz eingebürgert, wurde er Schulpräsident seiner Gemeinde. Kurt Kläber ist 1959 gestorben.

1925 erschien im Verlag Der Syndikalist *»Empörer! Empor! Gedichte, Skizzen, Reiseberichte.«* Im gleichen Jahr im Verlag der kommunistischen Jugendinternationale *»Barrikaden an der Ruhr«*. Während seiner Hauptpropagandatätigkeit 1929 für den BPRS widmete ihm auch die Zeitschrift *»Besinnung und Aufbruch«* der anarchosyndikalistischen Büchergilde Freiheitlicher Bücherfreunde zustimmende Artikel. Diese in jenen Jahren einer völlig zerstrittenen Linken recht seltene Erscheinung, die Zustimmung der verschiedensten politischen Lager der Linken zu erhalten, verdankt Kläber vermutlich dem Umstand, daß er organisatorisch für die KPD tätig (und wichtig) war, in seinen Büchern inhaltlich jedoch die Auffassungen der Linksradikalen und insbesondere den Gedanken der Einheitsfront und der spontanen Aktion vertrat.

1925 hatte er den Roman *»Passagiere der III. Klasse«* beendet, in dem er die Spaltung der Arbeiterklasse über einzelne Personen darstellt, die jeweils für eine politische Richtung stehen. Er selbst taucht als Erzähler hinter seinen 16 ErzählerInnen nicht mehr auf. In ihren Gesprächen und im Austausch ihrer Erfahrungen kommen sich diese »13 Arbeiter und 3 Frauen« bei der Überfahrt von den USA nach Europa näher und es wird deutlich, daß sie – trotz aller Nuancierungen und mit der Ausnahme des deutschen Sozialdemokraten – in ihrem Bedürfnis nach Rebellion gegen Unterdrückung und Ausbeutung in der Welt übereinstimmen. Ihre Erzähleinlagen – und bei dem nachfolgend abgedruckten Text *»Die Ratten«* handelt es sich um eine solche Passage – bereiten eine Einigkeit von unten vor, die sich als Forderung auch in der zeitgenössischen anarchistischen, anarchosyndikalistischen und unionistischen Presse immer wieder findet. Kläber beendet seinen 1927 erschienen Roman deshalb auch mit einer spontanen Widerstandsaktion aller, zugunsten eines französischen Syndikalisten, der bei seiner Ankunft in Europa sofort verhaftet werden soll.

Der hier vorgestellte Ausschnitt, der die Wobblies (IWW) als beispielhafte unbürokratische revolutionäre Organisation anpreist, enthält somit in Kurzfassung den politischen Anspruch Kläbers mit dem gesamten Buch. Letztlich ist es – vergleichbar den theoretischen Versuchen Brupbachers und Mühsams – der Versuch einer Synthese zwischen Anarchismus und Marxismus zugunsten der Arbeiterschaft.

Kläbers Roman wurde inhaltlich – vielleicht aufgrund seines Erfolgs, er war nach einem Jahr vergriffen und mußte 1929 neu aufgelegt werden – nicht von der KPD kritisiert. Lediglich die *Rote Fahne* hätte gerne gesehen, daß er die »richtige« politische Anschauung dominierend dargestellt hätte, um so dem Arbeiterleser ein nochmaliges Durchkauen und »Ordnen« zu ersparen.

Wolfgang Haug

»Die Ratten«

von Kurt Kläber

Auszug aus dem 15. Kapitel von Passagiere der III. Klasse

Die Ratten sind eine Organisation von Revolutionären. Was sie wollen, wer sie sind, wer weiß das richtig? Syndikalisten, Anarchisten, Kommunisten, Sozialisten! Alles paßt auf sie, aber keines paßt genau. Man weiß nur, wo irgend etwas geschieht, da sind sie. Deswegen hat sie der Bürger auch die Ratten getauft. …

… es war gegen Ende 1913. Ich lungerte gerade zwischen Huerfano und Santa Fe oben in Colorado herum und besah mir den großen Kohlenstreik. Das heißt, ich habe mich auch daran beteiligt, soweit ich mich daran beteiligen konnte. Aber sobald meine Länglichkeit in die Schußrichtung von Kugeln kam, machte ich einen Bogen und tauchte erst hinter der Schießerei wieder auf!

Ihr dürft nicht denken, daß das Feigheit war. Wir machten das alle so. Deswegen blieb der Kampf auch immer im Gange, denn wenn die Milizen auf der einen Seite keinen Feind mehr sahen und schon Viktoria schossen, saßen wir plötzlich in ihrem Rücken, und die Schießerei begann von neuem. Es ging natürlich wie in jedem Streik. Es waren zu viele gegen uns. Zuletzt bezogen wir unsere Hiebe und kehrten willig in unsere Löcher zurück.

Die Milizen hatten nun ziemlich viel Gefangene gemacht. Manche ließ man nach dem Kampf gleich wieder frei. Viele saßen länger, und einige von den Ratten – es hatten sich viele an dem Streik beteiligt, weil er groß begonnen hatte und viel versprach – waren dazu verdammt worden ewig zu sitzen. Man hatte sie unter großer Bedeutung nach Santa Fe geschafft, und dort wurden sie so gut eingeschlossen, daß nicht einmal die Mäuse zu ihnen kommen konnten!

Dessenungeachtet begannen die Ratten aber sofort ihre Befreiungsaktion. Sie fing so an: Erst zogen sich alle Ratten, die mit am Streik beteiligt waren, in Santa Fe zusammen. Es waren 50 bis 100. Dann kamen sie von den entferntesten Kohlenzechen. Aus Denver, vom Gebirge. Kurz, bald waren es gegen 400. Sie zogen nun den ganzen Tag durch Santa Fe. Sie bildeten kleine Züge und hielten Ansprachen. Sie schossen plötzlich alle ihre Revolver in die Luft und verdufteten dann wieder!

An den Abenden, der Schotte lachte, trieben sie es noch toller. Den friedlichen Bürger hielten sie an und sagten ihm ernstlich, in dem Gefängnis von Santa Fe säßen ein paar Männer, und wenn diese nicht entlassen würden, würde die ganze Stadt in die Luft fliegen. In die Kneipen drangen sie ein und in die Bars und verkündeten überall dasselbe. Die Stadtväter, die Polizeivorstände, der Bürgermeister, große Kaufleute bekamen noch ihre besonderen Besuche, und die ganze Stadt hatte schon so an die vierzehn schlaflose Nächte!

Als die Gefangenen aber trotzdem nicht frei gegeben wurden, wandte man schärfere Mittel an. 'Du gehst morgen zum Sheriff und bittest ihn, daß man die Gefangenen freiläßt!' Damit bedrohte man den Fleischer, den Barbier, den Schankwirt, ach, alle Menschen, deren man habhaft werden konnte, und zeigte ihnen dabei große Revolver, daß diesen braven Menschen die Haare zu Berge standen. Die Bedrohten liefen auch sofort zu den Ämtern hin. Es hagelte Bitten und Bittschriften!

Als aber auch das nichts half, machte man die ersten Drohungen wahr. Scheunen brannten ab. Kleine Bauwerke flogen in die Luft. Man setzte auch verschiedene Bürger heimlich fest. Unter anderen den Pastor und ein paar Schullehrer. Und während der ganzen Zeit vergrößerte sich der Haufen der Ratten zusehends. Sie kreisten um Santa Fe wie der Geier um das As. Wer es ihnen gesagt hatte, daß sie hier gebraucht wurden, weiß ich nicht. Aber sie kamen an, als hätten sie es gerochen. Von Kansas, von Tukoma, von Dalles, von Pittsburg. Erst waren es fast alles Bergleute. Sie nahmen auch Arbeit an, denn sie mußten sich ja ernähren. Aber sobald sie aus dem Loch waren, standen sie auf der Straße, lärmten und bildeten Züge, machten Spektakel und knallten mit ihren Pistolen!

Später kamen auch Landarbeiter und Tischwascher, Menschen, die sich zu jeder Arbeit drängten und bald waren die innere und äußere Stadt überfüllt von ihnen. 'Über tausend sind es schon', jammerten die Bürger und ihre Zeitungen!

»Und die Polizei?« rief der Krumme dazwischen. »War die in die Ferien gegangen?«

Abwarten! – antwortete der Schotte und maß ihn mit einem stechenden Blick. – Weder die Stadtväter noch der Sheriff saßen ruhig auf ihren vier Buchstaben. Sie liefen sich beinahe die Beine aus und taten alles, was sie gegen die heranziehenden Ratten tun konnten. Sie ließen von früh bis spät in die Nacht die Straßen abpatrouillieren. Sie steckten jeden Bürger, dem die Füße nicht zu sehr wackelten, eine weiße Binde an den Arm und hängten ihm ein Gewehr um. Sie ließen Militär kommen. Eine Maschinengewehrabteilung. Der Schotte lachte laut. – Selbst zwei große Panzerwagen. Aber was sollte das? Die große Masse der Menschen waren Fabrikarbeiter oder Bergleute, und die blieben passiv. Wenn man also die Ratten überfallen wollte, überfiel man gewöhnlich friedliche Bürger. Wenn gegen Umzüge Maschinengewehre ballerten, zersplitterten nur Häuser oder Kirchen, und manchmal verwundete man ein Kind.

Wirklich, wie die Ratten tauchten diese Brüder auf, teilten sich blitzschnell, wenn sie angegriffen wurden und standen an einer anderen Stelle genau so schnell wieder in einem Zug und demonstrierten weiter. Dabei waren sie kaum organisiert. Jeder tat nur seine Schuldigkeit: Die freie Zeit wurde für die Gefangenen verwendet! Sie hatten nicht einmal Meetings oder geheime Versammlungen, wir konnten das genau beobachten. Alles, was sie taten, wuchs erst während ihrer Aktionen. Nur wenn sie sich auf Plätzen oder vor dem Gefängnis trafen, staffelten sie sich zusammen. Aber dann sprachen die einzelnen nie zu den Ratten selber, sie richteten ihre Worte an die Vorübergehenden, an die Polizei, an die Stadt. Und alles waren nur Aufrufe für die Freilassung und für die Befreiung!

Als die Ratten nach Zeitungsmeldungen das dritte Tausend erreicht haben sollten, es waren aber sicher bloß tausend, ihre Aktivität steigerte sich nur täglich, wurde der Sheriff unruhig. Seine Unruhe steigerte sich noch, als neben den Söhnen einiger reicher Bürger auch sein eigener Sohn verschwunden war. Man sprach jetzt einige Tage davon, daß die Gefangenen nach Denver in ein größeres und besseres Gefängnis gebracht werden sollten. Nach Meldungen von dort dankte man aber für den Besuch, denn man hatte gehört, in welcher Weise die Ratten in und um Santa Fe hausten, und man wußte, ihre Scharen würden den Gefangenen bis ans Ende der Welt folgen!

Nun fing die Bevölkerung von Santa Fe an, teilweise aus Furcht, aber zum Teil auch aus Anerkennung für den Mut und die Ausdauer der Ratten, sich für die Gefangenen und ihre Befreiung zu begeistern. Man hörte immer aufmerksamer zu, wenn die Ratten in den Straßen sprachen. Viele zogen sogar in den Umzügen mit. Andere versuchten, mit gegen die Gefängnisse zu stürmen, und besonders wir Bergleute beteiligten uns beinahe jeden Tag stärker an den Aktionen!

Kurz – der Schotte schlug sich auf die Schenkel – es dauerte im ganzen ungefähr drei Monate, bis die Stadtväter und der Sheriff kirre waren und plötzlich selber für die Entlassung der Gefangenen stimmten. Allerdings sollte vorher auch dem Recht genüge geschehen, und man inszenierte erst noch eine große Gerichtsverhandlung. Das war das Lustigste! Nach Hunderten von Zeugenaussagen stellte sich heraus, daß sich die Eingekerkerten nicht stärker am Streik beteiligt hatten als jeder andere, daß sie sich sogar zahmer und besser benommen hätten als viele, die zurzeit nicht im Gefängnis saßen. Ihre Einkerkerung wurde deswegen als eine Ungerechtigkeit bezeichnet, sie wurden außerdem noch am gleichen Tage von jeder besonderen Gewalttätigkeit, deren man sie bezichtigt hatte, freigesprochen und durften das Gefängnis verlassen.

Der Schotte sprang auf. – Das war ein Fest! – schrie er. – Ganz Santa Fe beteiligte sich zuletzt daran. Wir schossen und tranken und donnerten zu Ehren der Freigelassenen, und wo sich einer sehen ließ, hob man ihn auf die Schultern!

»Und die Ratten feierten mit?« fragte der Däne.

Der Schotte sah den Dänen erstaunt an. – Was sollten sie machen? Als die Feierlichkeit am andern Morgen weitergehen sollte, hatten sie sich allerdings bereits gedrückt. Die Stadt war leer von ihnen. Sie waren verschwunden, wie sie gekommen waren. Unbemerkt! Heimlich! Wieder ganz die Ratten und die Freigelassenen hatten sie mitgenommen!

Der Franzose machte kleine, ungläubige Augen. »Ist die Geschichte auch wahr?« fragte er. »Was sagten denn die Bürger von Santa Fe, als die Ratten verschwunden waren?«

Der Schotte hielt seine Blicke aus. – O! – antwortete er – sie sprachen weiter gut von den Ratten. Ja, nachdem die Verschleppten gleich nach dem Abzug wieder zum Vorschein kamen und erzählten, daß es ihnen außer der Einsperrung in einer alten, entfernten Scheune gut gegangen war, versuchte man sogar, den Sachschaden, den die Ratten angerichtet hatten, so klein wie möglich anzugeben. Die Scheuen, die niedergebrannt worden waren, sollten baufällig gewesen sein, und die zersprengten Häuser nannte man alte Budiken.



"Unsere Ethik ist die Ästhetik"

Anmerkungen zu Herbert Read

von Ulrich Klemm

Wenn im folgenden von Herbert Read die Rede sein soll, dann geschieht dies vor dem Hintergrund des Zusammenhangs von Kunst, Kultur und Anarchie. Dieses, auf den ersten Blick wie ein ideengeschichtliches Bermuda-Dreieck anmutende Thema, gewinnt durch Read Mitte des 20.Jahrhunderts eine neue Dimension. Read, der zu den renommiertesten und profiliertesten englischen Kunsthistorikern unseres Jahrhunderts zählt, befruchtete die Ideengeschichte des zeitgenössischen Anarchismus - wenn auch vorwiegend im angelsächsischen Raum. Sein publizistisches Lebenswerk, das weit über 100 Buchtitel umfaßt[1], ist entsprechend in zentralen Teilen geprägt von einer anarchistischen Philosophie und Gesellschaftskritik.

Aus dem Leben eines libertären Intellektuellen

Herbert Edward Read (2) wurde am 4.Dezember 1893 auf dem Gut Muscoats in der Nähe von Stonegrave in der Mittelenglischen Grafschaft Yorkshire als Sohn einer Bauernfamilie geboren und verbrachte seine frühe Kindheit in dieser einsamen und vorindustriell geprägten Gegend. Das während der Schulzeit erwachte Interesse an Literatur vertiefte er in öffentlichen Bibliotheken und mit 17 Jahren schrieb er seine ersten Gedichte für Schülerzeitungen und entschloß sich, an der Universität Leeds Kunstwissenschaften und Literatur zu studieren.

Den Ersten Weltkrieg erlebte er als Frontoffizier in Belgien und Frankreich und als er Mitte 1918 aus dem Krieg zurückkehrte, war er bereits in der Londoner Literaturszene kein Unbekannter mehr und fand u.a. schnell Kontakt zu T.S. Elliot und E. Pound, die Read auf seinem weiteren Weg unterstützen sollten.

Ab 1919 arbeitete er zunächst im Finanzministerium und später für längere Zeit am Viktoria- und Albert-Museum in London. Die 30er Jahre waren für ihn insgesamt eine erste Blütezeit seines Schaffens, die seinen internationalen Ruf, einer der führenden englischen Kunsthistoriker und -kritiker zeitgenössischer Kunst zu sein, begründete.

Während dieser Zeit war er Chefherausgeber der angesehenen Kunstzeitschrift "Burlington Magazine" (1933-1939) und nebenberuflich Berater für verschiedene Verlage.

Schließlich machte er sich in diesen Jahren auch einen Namen als wichtiger Kenner des Surrealismus und organisierte 1936 die erste große und legendäre englische Surrealismus-Ausstellung. In diese Jahre fällt auch sein erstes öffentliches politisches Engagement und sein Bekenntnis zum Anarchismus. Vor allem der Gedanke der "Gegenseitigen Hilfe" als tragende soziale Kategorie der Evolution wurde für ihn zur Maxime politischen Handelns und Denkens. Seine erste politische Schrift "Essential Communism" (1935) ist entsprechend vom Geist Kropotkins geprägt.

Weitere Bücher und Streitschriften zum Anarchismus folgten: "Poetry and Anarchism" (1938), "The Philosophy of Anarchism" (1940), The Politics of the Unpolitical" (1943), "Existentialism, Marxism, Anarchism" (1949) sowie 1942 ein Sammelband mit ausgewählten Schriften Kropotkins.

In den 50er Jahren ließ dieses Engagement wieder nach. Vor allem mit der 1953 verliehenen Ritterwürde - seitdem Sir Herbert Read - distanzierten sich zunehmend Anarchisten von ihm. Eine Art Bestandsaufnahme seines Anarchismus legte er 1954 mit dem Sammelband "Anarchy and Order" (erweiterte Ausgabe 1974) vor.

1939 gab er die schlecht bezahlte Herausgeberschaft des "Burlington Magazine" auf und begann eine Tätigkeit als Direktor bei dem renommierten Verlag "Routledge & Kegan Paul" in London. 1943 wurde er erster Direktor der englischen Industrie-Design-Vereinigung und im selben Jahr erschien auch die erste Auflage seiner einflußreich werdenden Studie "Education through Art", die in den folgenden Jahrzehnten weltweit in mehreren Übersetzungen und Auflagen erschien und ihn als einen Erziehungstheoretiker profilierte.

Nach dem 2.Weltkrieg begann für ihn ein neuer Lebensabschnitt, der geprägt ist durch eine weltweite Vortrags- und Gastprofessurtätigkeit.

Neben zahlreichen Auszeichnungen wurde er Präsident der Britischen Gesellschaft für Kunsterziehung, des Instituts für zeitgenössische Kunst und der Philosophischen Gesellschaft von Yorkshire.

Im folgenden Jahrzehnt, er war bereits weit über 60 Jahre alt, engagierte er sich aktiv bei der Kampagne gegen die nukleare Aufrüstung und nahm an Straßendemonstrationen teil.

Ab 1964 zog er sich mehr und mehr von seinen zahlreichen Tätigkeiten und Verpflichtungen zurück, bedingt durch eine Krebserkrankung, und konzentrierte sich nur noch auf wenige Publikationen. Sein letzter öffentlicher Auftritt fand im Januar 1968 auf einem Kongreß in Havanna statt; - er starb am 12.Juni 1968 in Stonegrave (Yorkshire).

Überblickt man Reads Leben und Schaffen, dann ist unschwer festzustellen, daß er das Leben eines Gelehrten und Intellektuellen führte, jenseits der Eingebundenheit, Abhängigkeit und Sicherheit universitärer Strukturen, und daß er alles andere als in einem Elfenbeinturm saß. Read war ein Aufklärer und beseelt von der Vorstellung, mit seinen Publikationen, Vorträgen und Kritiken einen Beitrag wider den Zeitgeist und den Verfall kultureller Werte und Traditionen leisten zu können.

Maximen wider die Maschinenzivilisation

Kulturgeschichtlich und -anthropologisch steht für Read die Maxime im Zentrum, daß sowohl ontogenetisch als auch phylogenetisch die "Kunst das wichtigste Werkzeug für die Entwicklung des menschlichen Bewußtseins" (1961, S.11) ist. Kunst ist demnach jene Art der Betätigung, durch die der Mensch sich die sichtbare Welt zu Bewußtsein bringt. Sie ist keine zufällige oder willkürliche Tätigkeit, sondern eine Bedingung menschlichen Seins, durch die das Verständnis von Natur und Kultur ermöglicht wird. D.h., Kunst als Ermöglichungsort und "Kristallisationsprozeß" (1961, S.12) menschlichen Seins. Diese kulturkritische These faßte Read 1955 (dt. 1961) in einem Buch zusammen, das auf Vorlesungen an der Londoner Universität zurückgeht. Im Vorwort betont er jedoch deutlich, daß er diese Perspektive von Konrad Fiedler[3] aufgriff und sie sich im Ansatz auch bereits bei Hölderlin, Schelling und Schiller wiederfindet.

Mit diesem Band faßt Read Gedanken zusammen, die wir in mehr oder minder ausführlicher Form in nahezu allen kulturphilosophischen Essays ab den 40er Jahren finden.

Es geht um die Darstellung der "wichtigsten Entwicklungsstufen in der künstlerischen Bewältigung der Wirklichkeit durch den Menschen" (1961, S.13).

Wenn er nun im folgenden von der Kunst als einem Kristallisationspunkt in der menschlichen Entwicklung spricht, dann meint er damit in erster Linie den "künstlerischen Akt" (1961, S.14) als eine Form der Besitzergreifung von Realität, als die Festlegung und Bestimmung von Formen.

Wirklichkeit und Realität ist für den Menschen das - so die Kernaussage Reads - ,was wir auf diese Art und Weise, d.h. durch den künstlerischen Akt, ausdrücken.

Er kommt zu dem Schluß, daß sich Kunst stets zwischen den Polen Schönheit und Vitalität bewegt. Dort, wo der Mensch eine enge und instinktive Beziehung zum Tier hatte (z.B. Etrusker, Wikinger oder die Kelten), wurde die Vitalität zum zentralen Merkmal künstlerischer, d.h. zivilisatorischer Tätigkeit: Dort, "wo magische Riten mit menschlichem oder tierischem Leben verbunden sind, ist eher Vitalität denn Schönheit die dominierende künstlerische Eigenschaft" (1961, S.32).

Seine Überzeugung ist, daß ein ideales Kunstwerk Vitalität und Schönheit gleichermaßen vereint und sich z.B. bei griechischen Plastiken oder gothischen Kathedralen wiederfindet.

Die Kunstgeschichte des Menschen ist geprägt von dieser Dialektik.

Auf die Neuzeit bezogen, sieht Read eine 'Rückkehr zur Vitalität und Spontaneität in Kunst, Kultur und Zivilisation (für die Kunst nennt er exemplarisch Henry Moore).

Als "Empörungsschrei eines enttäuschten Idealismus" (1961, S.32), der von schöpferischen Impulsen abgetrennt wurde, geht es heute um die Wiederaneignung von Vitalität und Spontaneität als Lebensprinzip und gegen die "tödliche Starrheit aller bloßen Wiederholung und Nachahmungen" (1961, S.32).

Read stellt damit einen künstlerischen Verfall der modernen Zivilisation fest, der außerdem darin besteht, daß eine tiefe Kluft zwischen "unserer technischen und materialistischen Zivilisation und den künstlerischen und geistigen Werten" (1961, S.165) vorhanden ist.

Diesen Verfall bzw. diese Kluft verbindet er mit einem vorherrschenden Bewußtsein, das er intellektuellen Hochmut, geistige Armut und metaphysische Angst nennt.

Auf dem Weg zu einem libertären Gesellschaftsbegriff

Ausgangspunkt für Reads Gesellschafts- und Kulturkritik sind also Aspekte des Widerstands gegen die Maschinenzivilisation, d.h. "ob es eine Möglichkeit gibt in der Welt der Tatsachen, die sich unausweichlich aus der Wirtschaft der Maschinenproduktion entwickelt hat, einen Platz für unsere moralischen Werte zu finden" (1963, S.39). Unter "Tatsachen" versteht er dabei sozioökonomische Tendenzen und Realitäten wie Arbeitsteilung, Zentralisation, Anhäufung von Kapital, aber auch die Zersiedelung und ökologischen Raubbau. Diese Entwicklung, die für ihn mit der industriellen Revolution in ein Endstadium eingetreten ist, hat zu einer grundlegenden Krise, besser: zu einer Entgleisung kultureller Werte geführt. Kultur wird von ihm im Vergleich zu Zivilisation, die eine "vorwiegend materialistische Erscheinung" (1963, S.42) ist, mit Elementen wie "Natürlichkeit, Vielfältigkeit und Freiheit" (1963, S.42) sowie mit dem Prinzip der "Gegenseitigen Hilfe" be-

schrieben.

Dieser "natürliche" Rahmen zivilisatorischer Evolution ist verlorengegangen. Andererseits sind derzeitige kulturelle Werte und Normen "nicht etwas, das dem Volke und seiner Lebensweise entspringt, sondern etwas, das dieser Lebensweise durch Erziehung und Propaganda aufgezwungen wird" (1963, S.47).

Was also tun? Oder wie Read fragt: "Wie können wir in einer auf dem natürlichen Prinzip gegenseitiger Hilfe beruhenden Gesellschaft die Lebenslust, den Lebenseifer bewahren?" (1963, S.51)

Für Read kann dieser notwendige Bruch mit der bisherigen Entwicklung nur mit einer Gesellschaftsform vollzogen werden, die dem Primat der Vitalität und Spontaneität gehorcht, und in der sich viele kulturelle Werte frei entfalten und vereinen können.

Notwendige Rahmenbedingungen einer solchen revolutionären Gesellschaft sind Freiheit, Verschiedenartigkeit und Überschaubarkeit gesellschaftlicher und politischer Institutionen. Um jedoch einen Übergang zu dieser neuen Gesellschaft überhaupt ermöglichen zu können, müssen vier Wege, die gleichzeitig notwendige Bedingungen sind, eingeschlagen werden:

Neben der Neugestaltung und Neuverteilung der architektonischen Umwelt und Infrastruktur muß zweitens eine gerechte Verteilung von Wohlstand - Wohlstand für alle! - erfolgen.

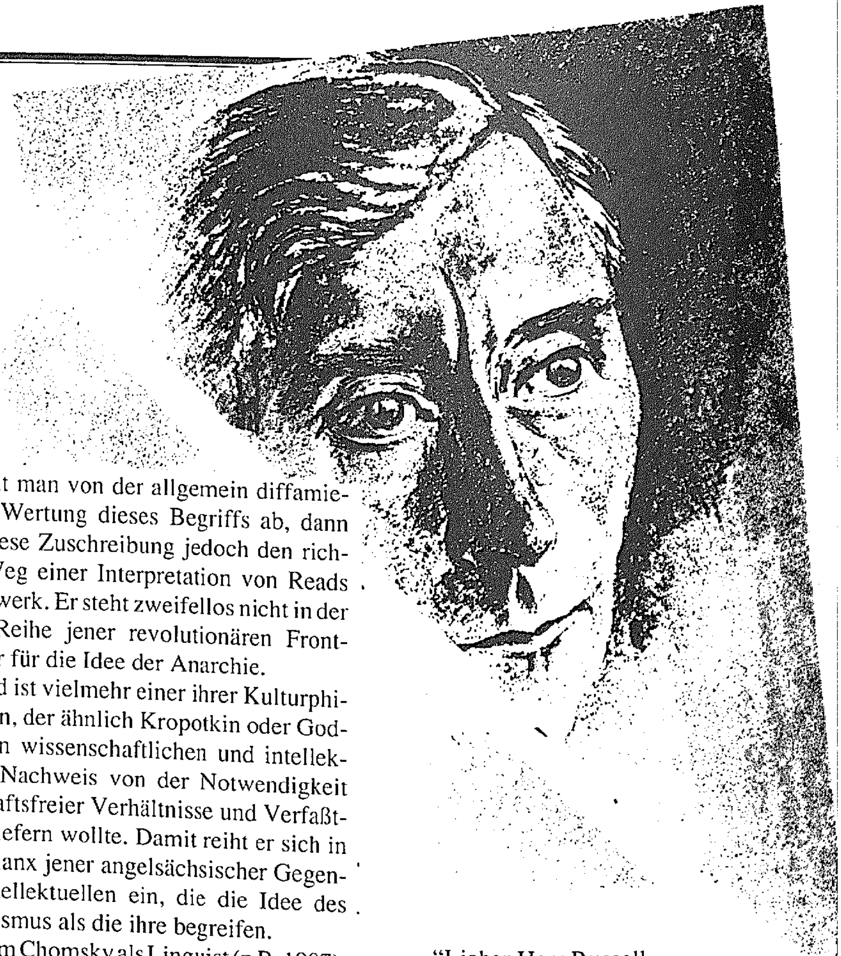
Drittens geht es darum, das Wirtschaftssystem dahingehend zu verändern, daß es dem Arbeitenden eine direkte Verantwortung ermöglicht und schließlich muß viertens das Erziehungssystem prinzipiell geändert werden. Unter dem Motto "Erziehung durch Kunst" (1968) geht es um die Förderung einer ganzheitlichen Sinnesbildung hin zu einem neuen "ästhetischen Gefühl" (1963, S.56).

Read folgt mit diesem Kultur- und Gesellschaftsbegriff einem Ideal, das seinen Platz zweifellos in der anarchistischen Ideen- und Philosophiegeschichte hat.

Fazit: Die Kulturkritik Reads ist eine ästhetische Kritik zivilisatorischer Entwicklung. Als Kulturphilosoph sieht er in der Wiedergewinnung von Vitalität als Lebensgrundlage den zentralen Punkt. Es muß eine Revolution des Bewußtseins stattfinden, die dem Zentralismus, Rationalismus und Technizismus unserer Zeit entgegenwirkt. Read konstatiert die Priorität der Geschichte der Kunst vor der Geschichte des Geistes, die letztlich eine Folge der ersten ist.

Reads Anarchismus

Analog zu dem Begriff des "Kathedermarxisten" in Bezug auf Bernstein, Kautsky oder Grünberg, liegt es nahe, bei Read - betrachtet man seine Biographie - von einem "Kathederanarchisten" zu sprechen.



Sieht man von der allgemein diffamierenden Wertung dieses Begriffs ab, dann zeigt diese Zuschreibung jedoch den richtigen Weg einer Interpretation von Reads Lebenswerk. Er steht zweifellos nicht in der ersten Reihe jener revolutionären Frontkämpfer für die Idee der Anarchie.

Read ist vielmehr einer ihrer Kulturphilosophen, der ähnlich Kropotkin oder Godwin, den wissenschaftlichen und intellektuellen Nachweis von der Notwendigkeit herrschaftsfreier Verhältnisse und Verfaßtheiten liefern wollte. Damit reiht er sich in die Phalanx jener angelsächsischer Gegenwartsintellektuellen ein, die die Idee des Anarchismus als die ihre begreifen.

Noam Chomsky als Linguist (z.B. 1987), Georg Woodcock als Literaturwissenschaftler (z.B. 1988), Colin Ward als Sozialwissenschaftler und Architekt (z.B. 1973), Murray Bookchin als Sozial-Ökologe (z.B. 1985) verkörpern wie Read eine neue Generation intellektueller Anarchisten, die sich um eine metatheoretische Begründung gesellschaftlicher, politischer und kultureller Zusammenhänge im Geiste libertärer Kritik einsetzen.

Bei der Frage nach Reads Anarchismus bzw. der Frage nach dem Stellenwert libertären Denkens in seinem Gesamtwerk, soll zunächst ein kurzer Blick auf seine Selbsteinschätzung geworfen werden. Im Vorwort zu seinem Sammelband "Anarchy and Order" bemerkt Read:

"Dieser Band enthält alle Schriften, die ich speziell zum Thema Anarchismus geschrieben habe. Es gibt jedoch keine prinzipielle Trennung zwischen dem, was ich zu diesem Thema und dem, was ich allgemein zu sozialen Problemen ("The Politics of the Unpolitical"), oder zu sozialen Aspekten der Kunst ("Art and Society" und "The Grass Roots of Art") oder zu sozialen Aspekten der Erziehung ("Education through Art" und "Education for Peace") geäußert habe. Diesselbe Philosophie wird sowohl in meiner literarischen Kritik als auch in meinem dichterischen Werk offensichtlich" (1974, S.9). Diese, im Rückblick geäußerte Einschätzung, wird verstärkt durch eine ganze Reihe von Kontakten zu englischen Anarchisten in den 30er und 40er Jahren.

Der im folgenden zitierte Brief vom 18. April 1945 an Bertrand Russell soll exemplarisch hierfür stehen[4]:

"Lieber Herr Russell,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 15. d.M. Ich lege Ihnen eine Ausgabe von "War Commentary", einer anarchistischen Zeitschrift bei, die eine genaue Erklärung des Polizeigerichtsverfahrens vom 9.März gibt, als 4 Anarchisten angeklagt wurden, sowie Details der Anklage gegen sie. Außerdem lege ich eine Kopie des Schreibens bei, auf das sich die Anklage offenbar hauptsächlich stützt.

Ich hoffe, daß sie aus diesen Dokumenten ersehen können, daß dies eine unerhörte Einmischung der Politischen Polizei in das Recht auf freie Meinungsäußerung ist und daß Sie keine Bedenken haben, uns ihr Einverständnis zu geben zur Verwendung ihres Namens als Unterstützer unseres Einspruchs.

Persönlich hoffe ich, daß Sie auch vorbereitet sind, noch weiter gehen zu können.

Ich erinnere mich an den wohlwollenden Bericht, den Sie über Anarchismus in "Roads to Freedom"[5] schrieben - und wenn Sie immer noch so empfinden, wie sie damals sprachen, sind Sie vielleicht bereit, als Zeuge zu erscheinen, wenn der Fall nächste Woche vor dem Londoner Hauptkriminalgericht von Richter Birkett verhandelt wird. Anklagevertreter ist der Generalstaatsanwalt. Unser Anwalt ist herr Maude K.C. Wenn Sie die Bereitschaft und die Zeit haben, dies für uns zu tun, werde ich unseren Anwalt fragen, ob er sich mit Ihnen in Verbindung setzt.

Was wir fragen möchten ist Ihre Feststellung von der philosophischen Rechtschaffenheit der Ansichten, die wir Anarchisten vertreten und unserem Recht, dies frei zu vertreten."

Jedoch auch aus der Perspektive Dritter wird Read, vor allem in seiner Heimat England, stark mit dem Anarchismus identifiziert. Für den Zeitraum Mitte unseres Jahrhunderts schreibt der englische Anarchist Nicolas Walter in seiner Rezeptionsgeschichte anarchistischer Printmedien (1971, S.128), daß Read mit seinen Essays und Pamphleten in der libertären "Freedom Press" (London) die wahrscheinlich einflußreichsten Schriften in dieser Edition verfaßte (z.B. "The Education for the Free Man", 1944; "Freedom: Is it a crime?", 1945; "Kropotkin: Selections from his Writings", 1942; "The Philosophie of Anarchism", 1940) und auch G. Woodcock kommt in seinem Sammelband (1977) zu dem Schluß, daß Read in den letzten Jahrzehnten zum einflußreichsten anarchistischen Theoretiker in Sachen Bildung und Erziehung wurde (1977, S.266).

In der BRD fällt eine Rezeption Reads als Anarchist dagegen eher zurückhaltend aus. 1952 erschien in der Zeitschrift *Die Freie Gesellschaft* in zwei Folgen eine Übersetzung seines Traktates "The Philosophy of Anarchism" und provozierte eine Stellungnahme in der Zeitschrift *Befreiung*[6]. Ansonsten blieb es um ihn in der deutschen libertären Szene recht ruhig und erst seit den 70er Jahren finden sich wieder magere Spuren von Reads Anarchismus in deutschen Publikationen (Achim v. Borries/I. Brandies 1970; April Carter 1979; H. Read 1982; H.Ahrens/H.-J. Degen/Chr. Geist 1982; H.-J. Degen 1987)[7] Auch Monographien über den deutschen Nachkriegsanarchismus lassen eher die Vermutung zu, daß Read hier nur nebensächlich eine Rolle spielt (vgl. G. Bartsch 1972/1973; G. Holzapfel 1985; H. Jenrich 1988). A.v. Borries und I. Brandeis, die 1970 nach einer längeren Rezeptionspause erstmals wieder auf Reads Verhältnis zum Anarchismus hinweisen, bemerken, daß er "der namhafteste der nicht sehr zahlreichen englischen Intelektuellen der letzten Jahrzehnte (ist), die sich zum Anarchismus bekannten" (1970, S.434).

Read entwickelte seine Philosophie des Anarchismus zu einer Zeit, die zu dem bislang traurigsten Höhepunkt europäischer Kultur in unserem Jahrhundert zählt.

Jedoch nicht nur dieser Barbarei stellte sich Read in den Weg. Auch dem Marxismus als Erlösungsstrategie und -philosophie sprach er die Kompetenz und Potenz ab, Klassenverhältnisse zu beseitigen oder sozialistische Verfaßtheiten zu garantieren.

Read war in diesem Kontext ein Querdenker wider allen totalitären Konzepten und gründete seine libertäre Einstellung auf eine ganze Reihe klassischer Anarchisten.

Bereits in seiner Jugend las er Proudhon, Kropotkin und Tolstoi, zu denen später neben William Morris und John Ruskin auch Stirner oder Buber dazu kommen sollten. Der besondere Einfluß, den Kropotkin auf ihn hatte, läßt sich an vielen Stellen verfolgen.

Schlüsselbegriffe Reads bei der Überprüfung gesellschaftlicher Wirklichkeit sind Freiheit und Gemeinschaft, wobei er Gemeinschaft im Sinne Kropotkinscher "Gegenseitiger Hilfe" als solidarisches Verhalten verstanden wissen will.

Die Analyse sowohl bestehender moderner demokratischer als auch staatssozialistischer Systeme brachte ihm die Erkenntnis, daß die Maximen politischer Moral, nämlich Freiheit und Gemeinschaft, hier nicht zur Geltung gebracht werden können. Die Dynamik sozialer und kultureller Evolution hat für ihn ihren Ausgangspunkt in dem Verhältnis von Individuum und Gruppe. Read schreibt:

"Das Individuum und die Gruppe - das ist der Beziehungskreis, aus dem alle Kompliziertheit unserer Existenz entspringt und auch unser Bedürfnis, diese zu entwirren und zu vereinfachen. Das Bewußtsein selbst ist aus dieser Beziehung geboren, und ebenso alle Instinkte der Gegenseitigkeit und der Sympathie, die in Form der Moral kodifiziert werden" (1982, S.13).

Dieses Spannungsverhältnis, das auch als das Verhältnis von Integration versus Individuation bzw. Sozialisation und Personalisation gesehen werden muß, kann für Read weder mit staatssozialistischen noch mit demokratisch-etatistischen Lösungen zufriedenstellend geklärt werden. Es bedarf vielmehr einer gesellschaftlichen Struktur, die Vitalität und Kreativität garantiert.

Vitalität und Kreativität sind für ihn weitere Schlüsselbegriffe, die anthropologische Merkmale des Menschen beschreiben. W. Holtmann definiert diese Essenz Readschen Denkens als einer "Organische Gesellschaftstheorie" (1976), die der Kern seiner Philosophie des Anarchismus ist. W. Holtmann: "Sie (gemeint sind Reads Beiträge zur Diskussion von Kunst und Gesellschaft) stellen keine neutralen und objektiven Erörterungen dar, sondern Eingriffe in weltanschauliche Kämpfe um leidenschaftlich erfaßte Werte. Ihr Ziel ist die Sicherung des menschenwürdigen Lebens. Die Bedingungen dazu sind nach Read nur in organischen, d.h. anarchistischen Gemeinwesen gegeben. Nur in ihnen lassen sich Freiheit und Gemeinschaft zu einer Synthese bringen" (1976, S.138f.)

Zusammengefaßt ist festzustellen, daß Read auf der Suche nach einer Erneuerung anarchistischer Philosophie zur Erklärung bzw. Begründung bestehender autoritärer und zukünftiger libertärer gesellschaftlicher Verhältnisse war. Er unternahm den schweren Versuch, aus der Sicht eines Anarchisten philosophisch, psychologisch und soziologisch die Postmoderne in ihrer ganzen Vielfalt und Verflochtenheit zu beschreiben. In seinem ersten größeren Werk über Anarchismus mit dem Titel "Dichtung und Anarchie" lesen wir 1938 sein libertäres Credo: "Ich sage nicht, daß wir auf Bakunin zurückgreifen müssen. Man findet viele edle Ge-

fühlsregungen in seinen Schriften und sein Leben war ungeheuer heldenhaft, aber er hat unserer heutigen Zeit nichts Praktisches mitzugeben. Kropotkin, auch er ein großartiger heldenhafter Mensch, ist mehr praxisorientiert, aber auch seine Pläne sind überholt angesichts der intensiven Weiterentwicklung moderner Produktionsverfahren. Seit Kropotkin ist der Anarchismus langsam modernen Erfordernissen gerecht geworden. In seiner politischen Wirklichkeit ist er als Syndikalismus bekannt. Überall, wo der Anarchismus eine bedeutende politische Kraft darstellt, wie z.B. in Spanien, hat er sich mit dem Syndikalismus verbunden. Anarcho-Syndikalismus ist ein schwerfälliger, langer Ausdruck, beschreibt jedoch gut die anarchistische Doktrin in ihrer heutigen Form" (1980, S.198f.)

Anmerkungen:

1 Eine vollständige Bibliographie seiner Werke liegt noch nicht vor. Auswahlbibliographien vgl. G. Woodcock: Herbert Read - The Stream and the Source. London: Faber & Faber 1972; H. Gerwin: A Checklist of the Herbert Read Archive in the McPherson Library of the University of Victoria. In: R. Skelton (Ed.): Herbert Read. A Memorial Symposium. London: Methuen 1970, S.192-258; dt. Übersetzungen sowie internationale Auswahlbibliographie befinden sich in Vorbereitung: H. Read: Kunst, Kultur und Anarchie. Essays wider den Zeitgeist. Mülheim: Trafik 1990.

2 Ausführlichere Biographie vgl. G. Woodcock: Herbert Read...

3 Adolf Konrad Fiedler, 1841-1895; Kunsttheoretiker und Mäzen. Werke: Konrad Fiedlers Schriften; 2 Bände. München: Piper 1913.

4 Der Brief Reads steht im Zusammenhang mit seinem Engagement bei der Verteidigung von vier Mitgliedern des "Freedom Press" Verlages in London 1945, die gegen das Kriegspresserecht verstoßen hatten und verhaftet worden waren. Abgedruckt als Faksimile ist dieser Brief bei G. Woodcock: The Philosophy of Freedom. In: Robin Skelton (Ed.): Herbert Read. A Memorial Symposium London: Methuen 1970, S.71 (erstmals in: The Malahat Review. January 1969 (University of Victoria, Canada). Die Übersetzung ins deutsche besorgte der Autor.

5 Anmerkung des Übersetzers: Road to Freedom: Socialism, Anarchism and Syndicalism. London 1918; dt.: B. Russell: Wege zur Freiheit. Sozialismus, Anarchismus, Syndikalismus. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1971.

6 Kritik an Herbert Read's Philosophie des Anarchismus. In: Befreiung. Blätter für anarchistische Weltanschauung. Oktober 1952, auch in: H. Read: Philosophie des Anarchismus. Berlin: Ahde 1982, S.26-32.

7 Anfang 1990 erscheint unter dem Titel "Herbert Read - Kunst, Kultur und Anarchie" ein Sammelband, hrsg. von U. Klemm, in der Edition Trafik (Mülheim).

Literatur:

Ahrens/Degen/Geist (Hg.): "Tu was Du willst". Anarchismus. Grundlagentexte zur Theorie und Praxis. Berlin: Ahde 1980 (heute erweiterte Fassung von Degen (Hg.): Verlag Schwarzer Nachschatten, Berlin 1987)

Bartsch, G.: Anarchismus in Deutschland. Hannover: Fackelträger-Verlag (Band I 1945-1965) 1972, (Band II/III 1965-1973) 1973

Bookchin, M.: Die Ökologie der Freiheit. Weinheim u. Basel: Beltz 1985

v. Borries/Brandies (Hg.): Anarchismus. Theorie, Kritik, Utopie. Frankfurt/M.: Josef Melzer 1970

Carter, A.: Die politische Theorie des Anarchismus. Berlin: Ahde 1979 (heute: Oppo, Berlin 1988; engl. Routledge & Kegan Paul, London 1971)

Chomsky, N.: Arbeit, Sprache, Freiheit. Essays & Interviews zur libertären Transformation der Gesellschaft. Mülheim: Trafik 1987

Gerwing, H.: (with the Assistance of Michael W. Pidegeon): A Checklist of the Herbert Read Archive in the McPherson Library of the University of Victoria. In: R. Skelton (Hg.): Herbert Read. A Memorial Symposium. London: Methuen 1970, S.192-258 (erstmals in: The Malahat Review (University of Victoria), January 1969).

Holzapfel, G.: Vom schönen Traum der Anarchie. Zur Wiederaneignung und Neuformulierung des Anarchismus in der Neuen Linken. Berlin: Argument 1984

Hortmann, W.: Wenn die Kunst stirbt. Zum Prinzip des Organischen in der Kunst- und Gesellschaftstheorie von Herbert Read. Duisburg: Walter Braun 1976

Jenrich, H.: Anarchistische Presse in Deutschland 1945-1985. Grafenau: Trotzdem 1988

Read, H.: The Philosophy of Anarchism. London: Freedom Press 1940

Read, H.: Kropotkin: Selections from his Writings. London: Freedom Press 1942

Read, H.: The Education of Free Man. London: Freedom Press 1944

Read, H.: Freedom: Is it a crime? London: Freedom Press 1945

Read, H.: Die Philosophie des Anarchismus. In: Die Freie Gesellschaft (Darmstadt 3.Jg. 1952, Nr.31 (Mai), S.20-25 und Nr.32 (Juni), S.25-28 (Neuabdruck mit zusätzlichen Zwischenüberschriften: Berlin: Ahde 1982, engl. 1940).
By the way: der SF sucht die die Hefte von *Die Freie Gesellschaft*, Darmstadt für sein Archiv, d.h. für unsere Arbeit.

Read, H.: Anarchy and Order Essays in Politics. London: Faber & Faber 1954, erweitert London: Souvenier Press (Educational & Academic) 1974

Read, H.: Bild und Idee. Köln. DuMont Schauberg 1961; Original: Icon and Idea. The Future of Art in the Development of Human Consciousness. London: Faber & Faber 1955

Read, H.: Wurzelgrund der Kunst. Vier Vorträge. Berlin/Frankfurt: Suhrkamp 1963, 2.Auflage (erstmals 1951); Original: The Grass Roost of Art. London: Drummond 1947

Read, H.: Führerprinzip oder Kooperation? In: Ahrens/Degen/Geist (Hg.): "Tu was Du willst", s.o. (erstmals dt. in: Borries/Brandies (Hg.): 1970, S.347-352; engl. in: Poetry and Anarchism. 1938)

Walter, N.: Anarchism in Print: Yesterday and Today. In: D.E.Apter/J.Joll (Ed.): Anarchism Today. London: Macmillan Press 1971, S.127-144.

Ward, C.: Anarchy in Action. London: Harper & Row 1973 (dt. Impuls, Bremen)

Woodcock, G.: Herbert Read - The Stream and the Source. London: Faber & Faber 1972

Woodcock, G. (Ed.): The Anarchist Reader. Hassocks: The Harvester Press 1977, Atlantic Highlands: Humanities Press 1977

Woodcock, G.: Traditionen der Freiheit. Essays zur libertären Transformation der Gesellschaft. Mülheim: Trafik 1988.



LeserInnendiskussion

btr. Vorwürfe gegen Arbeitsweise und politische Ausrichtung der Redaktion

- Stellungnahme der Redaktion zur Arbeitsweise und den Problemen, denen wir uns gegenüber sehen

Seit einigen Jahren lese ich den SF, eine libertäre Zeitschrift, der, ohne zu übertreiben, bisher ein politischer Stellenwert für die anarchistische Bewegung in der BRD nicht abzusprechen ist. Über wiederholte oberlehrerhafte Hinweise, wie der jeweilige nachstehende Text zu lesen sei, über das häufige Weglassen von ganzen Textpassagen, erneute Abdrucke bereits erschienener Artikel oder die wiederholte inhaltsleere und unsolidarische Anmache anderer libertärer Richtungen (z.B. die Libertarians) oder Zeitungen (z.B. die Frühstückstischpolemik gegenüber der Graswurzelrevolution in SF 32) konnte mensch ja bisher noch, wenn auch nicht immer ohne Magenschmerzen, hinwegsehen.

Jetzt aber, da sich nun auch die SF-Redaktion in der Auswahl ihrer Artikel anscheinend dem autonomen, nicht-anarchistischen Spektrum öffnet, ist vor einer weiteren Entwicklung in dieser Richtung nur zu warnen. Mag sich auch eine autonom gefärbte libertäre Zeitschrift besser verkaufen, so kann doch trotz eines bedenklichen Auflagenrückgangs von über 16% (früher: 3000, jetzt: 2500) dieser Mentalität nur widersprochen werden. Es darf doch nicht angehen, daß in den letzten Nummern Inhalte angeboten werden, die zu einem nicht unerheblichen Teil entweder autonom-marxistischen Inhalts und/oder von autonomen AutorInnen stammen (z.B. sämtliche Artikel Syma Poppers sowie, um nur die beiden letzten Nummern zu nennen: SF-32: Autonomes Zentrum Wuppertal, Kreuzberg- 1.Mai, Rassismus in der Linken; SF-33: Interviewauszug mit der RADIKAL) bzw. überhaupt keine libertäre Ausrichtung einnehmen, also kaum zu gebrauchen sind, da reine Informationen anderswo detaillierter zu besorgen sind (z.B.: SF-33: Namibia-Artikel sowie Beitrag über Friedrich Wolf). Diese Entwicklung halte ich einer libertären Zeitung für unwürdig.

In der Hoffnung auf Nachdenklichkeit, erneute anarchistische Orientierung und daß ihr euch getraut, diesen Leserbrief zu veröffentlichen.

Eduard Kaesling, Camberg

Antwort der Redaktion:

Seit langem haben wir darauf verzichtet, zustimmende LeserInnenbriefe abzudrucken, weil inhaltlich meistens ausgedrückt wurde: macht weiter so! Eine Resonanz auf die wir nicht verzichten wollen und können, auch wenn sie sich nicht in der LeserInnendiskussionsspalte niederschlägt.

Anders ist es mit inhaltlich kritischen Zuschriften. Wir wollen sie zur Diskussion stellen und hoffen auf Antwort auch aus dem LeserInnenkreis, weil sie doch recht grundsätzlicher Natur ist und die Arbeitsweise und die politische Ausrichtung der Zeitschrift diskutiert sehen will. Hinzu kommt, daß Vorwürfe quasi gebündelt werden, die wir einzeln, besonders aus Kreisen des einstmals von uns begründeten FLI (Forum für libertäre Information), bereits zu hören bekommen haben, d.h. daß Eduard Kaesling nicht alleine steht.

Eine erste Antwort wollen wir seitens der Redaktion geben:

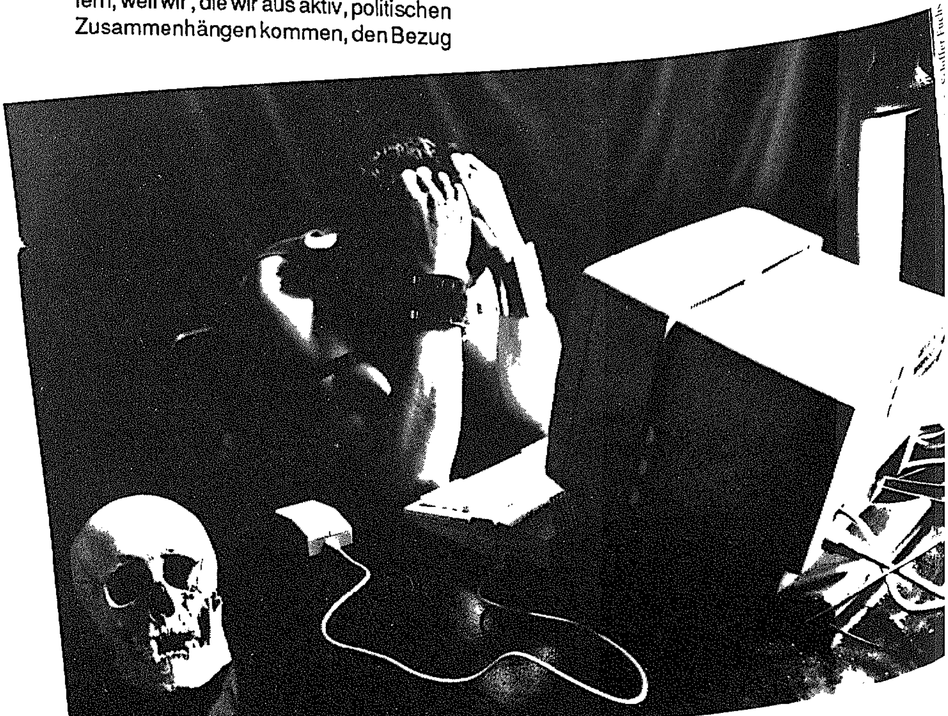
1. Redaktionelle Vorbemerkungen wird es zwangsläufig auch in Zukunft geben. Wir wollen damit Bezüge schaffen, redaktionelle (eventuell abweichende) Positionen verdeutlichen oder Zusatzinformationen geben. Eine Bevormundung der VerfasserInnen oder gar der LeserInnen ist damit nicht beabsichtigt. Wir betrachten dies allerdings als eine notwendige Tätigkeit einer Redaktion und denken eher daran, diese Arbeit auszubauen. Auslassungen sind unserer Ansicht nach häufig notwendig, weil die Artikel sich entweder selbst wiederholen oder viel zu lang sind. Uns erreichen im Gegensatz zu diesem Leserbrief, weitaus mehr Briefe, die sich über die Länge, über Bleiwüsten etc. beklagen. Wir können andererseits die VerfasserInnen nicht so betreuen, daß wir während der Entstehungsgeschichte eines Beitrags die Länge mitbestimmen. Wir haben bislang die Maxime entwickelt, daß wir Euch einen, eventuell zwei überlange Artikel pro Nummer zumuten können. Werden uns drei angeboten, verschieben wir oder lehnen notgedrungen meistens einen ab. Nichtabdruck ist deshalb die reale Alternative zu den Auslassungen. Wir versuchen stattdessen häufig einen Kompromiß und müssen allerdings feststellen, daß diese bisweilen recht schwierige und zeitintensive Arbeit als "Zensur" aufgefaßt wird. D.h. nicht, daß wir bisweilen auch Fehler begehen, oder daß wir Beiträge tatsächlich aus inhaltlichen oder formalen Gründen rauslassen. Der SF versteht sich allerdings seit seiner Gründung im Gegensatz z.B. zur Interim in Berlin als eine Zeitschrift, die nicht grundsätzlich alles abdruckt, was uns angeboten wird. Würden wir es machen, wäre der SF unserer Meinung nach wirklich nicht wiederzuerkennen und voll mit "marxistischen, grünen usw." Inhalten, da diese Menschen nach wie vor häufig intensiver arbeiten als AnarchistInnen.
2. Wir haben bislang keinen Text zweimal abgedruckt. Wenn damit gemeint ist, daß ein Text anderweitig bereits veröffentlicht wurde, so handelt es sich a) entweder um einen Vorabdruck (z.B. Michael Wilks anarchistische Kritik an der Radikalen Linken im "ak" [Arbeiterkampf, KB]) oder b) um das Problem, daß AutorInnen ihre Texte verschiedenen Redaktionen

anbieten. Letzteres versuchen wir seit Jahren zu "bekämpfen", indem wir AutorInnen auffordern, uns darüber zu informieren; indem wir prüfen, ob ein Text vor dem Layout des SF anderweitig erscheint und ihn dann noch rausnehmen. Zwischen Layout und Vertrieb einer Nummer vergehen allerdings in der Regel 2-3 Wochen, so daß nicht immer Eingriffsmöglichkeiten bleiben (zuletzt: SF-32 Rassismus in der Linken in den "Politischen Berichten" [BWK]). c) Als dritte Möglichkeit bleibt, daß wir einen Text aufgreifen, den wir zur Diskussion in A-Kreisen stellen wollen (z.B. Trampert-Interview aus "Die Waage"; "Konkret" hat dieses Interview nach uns aufgegriffen) und von dem wir glauben, daß es nur lokal LeserInnen erreicht hat.

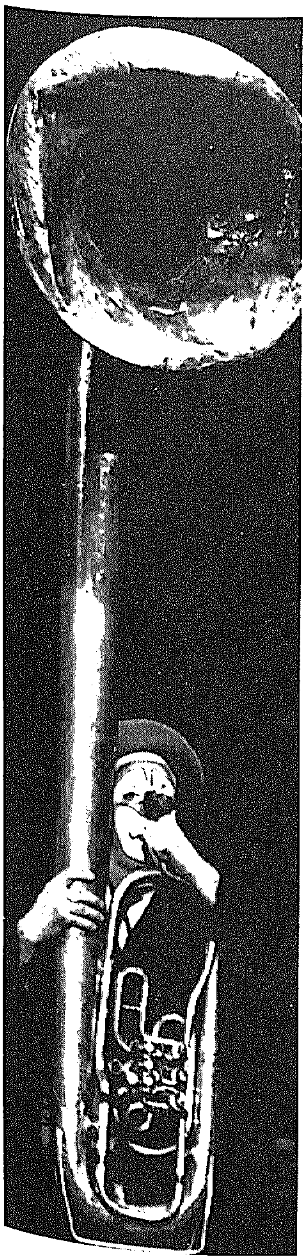
3. Unsere Kritik an anderen libertären Strömungen ist sicherlich manch Einer/m ein Dorn im Auge. Es erfüllt den Tatbestand der "Netzbeschmutzung". Wir wissen darum und wissen auch, daß solche Kritik zumeist auf uns zurückfällt. Wir geben gern zu, daß uns da bisweilen "die Pferde durchgehen", andererseits fehlt uns auch das Verständnis dafür, daß eine Kritik meist schlimmer gefunden wird, als das, was wir kritisieren. Gibt's nichts zu kritisieren an der Libertarian Party, am (neuerlichen) Silvio Gesell-Boom? Sind solche Strömungen - um Öl ins Feuer zu gießen - überhaupt "anarchistisch"? Weshalb war unsere Kritik politisch inhaltsleer? Oder ist es nicht vielmehr so, daß wir gerade einen politischen Standpunkt vertreten, der von manchen AnarchistInnen nicht geteilt wird, aber dennoch ebenfalls "anarchistisch" ist?
Zur Graswurzelrevolution: dieser polemische Kommentar hat Viele verärgert. Er entstand spontan aus Enttäuschung über die erste Ausgabe der neuen GWR, in der wieder "Vorbilder" hochgehalten wurden. Dies scheint - außer uns - niemand zu stören. Davon sind wir tatsächlich überrascht worden. Daß unsere Polemik unsolidarisch war, räumen wir allerdings ein und wollen an dieser Stelle nicht versäumen, zu betonen, daß wir die weiteren Ausgaben der Graswurzelrevolution für weitaus gelungener halten. (Aber dies wird jetzt sicherlich wieder falsch verstanden, denn wer sind wir denn überhaupt, daß wir Lob und Tadel aussprechen dürften, stimmt's??)

4. Doch zum eigentlichen Kernpunkt: der SF hat sich tatsächlich und bewußt für autonome Ansätze geöffnet. Das liegt an mehreren Gründen:
Zunächst halten wir die Autonomen nicht ausschließlich für Marxisten sondern gehen davon aus, daß sich sehr viele anarchistisch-gesinnte Menschen unter ihnen befinden. Anders ausgedrückt: die Autonomen sind unserer Meinung nach für verschiedene Theorieansätze offen, darunter auch für den anarchistischen. Als Anarchisten haben wir deshalb ein natürliches Interesse in die Diskussion mit Autonomen und über ihre Inhalte zu kommen. Daß wir dabei gerade kritische Autonome (Lupus, Geronimo) bevorzugt zu Wort kommen lassen, dürfte andererseits klar machen, daß wir diejenigen Ansatzpunkte publizistisch stützen, die wir auch für AnarchistInnen für interessant und wichtig halten.
Weiter geht es uns darum, authentisch zu berichten. D.h. uns ist es wirklich lieber, wenn Autonome im SF über ein Autonomes Zentrum schreiben, als wenn dies Außenstehende tun. Daß wir das Projekt eines Autonomen Zentrums für unterstützenswert halten, oder daß wir keine großen Unterschiede zu Libertären Zentren entdecken, für die wir seit langem eintreten, kann wohl nicht ernsthaft zum Vorwurf gemacht werden?
Zuletzt geben wir zu bedenken, daß der SF seit seiner Gründung vor nunmehr fast 10 Jahren (Mai 80) ein Diskussionsforum aller antiautoritären Strömungen sein wollte und bevorzugt diejenigen zu Wort kommen lassen will, die sich sozial, künstlerisch und gesellschaftspolitisch engagieren. Es wäre unseres Erachtens zu puristisch, würden wir grundsätzlich alles, was sich in der autonomen Szene abspielt, ignorieren. Auch hat sich unserer Meinung nach die Szene in diesen Jahren verändert. Schaut mensch sich in Städten um, so wurde die "linke, spontaneistische" Szene vor 10-15 Jahren, in der sich auch die AnarchistInnen vielfältig engagieren konnten, zunehmend fraktioniert. Heute ist ein Großteil bei den parlamentarischen GRÜNEN gelandet, während ein anderer Teil die antiparlamentarische, autonome Szene bildet. Wenn sich heute in manchen Städten neben den sich vollends integrierenden GRÜNEN überhaupt noch etwas bewegen läßt, so müssen AnarchistInnen doch eingestehen, daß dies nur in sehr seltenen Fällen auf sie selbst und in weit mehr Fällen auf autonome Zusammenhänge zurückzuführen ist. Insofern ist die Öffnung des SF vielleicht auch so etwas wie der Spiegel der linksradikalen, antiautoritären Verhältnisse in dieser Gesellschaft. Natürlich verantworten wir als Redaktion diese Entwicklung insofern, weil wir, die wir aus aktiv, politischen Zusammenhängen kommen, den Bezug zu einer aktiven, "lebendigen" Basis nicht zugunsten "reinerer" Theorie verlieren wollen. Was wiederum nicht heißt, daß wir uns nicht weiterhin um die Aktualisierung anarchistischer Theorie kümmern bzw. auch anarchistische Klassiker (im Trotzdem Verlag) neu auflegen. Vielleicht sollten vorschnelle KritikerInnen auch mal Verlagsproduktion und SF zusammen betrachten, denn beides wird von denselben Menschen gemacht!

5. Zu den *konkreten Vorhaltungen* noch ein paar Worte der Verteidigung: wir glauben nicht, daß sich derzeit in einer vergleichbaren Zeitschrift ähnlich ausführliche Informationen zu Namibia oder Friedrich Wolf finden lassen, ein ähnlicher Vorwurf bezog sich in der Vergangenheit auf den Artikel zum Frauenhandel, der andererseits gerade vom Frauenarchiv in Osnabrück nachgedruckt wurde. Wir suchen von uns aus weiterhin auch solche AutorInnen für den SF zu gewinnen, die nicht aus anarchistischem Interesse heraus zur Feder greifen sondern aus dem Interesse und dem Engagement für ein Thema und dadurch für unsere Szene gut erarbeitete Artikel beisteuern. Es gibt kein Überangebot an erarbeiteten Themen seitens explizit anarchistischer AutorInnen, so daß wir froh sind, daß es uns gelingt, auch andere zur Mitarbeit zu gewinnen, d.h. die Hemmschwelle in einer anarchistischen Zeitschrift zu schreiben zu überwinden. (Aber dies ist keine neue Entwicklung, vgl. etwa: Arno Klönne: 100 Jahre Marx, SF-12, etc.).
Was nun Syma Popper angeht, so stimmt ihre inhaltliche Position an verschiedenen Punkten mit der Argumentation von Autonomen überein. Sie deshalb aber zu einer autonomen Autorin erklären zu wollen, ist völlig verkehrt. Syma ist eine der wenigen "Alt-AnarchistInnen", die sich überhaupt noch in inhaltliche Diskussionen einmischen. Ihre Position zu Is-



rael/Palästina ist vor dem Hintergrund verfaßt worden, daß sie selbst Jüdin ist und selbst in Israel gelebt hat. Politisch hat sie sich immer - ähnlich wie ihr verstorbener Lebensgefährte Hans, der in Israel als Kriegsdienstverweigerer ins Gefängnis kam - als Individual-Anarchistin und Antimilitaristin bezeichnet (vgl. z.B. auch ihre Herausgeberschaft von Hans Popper: Anarchistisches Lesebuch, Guhl-Verlag). Ob ihre Position zu Israel/Palästina in anarchistischen Kreisen in der BRD eine Mehrheit findet, steht auf einem anderen Blatt, ihr aber den Anarchismus absprechen zu wollen, zeigt ein gefährliches Schablonendenken.



btr. SF-33 "Alles-Driss"-Leserzuschrift

Zu der ellenlangen »Alles-Driss-Kritik«, Schlußtext in SF-33, vorweg: diese Kritik ist keine; sie ist nicht nur unsolidarisch, sie ist nichts als eine rein persönliche Stimmungsmache gegen alles und für sich selbst oder die neuentdeckten »richtigen Propols in der Szene«. Es wimmelt da nur so von Halbwahrheiten oder -lügen, so oder so von falschen Darstellungen. Für den SF: Papiervergeudung!

Da sind die Leute, die sich pünktlich nach 19 Uhr vor dem Stadt-Anzeiger einfinden, um wie die Irren, genauso irre – nämlich vergebens – mit der Wochenendausgabe in der Hand Telefonzellen zu stürmen. So oder so finden sie keine Wohnung auf diese Art – jedoch zu vorgeschlagenen Mietertreffs, zu schweigen von Demo-Vorbereitungsveranstaltungen gegen Mietwucher etc. kam und kommen sie nicht! Die mir bekannte höchste Belohnung für eine Wohnung beträgt 'nur' 2Mille!

Auf die erwähnten Vorbereitungstreffen zu gehen, dürfte für einen »Perspektiv-Botschafter«, für den die Autonomen eine ML-Partei sind, unter jeder Würde sein – hingegen stellt er fest, daß der Bullenapparat nur auf den günstigsten Moment wartet, um möglichst viel einzusacken. Die Hauptsache ist für ihn nicht der Versuch, ein Autonomes Zentrum als kulturellen Mittelpunkt zu schaffen (was ungeheuer Energien frißt!), nein, nur seine eigenen Weisheiten zu verbreiten. Aber ohne selber etwas anzupacken, das Weißhaus stünde ihm offen.

Es fanden Aktionen am Arbeitsamt statt und direkt vor dem Wohnungsamt, mit der dem 'Botschafter' wohlbekannten Resonanz: 0,0!

Es kann keinen Redebeitrag geben, der jeder Frau und jedem Mann absolut gefallen kann. Ich finde immer Kritikpunkte. Entscheidend bleibt jedoch, wie und wann ich mich äußere und welchen Einfluß ich vorher versuche auf die Sache zu nehmen. Nachher war immer noch alles klüger!

Im übrigen wird eine eventuelle Räumung des besetzten Grundstücks an der Weißhausstraße vornehmlich von politischen Aktivitäten (weitere Besetzungen, Auseinandersetzungen mit anderen Gruppierungen, wie dem SSK) und der Stimmungsmache im Rathaus abhängen. Schließlich sitzen dort die 2 REP-Leute, die die Räumung zu ihrem Teilprogramm gemacht haben. Nach wie vor gilt: Die Räumung kann verhindert werden. Und dazu hier und jetzt kein Wort!

Es mag unsolidarisch klingen, doch bewußt sage ich: dieser »jaurt...« ist nichts als ein eingebildeter Schwätzer, was allein seine Kneipen-Bemerkung belegt. Es ist, wie ihm bekannt, absolut unmöglich, täglichen Kneipenbetrieb zu machen.

Eberhard Tresselt, Köln



btr. SF-31: Palästinenserstaat ja oder nein Artikel von Syma Popper

Syma Popper schreibt: *»Nur wenn die für bestimmte Untaten verantwortlichen Individuen nicht auszumachen sind, übernimmt die Gemeinschaft als Ganze die Aufgabe der Entschädigung, wie im Falle des Holocaust, dies der deutsche Staat schon getan hat und weiter tut.«*

In der Annahme, daß Syma Popper die BRD mit deutschem Staat meint (das Verhalten des Staates DDR ist eine andere Diskussion), erscheint uns die Aussage die »Gemeinschaft«, d.h. Staat und Gesellschaft der BRD hätten die Verantwortung für die NS-Verbrechen übernommen, völlig unverständlich.

Eine politische und moralische Verantwortung haben nur wenige Deutsche übernommen, und die haben in dieser Gesellschaft und im bundesdeutschen Staat nicht gerade viel zu sagen.

Nach dem 2.Weltkrieg waren durchaus individuelle Täter und Täterinnen auszumachen, die allerdings nach relativ kurzer



Zeit nicht mehr oder gar nicht zur Verantwortung herangezogen bzw. bestraft wurden.

Sicher, es wurden finanzielle Entschädigungen bereitgestellt, aber häufig erst nach vehementem Einfordern der Betroffenen; viele gingen sowieso leer aus. Wir denken, daß sich die Bundesregierung aus politisch-taktischen Gründen israelfreundlich gibt, und nicht, weil sie sich verantwortlich fühlt für die Vernichtung des europäischen Judentums.

Wie wenig eine echte Aufarbeitung des Nationalsozialismus stattgefunden hat, zeigen z.B. die Jenninger-Rede und Zitate wie »Gnade der späten Geburt« (Kohl) und «internationales Judentum« (Klein). Die Liste dieser »Peinlichkeiten« ließe sich beliebig lang fortsetzen.

Die Gesellschaft der BRD ist geprägt vom Verdrängen und Relativieren der Vergangenheit und Antisemitismus ist weiterhin existent, äußert sich nur nicht so häufig und so offen wie vor 50 Jahren.

Desweiteren ist in Symas Artikel zu lesen:

»Selbstverständlich muß Antisemitismus, wie auch jeder andere Rassismus und jede Fremdenfeindlichkeit bekämpft werden. Wenn aber trotz allen Grübelns die Antwort über die Ursachen und Folgen des Holocausts bis jetzt nicht gefunden wurde, wird sie sich auch in Zukunft nicht finden lassen, – weil sie multidimensional ist.«

Zunächst mal ist der hier hergestellte Zusammenhang zwischen Bekämpfung von Rassismus und dem »Grübeln« über Ursachen und Folgen des Holocaust für uns nicht nachvollziehbar. Außerdem sind Antisemitismus und die Vernichtung des europäischen Judentums nicht ein und dasselbe. Selbstverständlich kann es nicht darum gehen, die eine, isolierte Ursache für den Holocaust (die Shoah) zu finden – Unterdrückung in all ihren Auswirkungen ist immer mehrdimensional. Mit ihrer Aussage »durch Grübeln die eine Ursache finden zu wollen« denunziert Syma Popper alle Versuche, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich Auschwitz anzunähern quasi als Zeitverschwendung.

Mit der Erkenntnis, daß die Ursachen und Folgen der Vernichtung des europäischen Judentums in die Gegenwart hineinreichen (sei es die industrialisierte Gesellschaft, die hierarchische Staatsorganisation etc.) gewinnen wir erst die Fähigkeit, Widerstand gegen die heutigen Verbrechen und Unterdrückung zu entwickeln.

Am Schluß ihres Artikels schreibt Syma Popper:

»Wenn sich die deutsche Linke zu viel mit dem Holocaust beschäftigt, entwickelt sie einen Minderwertigkeitskomplex und verliert ihre moralische Kraft, was soviel bedeutet, daß sie nicht gegen die in der Gegenwart von den Israelis begangenen Verbrechen gegen die Menschheit ankämpfen kann. Somit würde sie jetzt neue Schuld auf sich laden, die Schuld der Unterlassung, wie andere damals.«

Wir wagen die Behauptung, daß sich die deutsche Linke nicht »zuviel« mit der Shoah beschäftigt hat – eher im Gegenteil. Deshalb geht es nicht darum, den Staat Israel nicht kritisieren zu können und keinen Druck auf ihn auszuüben. Kritik an Israelis bzw. dem Staat Israel muß sich aber deutlich von antisemitischen Inhalten abgrenzen.

Der Nahostkonflikt ist multidimensional. Um handlungsfähig zu sein, müssen wir versuchen, alle Dimensionen des Konflikts – auch die deutsche Vergangenheit – zubegreifen und zu berücksichtigen.

Moralische Stärke zur Kritik an Israel kann dort nicht dadurch erlangt werden, daß die deutsche Vergangenheit außer Acht gelassen wird.

Sabine, Alfred und Anke, Morsum

Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 3 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 10.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar Nr.15 und Nr.23 nur noch in wenigen Exemplaren vorhanden!)

Nr.16: Venedig-Berichte * Barbara Köster über Feminismus und Anarchismus * John Clark über Die Ware * Zur Wendepolitik * IWF-Kritik * Selbstverwaltung bei Indios * Atommüllpriester * Über Oskar Maria Graf * Fritz Scherer über die "Bakuninhütte" * Nachruf auf Otto Reimers

Nr.17: Günter Hartmann über Industrialismus-Kritik * Sozialstaat oder Marktanarchie * Murray Bookchin über Natur- und Evolutionsverständnis * Chile-Widerstandstage * Egon Meusel über den Fall Casas Viejas im Vorfeld des span. Bürgerkriegs

Nr.18: Herby Sachs über Theater * Medienwerkstatt Freiburg über Videofront Wider die Vereinnahmung * Über Carl Einstein + Rede über Durruti * Jörg Auberg über das andere Amerika im Film * Jean Vigo: Ich sage Scheiße zu Ihnen! * CNT-Nachlaßstreit * Irische Knäste (I)

Nr.19: Unruhen in Griechenland * Murray Bookchin über libertären Kommunalismus * Anarchismus und Mystik * Uracher Kommune 1919 * Ulrich Klan über Frauen in der FAUD * Irische Knäste (II)

Nr.20: Anti-NATO-Kongreß * Militarisierung der UdSSR und USA * Horst Blume über Bruch mit den GRÜNEN * Lutz Bredlow über Unruhen in Spanien * Interview mit Clara Thalmann (I) * Gottfried Mergner über Deutschen Kolonialismus * Kritik an Barclays Anthropologieansatz

Nr.21: Kritik an GRÜNEN und Selbstkritik * Glotz Hegemoniemodell * VOBO * Staatskritik * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Stammheim (Buch, Film) * Franz Jung * Libertarians * Antisemitismus in der Linken

Nr.22: Wolfgang Haug über Tschernobyl und die Asylanten * Wolfgang Pohrt über Linke und Ausländerpolitik * Umbauprogramm der GRÜNEN * Appelscha-Treffen * Augustin Souchy über Kollektivierung in Aragon * CNT heute * Garcia Lorca * Vierfarbmitteldruck Mexikanische Malereien von Georg Janthur * Rolf Recknagel über unbekannte Marut-Traven-Stories * Exilliteraturreihe bei Fischer * Erich Mühsam in der DDR * Ulrich Klemm über Anarchismus und Antipädagogik

Nr.23: FLI/Libertäre Zentren * Lupus über Versuch einer Neubestimmung autonomer Politik * Spaßguerilla * A-Kongreß in Australien * Damals: NSDAP-Mengede = Ex-Syndikalisten * Spanienfilme und der politische Standort der Regisseure * Neokonservativismus am Beispiel Späths * Robert Reitzel - der arme Teufel * Libertarians

Nr.24: Clara Thalmann (Nachruf, Text) *Anarchoseminar Arnoldshain * Wuppertaler Häuserkampf * Knast (I) * Exil/"Asylantenbehandlung" in Berlin * Stefan Schütz über Künstler und Gesellschaft * Hans Litten in der DDR * über Karl Otten * Libertäre in Ungarn * US-Basen in Grönland

Nr.25: Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge von den Lib. Tagen) *Berlin Kreuzberg - 1.Mai * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit * Frauenknast * Französische Streiks * Wolfgang Haug über Ernesto Sabato

Nr.26: Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Malik-Beschlagnahmeaktion * Kulturkritik (I) * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ökofeminismus? * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Deutscher Herbst (Bücherschwemme) * Detlef Hartmann über IWF * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II) * Kulturkritik (II) über Jacob van Hoddis * Schriftstellerkongreß in Valencia

Nr.28: Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Nationalrevolutionäre gescheitert * (Autonomes?) Selbstverständnis * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik * Filmkritik * Capek-Graphiker * Amnestiedebatte * Arbeitsdiskussion u.v.a.

Nr.29: Anti-IWF-Kampagne * Shell-Boykott * Putsch in Birma * Strobl - Beugehaft * Gegenöffentlichkeit * A-Szene (CNT, Themroc) * Kubat-Dreieck * DDR-Anarchos * Filmkritik * Medizinkritik * Interview mit Michel Foucault * Luciano Lanza über Ökonomie und Herrschaft * Mythos Kibbuzim * WRI-Treffen * Nachrufe (Bogerd, Guerin, Benner, Binder) * Diskussion - Vergewaltigung u.a.

Nr.30: Genkongreß-Bericht * Strobl-Brief * Antifa-Kongreß Berlin * Generalstreik in Spanien (Salamanca, Sevilla) * Medien und Europa von Herby Sachs * Knipselkrant - frontline * AKTION - Vergewaltigungssondernummer und Kritik ehemaliger MitarbeiterInnen * Interview mit INTERIM * FLI-Bericht * Interview mit Joseph Luden (Israel) + Kritik * Räterepublik 1919 am Beispiel Fürth von Michael Seligmann * Carlo Tresca - italoamerikanischer Anarchist von Jörg Auberg * Deserteure * Gerd Arntz - Nachruf * Über Else Lasker-Schüler * u.a.

Nr.31: EG-Binnenmarkt: Industrieeuropa von Wolfgang Haug * Startbahn-Prozeß * Strobl-Prozeß * Zur Forderung nach freier medizinischer Versorgung im Knast * Leiharbeit in der BRD von Thomas Schupp * Häuserkampf in Köln * MediaPark * Anarchismus und Intellektuelle von Jörg Auberg * Rudi Dutschke * Left Green Network * Interview mit Rainer Trampert * (Wahl-)Parteien machen Real(o)politik * Wintex/Cimex * Interview mit Paco Cabello/CNT-AIT * Diskussion: Israel/Palästina * u.a.

Nr.32: China: Gesellschaft contra Staat * Strobl-Urteil/EMMA * Frauenhandel von Anita Wilmes und Monika Autenrieb * Autonomes Zentrum Wuppertal * 1.Mai in Kreuzberg * Rassismus in der Linken von Jürgen Tobegen * Roma/Sinti von Karola Fings und Frank Sparing * Interview mit Luis Fuentes/CNT-AIT * Interview mit Jean-Louis/CNT-F * Rez. zu Senna Hoy, April Carter und Schulvermeidung * Esoterik ändert nichts! von Hans A. Pestalozzi * Über den Graphiker Carl Meffert * Über den Dadaisten Walter Serner * u.a.

Nr.33: RadikaleLinke von Michael Wilk * Hungerstreik-Kritik von Gerhard Linner * Sozialer Ökofeminismus, Teil 1 von Janet Biehl * Situationisten damals und heute * Interview mit der KAS, mit der RADIKAL, mit Rio Reiser * Erich Mühsam-Gesellschaft * Namibia wird dekolonialisiert von Karola Fings * Gegenöffentlichkeit * Friedrich Wolf bei den Kapputsch-Kämpfen? von Wolfgang Fey * Romanauszug aus Frank Harris: Die Bombe * Rez. zu FIZZ, Bonnot-Bande, Der Dieb, Türkenghettos, GATT; Berichte, Meldungen etc.



Weil ich nicht viel zu verlieren hatte, beschloß ich schon früh, Anarchist zu werden.